



Starke Jugend – Starke Zukunft

18. und 19. Juni 2007

Rhein-Main-Hallen Wiesbaden

KONGRESSKATALOG



12. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

18. und 19. Juni 2007
Rhein-Main-Hallen Wiesbaden

Kongresskatalog

Schutzgebühr: 15€

Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

Telefon 0511-235 49 49

Fax 0511-235 49 50

E-Mail dpt@praeventionstag.de

Internet www.praeventionstag.de

Redaktion und Layout

Erich Marks & Karla Schmitz

Satz + Druck

poppdruck, Langenhagen

Hannover, Mai 2007

Inhaltsverzeichnis

DPT & Partner	Seite
– Grußworte	5
– Partner	8
– Organisation	37
– Eröffnungsplenum	45
– Abendveranstaltung	47
– Abschlussplenum	49
– Nebenveranstaltungen	51
Vorträge	
– Referentinnen und Referenten	55
– Schwerpunktthema	59
– Offenes Forum	103
– Internetforum	145
– Internationales Forum	157
– DPT-Universität	169
Gutachten	181
<i> jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden</i>	
Ausstellung	
– Infostände	229
– Poster	361
– Sonderausstellungen	385
– Infomobile	395
Werkstatt	
– Dialogforum – World Café	401
– Filmforum	403
– Bühne	415

DPT & Partner

Grußworte

	Seite
Roland Koch Hessischer Ministerpräsident und Schirmherr des 12. Deutschen Präventionstages	6
Hildebrand Diehl Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden	7



Roland Koch
Der Hessische Ministerpräsident

Grußwort des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch-
zum 12. Deutschen Präventionstag

Zu den wirkungsvollsten Beiträgen für die Sicherheit der Bürger gehört das Verhindern von Kriminalität. Besonders erfolgreich ist die Kriminalprävention, wenn sie breit angelegt ist und junge Menschen so früh wie möglich erreicht. Die zeitige Vermittlung von Werten und Normen ist der beste Weg zu einem gewaltfreien Zusammenleben. Deshalb freue ich mich, dass der 12. Deutsche Präventionstag unter dem Motto „starke Jugend – starke Zukunft“ steht. Meine herzlichen Grüße gelten allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Der Kongress findet in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden statt. Hessen ist ein Land, das der Prävention traditionell einen großen Stellenwert einräumt. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, vor Verbrechen bewahrt zu werden. Der Schutz der Bevölkerung vor Straftaten umfasst neben der konsequenten Verfolgung und Ahndung von Straftaten auch die Vorbeugung. In Hessen ist deshalb zum Beispiel seit vielen Jahren der Landespräventionsrat tätig, in dem Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und verschiedenen staatlichen Institutionen zusammenarbeiten.

Ich bin zuversichtlich, dass der 12. Deutsche Präventionstag den teilnehmenden Fachleuten wichtige Erkenntnisse vermitteln wird. Der Erfahrungsaustausch und die Diskussion sind für alle unverzichtbar, die zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft beitragen möchten. Ich wünsche dem Kongress einen guten Verlauf.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'R' followed by a series of connected, fluid strokes that form the name 'Roland Koch'.

Roland Koch
Hessischer Ministerpräsident



Hildebrand Diehl

Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Wiesbaden

Herzlich willkommen zum 12. Deutschen Präventionstag in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden.

„Vorsorge ist besser als Heilen“ – dieses Zitat hat in der Medizin eine große Bedeutung, weil schon den Ärzten der Antike bekannt war, dass eine Krankheit zu verhindern allemal besser ist, als mit großem Aufwand Beschwerden zu lindern. So gesehen kann diese Erkenntnis aber auch für unsere Gesellschaft gelten, wenn es um Kriminalität geht: Denn jede verhinderte Straftat ist allemal besser als eine gute polizeiliche Aufklärungsstatistik.

Staatlicher Schutz vor Kriminalität basiert auf Repression und Prävention. Es wäre eine Illusion zu glauben, eines schönen Tages komme man ganz ohne repressive Maßnahmen aus. Straftäter wird es wohl immer geben. Schnelle und angemessene Sanktionen gegen Gesetzesverstöße sind unverzichtbar. Daneben werden freilich präventive Maßnahmen immer wichtiger, denn auch für den inneren Frieden und die innere Sicherheit gilt, dass nachträgliches Strafen und Therapieren nur die Mittel zweiter Wahl sind. Gerade auf der lokalen Ebene gibt es das meiste und das beste Wissen über das, was getan werden kann, um Straftaten zu verhindern. Es gibt viele gute Ideen. Nicht ohne Grund gibt es wie in Wiesbaden in vielen anderen deutschen Städten sehr aktive Präventionsräte, die Schulen, Polizei, Sozialbehörden und Vereine eng vernetzten. Sie leisten eine hervorragende Arbeit – und sie haben eine ganze Menge Erfahrung.

Diese Erfahrung zu nutzen, ist Sinn und Aufgabe des Deutschen Präventionsrates, denn er ist Kommunikationsbörse, Ideenschmiede und auch eine mediale Plattform für alle diejenigen, die sich mit ihrer ganzen Erfahrung dem Thema „Prävention“ widmen. Ihnen allen zu danken, ist mir ein tiefes Bedürfnis.

Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gute Gespräche und einen schönen Aufenthalt in Wiesbaden.

Hildebrand Diehl

Oberbürgermeister

Partner

	Seite
Buddy e. V.	11
Bundesland Hessen	12
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	13
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	14
Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt	15
DBH-Bildungswerk	16
Deutsche Bahn	17
Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGgKV)	18
Deutsche Post World Net	19
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund (dsj)	20
Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ)	21
Deutscher Familiengerichtstag	22
Deutsches Jugendinstitut (DJI)	23
Deutschlandfunk	24
European Forum for Urban Safety (EFUS)	25
Initiative Kinder laufen für Kinder	26
International Center for the Prevention of Crime (ICPC)	27

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e. V.	28
Landeshauptstadt Wiesbaden	29
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	30
Schau hin!	31
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	32
Stiftung Kriminalprävention	33
Tarcus Institut	34
Vodafone Stiftung	35
WEISSER RING e. V.	36

buddy E.V.

Der buddy E.V. fördert auf Basis der Peergroup Education soziale Handlungskompetenzen von und mit verschiedenen Altersgruppen. Ziel ist es, dass sie als „Buddys“ (engl. für Kumpel) Verantwortung für sich und andere übernehmen. Präsidentin des gemeinnützigen Vereins ist Prof. Dr. Rita Süßmuth. Hauptförderer ist die Vodafone Stiftung Deutschland.

Der Verein ist Träger des Buddy-Projekts, das die Vodafone Stiftung 1999 initiiert hat und seither fördert. Unter dem Motto „Aufeinander achten. Füreinander da sein. Miteinander lernen.“ helfen Schüler Mitschülern beim Lösen von Problemen. Sie übernehmen beispielsweise Patenschaften für Jüngere, helfen anderen beim Lernen oder stellen sich als Ansprechpartner für Mitschüler in Not zur Verfügung. Die Schüler erwerben in ihrer Tätigkeit wichtige soziale Kompetenzen, die sie weniger anfällig machen für aggressives Verhalten aber auch für Probleme wie Mobbing, Sucht oder Schulverweigerung.

Das Buddy-Projekt wird in Kooperation mit den jeweiligen Kultusministerien landesweit eingeführt, derzeit vor allem in den Klassen 5 bis 10. Das Buddy-Projekt ist offizielles Schulprogramm in Berlin, Hessen, Niedersachsen, Thüringen und Ostwestfalen-Lippe und erreicht damit über 800 Schulen mit 400.000 Schülern (Stand Mai 2007).

Bundesland Hessen

Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung – Landespräventionsrat (LPR) –

Idee

Der LPR wurde 1992 auf Vorschlag des hessischen Justizministeriums durch einen Kabinettsbeschluss aufgrund der Idee eingerichtet, dass eine Kriminalitätsvorbeugung erfolgreicher sein könne, „wenn sie den Käfig der Innen- und Justizpolitik verlässt und ihrerseits Einfluss nimmt auf alle gesellschaftspolitisch maßgeblichen Instanzen“.

Aufgaben und Ziele

Der LPR begreift Kriminalitätsverhütung als eine gesellschaftliche Aufgabe, die umso eher gelingen kann, wenn eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit der mit der Verhütung von Straftaten befassten Behörden und den die Arbeits-, Sozial-, Bildungs- und Wohnungspolitik gestaltenden Stellen untereinander als auch ein möglichst viele gesellschaftliche Kräfte einbeziehender Informationsaustausch gewährleistet ist. Die Präventionsarbeit vor Ort wird durch den LPR angeregt und die Arbeit der inzwischen mehr als 170 örtlichen Präventionsgremien und Projekten durch Berichte und gemeinsame Tagungen unterstützt.

Mitglieder und Arbeitsgremien

Dem LPR gehören derzeit 30 Personen an. Diese arbeiten bei gesellschaftlichen und nichtstaatlichen Organisationen bzw. Institutionen sowie in verschiedenen Ministerien. Der LPR beschäftigt sich in neun Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Themen, wie z.B. Gewaltprävention in verschiedenen Bereichen und der Vernachlässigung von Kindern.

Vorsitz und Geschäftsführung

Vorsitzender ist Prof. Dr. Dieter Rössner. Die Geschäftsführung wird von Dr. Helmut Fünfsinn und Claudia Weisbart ausgeübt. Prof. Dr. Iring Fetscher ist Ehrenvorsitzender.

www.landespraeventionsrat.hessen.de

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Mehr Gesundheit für die Menschen in Deutschland ist das Ziel der Arbeit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Als Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung entwickelt sie gemeinsam mit Kooperationspartnern Strategien zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention und setzt diese in Kampagnen und Projekten um. Die zentralen Aufgabefelder der BZgA sind die Aids-Prävention, Sexualaufklärung, Suchtprävention und die Kinder- und Jugendgesundheit. Die BZgA ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und hat ihren Sitz in Köln.

Infos zu ausgewählten Kampagnen:

www.gib-aids-keine-chance.de

www.sexualaufklaerung.de

www.drugcom.de

www.bist-du-staerker-als-alkohol.de

www.rauch-frei.info

www.gutdrauf.net

www.kinderstarkmachen.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Aufgaben – Ziele – Aktivitäten

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb fördert demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, indem sie mit Veranstaltungen sowie Print- und Online Angeboten aktuelle und zeitgeschichtliche Themen aufgreift.

Das breit gefächerte Bildungsangebot der bpb soll Bürgerinnen und Bürger motivieren und befähigen, sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinander zu setzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Aus den Erfahrungen mit diktatorischen Herrschaftsformen in der deutschen Geschichte erwächst für die Bundesrepublik Deutschland die besondere Verantwortung, Werte wie Demokratie, Pluralismus und Toleranz im Bewusstsein der Bevölkerung zu festigen – diesem Auftrag ist die bpb seit 1952 verpflichtet.

Ihre Aufgabe erfüllt die Bundeszentrale für politische Bildung in eigener gesellschaftspolitischer, pädagogischer und publizistischer Verantwortung. Die bpb ist überparteilich und wissenschaftlich ausgewogen. Als eine Institution der staatlich verfassten politischen Bildung fördert sie zudem die Veranstaltungen von mehr als 300 anerkannten Bildungseinrichtungen, Stiftungen und regierungsunabhängigen Organisationen, die in Deutschland im Bereich der politischen Bildung tätig sind. Lehrerinnen und Lehrern sowie Personen in der Bildungs- und Jugendarbeit bietet die bpb didaktisch aufbereitete Materialien, um sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. Jugendliche und junge Erwachsene spricht die bpb mit altersgemäßen Themen und Medien direkt an. Auf der Website www.bpb.de werden die vielfältigen Produkte der Bundeszentrale für politische Bildung vernetzt und durch crossmediale Angebote ergänzt.

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt

Das BÜNDNIS FÜR KINDER wurde am 1. März 2001 im Rahmen der Bayerischen Kinderschutzkonferenz in München ins Leben gerufen. Die Stiftung will nicht warten, bis Kinder und Jugendliche Opfer von Gewalt werden. Vielmehr will sie einen Beitrag zu einem gewaltfreien Aufwachsen junger Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft leisten. Ziel ist es, Kinder vor Misshandlung, Missbrauch und Verwahrlosung zu schützen.

Das BÜNDNIS FÜR KINDER unterstützt Projekte in Deutschland, die Gewalt gegen Kinder bereits im Vorfeld verhindern. Dazu gehören Projekte, die helfen, die Persönlichkeit von Kindern zu stärken und Ihnen frühzeitig Empathiefähigkeit und gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien vermitteln.

Da aus Verunsicherung und Überforderung der Eltern schnell Gewalt entstehen kann, unterstützt das BÜNDNIS FÜR KINDER Angebote zur Stärkung der Erziehungsverantwortung. Die Stiftung will dazu beitragen, dass Eltern frühzeitig Konfliktlösungsmöglichkeiten eröffnet und sie mit ausgewogenen Konzepten eine verlässlich-liebevolle Eltern-Kind-Bindung aufbauen können. Wenn Eltern auf die Signale des Kindes feinfühlig reagieren, ist dies die beste Prävention gegen Gewalt und eine gute Basis für eine gesunde psychische und emotionale Entwicklung von Kindern.

Zahlreiche prominente Partner im Vorstand und im Stiftungsrat unterstützen die Initiative gegen Gewalt an Kindern. Engagieren auch Sie sich mit uns für ein gewaltfreies Aufwachsen junger Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft.

DBH-Bildungswerk

Das DBH-Bildungswerk will die im Bereich von Strafrechtspflege, Kriminalprävention und Kriminalpolitik haupt- und ehrenamtlich Tätigen fortlaufend über einschlägige und neue Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft informieren und ihre Kompetenzen im Hinblick auf ihre Tätigkeit und das Agieren und Reagieren auf Kriminalität zu erweitern.

Das DBH-Bildungswerk

- informiert über neue Entwicklungen
- bietet Möglichkeit für Austausch, Diskussion und die Weitergabe von Erfahrungen
- qualifiziert durch Aus- und Weiterbildung
- entwickelt und erprobt neue Handlungsansätze
- berät und unterstützt in Fortbildungsfragen
- trägt bei zu einer sachgerechten Aufklärung der Öffentlichkeit
- beobachtet und analysiert internationale Entwicklungen
- fördert die ehrenamtliche Arbeit in der Straffälligen- und der Opferhilfe

Internet: www.dbh-bildungswerk.de

E-Mail: kontakt@dbh-bildungswerk.de

Der Träger des Bildungswerkes – DBH – ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband, der seinen Beitrag zur Tertiären Kriminalprävention leistet, in dem er

- die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege fördert,
- an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität arbeitet,
- die Wiedereingliederung von Strafgefangenen unterstützt,
- sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) einsetzt,
- durch fachlich fundierte Stellungnahmen Einfluss auf kriminal- und sozialpolitische Entwicklungen nimmt,
- das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement unterstützt und
- aktiv einen Beitrag zur Kriminalprävention leistet

Internet: www.dbh-online.de

E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Deutsche Bahn

Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt

Die Prinzipien des respektvollen und friedlichen Umgangs miteinander sind fester Bestandteil des Unternehmensbildes der Deutschen Bahn. Daher positioniert die Bahn sich aktiv gegen Extremismus, Gewalt und Diskriminierung und fördert mit verschiedenen Projekten „Diversity“-Vielfalt.

Aus der Überzeugung heraus, dass die Zukunft der Gesellschaft und damit auch die der Bahn von den Werten der Jugend bestimmt wird, hat die Deutsche Bahn im Jahr 2000 das Projekt „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ gestartet. Schirmherren sind der Personalvorstand DB AG und die Vorsitzenden der Eisenbahngewerkschaften TRANSNET und GDBA.

Ziel des Projektes ist neben der Förderung der Zivilcourage und der kollegialen Zusammenarbeit der Jugendlichen auch die Auseinandersetzung mit Extremismus, Intoleranz und antidemokratischen Tendenzen.

Die zentrale Aktion des Projektes ist ein jährlicher Wettbewerb. Dieser richtet sich an alle Azubis des ersten Ausbildungsjahres. Seit dem Start vor sieben Jahren haben mehr als 6.500 Jugendliche an der Initiative teilgenommen. Die Wettbewerbsaufgabe ist, gemeinsam mit den Ausbildern Projekte zu entwickeln, die Hass und Gewalt verhindern und sich für ein friedliches Miteinander einzusetzen.

Das Projekt wird von mehreren Kooperationspartnern unterstützt, u.a. auch vom Deutschen Jugend Institut und dem Deutschen Präventionstag.

Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e. V. (DGgKV)

Die Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V. wurde 1994 in Hannover gegründet, um Fachleuten der verschiedensten Disziplinen des Kinderschutzes ein Diskussionsforum zu bieten.

Die DGgKV e.V. gemäß § 75 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt und nationale Partnerorganisation der ISPCAN (International Society for Prevention of Child Abuse and Neglect) versteht sich als Interessenvertretung aller Berufsgruppen, die in ihrer täglichen Arbeit Verantwortung für vernachlässigte und körperlich oder sexuell misshandelte Kinder und Jugendliche tragen.

Um unterschiedliche Arbeitsansätze kennen zu lernen, aktuelles Wissen zu vermitteln, aber auch die Grenzen der einzelnen Berufsgruppen aufzuzeigen, bietet die Gesellschaft ihren Mitgliedern und interessierten Gästen, regelmäßige, zertifizierte Weiterbildungsveranstaltungen an.

Alle zwei Jahre veranstaltet die DGgKV e.V. unter einem Schwerpunktthema eine bundesweite, multidisziplinäre Fachtagung zu aktuellen Fragen des Kinder- und Jugendschutzes.

In ihrer zwei Mal jährlich erscheinenden Fachzeitschrift werden wissenschaftliche Beiträge aller Berufsgruppen des Kinderschutzes veröffentlicht. Über Neuigkeiten und aktuelle Fortbildungen informiert die DGgKV e.V. in einem elektronisch versandten Newsletter und auf ihrer Homepage unter www.dggkv.de

Regelmäßige Presseverlautbarungen zu aktuellen Themen gehören ebenfalls zu den Aufgaben der Gesellschaft.

Langfristiges Ziel ist es, eine multiprofessionelle Kooperation auf regionaler und überregionaler Ebene anzuregen und als gemeinsamen Aufgabenbereich zu etablieren.

Deutsche Post World Net

Mit der gebündelten Logistik-Kompetenz ihrer Marken Deutsche Post, DHL und Postbank bietet die Gruppe integrierte Dienstleistungen und maßgeschneiderte, kundenorientierte Lösungen für das Management und den Transport von Waren, Informationen und Zahlungsströmen durch ihr internationales und multi-lokales Know-how und Netzwerk.

Deutsche Post World Net ist zugleich führender Anbieter für Dialog Marketing sowie effiziente Outsourcing- und Systemlösungen für das Briefgeschäft. In 2006 wurde ein Konzernumsatz von 60,5 Milliarden Euro erwirtschaftet. Deutsche Post World Net beschäftigt rund 500 000 Mitarbeiter in über 220 Ländern und Territorien und ist damit einer der größten Arbeitgeber weltweit.

Sicherheit bedeutet Qualität und ist damit ein elementares Thema für Deutsche Post World Net. Sie bestimmt den Grad des Vertrauens, den uns unsere Kunden und die Öffentlichkeit entgegenbringen. Die richtige Beurteilung des Sicherheitsrisikos und die Umsetzung vorbeugender Maßnahmen sind der geeignete Weg, um den komplexen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu begegnen. Deshalb ist ein dynamisches, vor allem kundenorientiertes Sicherheitsprogramm, das durch geeignete Ressourcen umfassend unterstützt wird, ein entscheidender Vorteil von Deutsche Post World Net auf dem Logistikmarkt und ein zusätzliches Verkaufsargument.

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund (dsj)

In die Zukunft der Jugend investieren – durch Sport

Die dsj: Jugendverband und Kinder- und Jugendsportorganisation

Auf dem 12. Deutschen Präventionstag präsentiert sich die Deutsche Sportjugend den Besucherinnen und Besuchern mit einem Messestand einschließlich ihrem kompakten Publikationsangebot wie z.B. Broschüren, Fachbüchern und audiovisuellen Medien.

Themenschwerpunkte bilden u.a. die Bereiche Qualitätsoffensive im Kinder- und Jugendsport, Dopingprävention im Kinder- und Jugendsport, das gesellschaftlich wichtige Thema „Kinderwelt ist Bewegungswelt“, sowie die Anti-Rassismuarbeit mit dem neuen Projekt „Am Ball bleiben“.

Wer ist die dsj?

Die Deutsche Sportjugend (dsj) ist der größte freie Träger in der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland und bündelt die Interessen von rund 9,5 Millionen Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen im Alter bis 27 Jahre. Diese sind in über 90 000 Sportvereinen in 16 Landessportjugenden, 53 Jugendorganisationen der Spitzenverbände und 10 Jugendorganisationen von Sportverbänden mit besonderer Aufgabenstellung organisiert.

Aufgaben der dsj

Die dsj will zur Persönlichkeitsentwicklung und einer aktiven Lebensweise junger Menschen beitragen, die Befähigung zum sozialen Verhalten fördern und das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen anregen und unterstützen. Die dsj will zur internationalen Völkerverständigung durch Bildungsarbeit und Begegnungen beitragen, den europäischen Einigungsprozess unterstützen sowie für Toleranz nach innen und außen eintreten. Die dsj will in Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsorganisationen und anderen gesellschaftlichen Kräften die Formen sportlicher und allgemeiner Jugendarbeit weiterentwickeln und damit einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher und jugendpolitischer Probleme leisten.

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ)

Die DVJJ ist Deutschlands Fachverband für die Jugendkriminalrechtspflege. Sie fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und den fachlichen Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik.

Die Ursprünge der DVJJ liegen in der Jugendgerichtsbewegung, die sich ab Ende des 19. Jahrhunderts für eine altersadäquate Behandlung von straffälligen Jugendlichen einsetzte und wesentlichen Anteil an der Einführung des Jugendgerichtsgesetzes im Jahre 1923 hatte. Prägend war die von Franz von Liszt begründete „Moderne Schule“.

1909 fand in Berlin der erste Jugendgerichtstag statt. Auf dem 4. Jugendgerichtstag im Jahre 1917 gab sich die Jugendgerichtsbewegung mit der Gründung der DVJJ in Charlottenburg bei Berlin einen organisatorischen Rahmen.

Die DVJJ ist Deutschlands Fachverband für die Jugendkriminalrechtspflege. Sie fördert insbesondere die im Jugendstrafverfahren gebotene interdisziplinäre Zusammenarbeit der beteiligten Professionen und fungiert als unabhängiges Beratungsorgan für kriminalpolitische und praxisrelevante Fragestellungen.

Durch die Erstellung von Gutachten, Stellungnahmen und die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen übt sie Einfluss auf Praxis und Reform des gesamten Jugendstrafrechts und der angrenzenden Rechtsgebiete aus.

Sie hat rund 1 800 Mitgliedern aus allen Berufsgruppen, die mit straffälligen Jugendlichen arbeiten oder am Jugendstrafverfahren mitwirken. Ein weiterer Aktivposten sind die zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Deutscher Familiengerichtstag

Der Deutsche Familiengerichtstag e.V. wurde im Jahr 1977 gegründet. Im Folgejahr fand der erste Deutsche Familiengerichtstag in Brühl statt, eine Tagung, die seit dem im zwei-jährigen Rhythmus wiederholt wird. Der Familiengerichtstag versteht sich als ein Forum des interdisziplinären Erfahrungsaustausches für das Familienrecht. Richter, Rechtsanwälte, Rechtswissenschaftler, aber auch Angehörige psychologischer, psychiatrischer und sozialpädagogischer Berufe bemühen sich gemeinsam um das Ziel, eine einheitliche Rechtsanwendung, die Fortbildung des Rechts und die intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten überregional zu fördern, auch um dadurch das Familienrecht für die Betroffenen verständlicher zu machen und so seine Akzeptanz zu fördern. Von der Arbeit des Deutschen Familiengerichtstages, insbesondere den auf den Familiengerichtstagen in jeweils 24 Arbeitskreisen erarbeiteten Empfehlungen an Rechtsberatung, Rechtsprechung und den Gesetzgeber, sind wichtige Anstöße für Reformen im Familienrecht ausgegangen. Viele dieser Arbeitsergebnisse wurden aufgegriffen und fanden Eingang in Gesetzentwürfe. Auch im 30. Jahr seines Bestehens bemüht sich der Familiengerichtstag bereits begonnene Gesetzesvorhaben kritisch zu begleiten und dem Familienrecht insgesamt neue Impulse zu geben. Gefördert wird dieses Anliegen durch die Kooperation mit anderen Institutionen wie dem Deutschen Präventionstag. Nur im Zusammenwirken verschiedener Rechtsgebiete lassen sich Konfliktbereiche, die beide betreffen, dauerhaft effektiv lösen.

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) in München mit seiner Außenstelle in Halle ist ein überregionales, sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es untersucht die Lebens- und Problemlagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie die darauf bezogenen sozialstaatlichen Angebote zu ihrer Unterstützung. Neben der Forschung gehört die Beratung von Politik und Praxis zu den wesentlichen Aufgaben des DJI.

Ergänzend zu der in Form von repräsentativen Wiederholungsbefragungen durchgeführten Dauerbeobachtung des Wandels der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien verfolgt das DJI in seinen Studien Fragestellungen, die sich auf aktuelle Entwicklungen, sozialpolitische Herausforderungen (aktuell z.B. Kindertagesbetreuung) sowie Problemlagen und -karrieren von Kindern und Jugendlichen beziehen. Ein weiterer Schwerpunkt sind wissenschaftliche Begleitstudien und Evaluationen vor allem von innovativen Praxiskonzepten. Mit den Arbeitsstellen in den Themenfeldern Kriminalprävention im Kindes- und Jugendalter, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung sowie dem geplanten Nationalen Zentrum für frühe Hilfen in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sowie der Konzeptstelle Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe bearbeitet das DJI aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Kontakt: www.dji.de

Deutschlandfunk

Deutschlandfunk und Deutscher Präventionstag sind Medienpartner

Der Deutschlandfunk, das Informationsprogramm des Nationalen Hörfunks, ist Medienpartner des Deutschen Präventionstags. Im Deutschlandfunk sind im Rahmen der Sendungen „Informationen am Morgen“ (montags bis samstags 5:05/6:10 bis 9:00) und „Deutschland heute“ (montags bis freitags 14:10 bis 14:30) tagesaktuelle Beiträge zu ausgewählten Themen und Programmpunkten des Kongresses vorgesehen. Zusätzlich geplant ist eine Reportage über das Trainingscamp Kanonenberg.

Der Nationale Hörfunk bietet neben aktuellen Informationen zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehen im In- und Ausland auch regelmäßig Sendungen zu sozialwissenschaftlichen Fragen, zu Jugendthemen, Bildung und Ausbildung. Als besonders prägnante Beispiele seien die Deutschlandfunk-Sendungen „Campus & Karriere“ (montags bis freitags 14:35 bis 15:00) und „PISApplus“ (samstags 14:05 bis 15:00) hervorgehoben. „Campus & Karriere“ ist das einzige bundesweite Radio-Magazin rund um Studium und Arbeitswelt. Es bietet fundiert recherchierte aktuelle Informationen, Tipps und Gespräche. „PISApplus“ ist ein Gesprächsforum mit Experten, das sich den vielfältigen Aspekten von lebenslangem Lernen widmet.

Zusätzliche Informationen zu vielen Sendungen gibt es unter www.dradio.de

Ebenso Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur zum Hören und in den meisten Fällen auch zum Nachhören. Wer flexibel bleiben möchte, ohne etwas zu verpassen, läßt sich per Abo Podcasts auf den Rechner schicken.

European Forum for Urban Safety (EFUS)

The European Forum is a Non Governmental Organisation established in 1987, in Barcelona, on the initiative of M. Gilbert Bonnemaïson under the auspices of the Council of Europe. Its network gathers more than 300 European local authorities and aims to strengthen crime reduction policies and to promote the role of local authorities in national and European policies.

The European Forum serves as a think-tank and a place for dialogue and discussion. It provides opportunities for the exchange of positive experiences, on the basis of inter-city cooperation. This helps to stimulate and orient policies at a local, national and community level, in the areas of prevention of urban insecurity and crime management.

The Forum is led by an Executive Committee of 21 cities, elected annually by the member cities of the Forum.

National Forums have been created in France, Italy, Belgium, Luxemburg, Spain and Portugal over recent years.

The European Forum has expert status in the field of crime prevention within the United Nations, the Council of Europe and the European Commission, and has established links with African cities such as Dakar, with the Agora in Argentina, and with the International Centre for the Prevention of Crime. In 1998, the EFUS received the UN-HABITAT Scroll of Honour Award.

800 representatives of more than 220 European cities, meeting in Saragossa (Spain) on November 2-4, 2006 adopted the Saragossa Manifesto on "Security, Democracy and Cities" in the presence of participants from African, North American and Latin American cities.

Initiative Kinder laufen für Kinder

Kraft Cares:

Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen – ausgewogenen Lebensstil fördern

„Kraft Cares“ ist eine gemeinnützige Initiative von Kraft Foods und engagiert sich seit vielen Jahren u.a. auch für die Förderung eines ausgewogeneren Lebensstils bei Kindern und Jugendlichen. Im Rahmen dieser Aktivitäten unterstützt Kraft Cares seit 2002 die Initiative „Kinder laufen für Kinder“ zugunsten UNICEF. Unter dem Motto „Wer sich bewegt, bewegt etwas“ können Schüler zwischen 5 und 14 Jahren sich an bundesweiten Benefizläufen beteiligen, um nicht so privilegierten Kindern zu helfen. Für jeden gelaufenen Kilometer spenden Sponsoren, einen im Vorfeld festgelegten Betrag an UNICEF. Um über diese Aktion hinaus zu regelmäßiger Bewegung zu motivieren, hat Kraft Cares zudem den Kraft Cares AKTIVPASS mit Anregungen für Sport und Bewegung entwickelt, den sich Schüler direkt unter www.kinderlaufen-fuer-kinder.de downloaden können. Für jeden ausgefüllten AKTIVPASS spendet Kraft Cares einen EURO an UNICEF.

Über weitere Ernährungs- und Bewegungsprojekte von Kraft Foods können sich Lehrer/innen am Stand von „Kinder laufen für Kinder“ auf dem Deutschen Präventionstag informieren. Unterrichtsmaterialien wie „Fit und gesund durch Bewegung und richtige Ernährung“ oder „Schritt für Schritt – mach ich mich fit“, gemeinsam entwickelt mit der Deutschen Schulsportstiftung bzw. der Universität Dortmund können dort mitgenommen oder unter www.kraftaktivleben.com kostenlos heruntergeladen werden.

International Center for the Prevention of Crime (ICPC)

In 1994 the International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) was established in Montreal, Canada. The Centre is an international forum for national governments, local authorities, public agencies, specialised institutions, and non-government organisations to exchange experience, consider emerging knowledge, and improve policies and programmes in crime prevention and community safety. The ICPC staff monitor developments, provide direct assistance to members, and contribute to public knowledge and understanding in the field. The ICPC's action seeks to:

- Enhance awareness of, and access to, its international knowledge base on prevention and human safety policies and intervention.
- Promote the implementation of best practices and tools enhancing community safety.
- Facilitate rewarding international exchanges between countries and cities, the justice system and civil society associations.
- Provide technical assistance and facilitate expert interaction.

Recent Achievements:

- ICPC collaborated with UNODC in the organization of a Workshop at the 10th UN Congress on Crime Prevention and Criminal Justice, Vienna, Austria in 2004 and also at the 11th Congress in Bangkok, Thailand in 2005.
- ICPC has organized five Annual Colloquia (Quebec City 2001, Brussels 2002, Pretoria 2003, Paris 2004, Santiago 2005).
- In 2004, ICPC organized a Sub-Regional Seminar La sécurité pour tous. également, in Dhakar Senegal, in collaboration with the office of La Francophonie.
- Sixth Annual Colloquium on Crime Prevention in Canberra, Australia, September 14–15, 2006
- Seventh Annual Colloquium on Crime Prevention – The Role of the Police in Crime Prevention; Oslo, Norway, November 8–9, 2007

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e. V.

Das KFN ist im Jahr 1979 von dem damaligen Justizminister Niedersachsens, Prof Dr. Schwind, als unabhängiges, interdisziplinär arbeitendes Forschungsinstitut gegründet worden. Zweck des Instituts ist laut seiner Satzung, „als selbständige Forschungseinrichtung praxisorientierte kriminologische Forschung zu betreiben und zu fördern.“ Am KFN wird gegenwärtig an verschiedenen interdisziplinären Forschungsprojekten gearbeitet. Dieser interdisziplinäre Forschungsansatz hat sich seit Mitte der 80-er Jahre ebenso bewährt wie der Grundsatz, die Forschungsideen selber zu entwickeln und sich um Aufträge von außen nur dann zu bemühen, wenn sie sich in die Gesamtkonzeption sehr gut einfügen. Das Thema Kinder- und Jugendkriminalität wird vom KFN seit 1998 in regelmäßigen Abständen in verschiedenen Städten und Landkreisen in Form von Schülerbefragungen untersucht. Ging es in der ersten Schülerbefragung 1998 zunächst darum, vertiefte Informationen zu Opfererfahrungen der Jugendlichen im Befragungsbereich, in der Schule und der Familie sowie zur Delinquenz von Jugendlichen zu erhalten, wurde die Schülerbefragung in den vergangenen Jahren um thematische Schwerpunkte wie z.B. das Schulschwänzen oder den Medienkonsum ergänzt. Neben Schülerinnen und Schülern der neunten Klasse werden seit 2005 auch Viertklässler in die Untersuchung einbezogen und insbesondere zu ihrem Medienkonsum befragt. Die durch die Schülerbefragungen gewonnenen Dunkelfeldbefunde stellen eine wichtige Ergänzung für die Daten aus den Polizeilichen Kriminalstatistiken dar. So kann beispielsweise der im letzten Jahrzehnt in den Kriminalstatistiken zu verzeichnende Anstieg der offiziell registrierten Jugendkriminalität anhand der Daten der Schülerbefragungen nicht bestätigt werden. Die in einigen Gebieten zu mehreren Zeitpunkten durchgeführten Befragungen (Stuttgart und Schwäbisch Gmünd: 1998 und 2005, München: 1998 und 2000, Hannover: 1998 und 2006) der neunten Klassen verweisen tendenziell auf einen Rückgang des delinquenten Verhaltens Jugendlicher. Die Diskrepanz zwischen Dunkel- und Hellfeld geht hier vor allem auf die gestiegene Sensibilität und der damit einhergehenden erhöhten Anzeigebereitschaft zurück.

Landeshauptstadt Wiesbaden

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden zu erhöhen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bislang stand zur Zielerreichung traditionell der polizeilich repressive Ansatz im Vordergrund. Aber ohne begleitende Bemühungen aller gesellschaftlichen Gruppierungen ist ein weiterer Rückgang der Kriminalität nicht möglich. Die wachsende Bedeutung des Themas Sicherheit im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger muss dazu führen, dass der Verbrechensvorbeugung ein deutlich höherer Stellenwert neben der aktuellen Verbrechensbekämpfung eingeräumt wird.

Als erster Schritt wurde daher der Präventionsrat gegründet. Diesem Gremium gehören der Oberbürgermeister, der Sozialdezernent, der Schuldezernent, der Dezernent für Bürgerangelegenheiten und Integration, der Polizeipräsident und der Leiter der Staatsanwaltschaft an.

Ziel des Präventionsrates ist die Steuerung und Entwicklung von Ansätzen zur Straftatenvorbeugung und -verhütung. Ferner gehört dazu die Entwicklung von Umsetzungsstrategien unter Einbezug aller gesellschaftlichen Kräfte dieser Stadt. Der Präventionsrat sieht sich als Informationssammler und Impulsgeber, der auf der Basis von Kriminalitätslagebildern und erkannten Problemfeldern Analysen erstellen sowie Lösungen erarbeiten lässt und über die Behörden- oder Dezernatsleitungen in zielorientierte praktische Maßnahmen umsetzt.

Der Präventionsrat hat eine Arbeitsgruppe „Prävention“ als kommunale Querschnittseinheit kriminalpräventiver Koordination einberufen. Diese Arbeitsgruppe besteht aus Vertreter/-innen verschiedener Institutionen und städtischer Ämter und hält die Verbindung zu Behörden, Verbänden und allen anderen auf dem Gebiet der Prävention arbeitenden gesellschaftlichen Gruppen.

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) ist ein länderübergreifend finanziertes und konzipiertes Vorbeugungsprogramm, dessen interne und externe Maßnahmen des Kommunikationsauftritts zwischen den Ländern und dem Bund abgestimmt sind. Die Einrichtung ist Servicedienstleister für die bundesweite Präventionsarbeit der Polizei.

Die Polizeiliche Kriminalprävention verfolgt seit 1965 das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit sowie die Konzeption und Herausgabe von Medien zu Themen wie Gewalt, Eigentum, Diebstahl, Einbruch oder Drogen, welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen. Aktuelle Handlungsfelder des ProPK sind: Medienangebot zur Gewaltprävention bei Migranten, Vorbeugung illegaler Graffiti (zielgruppenspezifische Medien für alle Betroffenen – Opfer, Eltern und Jugendliche), Aktion „Kinder sicher im Netz“ (Informationen für Erziehungsverantwortliche über den richtigen Umgang mit dem Internet) und Aufklärungsinitiative zum Schutz gegen Stalking für die Bevölkerung und die Polizei. Die Projekte werden jeweils in unterschiedlichen Formen umgesetzt (Informationskampagnen, Medienpakete, Internetauftritt).

Das ProPK ist gewissermaßen die Kommunikations- und Marketingabteilung der polizeilichen Kriminalprävention und übernimmt damit unter dem Aspekt der sich ständig weiterentwickelnden Informationsgesellschaft eine sehr wichtige Aufgabe. Durch die Zusammenarbeit mit Werbeagenturen und Logistikunternehmen bei der Aufbereitung der Themen sowie der Gestaltung und Verteilung der Medien ist der Kommunikationsauftritt des ProPK von einer hohen Professionalität geprägt.

Weitere Informationen finden Sie unter www.polizei-beratung.de

SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen

Ziel der Aktion ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema „Kinder und Medien“ und die Elternaufklärung über die Angebote elektronischer Medien und deren Handhabung – in Verbindung mit gezielten ganzheitlichen Erziehungstipps für die 3- bis 13-Jährigen. Es geht darum, praxisnahe Hilfestellungen für den kindgerechten Umgang mit Medien zu leisten: SCHAU HIN! gibt konkreten Rat und fundiertes Wissen von Experten an Eltern, Familien und pädagogische Fachkräfte weiter. Denn in Schule und Kindergarten muss Medienerziehung genau so selbstverständlich stattfinden wie im Elternhaus.

SCHAU HIN! will eine Brücke bilden zwischen Eltern und ihren Kindern, indem die Aktion Orientierungshilfen zur Medienutzung und -erziehung bietet und den Dialog zwischen Eltern und Kindern fördert.

SCHAU HIN! ist ein online-gestütztes, alltagstaugliches Ratgeberangebot, das von dem renommierten Medienpädagogen Prof. Dr. Stefan Aufenanger wissenschaftlich begleitet wird.

Eltern sowie Pädagoginnen und Pädagogen können sich auf der SCHAU HIN! Webseite unter www.schau-hin.info rund um das Thema „Kinder und Medien“ informieren und verschiedene Arbeitsmaterialien herunterladen.

Regelmäßig erscheint das SCHAU HIN! Eltern Special, eine kostenlose Informationsbroschüre, die auf Messen, Veranstaltungen und über das SCHAU HIN! Projektbüro zielgruppengerecht verteilt wird.

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz (IMK) als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und möchte dazu beitragen, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Stiftung Kriminalprävention

„Wissenschaft ist Methodik und Praxis der Prävention verpflichtet“

... so lautet das Credo der 1995 gegründeten privaten Stiftung.

Und: wissenschaftliches, also methodisch systematisches Arbeiten im Präventionsalltag ist nicht nur Aufgabe von Lehrstühlen und Forschungsinstituten, sondern auch zunehmend Erfordernis für die vielen ehren- und nebenamtlichen Akteure.

Eben die Verbindung von Wissenschaft und Praxis zu fördern, ist die Kernaufgabe der Stiftung Kriminalprävention.

Dies geschieht durch eine Vielzahl unterschiedlicher (kostenfreier) Qualifizierungsangebote, durch die Förderung von Einzelprojekten, die Durchführung praxisrelevanter und -bezogener Forschungen und die Auslobung des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention:

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten arbeitet die Stiftung zusammen mit dem DPT, der Deutschen Hochschule der Polizei, dem Deutschen Städtetag und dem DFK an der ständigen Fortentwicklung der Ausschreibungskriterien dieses jährlich im Herbst vergebenen und mit bis zu 50 000 € dotierten Preises.

Gefördert und als deutschlandweites Vorbild herausgestellt werden große und kleine Präventionsaktivitäten, welche methodisch strukturiert, inhaltlich auf Wirksamkeit überprüft Probleme des Präventionsalltags in einer Weise bewältigen, die für die vielen Organisationen in Deutschland als Anhalt und Hilfe dienen können.

Informationen und Hinweise, kostenlose Downloads unter: www.stiftung-kriminalpraevention.de

TARCUS Institut

Tarcus ist ein Fabelwesen, das zwei oder mehr Wesen in einer Gestalt vereinigen kann – orientiert an den gerade zu bewältigenden Vorhaben und Umweltbedingungen. So gelingt es ihm besonders gut, große Kraft und Schnelligkeit miteinander zu verbinden – unerlässliche Bedingung z.B. bei der Drachenjagd. Dadurch ist Tarcus besonders gut in der Lage, auch schwierige und scheinbar unlösbare Aufgaben zu erledigen.

Und genau das leistet TARCUS seit 20 Jahren für seine Kunden. Wir entwickeln und begleiten erfolgreiche Veränderungsprozesse in Unternehmen und staatlichen Organisationen. Mitarbeiter und Führungskräfte unterstützen wir dabei, ihre Fähigkeiten in der veränderten (Unternehmens-)Welt optimal einsetzen zu können.

Unsere Kunden reichen vom mittelständischen Unternehmen bis zum internationalen Konzern, vom Kinderheim oder einer Schule bis zu großen Sozialwerken und Ministerien.

Zum Leistungsspektrum von TARCUS gehören

- die Planung und Begleitung von nachhaltig wirksamen Change-Projekten,
- die Konzeption und Realisierung von Personaltraining und -entwicklung,
- die persönliche Beratung und das Coaching von Führungskräften aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Von Beginn an war es TARCUS ein Anliegen, dabei mitzuhelfen, dass Menschen die (unvermeidbaren) Konflikte in Zusammenleben und Zusammenarbeit deeskalierend und lösungsorientiert angehen. Dazu haben wir bereits vor 15 Jahren erste Projekte zur Ausbildung von Konfliktlotsen in Schulen begleitet, Schüler und Lehrer trainiert, Lehrerkollegien beraten und Schulleitungen gecoacht. In Betrieben haben wir in ähnlicher Weise die Entwicklung einer konstruktiven Streitkultur durch Training, Teamentwicklung und Konfliktberatung unterstützt.

Weitere Informationen unter www.tarcus.com

Vodafone Stiftung

Die Vodafone Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Als eigenständige gemeinnützige Institution fördert und initiiert sie Projekte mit dem Ziel, Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt zu geben, die Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft zu fördern und gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen. Das Förderprofil der Vodafone Stiftung steht unter dem Leitmotiv „Erkennen. Fördern. Bewegen.“ und umfasst die drei Bereiche Soziales/Gesundheit, Bildung sowie Kunst und Kultur.

Von der Vodafone Stiftung geförderte und initiierte Projekte haben den Anspruch, innovativ, nachhaltig und leistungsorientiert zu sein und zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen. Als große private Unternehmensstiftung gründet sie auch selbständige Institutionen und übernimmt damit nachhaltig und langfristig Verantwortung für die von ihr angestoßenen Projekte. Zugleich fördert sie überzeugende Vorhaben qualifizierter Antragsteller mit Anschubleistungen, um innovative Projekte zu realisieren, Begabung zu unterstützen, Kreativität zu wecken oder kulturell Wertvolles zu erhalten.

Die Fördertätigkeit folgt dem Prinzip, Veränderungsprozesse anzustoßen und andere anzuregen, diese zu unterstützen. Ein wichtiges Ziel ist es dabei, die eingesetzten Ressourcen optimal zu nutzen. Um ihre Ziele zu erreichen, kooperiert die Stiftung mit privaten und öffentlichen Partnern und Einrichtungen. Alle Vorhaben, die die Vodafone Stiftung unterstützt, müssen transparent, effizient und zielorientiert ausgerichtet sein. Entsprechend werden sie durch die Stiftung begleitet und evaluiert.

www.vodafone-stiftung.de

WEISSER RING e.V.

WEISSER RING e.V.: Kriminalitätsprävention ist wichtiges Satzungsziel des WEISSEN RINGS. Der WEISSE RING tritt seit über 30 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen ein. Als gemeinnütziger Verein macht er sich öffentlich für die Interessen der Betroffenen stark. Doch neben der Opferbetreuung hat der Verein auch die Kriminalitätsprävention als Satzungsziel. Mit den Aktionen „Kraft gegen Gewalt“ sowie „Mediate“ versucht der WEISSE RING auf die Entwicklung im Bereich Jugendkriminalität einzugehen. Daher ist es folgerichtig, dass der WEISSE RING sich auch beim Deutschen Präventionstag engagiert.

Mehr als 3 000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit rund 420 Außenstellen zur Seite, leisten menschlichen Beistand und persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen. Bedürftige Opfer werden auch finanziell unterstützt, um die erste Not zu überbrücken. Dafür hat der WEISSE RING bisher mehr als 136 Mio. € bereit gestellt. Weitere 31 Mio € fließen in die Kriminalitätsvorbeugung.

Der WEISSE RING zählt ca. 60 000 Mitglieder und finanziert sich ausschließlich durch Spenden, Nachlässe und Erbschaften sowie Zuweisungen von Geldbußen.

Bundesweites Info-Telefon: 0 18 03 - 34 34 34

Spendenkonto 34 34 34, Deutsche Bank Mainz,
BLZ 550 700 40

Kontakt:

WEISSER RING e.V.

Weberstraße 16

55130 Mainz

Telefon: 0 61 31 - 83 03 - 0

Fax: 0 61 31 - 83 03 - 45

E-Mail: info@weisser-ring.de

Organisation

	Seite
Leitbild des Deutschen Präventionstages	38
Kongressorganisation	39
Programmbeirat des 12. Deutschen Präventionstages	40
Trägergesellschaft	41
www.praeventionstag.de	42
13. Deutscher Präventionstag	43

Leitbild des Deutschen Präventionstages

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG wurde 1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention begründet. Von Beginn an war es das Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken.

Nach und nach hat sich der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG auch für Institutionen, Projekte, Methoden, Fragestellungen und Erkenntnissen aus anderen Arbeitsfeldern der Prävention geöffnet, die bereits in mehr oder weniger direkten Arbeitszusammenhängen stehen. Neben der weiterhin zentral behandelten Kriminalprävention reicht das erweiterte Spektrum des Kongresses von der Suchtprävention oder der Verkehrsprävention bis hin zu den verschiedenen Präventionsbereichen im Gesundheitswesen.

Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft, etc.

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- Internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.“

Kongressorganisation

Geschäftsführung

Erich Marks und Prof. Dr. Britta Bannenberg

Kongresspräsident

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Leiterin des ständigen Büros

Karla Schmitz

Wissenschaftliche Beratung und Gutachten

Dr. Wiebke Steffen

Koordinator für internationale Kontakte

Marc Coester

webdesign, Internetkonzeption und -beratung

nanodesign, Rolf Grimmer

Pressesprecherin

Cornelia Kromminga

Programmbeirat des 12. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse. Mitglieder des Programmbeirates des 12. Deutschen Präventionstages sind:

Prof. Dr. Britta Bannenberg

Werner Brall

Renate Engels

Dr. Helmut Fünfsinn

Wolfgang Gores

Reinhold Hepp

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Erich Marks

Jürgen Mutz

Norbert Seitz

Karla Schmitz

Dr. Wiebke Steffen

Trägergesellschaft

Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner), das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz) und der Stiftungsrat (Präsident: Professor Dr. Hans-Dieter Schwind). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

www.praeventionstag.de

Auf der Homepage des Deutschen Präventionstages finden Sie aktuelle Daten zu den bevorstehenden Kongressen.

Sie haben die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren, der Sie in unregelmäßigen Abständen mit neuen Informationen versorgt.

13. Deutscher Präventionstag

Der 13. Deutsche Präventionstag wird am 2. und 3. Juni 2008 in Leipzig stattfinden.

Weitere Informationen zum 13. DPT werden auf der Homepage www.praeventionstag.de veröffentlicht.

Eröffnungsplenum

Montag, 18. Juni 2007 von 11:00 bis 12.30 Uhr Halle 1

Die Eröffnungsveranstaltung wird simultan ins Englische übersetzt



Begrüßung

Erich Marks
Geschäftsführer des
Deutschen Präventionstages (DPT)



Eröffnungsansprache des Kongresspräsidenten

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner Universität Tübingen u. Vors. der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung u. Straffälligenhilfe (DVS)



Grußwort

Hildebrand Diehl
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
Wiesbaden



Grußwort

Jürgen Banzer
Minister der Justiz des Landes Hessen,
Wiesbaden



Prävention und Behandlung dissozialen Verhaltens: Eine integrative Evaluation

Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Lösel
Direktor des kriminologischen Institutes der
Universität Cambridge

Musikalisches Rahmenprogramm

„Suzuki-Gruppe“
Leitung Frau Szigeti

„Koreanische Trommlergruppe“
Helene-Lange-Schule, Wiesbaden



Kinder laufen für Kinder

So macht Bewegung Spaß!

Die bundesweite Spenden- und Schulaktion „Kinder laufen für Kinder“ steht für Spaß an der Bewegung, Ernährungsaufklärung und soziales Engagement. Die Aktion wird vom hessischen Kultusministerium unterstützt und kommt den UNICEF-Hilfsprojekten „Schulen für Afrika“ und „Wasser für Äthiopien“ zugute.

Und noch mehr Bewegung!
Mit dem „**AKTIVPASS**“ können Schüler/innen
12 Wochen lang sich regelmäßig bewegen
und an einer Verlosung teilnehmen!
Mehr Wissenswertes über die Themen
Bewegung und Ernährung finden Sie unter:
www.KraftAktivLeben.de

Mehr Infos bei: Initiative „Kinder laufen für Kinder“
Telefon: 089 - 2189 653 - 60 • info@kinder-laufen-fuer-kinder.de
www.kinder-laufen-fuer-kinder.de

KRAFT
Kraft Cares

L Langenscheidt
...weil Sprachen verbinden

DUDEN

Familie & Co
Die Familienzeitschrift

JAKO-O
Der Katalog für
ausgewählte Kindersachen
www.jako-o.de

Abendveranstaltung

Abendveranstaltung mit Empfang durch den Wiesbadener Oberbürgermeister am 18. Juni 2007 um 19:00 Uhr im Hessischen Landtag (nur für registrierte Kongressteilnehmende)

27. Deutscher Jugendgerichtstag

15. bis 18. September 2007
in Freiburg

„Fördern, Fordern, Fallen lassen“

Mit dem Tagungsmotto Fördern, Fordern, Fallen Lassen wird eine aus der Sozialen Arbeit stammende, gegenwärtig auch in anderen Lebensbereichen sehr populäre Formel aufgegriffen. Das Motto drückt die Befürchtung aus, dass gegenwärtig im Bereich der Jugendhilfe und der Jugendstrafrechtspflege etablierte sozialstaatliche Standards mit dem Hinweis auf individuelle Verantwortlichkeiten zurückgefahren werden. Damit verbindet sich die Frage nach den Chancen, die wir als Gesellschaft bereit sind der Jugend zu gewähren. Verschärft stellt sich diese Frage bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die strafrechtlich auffällig geworden sind.

Aktuelle und drängende Fragestellungen aus den Bereichen Jugendstrafverfahren, Jugendstrafvollzug, Jugendhilfe werden in 17 Arbeitskreisen intensiv beraten.

Nähere Informationen und Anmeldung:
www.jugendgerichtstag.de

Abschlussplenum

Dienstag, 19. Juni 2007 von 15.00 bis 16.00 Uhr Halle 1

Die Abschlussveranstaltung wird simultan ins Englische übersetzt



Abschlussvortrag des Kongresspräsidenten
Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner
Universität Tübingen



**„Wiesbadener Erklärung“ des Deutschen
Präventionstages und seiner Veranstaltungspartner**
Dr. Wiebke Steffen
Bayerisches Landeskriminalamt, München



Ansprache des Schirmherrn
Roland Koch
Ministerpräsident des Landes Hessen,
Wiesbaden



Ausblick und Verabschiedung
Erich Marks
Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages,
Hannover

Musikalischer Ausklang

„MB-Jazzcombo“

Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums am
Moosbacher Berg

Nebenveranstaltungen

	Seite
Abschlussveranstaltung des Projekts „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ im Bahnhof Wiesbaden	52
Ausstellung „Opfer“ des Weissen Rings vom 16. bis 24. Juni in den Kurhaus Kolonnaden Wiesbaden	53
„Kinder laufen für Kinder“ zugunsten UNICEF: Wer sich bewegt, bewegt etwas! 18. Juni 2007, Rhein-Main-Hallen Wiesbaden	54

Abschlussveranstaltung des Projekts „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ 2006/2007 im Bahnhof Wiesbaden

In der Freizeit sich stark für andere zu machen, ist nicht selbstverständlich – besonders nicht für Jugendliche.

Anders für viele Auszubildende der Bahn: über 400 Azubis haben dieses Jahr in zahlreichen kreativen Projekten Verantwortung für andere übernommen.

Dieses Engagement wird am Montag, den 18. Juni 2007 um 12:00 Uhr mit einer Prämierung des Wettbewerbs gewürdigt.

Ausstellung „Opfer“ des WEISSEN RINGS vom 16. bis 24. Juni in den Kurhaus Kolonnaden

Eine Rasierklinge auf blutender Haut. Eine Packung Taschentücher für „Tränen, die nicht trocknen.“ Ein kleines Mädchen, das den Betrachter treuherzig anschaut. Unter dem Foto steht: Diese Hure hat ihren Onkel verführt.“ Darunter kann man, etwas kleiner geschrieben, lesen: „So rechtfertigen sich die Täter.“

Das sind nur einige der mehr als 100 unter die Haut gehenden Plakate, Fotos und Werbekampagnen von Studierenden der Bauhaus-Universität Weimar zu den Tabuthemen häusliche und sexuelle Gewalt. Der WEISSE RING präsentiert die Ausstellung vom 16. bis 24. Juni 2007 in den Wiesbadener Kurhaus Kolonnaden – parallel zum 12. Deutschen Präventionstag. Schirmherr ist Innenminister Volker Bouffier. Geöffnet ist täglich von 11 bis 18 Uhr. Für Jugendliche unter 14 Jahren ist die Ausstellung nicht geeignet.

Die Ausstellung will auf die alltäglich – oft im Verborgenen – stattfindende Kriminalität aufmerksam machen. Frauen und Männer, auch Jugendliche untereinander, sollen dazu bewegt werden hinzusehen, ihre Umwelt ein wenig sorgfältiger zu betrachten und – falls erforderlich – Zivilcourage zu zeigen.

Die Bilder machen deutlich: Wer schweigt, macht sich mitschuldig. Sie gehen an Grenzen – um der Opfer von Gewalt willen. Sie drücken aus, was die Opfer erdulden müssen. Sie konfrontieren den Betrachter mit dem Leid der Opfer, die oftmals schweigen – aus Angst, Scham und Hilflosigkeit. Aber auch, weil sie allein gelassen werden.

Weitere Informationen erhalten Sie bei: Rudolf-Lothar Glas, Leiter der Wiesbadener Außenstelle des WEISSEN RINGS, Tel. 06 11 - 8 61 70 bzw. weisserring-rudi@t-online.de.

„Kinder laufen für Kinder“ zugunsten UNICEF: Wer sich bewegt, bewegt etwas!

Mit der Initiative „Kinder laufen für Kinder“ fördern die Kultusministerien der Länder die Freude an Bewegung und sozialem Engagement. Anlässlich des Deutschen Präventionstages am 18./19. Juni in Wiesbaden heißt es deshalb: „Wer sich bewegt, bewegt etwas!“ Schulen, Vereine und Kinder zwischen 5 und 14 Jahren sind aufgerufen, sich an diesem Benefizlauf zu beteiligen und Kindern in Entwicklungsländern zu helfen. Ein ca. 1 km langer Parcours an den Rhein-Main-Hallen Wiesbaden kann beliebig oft gelaufen werden. Pro gelaufenen Kilometer spenden Sponsoren, die sich die Schüler im Vorfeld suchen, einen festgelegten Betrag an UNICEF. In diesem Rahmen wird auch der Kraft Cares AKTIVPASS vorgestellt, der Schüler motivieren soll, sich regelmäßig zu bewegen. Im Schuljahr 2006/07 verteilt Kraft Cares 10 000 AKTIVPÄSSE und spendet für jeden ausgefüllten AKTIVPASS ein Euro an UNICEF. Weitere Informationen finden Sie unter www.kinder-laufen-fuer-kinder.de. „Kinder laufen für Kinder“ gibt es seit 5 Jahren und wird von vielen Sponsoren, allen voran, dem langjährigen Partner Kraft Cares, eine gemeinnützige Initiative von Kraft Foods unterstützt. Seit dem ersten Benefizlauf beteiligten sich über 200 000 Schüler und erliefen eine Spendensumme von über 2,1 Millionen Euro.

Informationen zu weiteren Ernährungs- und Bewegungsprojekten, sowie Unterrichtsmaterial gibt es am Stand von „Kinder laufen für Kinder“ oder unter www.kraftaktivleben.com.

Vorträge

Referentinnen und Referenten

Name	Seite
Prof. Dr. Britta Bannen berg	176
Jürgen Banzer	45, 66
Romy Bartels	138
Jörg Bässmann	127
Irmgard Baumhus	118
Anja Bell	124
Fatma Sonja Bläser	122
Prof. Dr. Michael Bock	134
Otto Bönke	166
Burkhard Bösterling	401
Klaus Bott	136
Kerstin Bunte	132
Andrea Buskotte	116
Herbert Cartus	74
Marc Coester	136
Hildebrand Diehl	45
Conni Dinges	74
Prof. Dr. Nicola Döring	106
Regine Drewniak	88
Prof. Dr. Rudolf Egg	172
Dr. Christiane Eichenberg	148
Dr. Manuel Eisner	86
Marion Ernst	108
Joachim Eschemann	127
Wolfgang Ettelt	118
Prof. Dr. Michael Fingerle	94

Jörn Folster	150
Dirk Friedrichs	98
Dr. Helmut Fünfsinn	124
Wolfgang Gatzke	118
Jens Gnisa	68
Frank Goldberg	110
Lydia Halbhuber-Gassner	142
Dr. Michael Hamschmidt	90
Prof. Dr. Wolfgang Heckmann	174
Prof. Dr. Nina Heinrichs	68
Elisabeth Helming	96
Reinhold Hepp	152
Prof. Dr. Dieter Hermann	128
Elisabeth Herrmann	127
Jens Hoffmann	112
Brigitte Holz	140
Dr. Sohail Husain	164
Elizabeth Johnston	162
Ingo Kaiser	118
Lothar Kannenberg	100
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	45, 49, 127, 178
Dr. Heinz Kindler	108
Dr. Lutz Klein	120
Roland Koch	49
Christoph Kulenkampff	140
Peter Lang	64
Andreas Link	154

Helmut Lockenvitz	92
Prof. Dr. Dr. Friedrich Lösel	45
Dr. Christian Lüders	62
PD Dr. Jens Luedtke	70
Erich Marks	45, 49
Prof. Dr. Wolfgang Melzer	82
Andrea Michel	94
Silke Müller	74
Prof. Dr. Hildegard Müller-Kohlenberg	72
Christian Oerthel	92
Zerrin Özdemir	104
Andreas Peters	132
Dr. Slawomir Redo	158
Prof. Dr. Dr. Helmut Remschmidt	84
Angelika Ribler	130
Prof. Dr. Dieter Rössner	176
Roman Rüdiger	78
Dr. Werner Rüther	146
Verena Schreiber	114
Carlo Schulz	76
Dr. Margret Shaw	160
Werner Sohn	126
Prof. Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen	88
Sabine Spies	92
Dr. Wiebke Steffen	49
Prof. Dr. Jürgen Stock	170
Dr. Ferdinand Sutterlüty	80

Thomas Thill	88
Kati Voß	116
Sabine Wangel	142
Gabriele Wiebelitz	110
Corinna Wolf	116

Schwerpunktthema

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen des Schwerpunktthemas

	Seite
Gewalt als Lernchance. Jugendliche und Gewaltprävention Dr. Christian Lüders	62
Kommunikationsstrategien der BZgA zur Ansprache junger Zielgruppen am Beispiel der Alkohol- und Tabakprävention Peter Lang	64
„Erziehung für ein Leben ohne Straftaten – das neue hessische Jugendstrafvollzugsgesetz“ Jürgen Banzer	66
„Modellregion Erziehung“ in Recklinghausen: Gewaltprävention und Stärkung von Familien durch evidenzbasierte Programme Jens Gnisa; Prof. Dr. Nina Heinrichs	68
Schülergewalt - eine Frage des Selbstwertgefühls!? Zur Lage an bayerischen Schulen 1994–1999–2004 PD Dr. Jens Luedtke	70
Problematische Lebenssituationen im Grundschulalter – prekäre Aussichten für die Jugendzeit. Wie lassen sich drohende negative Entwicklungen stoppen? Erfahrungen mit dem ehrenamtlichen Mentorenprogramm „Balu und Du“ Prof. Dr. Hildegard Müller-Kohlenberg	72
„Kinder stark machen“ Herbert Cartus; Conni Dinges; Silke Müller	74

Die Bedeutung der Kooperation von Schule und Elternhaus für das Wohl der Kinder und Jugendlichen Carlo Schulz	76
„Erwerb von Kompetenzen für die Zivilgesellschaft durch Methoden des sozialen Lernens am Beispiel des Buddy-Projektes“ Roman Rüdiger	78
Gewaltkarrieren von Jugendlichen Dr. Ferdinand Sutterlüty	80
„Gewalt in der Schule – Untersuchungen zu Schikane und Mobbing“ Prof. Dr. Wolfgang Melzer	82
„Was wird aus delinquenten Kindern?“ – Untersuchungen zu Ursachen, Verlauf und Prognose von Gesetzesverstößen Strafmündiger Prof. Dr. Dr. Helmut Remschmidt	84
Markt, Macht und Wissenschaft: kritische Überlegungen zur deutschen Präventionsforschung Dr. Manuel Eisner	86
Jugendkriminalprävention zwischen Jugendhilfe und Jugendstrafrecht Dr. Regine Drewniak; Prof. Dr. Bernd-Rüdeger Sonnen; Thomas Thill	88

- Gesundheit und Aktivität in Schulen – Gesundheitsprävention bei Hauptschulkindern – ein EU-Projekt zwischen Lübeck und dem Kreis Storstroem (Dänemark)** 90
Dr. Michael Hamschmidt
- Das Projekt „PrinZ – Prinzip Zukunft“: Ein präventives Modell der Kooperation von Jugendhilfe und Schule in Oberfranken** 92
Christian Oerthel; Helmut Lockenvitz; Sabine Spies
- Resilienz bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund** 94
Andrea Michel
- „It needs a village to raise a child“ – Frühe Hilfen in Deutschland: ein Überblick** 96
Elisabeth Helming
- Teambildung zwischen Polizei, Schule und Jugendhilfe: das Gewaltpräventionsprogramm PiT-Hessen** 98
Dirk Friedrichs
- Was bedeuten Rituale für Jugendliche? Die Methode Lothar Kannenberg** 100
Lothar Kannenberg

Montag, 18. Juni



Dr. Christian Lüders
Deutsches Jugendinstitut,
München

Seit 1994 Leiter der Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut in München; stellvertretender Direktor des DJI; aktuell Mitglied der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Jungsein in Bayern“.

Gewalt als Lernchance – Jugendliche und Gewaltprävention

Moderation: Erich Marks

Gewalt im Kindes- und Jugendalter kann nur nachhaltig entgegengewirkt werden, wenn man sich mit ihr alters- und situationsangemessen offensiv auseinandersetzt. Gewaltfreiheit bzw. die Ächtung von Gewalt stellen nach wie vor erstrebenswerte und universell gültige Ziele im Zusammenleben von Menschen dar. Zugleich erweist sich aber Gewalt gerade im Kindes- und Jugendalter in ihren unterschiedlichen Formen immer auch als ein Phänomen aller bekannten Gesellschaften. Gewalt ist unter diesen Bedingungen deshalb immer auch ein Anlass und eine Chance zum Lernen für alle Beteiligten. Schon ein cursorischer Blick belegt, in welchem ausgeprägtem Maße mittlerweile im Bereich der familialen Erziehung, der Schule, in den verschiedenen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe, der Justiz und auch bei der Polizei gewaltpräventive Ansätze im Kindes- und Jugendalter letztendlich auf das soziale Lernen von Kindern und Jugendlichen und den entsprechenden Kompetenzerwerb als dem wesentlichen Modus der Bewältigung und der frühzeitigen Vermeidung von Gewalt setzen. Gewalttätiges Handeln in der präventiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als Lernchance aufzufassen impliziert dabei nicht, wie dies oftmals unterstellt wird, Gewalt zu akzeptieren, kleinzureden und für alles Verständnis zu haben, gleichsam – wie das Klischee es nahe legt – „kuschelpädagogisch“ – zu verharmlosen. Vielmehr geht es darum, den Bedingungen und Chancen des Kindes- und Jugendalters als Entwicklungsphase gerecht zu werden.

Montag, 18. Juni



Peter Lang

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Köln

Studium der Innenarchitektur (1976–1980) an der FH Trier und Studium der Psychologie (1980–1986) an der Universität Trier sowie der TU Berlin mit dem Schwerpunkt „Angewandte Sozialpsychologie“. Zwischen 1986 und 1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes in Berlin. In den Jahren von 1991 bis 2001 wissenschaftliche Tätigkeit am Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS). Zusätzlich in diesen Jahren Lehrtätigkeiten an der Hochschule für Künste in Berlin und der Hochschule in Bremen.

Im Jahr 2001 Beginn der Referententätigkeit bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Köln im Referat „Missbrauchsverhalten, Sekundärprävention bei legalen Suchtmitteln“. Zusätzliche Übernahme der Referatsleitung für den Bereich „Primärprävention von Sucht, illegale Drogen“ im Verlauf des Jahres 2005. Seit 2006 Referatsleiter in der BZgA für den gesamten Bereich „Prävention des Substanzmissbrauchs, Suchtprävention“.

Kommunikationsstrategien der BZgA zur Ansprache junger Zielgruppen am Beispiel der Alkohol- und Tabakprävention

Moderation: Dr. Rüdiger Wulf

Sowohl das Rauchen als auch übermäßiger Alkoholkonsum sind mit gravierenden gesundheitlichen Problemen und mit hohen gesellschaftlichen Folgekosten verbunden. Zur Förderung des Nichtrauchens bei Jugendlichen hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) im Jahr 2001 die „rauchfrei“-Jugendkampagne gestartet. Zur Förderung eines kritisch distanzierteren Umgangs mit Alkohol wurde die Kampagne „NA TOLL“! entwickelt. Beide Kampagnen kombinieren massenmediale Kommunikationselemente (Anzeigen in Jugendzeitschriften oder auch TV- und Kino-Spots, Internetangebote und Printmedien) mit personalkommunikativen Interventionsstrategien.

Zur Vermittlung der Interventionsbotschaften mittels personalkommunikativer Maßnahmen sind die Jugendfilmtage „Nikotin und Alkohol – Alltagsdrogen im Visier“ und der Mitmach-Parcours „Klarsicht“ realisiert. Darüber hinaus gibt es Angebote zur Gestaltung „rauchfreier“ Schulen und Peer-Einsätze zur Ansprache Jugendlicher über ihren Alkoholkonsum.

Diese bundesweit ausgerichteten Interventionskonzepte haben sich im Zusammenspiel mit gesetzgeberischen Maßnahmen und Maßnahmen auf Länderebene als erfolgreich erwiesen. So hat z.B. die Raucherquote der 12- bis 17-Jährigen zwischen 2001 und 2005 von 28 Prozent auf 20 Prozent abgenommen.

Montag, 18. Juni



Jürgen Banzer
Minister der Justiz
des Landes Hessen, Wiesbaden

Jürgen Banzer, geb. 1955 in Würzburg, Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main und der Theologie und Philosophie an der Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main.

1984 bis 1991 Rechtsanwalt in Oberursel (Taunus), daneben verschiedene kommunalpolitische Funktionen in der Stadt Oberursel und im Hochtaunuskreis.

1991 bis 2005 Landrat des Hochtaunuskreises. Seit November 2005 Hessischer Minister der Justiz.

„Erziehung für ein Leben ohne Straftaten – das neue hessische Jugendstrafvollzugsgesetz“

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Mit dem Entwurf des Hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes wird die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, bis Ende 2007 eine gesetzliche Grundlage für den Jugendstrafvollzug zu schaffen, umgesetzt.

Bei jungen Gefangenen sind noch Entwicklungskräfte wirksam, die durch die erzieherische Ausgestaltung des Jugendstrafvollzugs positive Einflussmöglichkeiten auf die Persönlichkeitsentwicklung möglich werden lassen. Diese Möglichkeiten müssen konsequent genutzt werden, um beginnende kriminelle Karrieren so früh wie möglich abubrechen. Ziel muss es zudem sein, die Besorgnis erregend hohe Rückfallquote nach Verbüßung einer Jugendstrafe von bundesweit ca. 78 % deutlich zu senken. Der Gesetzentwurf stellt die Besonderheiten im Umgang mit jungen Gefangenen in den Mittelpunkt und trägt den Grundprinzipien der Erziehung und der Sicherheit bestmöglich Rechnung. Erziehung wird dabei nicht als Wohltat, sondern als anstrengender und intensiver Prozess der Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeit und dem begangenen Unrecht verstanden. Dazu werden die Gefangenen in kleinen Wohngruppen untergebracht und im Rahmen eines umfassenden Erziehungskonzeptes, das insbesondere auf einen geregelten Tagesablauf durch Ausbildung und Arbeit und die Vermittlung sinnvoller Freizeitaktivitäten abzielt, intensiv – auch am Wochenende – betreut. Der Entlassungsvorbereitung kommt ein besonderer Stellenwert zu.

Der Beitrag erläutert die Grundprinzipien des derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Entwurfs.

Jens Gnisa

Deutscher Richterbund, Hamm

Prof. Dr. Heinrichs

Technische Universität Braunschweig



Jens Peter Gnisa, geboren am 19.05.1963 in Bielefeld, verheiratet, 3 Kinder. Nach dem Abitur im Jahr 1982 Jurastudium in Bielefeld von 1983–1990. 1990 Berufung in das Richteramt. Tätigkeiten zunächst an verschiedenen Amts- und Landgerichten in den Bezirken Detmold und Paderborn mit strafrechtlichem Schwerpunkt. Im Jahr 2002 Berufung an das Oberlandesgericht in Hamm und Zuweisung eines familienrechtlichen Dezernats. Von 2002 bis 2005 zugleich Geschäftsführer und stellvertretender Landesvorsitzender des DRB – NRW. Im Jahr 2005 Wahl zum Landesvorsitzenden. Seit 2007 Vorsitzender des Hauptrichterrats der ordentlichen Gerichtsbarkeit in NRW.



Prof. Dr. Nina Heinrichs, 1992–1998 Studium der Psychologie in Marburg, 2001 Promotion in Braunschweig, 2003 Berufung auf eine Juniorprofessur für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Diagnostik an der Universität Braunschweig. Psychologische Psychotherapeutin (Verhaltenstherapie). Forschungsschwerpunkte: Angststörungen (Soziale Phobie, Agoraphobie und Panikstörung), Prävention kindlicher emotionaler Störungen und Verhaltensstörungen, Krebserkrankungen der Frau.

„Modellregion Erziehung“ in Recklinghausen: Gewaltprävention und Stärkung von Familien durch evidenzbasierte Programme

Moderation: Albert van Heek

Kooperationspartner sind der Deutsche Richterbund NRW, der Verband Bildung & Erziehung NRW, die Landespsychotherapeutenkammer NRW, der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte NRW sowie die Universitäten zu Braunschweig und Köln. Auf Seiten der Stadt Recklinghausen werden das Jugendamt, das gesamte Netzwerk freier Träger und verschiedenste Institutionen einbezogen, so dass von einer flächendeckenden Verbreitung der Angebote gesprochen werden kann – ein Projekt für alle Familien.

Die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz und der sozialen Kompetenz von Kindern und Jugendlichen stellt eine wichtige Möglichkeit zur Prävention von aggressivem Verhalten und Gewalt in unserer Gesellschaft dar. Untersuchungen geeigneter Programme zur universellen, selektiven und indizierten Prävention unter Forschungsbedingungen liegen vor. Es fehlen jedoch aussagekräftige (Längsschnitt-)Studien unter Praxisbedingungen. Diese sollen in der „Modellregion für Erziehung“ gezielt gefördert werden, um auf wissenschaftlicher Grundlage ein Modell und Empfehlungen für die Öffentlichkeit und die Politik abgeben zu können. Begleitende Öffentlichkeitsarbeit soll das Bewusstsein für Lösungsansätze und die Bereitschaft, auch in weiteren Regionen aktiv zu werden, erhöhen. Es kommen zunächst die evidenzbasierten Programme EFFEKT, PEP und Triple P zur Anwendung.

Montag, 18. Juni



PD Dr. Jens Luedtke
Katholische Universität Eichstätt

PD Dr. Jens Luedtke, Dipl.-Soz., Jg. 1962, Oberassistent an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, im WS 06/07 und SoSe 2007 Vertretung der Professur für Mikrosoziologie an der Universität Kassel. Schwerpunkte: Soziale Probleme, abweichendes Verhalten, Jugend, Sozialisation, Moderne, Raum und Globalisierung; Forschung u.a. über Gewalt an Schulen, Gewalt in Erziehung und Partnerschaft, Arbeitslosigkeit. Veröffentlichungen u.a.: Jugendbanden (Gangs) und gangbezogene Verhaltensweisen (mit Marek Fuchs). Erscheint in: Scheithauer, H./Hayer, T./Niebank, K. (Hrsg.) (2007): Problemverhalten und Gewalt im Jugendalter. Stuttgart; Globaler Wandel: Nationalstaaten und nationale Gesellschaften unter Druck. In: Bernerburg, I./Niederbacher, A. (Hrsg.) (2007): Die Globalisierung und ihre Kritik(er). Wiesbaden, S. 40–56; Opfer elterlicher Gewalt – Opfer von Gewalt in der Schule? (mit Siegfried Lamnek). In: Obergfell-Fuchs, J./Brandenstein, M. (Hrsg.): Nationale und internationale Entwicklungen in der Kriminologie. Festschrift für Helmut Kury zum 65. Geburtstag. Frankfurt, S. 139–167; Tatort Familie (2. erw. Aufl.) (mit Siegfried Lamnek, Ralf Ottermann), Wiesbaden 2006; Gewalt an Schulen 1994 – 1999 – 2004 (mit Siegfried Lamnek, Marek Fuchs, Nina Baur), Wiesbaden 2005.

Schülergewalt – eine Frage des Selbstwertgefühls!? Zur Lage an bayerischen Schulen 1994 – 1999 – 2004

Moderation: Dr. Matthias Braasch

Eine Herausforderung, mit denen die Gesellschaft „ihre“ Schuljugend konfrontiert, ist das Entwickeln einer einigermaßen stabilen Identität. Dazu gehört ein stabiles Selbstwertgefühl. „Starke Jugend“ heißt auch: Jugendliche mit einem guten Selbstwertgefühl. Ein schwaches Selbstwertgefühl beruht mit darauf, dass Jugendliche nicht oder nur unzureichend die von ihnen erwarteten Entwicklungsaufgaben bewältigen können. Dies führt zu Kompensationsbemühungen, die auch in Devianz münden können.

Der Beitrag geht der Frage nach, wie das Selbstwertgefühl von Schülern (10–21 Jahre) mit ihren Gewalterfahrungen in der Schule (Täter- und Opferstatus) zusammenhängt. Datenbasis ist eine repräsentative, dreiwellige Längsschnittstudie zur Gewalt an allgemein- und berufsbildenden Schulen in Bayern zwischen 1994 und 2004. Damit kann die Entwicklung in einem 10-Jahres-Zeitraum aufgezeigt werden.

Behandelt wird der Zusammenhang mit relevanten Hintergrundfaktoren aus dem familialen Kontext (elterlicher Erziehungsstil, Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, Gewalt in der Erziehung), dem schulischen Bereich (Schulleistungen, schulische Integration, Schulschwänzen) sowie Wahrnehmungen der Jugendlichen (Einstellung zur persönlichen Zukunft). Auf Basis der empirischen Ergebnisse lassen sich Schlussfolgerungen für Präventions- und Interventionsmaßnahmen ziehen.

Montag, 18. Juni



**Prof. Dr. Hildegard
Müller-Kohlenberg**
Universität Osnabrück

Prof. em. Dr. Hildegard Müller-Kohlenberg.

Emeritierte Professorin für Sozialpädagogik an der Universität Osnabrück; Diplom-Psychologin; Mitbegründerin der „Deutschen Gesellschaft für Evaluation“ und der „Zeitschrift für Evaluation“; Ehrenamtliches Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Frauenhausbewegung. Mitbegründerin des Projekts „Balu und Du“.

Forschung zur Kompetenz von Laien im psychosozialen Handlungsfeld und zur Prävention von abweichendem Verhalten.

Problematische Lebenssituationen im Grundschulalter – prekäre Aussichten für die Jugendzeit

Moderation: Susanne Wolter

Wie lassen sich drohende negative Entwicklungen stoppen? Erfahrungen mit dem ehrenamtlichen Mentorenprogramm „Balu und Du“

Im Kindesalter lassen sich Fehlentwicklungen – die in der Jugend oft krass in Erscheinung treten – zunächst nur erahnen, vermuten, befürchten. Primäre Prävention sollte deshalb ein breites Repertoire von Themen und Maßnahmen bereithalten, um flexibel auf defizitäre Situationen zu reagieren.

Welche Merkmale charakterisieren „Balu und Du“ als Angebot der Primären Prävention?

Früher Zeitpunkt: Die Grundschule ist der Zeitpunkt, an dem die Entwicklung ALLER Kinder – auch aus bildungsfernen Familien und „Parallelgesellschaften“ – beobachtet werden kann. GrundschullehrerInnen können ihre Sorgenkinder, als „Moglis“, vorschlagen.

Individuelle Begleitung: Mentoren und Mentorinnen, die „Balus“, begleiten ein Mogli ein Jahr lang und treffen sich einmal wöchentlich mit ihm/ihr. Sie gehen auf Interessen und Defizite, Wünsche, Ängste und auch evtl. auf verborgene Talente ein.

Geringe Kosten: Da die Balus in erster Linie an Fach(hoch)schulen, Universitäten und sonstigen Bildungseinrichtungen geworben werden, bei denen das Projekt in den Lehrplan integriert ist, fallen nur geringe Kosten an. (Es handelt sich um eine Kombination aus Ehrenamt und Studienleistung).

Der Vortrag wird anhand von Evaluationsergebnissen zeigen, dass Risikokinder innerhalb eines Jahres – auch im Vergleich zu einer Kontrollgruppe – deutliche Fortschritte machen. Dabei wird auch die Frage der Wirkfaktoren angesprochen.

Montag, 18. Juni

Herbert Cartus

Conni Dinges

**Amt für soziale Arbeit, Echt & Stark,
Wiesbaden**

Silke Müller

**AG Sozialer Brennpunkt e.V., Echt & Stark,
Wiesbaden**



Conni Dinges, Jg. 1962, Dipl. Sozialpädagogin, Wendo-Trainerin, Zusatzausbildung in Gestalt- und Systemischer Therapie, Supervision, langjährige Berufstätigkeit in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendbil-

dungsarbeit und geschlechtsspezifischen Mädchenarbeit, seit 2000 Leiterin des Kinder- und Jugendzentrums und Projektkoordinatorin von Echt&Starkim Georg-Buch-Haus, Amt für Soziale Arbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden.

conni.dinges@gewerbeschule-wiesbaden.de

Silke Müller, Jg. 1967, Dipl. Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin, Mediatorin, Konflikttrainerin. Langjährige Berufstätigkeit in der feministischen Mädchenarbeit, Kinder- Jugendarbeit, Frauenbildungsarbeit. Geschäftsführerin und hauptamtliche Mitarbeiterin der Arbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkt e.V. mit dem Schwerpunkt Frauen-, Mädchen-, BewohnerInnenarbeit und Konfliktmanagement.

info@stadtteilarbeitwiesbaden.de

Herbert Cartus, Jg. 1956, Erzieher im Georg-Buch-Haus der Landeshauptstadt Wiesbaden, Konflikttrainer für Jungen, langjährige Berufstätigkeiten in der offenen Arbeit mit Kindern, Fortbildung in Spiel- und Theaterpädagogik, geschlechtsspezifischer Jungenarbeit und Gewaltprävention, Durchführung von Theater- und Zauberkursen.

herbert.cartus@wiesbaden.de

„Kinder stark machen“

In diesem Fachforum wird das Gesamtkonzept des Wiesbadener interdisziplinären Gewaltpräventionsprojekts **Echt& Stark** vorgestellt. „Kinder stark machen“ was heißt das für die Arbeit von **Echt&Stark**? Drei ProjektmitarbeiterInnen vermitteln Ihnen einen Einblick in die konzeptionellen Grundlagen des Projektes, stellen praxisnah die Konzeptbausteine dar und berichten über deren Umsetzung in verschiedenen pädagogischen Arbeitsfeldern. **Echt&Stark** spricht verschiedene Zielgruppen wie Kinder, Jugendliche, Eltern, LehrerInnen und pädagogische Fachkräfte an und arbeitet geschlechtsspezifisch. Das Projekt ist einsetzbar an Schulen, in Kinder- und Jugendzentren und anderen pädagogischen Einrichtungen. Das Projekt setzt sich aus folgenden Bausteinen zusammen: **WenDo** Kurse, d.h. Selbstbehauptung und feministische Selbstverteidigung für Mädchen, Konflikttraining für Mädchen, Konflikttraining und Selbstbehauptung für Jungen sowie Infoveranstaltungen, Elternabende und Fortbildungen für PädagogInnen und Eltern. Die Umsetzung erfolgt bedarfsgerecht und wird gemeinsam mit den pädagogischen Fachkräften der jeweiligen Institutionen abgestimmt. Vor dem Hintergrund unserer positiven Erfahrungen mit einem flexiblen, bedarfsgerechten, geschlechtsspezifischen Gewaltpräventionsprojekt für unterschiedliche Zielgruppen sehen wir die dringende Notwendigkeit entsprechende Konzepte als festen Bestandteil des präventiven Jugendschutzes in den unterschiedlichen pädagogischen Arbeitsfeldern zu etablieren.

Montag, 18. Juni



Carlo Schulz
Staatliches Schulamt Weilburg

Carlo Schulz, 1942 in Darmstadt geboren, ist Leiter der Koordinierungsstelle Gewaltprävention im Staatlichen Schulamt in Weilburg. Seit 1978 Schulleiter, hat Carlo Schulz auch von 1995–1998 die Deutsche Schule Kopenhagen geleitet und auf diesem Weg direkte Einblicke in ein ausgezeichnet funktionierendes Gesamtschulsystem skandinavischer Prägung gewonnen. Seit 2001 arbeitete er in der Koordinierungsstelle Gewaltprävention verantwortlich mit und war stellvertretender Leiter des EU-Projekts „PIE“. Gegenwärtig vertritt er das Staatliche Schulamt im EU-Projekt „etimos“.

Die Bedeutung der Kooperation von Schule und Elternhaus für das Wohl der Kinder und Jugendlichen – dargestellt an einem Bericht über das EU-Projekt „Partners in Education“

Die Koordinierungsstelle Gewaltprävention hat ein dreijähriges EU-Projekt zum Thema „Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus“ mit Schulen und Universitäten aus Dänemark, Frankreich, Griechenland, Polen und Hessen geleitet. Die Ergebnisse wurden auf einer DVD sowie in einem Film und in der Projektbroschüre dokumentiert. Sie zeigen, dass – mit Ausnahme Dänemarks – die Verbesserung der Kooperation von Schule und Elternhaus ganz erheblich dazu beiträgt, die Schülerinnen und Schüler zu stärken. Im Vortrag wird das positive Beispiel Dänemark dargestellt; weiter wird aufgezeigt, welche konkreten Schritte möglich sind, um Eltern zu einem gleichberechtigten Teil der Schulgemeinden werden zu lassen.

Moderation: Werner Brall

Dienstag, 19. Juni



Roman Rüdiger
Buddy e. V., Düsseldorf

Roman R. Rüdiger (Dipl. Soz. Pädagoge, Sozialmanager), geboren 13.08.1966, ist Geschäftsführender Vorstand des buddy Y E.V. Davor war er in unterschiedlichen Funktionen als Sozialmanager in Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden tätig, auch in der Geschäftsführung. Roman Rüdiger ist Dozent an der Fachhochschule Düsseldorf.

„Erwerb von Kompetenzen für die Zivilgesellschaft durch Methoden des sozialen Lernens am Beispiel des Buddy-Projektes“

Moderation: Bernd Strauch

Kinder und Jugendliche brauchen eine breite Palette an Kernkompetenzen, um in unserer sich rasant verändernden Gesellschaft bestehen zu können. Die OECD nennt drei Kernkompetenzen, die in Bildungssystemen gelernt werden sollen: selbstständig handeln, Werkzeuge (tools) konstruktiv und reflexiv nutzen und in heterogenen Gruppen erfolgreich miteinander umgehen. Am Beispiel des Buddy-Projekts wird deutlich, dass Soziales Lernen bei der Vermittlung dieser Kompetenzen in der Schule einen großen Beitrag leisten kann.

Das von der Vodafone Stiftung ins Leben gerufene Buddy-Projekt ist ein Programm für Soziales Lernen, das sich an Schulen richtet. Gemäß dem Motto „Aufeinander achten. Füreinander da sein. Miteinander lernen.“ stärkt es Kinder und Jugendliche und führt dazu, dass sie Verantwortung für sich und andere übernehmen und Konflikte konstruktiv lösen.

In Projekten übernehmen Schüler beispielsweise Patenschaften für jüngere Mitschüler, helfen anderen beim Lernen, setzen sich als Streitschlichter ein oder engagieren sich in Kindergärten oder Seniorenheimen. Dabei erwerben sie soziale Handlungskompetenzen wie beispielsweise Perspektivwechsel, Reflexionsfähigkeit, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit und merken, dass sie etwas bewirken können. Diese Erfahrung der Selbstwirksamkeit ist ein wesentlicher Hebel, mit dem das Buddy-Projekt Sucht- und Gewalt vorbeugt.



Dr. Ferdinand Sutterlüty
Institut für Sozialforschung,
Frankfurt am Main

Dr. Ferdinand Sutterlüty, Soziologe, geb. 1962 in Egg (Österreich). Studium der Katholischen Theologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck; Soziologiestudium an der Universität Konstanz und an der Freien Universität Berlin; Promotion im Jahr 2000. Mehrjährige Referententätigkeit bei der Gesellschaft für Integration, Sozialforschung und Betriebspädagogik gGmbH Berlin. Ab 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter und nun assoziiertes Mitglied des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main; seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitherausgeber von „WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung“. Forschungsschwerpunkte: Soziologie der Gewalt, Kriminalsoziologie, soziale Ungleichheit und ihre kulturelle Bedeutung, Religionssoziologie, soziologische Theorie, qualitative Methoden der Sozialforschung. Einschlägige Publikationen: Gewaltkarrieren. Jugendliche im Kreislauf von Gewalt und Missachtung. Frankfurt/New York: Campus 2002 (2. Aufl. 2003); Gewalt und suspendierte Handlungsrationale, in: Trauma & Gewalt, Jg. 1, Heft 1/2007, S. 12–23.

Gewaltkarrieren von Jugendlichen

Moderation: Wolfgang Gores

Am Beispiel von jugendlichen Wiederholungstätern aus der Skinheadszene und türkischen Cliques beschreibt der Vortrag die Entstehung und Entwicklung von Gewaltkarrieren. Nach der Analyse einer ersten Phase, die von Erfahrungen der Viktimisierung in der Familie geprägt ist, aber auch Vorboten einer gewaltsamen Rückgewinnung von Handlungsmacht und Anerkennung aufweist, geht der Referent auf epiphanische Erfahrungen der Gewaltausübung ein. Diese markieren biographische Wendepunkte und führen den Wechsel von der Opfer- in die Täterrolle herbei. Daran anknüpfend zeigt der Vortrag drei wesentliche Aspekte gewalttätiger Handlungsmuster auf, die für eine zweite Phase von Gewaltkarrieren charakteristisch sind: gewaltaffine Interpretationsregimes, mit deren Hilfe sich die lange ungeklärte Frage beantworten lässt, wie familiäre Gewaltzusammenhänge in jugendliche Lebenswelten transferiert werden; intrinsische Gewaltmotive, die aus berauschten Erfahrungen der Gewaltausübung hervorgehen; und Gewaltmythologien, mit denen die Jugendlichen die Gewalttätigkeit normativ auszeichnen und in ihren Wirkungen glorifizieren. Der Vortrag schließt mit einer knappen Reflexion darauf, inwiefern die dargestellte Entwicklungsdynamik von Gewaltkarrieren für Fragen der Prävention relevant ist.



Prof. Dr. Wolfgang Melzer

**WEISSER RING –
Fachbeirat Vorbeugung
Technische Universität Dresden**

1948 geb. am 01.06. in Strang/Bad Rothenfelde (Niedersachsen); 1966 Abitur am Gymnasium Carolinum in Osnabrück (Großes Latinum und Graecum); 1971 erstes Staatsexamen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Osnabrück; 1975 Diplom in Erziehungswissenschaft, Schwerpunkt Schule (Universität Osnabrück); 1978 Promotion. Thema der Dissertation: „Berufsfeld und Bewusstsein der Junglehrer“ (Frankfurt a.M./New York 1979); 1979 Wissenschaftlicher Assistent für „Pädagogik mit dem Schwerpunkt Schulforschung“ an der Universität Bielefeld; 1986 Habilitation und Verleihung der Venia legendi für „Pädagogik, mit dem Schwerpunkt Sozialisation“ an der Universität Bielefeld. Habilitationsschrift: „Familie und Schule als Lebenswelt“ (München 1987); 1987 Hochschuldozent an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld mit den Schwerpunkten „Sozialisation“ und „Laborschulforschung“; 1992 Vertretung der Gründungsprofessur für Schulpädagogik an der Universität Rostock; 1993 Lehrstuhl für Schulpädagogik: Schulforschung; Wissenschaftlicher Leiter der „Forschungsgruppe Schulevaluation“ an der Fakultät Erziehungswissenschaften der Technischen Universität Dresden, Direktor des Instituts für Schulpädagogik und Grundschulpädagogik; 2006 Geschäftsführender Direktor im Zentrum für Lehrerbildung, Schul- und Berufsbildungsforschung.

Gewalt in der Schule – Untersuchungen zu Schikane und Mobbing

Moderation: Jacqueline Kempfer

„Mobbing in Schulen – Analysen Präventionsmöglichkeiten“

Auf der Grundlage einer aktuellen empirischen Untersuchung, die im Jahre 2006 im Rahmen der WHO-Studie „Health Behaviour in School-aged Children“ (HBSC) durchgeführt wurde, sollen Häufigkeiten und Formen des Mobbing bei Kindern und Jugendlichen (im Alter von ca. 11–16 Jahren) analysiert und in der Opfer- sowie in der Täterperspektive dargestellt werden. Des Weiteren wird eine differenzierte Typologie, in der neben „Tätern“ und „Opfern“ auch weitere Gruppen („Unbeteiligte“, „Täter-Opfer“) repräsentiert sind, mit dem Ziel vorgestellt, das Erkennen der entsprechenden Rolle im pädagogischen Alltag zu erleichtern. Am Abschluss des Beitrages werden Konsequenzen aus den Untersuchungsergebnissen im Hinblick auf (schulische) Präventionsmöglichkeiten gezogen.



**Prof. Dr. Dr. Helmut
Remschmidt**

**Emeritierter Direktor der Klinik für
Kinder- und Jugendpsychiatrie
und -psychotherapie der Philipps-
Universität Marburg**

Prof. Dr. med. Dr. phil. Helmut Remschmidt, Dipl.-Psych., Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Facharzt für Psychotherapeutische Medizin, Fachpsychologe für Klinische Psychologie. Geboren am 25.4.1938 in Czernowitz/Rumänien. Direktor der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie der Philipps-Universität Marburg (1980–2006), seit dem 01.10.2006 emeritiert. Hermann-Simon-Preis für hervorragende sozialpsychiatrische Forschung (1990), Christina-Barz-Preis für wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiete der Eßstörungen (1994). Ernst-von-Bergmann-Plakette der deutschen Ärzteschaft (1996). Niilo-Hallman-Medaille der Finnish Foundation for Pediatric Research, Helsinki (Dezember 1998), Max-Planck-Forschungspreis für internationale Kooperation (Dezember 1999). Ehrenplakette der hessischen Ärzteschaft (Juli 2003). Bundesverdienstkreuz am Bande (Januar 2004). Quality of Life-Preis der Firma Lilly (Dez. 2006). Mitglied der deutschen Akademie der Naturforscher „Leopoldina“ (seit 1991). Von 1995–1999 Präsident der European Society for Child and Adolescent Psychiatry (ESCAP). Von 1998–2004 Präsident der International Association for Child and Adolescent Psychiatry and Allied Professions (IACAPAP). Fellow des Royal College of Psychiatrists (London) (seit Februar 2000). Ehrenpräsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie (DGKJP) seit 6.4.2000.

„Was wird aus delinquenten Kindern?“ – Untersuchungen zu Ursachen, Verlauf und Prognose von Gesetzesverstößen Strafmündiger

Moderation: Albert van Heek

Die Untersuchung hatte zum Ziel, die legale Bewährung straffälliger Kinder bis über das 40. Lebensjahr hinaus zu verfolgen und Prädiktoren für delinquentes Verhalten im Kindes-, Jugend- und Erwachsenenalter zu ermitteln.

Basierend auf den Akten der Marburger Staatsanwaltschaft wurden Stichproben straffälliger Kinder unter Berücksichtigung ihrer Delinquenz nach dem 14. Lebensjahr gezogen. Nachdem sie das Mindestalter von 18 Jahren erreicht hatten, wurden sie zwischen 1975 und 1977 persönlich untersucht. Als Kontrollgruppen dienten Probanden, die erstmalig im Jugendalter straffällig wurden bzw. keine Kontakte mit der Polizei hatten. Die stratifizierte Alterskohorte bestand aus N=256 Personen mit einem Durchschnittsalter von 22 Jahren. Mithilfe eines standardisierten Interviews wurden Daten zur Lebensgeschichte, zur Familie sowie zur Ausbildung erhoben, ferner die Intelligenz (WIP), Persönlichkeitsmerkmale (FPI), der wahrgenommene elterliche Erziehungsstil und die polizeilich nicht registrierte Delinquenz vor dem 14. Lebensjahr. Über Strafregisterauszüge wurde die legale Entwicklung aller Probanden bis zum Jahre 1996 verfolgt.

Unter Anwendung logistischer Regressionsanalysen konnte die polizeiliche Registrierung im Kindesalter nur bei Wiederholungstätern prognostiziert werden, desgleichen bei Mehrfachtätern in der Adoleszenz und bei chronischen Straftätern. Als prognostisch wirksam erwiesen sich vor allem psychosoziale Risikofaktoren und Persönlichkeitsvariablen.



Dr. Manuel Eisner
Pädagogisches Institut der
Universität Zürich

Dr. Manuel Eisner ist Historiker und Soziologe. Seit 2000 ist er am Kriminologischen Institut der Universität Cambridge tätig. Gegenwärtig leitet er eine kombinierte Entwicklungs- und Interventionsstudie in Zürich, an der seit drei Jahren über 1 300 Kinder teilnehmen. Im Rahmen der Studie wurde ein Elterntaining und ein Sozialkompetenzprogramm als randomisierter Feldversuch umgesetzt. Wenn Alles gut geht, wird ein Buch mit den Ergebnissen der Evaluationsstudie noch rechtzeitig für den deutschen Präventionstag erscheinen. Ausserdem interessiert er sich für historisch-komparative Gewaltforschung, etwa die Ursachen des Rückgangs von Tötungsdelikten in der frühen Neuzeit.

Markt, Macht und Wissenschaft: kritische Überlegungen zur deutschen Präventionsforschung

Moderation: Erich Marks

In den letzten 10 Jahren haben Prävention und Präventionsforschung in Deutschland einen ungeahnten Aufschwung erfahren. Ausgelöst durch die neu gewonnene Zuversicht der evidenzbasierten Prävention in den USA wurden auch hierzulande neue Programme entwickelt und auf ihre Wirksamkeit hin geprüft.

Inzwischen vertreiben viele private oder halbstaatliche Anbieter ihre Präventionsprogramme als wissenschaftlich geprüft. Allerdings stammen die Studien meistens von den Programmvertreibern selbst, so dass sich die Frage stellt, wie stark man sich auf die behaupteten Wirkungen verlassen kann.

Der Vortrag wird am Beispiel von bekannten Präventionsprogrammen zeigen, dass es oft eine grosse Kluft zwischen wissenschaftlicher Selbstanpreisung und tatsächlichen Forschungsbefunden gibt, und dass nicht selten Befunde in problematischer Weise manipuliert werden.

Der Vortrag plädiert daher für die Einführung von strengen Qualitätsstandards für die Durchführung und Präsentation von Evaluationsforschung. Dies ist notwendig, um Transparenz und Vertrauen in die Forschung zu evidenzbasierter Prävention zu schaffen.

Dr. Regine Drewniak

Wissenwasgutist, Hameln

Prof. Dr. Rüdiger Sonnen

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und
Jugendgerichtshilfen e.V., Hannover

Thomas Thill

Kreisjugendamt Weißenburg-Gundenhausen



Regine Drewniak, Päd. M.A., Dr. disc. pol.
– geb. 1962; Studium der Erziehungs- und
Sozialwissenschaften in Göttingen; 1988 bis
1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Krimi-
nologischen Forschungsinstitut Niedersachsen
e.V. (KFN); SP Jugenddelinquenz, Mitwirkung
der Jugendhilfe, Neue ambulante Maßnahmen; freiberuflich
tätig als Evaluatorin in der Aus- und Fortbildung

Prof. Dr. Rüdiger Sonnen

– Studium und Referendariat in Berlin und Freiburg; 1971
Promotion; Assistenzprofessor an der Freien Universität Ber-
lin; 1976 Professur an der Fachhochschule für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik; Seit 1978 Professur für Strafrecht an
der Universität Hamburg; Lehr- und Prüfungsgebiete/Tea-
ching: Strafrecht, Wahlschwerpunkt Kriminalität; Forschung
– Projekte und Gebiete/Areas of Research: Grenzbereiche
zwischen Strafrecht und Kriminologie, Kriminalpolitik,
Jugendstrafrecht; DVJJ: seit Januar 1997 Vorsitzender



Thomas Thill, geb. 1953, ist seit 5 Jahren Mitglied
im Sprecherrat der BAG Jugendgerichtshilfe
(BAG-JGH) der DVJJ. Er wirkte an der Veröffentli-
chung der „Grundsätze für die Mitwirkung der
Jugendhilfe in Verfahren nach dem Jugendge-
richtsgesetz“ mit, qualifiziert im Weiterbildungs-
kurs der DVJJ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugend-
gerichtshilfe und arbeitete mit an dem veröffentlichten
Positionspapier der Arbeitsgruppe Jugendkriminalprävention
„Position der DVJJ zur Jugendkriminalprävention“. Hier setzte
er insbesondere Schwerpunkte im Bereich Jugendhilfe (Sozial-
planung), Netzerkennung und Jugendhilfeplanung. T. Thill ist
derzeit in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (Kommunale
Jugendarbeit) tätig. Vordem beriet er in der Jugendhilfe in
Strafverfahren (JGH) Kinder, Jugendlichen und Heranwach-
sende vor bevorstehenden Strafverfahren und entwickelte in
seinem Wirkungsbereich Netzwerke mit den Verfahrensbetei-
ligten. Derzeit ist er ehrenamtlich in einem Präventionsweg-
weiser e.V. tätig, der im sozialen Umfeld der Kinder, Jugend-
lichen und Familien präventive Angebote mit Multiplikatoren
entwickelt.

Jugendkriminalprävention zwischen Jugendhilfe und Jugendstrafrecht

Die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Justiz im genannten Bereich ist dringend verbesserungsbedürftig. Auch muß die Handlungsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe gestärkt werden, um die Gestaltungsspielräume für Prävention und ambulante Maßnahmen zu erweitern (Prävention statt Repression – wie es im Koalitionsvertrag heißt. Es geht um die individuellen und sozialen Kompetenzen junger Menschen, die im Rahmen der Präventionsarbeit erweitert werden sollen. Das bedeutet auch, daß sich die Jugendhilfe unter Effizienzgesichtspunkten entsprechend weiter qualifizieren und die Lücke im Bereich der Jugendhilfe- Wirkungsforschung geschlossen werden muß. Jugendhilfe muß ihre Erfolge auch mit „harten Fakten“ beweiskräftiger machen, orientiert an Kriterien wie Wirksamkeit und Nachhaltigkeit. Mit dem Hinweis auf eine klare Rollenteilung kann sie sich ihrer Verantwortung gegenüber straffällig gewordenen Jugendlichen nicht entziehen. Sie hat zwar nicht die Aufgabe, den staatlichen Strafanspruch durchzusetzen und eine Bestrafungsfunktion zu übernehmen, muß sich aber bewußt sein, daß sie mit ihren Leistungen den ausgrenzenden Wirkungen strafrechtlicher Sanktionen gegensteuern kann. Dies rechtfertigt und verlangt, daß sie im ausreichenden Umfang spezialisierte Leistungsformen der Jugendhilfe (ambulante Maßnahmen) vorhält und – in Ausübung der ihr zustehenden Entscheidungskompetenz über die Gewährung von Jugendhilfeleistungen – gewährt (Position der DVJJ zur Jugendkriminalprävention, ZJJ 2006, 331-339).



Dr. Michael Hamschmidt
Gesundheitsamt Lübeck

Dr. med. Michael Hamschmidt, geb. 1954 in Gütersloh, verheiratet, 2 Kinder. Nach dem Abitur am Evangelisch-Stiftischen-Gymnasium Gütersloh im Jahre 1973 Zivildienst. Von 1975 bis 1981 Medizin- und Psychologie-Studium an der Universität Münster. Zwischenzeitlich 1 Jahr Studium aufgrund eines Stipendiums an der Université Claude-Bernard in Lyon (Frankreich). Im Jahre 1982 Promotion und Beginn der ärztlichen Arbeit zunächst als Assistenzarzt in der Chirurgischen Abteilung des Kreiskrankenhauses Stormarn in Bad Oldesloe, danach in der Pädiatrischen Abteilung des Evangelischen Krankenhauses in Lippstadt und danach Assistenzarzt im Herz-Kreislauf-Zentrum in Bad Waldliesborn (Innere Medizin mit Rheumatologie und Gefäßkrankheiten). Seit 1986 zunächst Stadtarzt im Gesundheitsamt Lübeck, 1987 Erwerb der Zusatzbezeichnung Sozialmedizin, 1988 3-monatige Hospitation in der psychiatrischen Klinik der Medizinischen Universität zu Lübeck, seit 1989 Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen. Seit 1994 Leiter des Gesundheitsamtes der Hansestadt Lübeck, gleichzeitig seit 1996 Vorstandsvorsitzender des Instituts für Krebsepidemiologie, das die Aufgaben der Registerstelle nach dem Gesetz zur Ausführung des Krebsregister-Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein durchführt und Forschung auf dem Gebiet der Krebsepidemiologie betreibt.

Gesundheit und Aktivität in Schulen – Gesundheitsprävention bei Hauptschul- kindern – ein EU-Projekt zwischen Lübeck und dem Kreis Storstrøm (Dänemark)

Das Lübecker Gesundheitsamt und ein dänischer Partnerkreis (Storstrøm) haben in den letzten 3 Jahren ein von der EU gefördertes Projekt zur Gesundheitsprävention bei Schulkindern durchgeführt. Fachkräfte gaben spezielle Kurse zu den Themen Ernährung/Bewegung/Entspannung, wobei neben einem verbesserten Gesundheitsbewusstsein auch eine Ich-Stärkung erfolgte und Stressbewältigungsmöglichkeiten verbessert wurden. Während bisher entsprechende Projekte eher mittelstandsorientiert waren, wurde dieses Projekt bewusst in Hauptschulen sozial schwacher Stadtteile durchgeführt. Es gelang der Nachweis, dass auch in diesem Bereich erfolgreich Gesundheitsprävention durchgeführt werden kann. Das von der Kopenhagener Universitätsklinik und der Lübecker Universitätsklinik, Institut für Sozialmedizin, evaluierte Projekt wurde im Jahre 2004 mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention ausgezeichnet. Die speziellen Kurs- und Projekterfahrungen wurden für Nachahmer in einem umfangreichen Manual festgehalten. Wichtige Forderungen, die sich aus dem Projekt ergeben, sind u. a. die Wiedereinführung des Schulfrühstücks, die flächendeckende Ganztagschule mit einem flächendeckenden Angebot von gesundem Mittagessen in der Schule sowie die Finanzierung von Sportvereinsbeiträgen für sozial schwache Kinder, wobei diese Finanzierung direkt bei den Sportvereinen angesiedelt sein muss.

Moderation: Albert van Heek

Dienstag, 19. Juni

Christian Oerthel
Helmut Lockenvitz

**Rummelsberger Dienst für junge Menschen
gGmbH, Mainleus**

Sabine Spies

Projekt „PrinZ – Prinzip Zukunft“



Christian Oerthel, Diakon, Dipl. Sozialpädagoge (FH), Geschäftsführer der Rummelsberger Dienste für junge Menschen gGmbH



Helmut Lockenvitz, Diakon, Dipl. Sozialpädagoge (FH), Projektleitung „PrinZ“, Leiter Ambulante erzieherische Dienste beim Rummelsberger Jugendhilfeverbund Fassoldshof in Mainleus



Sabine Spies, Sonderpädagogin, Projektleitung „PrinZ“

Das Projekt „PrinZ – Prinzip Zukunft“: Ein präventives Modell der Kooperation von Jugendhilfe und Schule in Oberfranken

Moderation: Matthias Hildebrand

„PrinZ“ ist ein Modell der Zusammenarbeit von Grundschule und Jugendhilfe für Kinder mit besonders hohem Förderbedarf in den Bereichen des Erlebens und des Verhaltens. Ziel ist es, durch präventive Hilfe langfristige Integration zu bewirken. Manche Kinder haben aufgrund vielfältiger Ursachen so massive Schwierigkeiten in emotionaler und sozialer Hinsicht, dass die Erfüllung der Schulpflicht an der Regelschule langfristig gefährdet wäre. Fehlt eine passende Hilfe, nehmen Probleme auch in der Familie schnell zu und die Eltern sind in ihrer Erziehungsaufgabe überlastet. Sekundärprobleme entstehen, bleiben aber meist zunächst unbearbeitet. Bei einem Großteil der Kinder erfolgt mittelfristig die Ausgrenzung von der Regelschule. Das bedeutet für die Jugendhilfe langjährige Unterbringungen in Heimen, die eine geeignete Beschulung anbieten.

Hier setzen wir an: „PrinZ“ ist präventive Hilfe für besonders „schwierige“ Kinder durch Vernetzung ihrer Lebenswelten. MitarbeiterInnen von Schule und Jugendhilfe arbeiten in Klassenteams zusammen und beziehen die familiären Erziehungspersonen intensiv ein. Diese Form der Vernetzung ist bisher einzigartig, von Grund auf innovativ und findet in Fachkreisen bayernweit Beachtung, auch wenn wir eine kleine Einrichtung sind.

Sämtliche Kinder, die nach unserem Konzept seit 2000 an Regelschulen im Kreis Kulmbach zurückgeführt wurden, sind noch heute dort integriert und leben bei den Sorgeberechtigten.

„PrinZ“ stärkt Kinder und Eltern für die Zukunft!

Prof. Dr. Michael Fingerle

Johann Wolfgang Goethe-Universität

Andrea Michel

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) sowie Johann Wolfgang Goethe-Universität, Institut für Sonderpädagogik

Ins Thema Resilienz führt Prof. Dr. Michael Fingerle ein. Er ist Universitätsprofessor an der Universität in Frankfurt/Main.



Im Anschluss Projektdarstellung einer Studie zu Resilienz von jungen MigrantInnen von Dipl. Soz. Andrea Michel (ISS Frankfurt):

Seit 08/2006: Wiss. Mitarbeiterin am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) Frankfurt am Main: Lebenslage und Resilienz von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

2005–2006 Referentin für Jugendsozialarbeit beim Deutschen Roten Kreuz, Generalsekretariat Berlin

2003–2005 Wiss. Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI) München: Netzwerk Prävention von Schulmüdigkeit & Schulverweigerung

2002–2003 Freie wiss. Mitarbeit am Institut für Praxisforschung & Projektberatung (IPP) München: Evaluation der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit & Evaluation eines Gewaltpräventionsprojekts für Mädchen

2000–2002 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) München: Projekt Trägerqualität

1995–2000 Während des Soziologiestudiums in DJI-Projekten tätig: Regionale Datenbank, Freizeit- und Betreuungsangebote für Schulkinder, Straßenkarrieren von Jugendlichen in Deutschland

Resilienz bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Moderation: Dr. Matthias Braasch

Das Phänomen der Resilienz gewinnt für die pädagogische Arbeit zunehmend an Bedeutung, insbesondere für die Planung und Strukturierung präventiver Angebote. Der einleitende Vortrag von Prof. Dr. Fingerle gibt einen kritischen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung zu Risiko- und Schutzfaktoren und diskutiert die Bedeutung dieser Erkenntnisse für die pädagogische Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund.

Im Anschluss stellt Andrea Michel die ISS-Studie zur „Resilienz von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ vor. Im Rahmen dieser Untersuchung wird die Lebenssituation von jugendlichen MigrantInnen aus belastenden Lebenslagen mit Ergebnissen der Resilienzforschung verknüpft. Die Zielgruppe der Studie sind Jugendliche mit einem türkischen Migrationskontext und junge (Spät-)AussiedlerInnen zwischen 18 und 21 Jahren.

Ab Herbst 2007 wird eine empirische Erhebung bei 200 Jugendlichen zu zentralen Bedingungen ihrer Lebenslagen und Bewältigungsstrategien durchgeführt.

Aus den Ergebnissen der Analyse von Schutz- und Risikofaktoren und deren Auswirkungen auf die Entwicklung von stabilen Persönlichkeiten, werden Handlungskonzepte für die (sozial-)pädagogische Praxis erarbeitet.

Erste Ergebnisse aus der Analyse qualitativer Interviews mit Jugendlichen und deren Umfeld werden vorgestellt und anhand zweier kontrastierender Fallbeschreibungen vertieft.



Elisabeth Helming

Deutsches Jugendinstitut e.V.,
München

Dipl. Soziologin, wissenschaftliche Referentin. Bisherige Forschungstätigkeiten in folgenden Bereichen: Hilfen für Familien (Mütter, Väter und Kinder) in Risikolagen; Familie und soziale Arbeit; Lebenssituationen von Familien in gravierenden Unterversorgungslagen, insbesondere von alleinerziehenden Frauen; Gender Aspekte der Sozialen Arbeit/in der Kinder- und Jugendhilfe; Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgewählte Veröffentlichungen:

- Helming, Elisabeth/Schattner, Heinz/Blüml, Herbert (1997): Handbuch Sozialpädagogische Familienhilfe (1997). Hg. durch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart. (3. überarbeitete Auflage April 1999). Download unter: www.bmfsfj.de
- Helming, Elisabeth (2006): „Super Nanny“ – Differenzieren statt dramatisieren. In: Wahl, Klaus/Hees, Katja (Hrsg.) (2006): Helfen „Super Nanny“ und Co.? Ratlose Eltern – Herausforderung für die Elternbildung. Weinheim: Beltz Verlag, S. 87–102
- Helming, Elisabeth (2006): „Die haben nichts – die bringen nichts“?! – Sozialpädagogische Familienhilfe: Familienbildung für sozial benachteiligte Familien. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, Heft 2/2006, S. 207–219
- Helming, Elisabeth/Sandmeir, Gunda/Sann, Alexandra/Walter, Michael (2007): Kurzevaluation von Programmen zu Frühen Hilfen für Eltern und Kinder und sozialen Frühwarnsystemen in den Bundesländern. Abschlussbericht: München, DJI. Download unter: www.dji.de

„It needs a village to raise a child“ – Frühe Hilfen in Deutschland: ein Überblick

Moderation: Matthias Hildebrand

Der Aufbau sozialer Frühwarnsysteme und die Förderung früher Hilfen für gefährdete Kinder und ihre Eltern werden verstärkt als gesellschaftliche Aufgaben wahrgenommen. Insbesondere eine enge Verzahnung von Gesundheitshilfe und Kinder- und Jugendhilfe soll Gefahren von Vernachlässigung bzw. Misshandlung entgegenwirken und die gesunde Entwicklung von Kindern fördern. Dies soll vor allem erreicht werden durch Vernetzung verschiedenster Akteure vor Ort und durch intensive frühe Hilfen, die besonders problembelastete Familien in riskanten Lebenslagen unterstützen und die Erziehungsfähigkeit der Eltern fördern.

Bislang fehlte eine vergleichende Darstellung, Analyse und Bewertung von Modellen und Projekten in den Bundesländern, die die Stärkung des Schutzauftrages der staatlichen Gemeinschaft durch präventive Maßnahmen anstreben. Im Rahmen des Aktionsprogramms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ hat das DJI eine erste bundesweite, konzentrierte Evaluation relevanter Modelle vorgenommen. Der Vortrag fasst wesentliche Ergebnisse dieser Studie zusammen und gibt einen Überblick über Strategien der Praxis in diesem Bereich sowie über Stärken und Schwächen der Ansätze. Hinweise auf offene Fragen und Ansatzpunkte für Weiterentwicklungen schließen sich an.

Dienstag, 19. Juni

Dirk Friedrichs

PiT- Hessen, Frankfurt am Main

Dirk Friedrichs, Sozialpädagoge und Erziehungswissenschaftler, kommt aus dem Hessischen Sozialministerium und leitet seit drei Jahren das Gewaltpräventionsprojekt der Hessischen Landesregierung im Netzwerk gegen Gewalt.

Teambildung zwischen Polizei, Schule und Jugendhilfe: das Gewaltpräventionsprogramm PiT-Hessen

Moderation: Albert van Heek

PiT-Hessen ist ein ausschließlich auf Gewaltlosigkeit basierendes Gewaltpräventionsprogramm, das die Kooperation von Schule, Polizei und Jugendhilfe zur Grundlage seines Handelns macht und folgende drei Ziele verfolgt:

- Teambildung von Schule, Polizei und Jugendhilfe
- Trainings mit Schülerinnen und Schülern
- Impulse für die Personal-, Organisations- und Konzeptentwicklung insbesondere in der Schule geben

Drei Jahre wurde in Frankfurt am Main und Offenbach die Praxistauglichkeit von PiT-Hessen in einem Modellprojekt erprobt und evaluiert. Ab Sommer 2007 geht PiT-Hessen in die Fläche. 23 neue Teams beginnen.

In jeder der beteiligten Schulen wird ein Team gebildet, das aus mindestens einem Polizeibeamten, einer Mitarbeiterin der Jugendhilfe und zwei Lehrkräften besteht. Das Team kooperiert über einen längeren Zeitraum eng und systematisch miteinander. PiT-Hessen ist das erste Präventionsprogramm, bei dem in dieser umfassenden Art und Weise auf die gemeinsame Verantwortung unterschiedlicher Professionen gesetzt wird.

Bei den Trainings mit 7. Klassen geht es darum, eine Gewaltsituation möglichst frühzeitig als solche zu erkennen und sich erst gar nicht in einen Konflikt zu begeben. Ist das nicht zu verhindern, sind verschiedene Ausstiegsmöglichkeiten angesagt. Hierbei sind die Kinder häufig die Experten. Sie kennen ihr schulisches Umfeld mit allen sog. guten und schlechten Orten.



Lothar Kannenberg

Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg

Acht Jahre Volksschule, Amateurboxer, Türsteher im Frankfurter Bahnhofsmilieu, Drogensucht, schwere Krankheit, Psychiatrie. Das war das alte Leben von Lothar Kannenberg. 1997, nach einer zehnmonatigen Drogenentziehungstherapie, folgt mit einem Wohnortwechsel nach Kassel der Neubeginn. Kannenbergs neuer Lebensinhalt: gefährdeten Jugendlichen das Schicksal zu ersparen, welches er selbst erfahren musste. Kannenberg wird Streetworker in Kassel, fand dort eine alte Fabrikhalle, gründete sein erstes Boxcamp, mittlerweile ein deutschlandweit anerkanntes Jugendsozialprojekt. 2004 folgt die Gründung des Vereins Durchboxen im Leben e. V. und der Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg. Das Trainingscamp Lothar Kannenberg ist eine private, gemeinnützige Jugendhilfeeinrichtung und bietet männlichen Jugendlichen im Alter von 14–18 Jahren, die auf ihre sozialen Defizite mit gewalttätigem, delinquentem und süchtigem Verhalten reagieren, einen klaren und geschützten Rahmen. Kannenbergs Motto: „Ich nehm’ die Jugendlichen, die am Boden liegen, und stell’ sie wieder auf die Füße.“ 2005 wird Lothar Kannenberg von Bundespräsident Horst Köhler mit der Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet und als Vorbild gewürdigt.

Was bedeuten Rituale für Jugendliche? Die Methode Lothar Kannenberg

Moderation: Prof. Dr. Britta Bannenberg

Klare Strukturen und Rituale sind seit jeher Grundlage funktionierender Pädagogik. Auch in der Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg bilden Rituale das Herzstück des täglichen Miteinanders. Lothar Kannenberg, Gründer und Leiter der Jugendhilfeeinrichtung, referiert über die im Trainingscamp praktizierte Rituale (Willkommensritual, Überlebensritual, Grabritual, Kreisritual, Verabschiedungsritual) und deren Bedeutung und Auswirkung auf die Jugendlichen.

Offenes Forum

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen des Offenen Forums

	Seite
Handy und Jugendschutz Prof. Dr. Nicola Döring	106
Beeinträchtigung des Kindeswohls durch häusliche Gewalt Marion Ernst; Dr. Heinz Kindler	108
„Erfolgreiche Bürgerkommunikation – Tipps für die kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit“ Frank Goldberg; Gabriele Wiebelitz	110
„Stalking und häusliche Gewalt – Risikoeinschätzung und Fallmanagement“ Jens Hoffmann	112
Kommunale Präventionsgremien in Deutschland: Ergebnisse der ersten deutschlandweiten Online-Umfrage Verena Schreiber	114
Am Rande der Wahrnehmung – Beratung für Kinder bei häuslicher Gewalt Andrea Buskotte; Kati Voß; Corinna Wolf	116
„Kriminalprävention in NRW für eine starke Jugend – Neuausrichtung, Ansätze und Konzepte von Polizei und Justiz“ Irmgard Baumhus; Wolfgang Gatzke; Wolfgang Ettelt; Ingo Kaiser	118

Übergangsmanagement im hessischen Jugendstrafvollzug Dr. Lutz Klein	120
Gewalt im Namen der Ehre – Hintergründe und praktische Wege aus der Gewalt Fatma Sonja Bläser	122
Die Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt in Hessen – ein Beispiel für gelungene, ressortübergreifende und bürgerbeteiligende Kriminalprävention“ Anja Bell; Dr. Helmut Fünfsinn	124
Der Vortrag „Elternabend für türkische Eltern zum Thema Sexualerziehung“ von Frau Zerrin Özdemir fällt wegen Krankheit der Referentin aus	
Kriminalprävention und Informationsvermittlung – Präsentationen aus dem Internet Jörg Bässmann; Joachim Eschemann; Elisabeth Herrmann; Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	126
„Medien und Gewalt“ – Forschungsstand und kriminalpräventive Vorschläge Prof. Dr. Dieter Hermann	128
Gewaltprävention und Konfliktmanagement im Fußball Angelika Ribler	130

-
- Der „No Blame Approach“ – Ein wirksamer Interventions- und Handlungsansatz bei Mobbing in der Schule (ohne Schuldzuweisung und Bestrafung)** 132
Kerstin Bunte; Andreas Peters
- MIVEA - Gefährdung erkennen – Chancen nutzen** 134
Prof. Dr. Michael Bock
- „Terrorismusprävention – Zentrale Herausforderungen für Städte in Deutschland und Europa“** 136
Klaus Bott; Marc Coester
- Gewalt- und Suchtprävention – Beispiele der Integrationsförderung des BAMF** 138
Romy Bartels
- Partizipation – Investition = Prävention** 140
Brigitte Holz; Christoph Kulenkampff
- „Michel“ ein interaktives Präventionsprojekt für Jugendliche** 142
Lydia Halbhuber-Gassner; Sabine Wangel

Montag, 18. Juni



Prof. Dr. Nicola Döring
TU Ilmenau

Prof. Dr. Nicola Döring leitet das Fachgebiet Medienkonzeption/Medienpsychologie an der Technischen Universität Ilmenau.

Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die sozialen Aspekte der Online- und Mobilkommunikation, Lehren und Lernen mit neuen Medien, Geschlechterforschung und Methodenlehre.

Website: www.nicola-doering.de

Handy und Jugendschutz

Moderation: Matthias Hildebrand

Der Vortrag befasst sich mit den Chancen und Risiken des Handys für Kinder und Jugendliche. Dabei wird insbesondere das gesamte Spektrum der Risiken aufgeklärt. Neben jugendgefährdenden Inhalten gibt es zahlreiche weitere potentielle Risiken, etwa Handy-Sucht oder Handy-Schulden. Die öffentliche Wahrnehmung von Risiken wird mit vorliegenden Forschungsbefunden verglichen. Zudem werden Präventionsmaßnahmen vorgestellt.

Montag, 18. Juni



Dr. Heinz Kindler
Deutsches Jugendinstitut e. V.

Dr. Heinz Kindler, Dipl.-Psych., Dr. phil., wiss. Referent beim Deutschen Jugendinstitut e.V., rechtspsychologischer Sachverständiger mit Schwerpunkt Kindeswohlgefährdung

Beeinträchtigung des Kindeswohls durch häusliche Gewalt

Moderation: Marion Ernst

In Langzeitstudien und Meta-Analysen sind Beeinträchtigungen des Kindeswohls durch wiederholt miterlebte Partnerschaftsgewalt zunehmend deutlicher hervorgetreten. Der Vortrag führt in den Forschungsstand ein und erörtert Folgerungen für Hilfe und Intervention.

Montag, 18. Juni

Frank Goldberg

**Geschäftsstelle des Präventionsrates
Frankfurt am Main**

Gabriele Wiebelitz

Presseamt der Stadt Frankfurt am Main



Frank Goldberg, Ltd. Magistratsdirektor, geb. am 28.8.1954 in Mainz. Studium der Rechtswissenschaft an der Johannes Gutenberg Universität Mainz. Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Lehrstuhl für Öffentliches Recht. 1984 Referent für Schule und Bildung der Stadt Frankfurt a.M.

1989 Amtsjurist mit dem Schwerpunkt Jugend- und Sozialrecht. Dozent an der Fachhochschule Frankfurt a.M. mit dem Lehrfach Soziale Grundsicherung. 1995 Büroleiter des Dezernats für Bau, Verkehr, Sicherheit, Wirtschaft und Europaangelegenheiten. Seit 1999 hauptamtlicher Geschäftsführer des Präventionsrates der Stadt Frankfurt a.M. 2004 Geschäftsführer der Regionalkonferenz Frankfurt RheinMain „Sicherheit und Prävention“.

Mitinitiator zahlreicher Aktionen und Kampagnen zum Thema „Häusliche Gewalt!“, Zivilcourage (Gewalt – Sehen – Helfen) und Sport und Prävention u.a.

Zahlreiche Publikationen vornehmlich zu den Themen lokale Präventionsstrategien, Community Policing und Sport und Gewalt.

Erfolgreiche Bürgerkommunikation – Tipps für die kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit

Moderation: Thomas Müller

Ohne Öffentlichkeitsarbeit läuft in der Kriminalprävention gar nichts. Über Öffentlichkeitsarbeit müssen Opfer erreicht und Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert werden. Öffentlichkeitsarbeit muss gezielt aufklären, informieren und motivieren. Sie schafft Vertrauen, steigert den Bekanntheitsgrad und wirkt auf die Öffentliche Meinung. Mit Öffentlichkeitsarbeit kann man Vorurteile abbauen und Solidarität herstellen.

Der Vortrag zeigt, wie wichtig es ist, sich zunächst Gedanken zur eigenen Planung von Kommunikationsstrategien zu machen.

Welche Zielgruppe soll erreicht und welches Verhalten beeinflusst werden? Welches Kommunikations- oder Werbemittel ist dafür geeignet. Was ist beim Briefing einer Agentur für die Produktion einer Broschüre, Plakat oder Kampagne zu bedenken?

Der Vortrag gibt Hinweise und Ratschläge für ein erfolgreiches kriminalpräventives Werbemanagement.

Dr. Jens Hoffmann

**Institut für Psychologie & Sicherheit,
Aschaffenburg**

Dr. Jens Hoffmann ist Diplom-Psychologe und einer der beiden Leiter des Instituts für Psychologie & Sicherheit (www.institut-psychologie-sicherheit.de), einer Fortbildungs- und Forschungseinrichtung. Seit 2001 lehrt und forscht er an der Arbeitsstelle für Forensische Psychologie der TU Darmstadt. Zudem hielt er Lehraufträge an Hochschulen in Berlin, Gießen, Hamburg und Regensburg.

Jens Hoffmann ist außerdem Mitbegründer der Partnerschaftsgesellschaft „Team Psychologie & Sicherheit“ (www.t-p-s.org), einem Verbund von Kriminal- und ehemaligen Polizeipsychologen. Zu den Kunden von T-P-S zählen u.a. zahlreiche DAX-Unternehmen, Polizeibehörden und Personen des öffentlichen Lebens. In mehreren Hundert Fällen von Stalking und Bedrohungen hat Jens Hoffmann Beratungen bzw. das Fallmanagement durchgeführt oder Täterprofile erstellt. 2002 wurde er von EUROPOL als Berater für europäische Polizeikräfte in die dortige Experten-Datenbank aufgenommen. Er hält regelmäßig Vorträge und Workshops auf Fachkonferenzen in Europa und in den USA. Jens Hoffmann hat bislang insgesamt sechs Fachbücher als Autor, Koautor oder Mitherausgeber verfasst, darunter die Monographie „Stalking“ (Springer, 2005) und den Sammelband „Psychologie des Stalking“ (Polizei & Wissenschaft, 2006). Zudem veröffentlicht er regelmäßig Beiträge in renommierten deutsch- und englischsprachigen Fachorganen, zuletzt in „Praxis der Rechtspsychologie“ und im „Journal of Forensic Science“.

„Stalking und häusliche Gewalt – Risikoeinschätzung und Fallmanagement“

Moderation: Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer

Bei einer beunruhigend hohen Anzahl von Fällen tritt Stalking gemeinsam mit physischer Gewalt auf. Auch bei gewalttätigen Beziehungen besteht ein erhöhtes Gefährdungspotenzial, gerade in einer Phase der angekündigten oder vollzogenen Trennung. Lässt sich in solchen Fällen schwere Eskalation vorher erkennen? Die Antwort lautet zumeist ja. Es werden Risikofaktoren sowie effektive und praxisbewährte Modelle vorgestellt, mit denen sich das Gewaltisiko in einem konkreten Fall einschätzen lässt. Im Bedrohungsmanagement sind Risikoanalyse und Fallmanagement untrennbar miteinander verbunden, da es nicht allein darum geht, Gewalt vorherzusagen, sondern es das Ziel ist, Gewalt zu verhindern. Daher wird ein Werkzeugkoffer unterschiedlicher Managementstrategien präsentiert, die basierend auf der Risikoanalyse für den individuellen Einzelfall zusammengestellt werden sollten. Dies bildet den Kern einer erfolgreichen Intervention und Gewaltprävention.



Verena Schreiber

**Johann Wolfgang Goethe-
Universität Frankfurt am Main**

Verena Schreiber M.A., geb. 1976, forscht und lehrt seit 2005 am Institut für Humangeographie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Nach ihrem Magisterabschluss in den Fächern Geographie, Sozialethik und Deutsche Philologie arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Mainz und Osnabrück.

Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der geographischen Stadtforschung, der Sozialgeographie und der empirischen Sozialforschung.

Sie befasst sich im Rahmen ihrer Dissertation aus einer diskurstheoretisch-informierten Perspektive mit Szenographien der Sicherheit in der Kommunalen Kriminalprävention.

Im Winter 2005/2006 hat sie eine deutschlandweit angelegte Studie zu lokalen Präventionsgremien durchgeführt. Darüber hinaus leitet sie mit Prof. Dr. Robert Pütz ein BMJ-Projekt zur Dokumentation kriminalpräventiver Projekte und Kampagnen zur Unterstützung von PräViS. Verena Schreiber ist Mitglied im Forschungsnetzwerk „Stadt und Sicherheit“.

Ausgewählte Publikationen:

Schreiber, Verena (2007): Lokale Präventionsgremien in Deutschland. Frankfurt am Main (Forum Humangeographie 2).

Schreiber, Verena (2005): Regionalisierungen von Unsicherheit in der Kommunalen Kriminalprävention. In: G. Glasze, R. Pütz und M. Rolfes (Hg.): Diskurs-Stadt-Kriminalität. Bielefeld, S. 59–103.

Weitere Informationen:

www.humangeographie.de

www.stadtundsicherheit.de

Kommunale Präventionsgremien in Deutschland: Ergebnisse der ersten deutschlandweiten Online-Umfrage

Moderation: Thomas Müller

Die Kernidee der kommunalen Kriminalprävention – die Sicherheitsgewährleistung auf der örtlichen Ebene – ist in den letzten Jahren in den Mittelpunkt sicherheitspolitischer Debatten gerückt. Schlüsselkonzepte wie Gemeinschaftlichkeit, Vernetzung und Bürgernähe gewinnen in den Kommunen zunehmend an Relevanz und münden in die Etablierung lokaler ressortübergreifender Zusammenschlüsse zur Kriminalitätsverhütung. Mit der Bezeichnung „Kriminalpräventionsräte“ werden allerdings unterschiedliche Konzepte und Institutionalisierungsformen zusammengefasst. Eine systematische Bestandsaufnahme und Gegenüberstellung hat bislang nicht stattgefunden.

Hinzu kommt, dass die Verbreitung lokaler Präventionsgremien in Deutschland von anhaltender Kritik begleitet wird: Auf Tagungen zur kommunalen Kriminalprävention werden z.B. unzureichende Handlungsbefugnis, mangelnde Einbindung der Bürger/innen oder die große Bandbreite an Maßnahmen der Präventionsarbeit bemängelt, die letztlich zu einer Aushöhlung des Konzepts führten.

Diese Beobachtungen waren Anlass für die erste Internetgestützte deutschlandweite Befragung zu kommunaler Präventionsarbeit im Winter 2005/2006, an der sich über 250 Gremien beteiligten. In dem Vortrag werden die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage vorgestellt mit dem Ziel, die gegenwärtige Verbreitung lokaler Präventionsgremien und die Strukturierung des Feldes lokaler Präventionsarbeit aufzuzeigen.

Montag, 18. Juni

Andrea Buskotte

**Bundeskonferenz der Interventionsprojekte –
c/o Landespräventionsrat Nds., Hannover**

Kati Voß

**Kinder- und Jugendberatung der Interventions-
stelle gegen häusliche Gewalt Rostock**

Corinna Wolf

Interventionsstelle Schwerin

Corinna Wolf/Kati Voß

Kinder- und Jugendberatung der Interventionsstelle
gegen häusliche Gewalt Schwerin und Rostock

Andrea Buskotte

Bundeskonferenz der Interventionsprojekte und
Landeskoordinierungsstellen gegen häusliche Gewalt
c/o Projekt – Häusliche Gewalt

Landespräventionsrat Niedersachsen
Am Waterlooplatz 5A, 30169 Hannover
andrea.buskotte@mj.niedersachsen.de

Die Bundeskonferenz der Interventionsprojekte und Landeskoordinierungsstellen gegen häusliche Gewalt arbeitet auf struktureller Ebene an der Entwicklung und Verbesserung von Maßnahmen und Strategien gegen häusliche Gewalt. Kernthemen der Arbeit sind die Organisation eines wirksamen und nachhaltigen Opferschutzes, die konsequente Inverantwortungnahme der Täter und die gesellschaftliche Ächtung häuslicher Gewalt. Dabei stehen vor allem die Förderung der Kooperation zwischen den an der Intervention beteiligten Behörden und Institutionen, die Mitarbeit an Aktionsplänen zu Bekämpfung häuslicher Gewalt und die Unterstützung von Öffentlichkeitsarbeit im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Am Rande der Wahrnehmung – Beratung für Kinder bei häuslicher Gewalt

Mädchen und Jungen sind immer mitbetroffen, wenn es zu Gewalt zwischen den Eltern kommt. Sie sind Augen- und Ohrenzeugen der Übergriffe, z.T. werden sie aber auch selbst Opfer: Sie werden geschlagen, angeschrien oder auf andere Art in Gewalttaten einbezogen. Kinder, die häusliche Gewalt miterleben, brauchen deshalb nach der Aufdeckung – z.B. durch einen Polizeieinsatz – eine rasche Unterstützung, sie dürfen bei der Intervention nicht aus dem Blick geraten. Mädchen und Jungen brauchen die Wiederherstellung ihres Sicherheitsgefühls, sie brauchen das Gefühl, dass für die Sicherheit ihrer Mutter gesorgt ist – sie brauchen Entlastung und Information.

Die Interventionsstellen Rostock und Schwerin haben im Rahmen eines Modellprojekts Konzepte für diese Arbeit entwickelt und umgesetzt: Ein Beratungsangebot, das zum Ziel hat, den Schutz von Kindern zu verbessern und ihnen helfen soll, die Gewalterfahrungen zu bewältigen. Dazu gehören zum einen ein kindgerechter „Sicherheitsplan“ und ausreichend Zeit und Raum für die Kinder, um ihre Gewalterfahrungen anzusprechen. Zur Projektarbeit gehört darüber hinaus die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen – u.a. um auf diesem Weg weiterführender Hilfen einzuleiten. Kati Voß und Corinna Wolf sind Mitarbeiterinnen in diesem Projekt – sie werden die bisherigen Erfahrungen aus ihrer Sicht vorstellen und dabei auch auf Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung eingehen.

Irmgard Baumhus, Wolfgang Gatzke

**Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf**

Wolfgang Ettelt, Ingo Kaiser

Staatsanwaltschaft Köln



Irmgard Baumhus – 46 Jahre alt, geb. in Langenberg/Kreis Gütersloh, seit 1983 in Düsseldorf ansässig; Kriminaldirektorin, trat 1980 in den gehobenen Dienst der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Nach mehreren Funktionen im operativen und im stabfunktionalen Bereich leitet sie seit Oktober 2002 das Dezernat 34 – Vorbeugung beim LKA NRW.



Wolfgang Ettelt, Staatsanwalt, bei der Staatsanwaltschaft in Köln, 41 Jahre, geb. in Köln – 1986–1992: Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg und Köln – 1992: Tätigkeit in einer Rechtsanwaltskanzlei in Köln – 1993–1995: Referendariat in Köln; seit 1996 Staatsanwalt in Köln mit Tätigkeitsschwerpunkten in den Abteilungen Jugend und Betäubungsmittel; seit Juni 2005 Sonderdezernent für jugendliche und heranwachsende Intensivtäter



Wolfgang Gatzke – 54 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder; geb. in Krependorf/Brandenburg, aufgewachsen im Rheinland, seit 1984 in Düsseldorf ansässig. Wolfgang Gatzke ist seit Februar 2004 Direktor des LKA NRW. Nach Tätigkeiten in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung für Einbruch, Raub und Drogendelinquenz sowie der Wahrnehmung kriminalfachlicher Führungsfunktionen im Polizeipräsidium Düsseldorf war er ab 1993 als Referent im Innenministerium Düsseldorf tätig. Zu seinen Aufgaben als Ständiger Vertreter des Direktors LKA NRW seit 1997 gehörten Grundsatzfragen der Organisations- und Personalentwicklung sowie des behördlichen Datenschutzes.



Ingo Kaiser, Staatsanwalt, bei der Staatsanwaltschaft in Köln; 32 Jahre, geb. 09.07.1974 in Karlsruhe. 1995–2001: Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Straßburg; 2002-2004: Referendariat in Wuppertal – seit 2004: Staatsanwalt in Köln mit Tätigkeitsschwerpunkt in der Abteilung Jugend – seit Juni 2005: Sonderdezernent für jugendliche und heranwachsende Intensivtäter

„Kriminalprävention in NRW für eine starke Jugend – Neuausrichtung, Ansätze und Konzepte von Polizei und Justiz“

Die strategische Neuausrichtung der Polizei in NRW in der Kriminalprävention (2006) postuliert die Kriminalprävention als polizeiliche Kernaufgabe. Die Neuausrichtung des Führungshandelns, ein verändertes Selbstverständnis aller Polizeibediensteten, eine integrative Aufgabenwahrnehmung durch Verzahnung von Prävention, Repression und Opferschutz sowie die enge Abstimmung und Kooperation in Netzwerken mit anderen Verantwortungsträgern stärken die Kriminalprävention. Die Polizei informiert über ihr kriminalistisch-kriminologisches Erfahrungswissen; Maßnahmen mit pädagogischer Zielrichtung sind Aufgabe anderer Verantwortungsträger. Von besonderer Bedeutung sind neben spezialisierten Maßnahmen der polizeilichen Kriminalprävention die zielgerichtete sichtbare Präsenz an Kriminalitätsbrennpunkten und in Angsträumen, die konsequente Reaktion auf Normverletzungen sowie eine angemessene Verfolgungsintensität auch bei Massendelikten. Das gilt insbesondere auch für die Zielgruppe der Jugendlichen. Mit der Qualitätsoffensive in der Kriminalitätsbekämpfung hat die Polizei NRW nunmehr in allen Kreispolizeibehörden Intensivtäterkonzepte entwickelt und in enger Kooperation mit den Staatsanwaltschaften und kommunalen Stellen umgesetzt. Dies trägt den kriminologischen Erkenntnissen Rechnung, gerade bei jugendlichen Intensivtätern nach Straffälligkeit schnell zu handeln und durch ein abgestimmtes präventives und repressives Maßnahmenpaket die Fortführung der kriminellen Karriere zu unterbinden.



Dr. Lutz Klein
Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Dr. Lutz Klein

geb. 1957

unverheiratet, 1 Kind

Studium der Soziologie und Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg,

ab 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter Philipps Universität Marburg (Institute für Politikwissenschaft und Soziologie)

ab 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Psychosomatische Medizin der Universität Gießen

ab 1991 Technologieexperte bei der DAG/Hessen

1992–1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug der Universität Gießen,

Promotion zum Thema „Die Heroinsucht und ihre Ursachenforschung“ (erschienen bei Campus FfM. 1997)

seit 1998 in versch. Funktionen für das hess. Justizministerium bzw. beauftragte Maßnahmeträger tätig,

derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter der INBAS GmbH im Transferprojekt „Neue Wege der Berufsausbildung für junge Migranten – Verbesserung der Wiedereingliederungschancen junger Strafgefangener in der JVA Wiesbaden“ sowie Projektleiter von ArJuS (Arbeitsmarktintegration für jugendliche Straftatlassene) des bfw.

Übergangsmanagement im hessischen Jugendstrafvollzug

Moderation: Renate Engels

Im März 2005 wurde in den hessischen Justizvollzugsanstalten für Jugendliche und Heranwachsende (JVA Rockenberg, JVA Wiesbaden, JVA Frankfurt/M III) das Projekt Arbeitsmarktintegration für jugendliche Strafentlassene (ArJuS) aufgelegt. Das Projekt hat mit Schwerpunkt hinsichtlich der Integration in die Arbeitswelt das Ziel, die Bedingungen des Überganges von der Zeit der Inhaftierung zur Phase unmittelbar nach der Haftentlassung zu verbessern. Die Arbeit richtet sich prinzipiell auf den gesamten sozialen Empfangsraum. Als Schwerpunktsetzungen haben sich ergeben:

- Die Unterstützung der individuellen Integrationsbemühungen in den Arbeitsmarkt schon während der Haftzeit.
- Eine hieran anknüpfende Begleitung unmittelbar nach der Haftentlassung.
- Die Strukturgebung für eine Nachsorgephase bis etwa ein halbes Jahr nach Haftentlassung. Zu diesem Zweck wurde u.a. ein Netzwerk ehrenamtlicher Betreuer (Mentoren) aufgebaut.
- Die hessenweite Kooperation mit sonstigen Trägern, die in einem sinnvollen Bezug zur Straffälligenhilfe stehen.
- Das sukzessive Ansammeln und Zur-Verfügung-Stellen spezifischer Kenntnisse zur Situation Strafentlassener in der Übergangsphase. Hierunter sind vor allem die Auswirkungen der fortlaufenden rechtlichen Veränderungen in der Sozialgesetzgebung zu verstehen, aber auch diejenigen des Arbeitsmarktes und dessen regionaler Besonderheiten.



Sonja Bläser

**TERRE DES FEMMES –
Menschenrechte für die Frau e.V.,
Tübingen**

Preisträgerin des Ludwig Beck Preis für Zivilcourage 2006
Stadt Wiesbaden.

Fatma Sonja Bläser Freie Publizistin und, Fachreferentin an
Schulen und Bildungsträgern.

Buchautorin, lebt seit über 30 Jahren in Deutschland. Mit 19 Jahren entflieht sie ihrer Zwangsheirat und dem strengen patriarchalischen Familienleben. Durch ihre eigene Geschichte arbeitete sie seit 1987 mit jungen Frauen/Mädchen (auch einigen jungen Männern, die zu diesem Thema nein sagen) in Schulen, hält Vorträge und gibt Seminare zum Thema Sexualität, Zwangsheirat, Ehrenmorde häusliche/physische Gewalt und Kopftuch; nimmt oft an politischen Veranstaltungen/Diskussionen teil. Weiterhin engagiert sie sich bei mehreren Hilfsorganisationen in Wort und Tat. Viele Betroffene fanden ihre Hilfe und durch ihre öffentlichen Auftritte konnte sie auf die Situation und großen Probleme von Frauen mit Migrationshintergrund im Kontext von Familie, Gesellschaft und Rechtsordnung aufmerksam machen.

Fatma Sonja Bläser hat ihre Erlebnisse in dem Buch „Henna-Mond“ beschrieben.

Gewalt im Namen der Ehre – Hintergründe und praktische Wege aus der Gewalt

Moderation: Renate Engels

Zum Buch „Henna Mond“

Fatma wächst in einem kurdischen Dorf in der Türkei auf, wo das Leben von den strengen Regeln der Gemeinschaft, aber auch von der Sicherheit der Großfamilie geprägt ist. Mit 9 Jahren kommt sie mit ihrer Familie nach Deutschland und lässt eine Welt hinter sich zurück, die von Einfachheit und menschlicher Wärme genauso durchdrungen ist, wie von Gewalt und Unterdrückung. Es bleibt ein zerrissenes Gefühl, eine Sehnsucht nach der Heimat, aber auch die Freude, ein neues Leben führen zu können. / „Blut in den Augen“ und „Steinigung einer schwangeren Frau“ heißen zwei Kapitel des Buches, und von Gewalt sind nicht nur die dort erzählten Episoden, sondern Fatmas Geschichte als ganze geprägt: Sie beginnt mit einer Vergewaltigung - der ihrer Mutter durch ihren Vater; sie erzählt von Gewalt der Starken gegenüber allen Schwachen in ihrem Geburtsort, und sie endet mit den Drohungen männlicher Verwandter, die Fatmas Flucht aus ihrer Familie in die Ehe mit einem Deutschen begleiten. / Fatmas Geschichte ist trotz aller Härte und Brutalität durch Freude am Leben und durch die Leidenschaft geprägt, für ihre Selbstbestimmung zu kämpfen.

Anja Bell
Dr. Helmut Fünfsinn,
Hessisches Ministerium der Justiz, Wiesbaden



Anja Bell, geb. 1973 in Münster (Westfalen). Studium der Rechtswissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster (Westfalen). Juristischer Vorbereitungsdienst im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm. Seit 2001 Richterin, zunächst bei dem Amtsgericht Langen (Hessen), seit 2002 bei dem Landgericht Frankfurt am Main. Abordnung an das Hessische Ministerium der Justiz im Oktober 2006, seit Dezember 2006 Leiterin der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt. Mitarbeit in den Arbeitsgremien des Hessischen Landespräventionsrats.



Dr. Helmut Fünfsinn, geb. 1954 in Frankfurt am Main, Studium der Rechtswissenschaft, Betriebswissenschaft und Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. 1983 bis 1986 wissenschaftlicher Assistent. 1986 Richter, seit 1989 Mitarbeiter im Hessischen Ministerium der Justiz, seit 2002 Leiter der Abteilung Strafrecht und Gnadenwesen, im Nebenamt seit 1992 Geschäftsführer der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat); Veröffentlichungen vor allem im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts, der Rechtspolitik und Kriminalprävention, Lehrbeauftragter der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

„Die Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt in Hessen – ein Beispiel für gelungene, ressortübergreifende und bürgerbeteiligende Kriminalprävention“

Der Beitrag möchte erreichen, dass nicht nur die Sinnhaftigkeit der Errichtung von Landeskoordinierungsstellen gegen häusliche Gewalt erfasst wird, sondern auch der Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen Kriminalpräventionsarbeit gesehen wird. Die These ist, dass die Errichtung der Landeskoordinierungsstelle ohne die gesamtgesellschaftliche Kriminalpräventionsarbeit nicht möglich gewesen wäre und sie damit auch exemplarisch für den Erfolg einer ressortübergreifenden Problembeschreibung und -bewältigung gesehen werden kann. Auch soll ein Einblick in die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle gegeben werden, deren Schwerpunkt in der Vernetzung der verschiedenen in diesem Bereich tätigen Stellen besteht. So gehört es zu den Hauptaufgaben der Landeskoordinierungsstelle, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern, Fortbildungen für Berufsgruppen, die mit dem Phänomen „Häusliche Gewalt“ befasst sind, zu organisieren und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel der Aufklärung und Information zu entwickeln.

Dienstag, 19. Juni

Moderation: Werner Sohn

Kriminologische Zentralstelle, Wiesbaden

Die KrimZ ist eine seit 1986 bestehende Bund-Länder-Einrichtung für Forschung, Dokumentation, Informationsvermittlung und Beratung auf dem Gebiet der anwendungsbezogenen Kriminologie.

Internet: www.krimz.de

Kriminalprävention und Informationsvermittlung – Präsentationen aus dem Internet

Angesichts der Flut von Informationen, die jeden zu verwirren droht, der sich (neu) in den Arbeitsfeldern der Verbrechensverhütung engagiert, wird die Auswahl, Aufbereitung und Vermittlung der wichtigen Informationen zu einem zentralen Problem. Möglicherweise sind auch nicht die Daten vorrangig, die sich auf dem Markt der Meinungen und Angebote geschickt „verkaufen“. Vielleicht sind es wenig zugängliche Erfahrungsberichte und Auswertungen („graue Literatur“) oder ausländische Studien, die im Rahmen einer systematischen Informationsvermittlung verstärkt berücksichtigt werden müssten. Und schließlich: wo liegen tatsächlich die Wissenslücken?

Die Kriminologische Zentralstelle möchte im Rahmen des Offenen Forums die Informationslandschaft Kriminalprävention (erneut) beleuchten. Dabei ist an folgende Impulsreferate/ kurze Präsentationen gedacht:

- PräviS; Präventionsinformationssystem des DFK im Internet
- InfoDok, Integrierte Forschungs- und Präventionsdokumentation des BKA
- KrimLit, Kriminologische Literaturdatenbank der KrimZ
- KRIMDOK, Bibliographisches Nachweissystem kriminologischer Literatur der kriminologischen Institute der Universitäten Tübingen und Heidelberg.

Die Referenten sind:

J. Bässmann (Bundeskriminalamt), J. Eschemann (Innenministerium Nordrhein-Westfalen), E. Herrmann (Kriminologische Zentralstelle), Prof. Dr. H.J. Kerner (Institut für Kriminologie Tübingen). Moderation: W. Sohn (Kriminologische Zentralstelle).



Prof. Dr. Dieter Hermann
WEISSER RING – Fachbeirat
Vorbeugung
Universität Heidelberg

Ausbildung:

1972–78: Studium der Mathematik und Soziologie,
Universität Heidelberg

1978: Diplom in Mathematik, Universität Heidelberg

1984: Promotion in Soziologie, Universität Heidelberg

2002: Habilitation, Fakultät für Sozial- und Verhaltens-
wissenschaften, Universität Heidelberg

2002: Ernennung zum Privatdozenten

2005: Ernennung zum außerplanmäßigen Professor, Univer-
sität Heidelberg

Beruf:

1978–82: EDV-Berater und Mitarbeiter in der Methoden-
und Statistikausbildung am Institut für Soziologie der
Universität Heidelberg

1982– : Wissenschaftlicher Mitarbeiter auf einer unbefriste-
ten Funktionsstelle am Institut für Kriminologie der
Universität Heidelberg

1991–02: Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der
Universität Heidelberg

1998– : EDV-Beauftragter und Berater der Juristischen
Fakultät

1994– : Stellvertretender Direktor des Instituts für Kriminolo-
gie der Universität Heidelberg

Forschungsgebiete:

Kriminalsoziologie, Methoden empirischer Sozialforschung
und Statistik, Kultursoziologie

Veröffentlichungen:

75 Aufsätze, 4 Bücher, 30 sonstige Veröffentlichungen.

Drittmittel:

2 x DFG ; 1 x VW-Stiftung; 2 x Radbruch Stiftung; 2 x
Innenministerium Baden-Württemberg; 1 x WEISSER RING

„Medien und Gewalt“ – Forschungsstand und kriminalpräventive Vorschläge

Moderation: Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind

Die einseitig ausgerichteten Medienberichte über Sexualität und Kriminalität führen zu dem Bild, dass gesellschaftliches Handeln von diesen Themen bestimmt wird. Eine zu starke Ausrichtung auf schockierende Themen schafft negative Vorbilder und verängstigt bzw. verunsichert die Bevölkerung. Auch wenn die empirischen Studien über die Beziehung zwischen dem Konsum von medialer Gewalt zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, zeigen Meta-Analysen eindeutige Ergebnisse: Mit zunehmender Aktualität der Studie steigt der Zusammenhang zwischen dem Konsum von Gewaltmedien und Gewalthandeln, allerdings sind die kausalen Beziehungen unklar. Der Forschungsstand zu dieser Fragestellung soll kritisch dargestellt und durch eine eigene empirische Untersuchung ergänzt werden. Dabei wird das Phänomen makrosoziologisch betrachtet: nicht Individuen, sondern Gesellschaften sind die Untersuchungsobjekte. Aus den Ergebnissen können Präventionsmaßnahmen abgeleitet werden, die über die gängigen Strategien wie Stärkung der Medienkompetenz und freiwillige Selbstkontrolle hinausgehen. Erfolg versprechend wäre erstens eine gesellschaftliche Diskussion über die Verantwortung der Medien, die zwischen Informationspflicht und Gewinnmaximierung eingebunden sind, zweitens eine Erhöhung des Bildungsniveaus der Rezipienten, drittens eine Stärkung des Sozialkapitals der Gesellschaft und schließlich die kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Wertekultur.

Dienstag, 19. Juni



Angelika Ribler
Sportjugend Hessen,
Frankfurt am Main

Angelika Ribler, 44, Dipl. Psych., Dipl. Sportwiss., tätig als Referentin und Projektleiterin bei der Sportjugend Hessen. Fortbildung zur Sportmediatorin, Mitgründerin des Instituts für Sportmediation und Konfliktmanagement (Hanau). Dort tätig im Bereich Projekt-Coaching für Sportverbände. Doktorandin an der Uni Tübingen zum Thema „Mediation im Fußball“.

Gewaltprävention und Konfliktmanagement im Fußball

Moderation: Gerd Bucker

Das Thema „Gewalt im Fußball“ hat zurzeit Hochkonjunktur. Ob es um die Ausschreitungen von Fans in den oberen Ligen oder um Gewalt gegen Schiedsrichter durch Spieler in den Kreisligen geht – Fußball scheint ein prominenter Ort zu sein, wo gesellschaftliche Konflikte symbolisch ausgetragen werden. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus spielen hierbei auch eine Rolle.

Die Sportjugend Hessen hat als größter Jugend- und Sportverband in Hessen bereits 1998 auf diese Situation reagiert und ein umfangreiches Konfliktmanagementsystem in Kooperation mit dem Hessischen Fußballverband (HFV) entwickelt. Jährlich werden 2000–2500 Personen, vor allem Funktionsträger aus dem Fußball im Rahmen des Projektes im Umgang mit „interkulturellen“ Konflikten qualifiziert. Weiterhin wurden strukturelle Veränderungen im HFV vorgenommen, um Gewaltprävention (und Konfliktbearbeitung) dauerhaft zu implementieren und zu professionalisieren.

In dem Vortrag wird zunächst auf die Konflikte und deren Eskalation eingegangen. Hierbei werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den (Fan-)Konflikten der oberen Ligen und den Konflikten in den unteren Ligen erörtert. Anschließend werden Konfliktmanagementsysteme inkl. vorliegender Ergebnisse aus eigenen Studien präsentiert. Die Sportjugend Hessen hat z.B. 4000 Sportgerichtsurteile im Hinblick auf die Strafen und „Täter“ sowie deren „kultureller Herkunft“ analysiert und bemerkenswerte „Schief lagen“ identifiziert.

Dienstag, 19. Juni

Kerstin Bunte

Andreas Peters

Bund für soziale Verteidigung e. V., Köln



Kerstin Bunte, Jg. 1969, Diplom Politologin, Thérapeute Sociale, Mediatorin, Implementierung von Konfliktlösungsmodellen in Stadtteilen, Schulen und in interkulturellen Kontexten, Impuls – Institut für Konstruktive Konfliktbearbeitung

Andreas Peters, Jg. 1959, Trainer für gewaltfreie Aktion und konstruktive Konfliktlösung, Konflikt- und Sozialkompetenztrainings in Schulen, Trainingskollektiv Köln

Der „No Blame Approach“ – Ein wirksamer Interventions- und Handlungsansatz bei Mobbing in der Schule (ohne Schuldzuweisung und Bestrafung)

Moderation: Renate Engels

Der „No Blame Approach“

Ein wirksamer Interventions- und Handlungsansatz bei Mobbing in der Schule (ohne Schuldzuweisung und Bestrafung)

Der „No Blame Approach“ ist eine noch neue, aber zunehmend angewandte Methode, akutem Mobbing in der Schule zu begegnen. Der Ansatz wurde Mitte der 80er Jahre in England von Barbara Maines und George Robinson entwickelt und später in der Schweiz aufgegriffen und mit viel Erfolg gegen Mobbing angewandt. Erste Erfahrungen in verschiedenen Schulen zeigen auch in Deutschland ermutigende Ergebnisse. In vielen Fällen konnte Mobbing innerhalb von 10 bis 14 Tagen gestoppt werden.

Die Wirksamkeit des Ansatzes liegt darin begründet, dass – trotz der schwerwiegenden Problematik – vollständig auf Schuldzuweisungen und Strafen verzichtet wird. Vielmehr werden die am Mobbing beteiligten Schüler und Schülerinnen in einen Gruppenprozess einbezogen, der sie konsequent in die Verantwortung für die Behebung des Problems einbezieht. Sie werden als „Helferexperten“ angesprochen und so aktiv in den Lösungsprozess eingebunden.

Die Anwendung des Interventionsansatzes erfolgt in drei Schritten:

- Gespräch mit dem/der vom Mobbing betroffenen Schüler/in
- Treffen mit der Unterstützungsgruppe (ohne dem/der von Mobbing betroffenen SchülerIn)
- Nachgespräche mit allen Beteiligten

Im Vortrag werden die Grundidee und die drei wesentlichen Schritte des No Blame Approach vorgestellt.

www.no-blame-approach.de

Dienstag, 19. Juni



Prof. Dr. Michael Bock
**Johannes Gutenberg-Universität,
Mainz**

Geboren 1950. Studium der Ev. Theologie, Soziologie und Rechtswissenschaft. Seit 1985 Professor für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Strafrecht an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.

MIVEA – Gefährdung erkennen – Chancen nutzen

Moderation: Jacqueline Kempfer

MIVEA ist das Kürzel für die Methode der idealtypisch-vergleichenden Einzelfallanalyse. Diese Methode bietet eine wissenschaftl. abgesicherte und in der Praxis erprobte Möglichkeit, die kriminologisch relevanten Stärken und Schwächen eines Menschen sowie darauf abgestimmte Maßnahmen zu erkennen.

Relevante Praxisfelder

- Interventionsplanung
 - im gesamten ambulanten Bereich und in der Prävention: Schule, Jugendhilfe, Polizei („Intensivtäter“, „Früherkennung“) Jugendgerichtshilfe, Gerichtshilfe, Bewährungshilfe, U-Haft-Vermeidungseinrichtungen
 - in stationären Maßnahmen: „geschlossene“ Einrichtungen über Tag und Nacht, Jugendstrafvollzug, Strafvollzug und Maßregelvollzug
 - in allen Einrichtungen des Übergangsmangements
- Dokumentation, Controlling, Evaluation
- Anerkannte Gutachten für Gerichte und andere Behörden/Kostenträger

Gegenwärtige Erfahrungen

- amb. Bereich: Anti-Aggressivitäts-Trainings – dort in der so genannten „biographischen Phase“; Betreuungsweisungen; Berichte und Vorschläge der Jugendgerichtshilfe vor Gericht
- stat. Bereich: in der JVA Bremen-Oslebshausen und in der JVA Wiesbaden werden die Vollzugspläne/Förderpläne auf der Grundlage einer Fallanalyse nach MIVEA erstellt
- zahlreiche Gutachten für Gerichte in allen Phasen des Strafverfahrens

Aus- und Weiterbildung

- Seminare für Studierende der Rechtswissenschaft, Pädagogik, Soziologie und Psychologie
- Fortbildungsveranstaltungen (seit 1997) für Praktiker in der Strafrechtspflege

Klaus Bott

Marc Coester

Universität Tübingen



Klaus Bott geboren am 30. März 1976. Von 1998 bis 2003 Studium der Soziologie und Politikwissenschaft in Berlin, Berkeley/Kalifornien und Tübingen. Seit 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminologie der Universität Tübingen. 2004 Mehrwöchige Abordnung zum Hessischen Landeskriminalamt zur Abteilung Staatsschutz und zum Hauptsachgebiet Kriminalprävention. Forschungsschwerpunkte: Kriminalitätskonzepte von Kindern und Jugendlichen, Jugenddelinquenz, Mehrfach- und Intensivtäter.



Marc Coester geboren am 17. März 1972. Von 1993 bis 1999 Studium der Pädagogik in Tübingen. Seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminologie der Universität Tübingen. 2003 bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Marburg. Seit 2003 Mitarbeiter beim Deutschen Präventionstag. Seit 2006 Mitarbeiter im Beccaria-Programm Hannover. Außerdem freier Mitarbeiter in der Jugendkulturarbeit (Kulturwerkstatt e.V. Reutlingen). Forschungsschwerpunkte: Kriminalprävention, Jugenddelinquenz, Hate Crime.

Herr Coester und Herr Bott haben zwischen 2006 und 2007 in dem Projekt „Cities Against Terrorism (CAT) – A training package for local representatives to confront terrorism“ mitgearbeitet und sind z.Zt. Kooperationspartner in einem internationalen Terrorismus-Projekt der Universität Warschau.

Weiteres findet sich auf: <http://www.ifk.jura.uni-tuebingen.de>

„Terrorismusprävention – Zentrale Herausforderungen für Städte in Deutschland und Europa“

Das internationale Projekt „Cities Against Terrorism (CAT) – A training package for local representatives to confront terrorism“ zielt darauf ab, Modelle und Ansätze zu entwickeln, die lokalen Repräsentanten in ihrem Umgang mit terroristischer Bedrohung helfen. Konkret sollen die Kommunikation gestärkt, Solidarität gefördert, Informationen vermittelt, Opferschutz ausgebaut und entsprechende Krisensituationen modellhaft durchgespielt werden. Das EU Projekt wurde organisiert durch das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS, Paris), gefördert durch die Europäische Kommission und an vier Partneruniversitäten angebunden (Bristol, Lissabon, Kattowitz, Tübingen). Hierfür wurde in vier lokalen Seminaren von Experten ein Trainingspaket entwickelt, welches folgende thematische Schwerpunkte beinhaltet: Notfall-, und Krisenmanagement, lokale Kommunikation, Hilfsangebote und Terrorismusprävention. Der Vortrag stellt die Arbeit sowie Ergebnisse dieses Projektes dar. Hierzu auch: Coester, M.; Bott, K.; Kerner, H.-J. 2007: Prevention of Terrorism. Core Challenges for Cities in Germany and Europe. Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie, Tükrim Band 13: Internet: http://tobias-lib.ub.uni-tuebingen.de/volltexte/2007/2740/pdf/Band_13.pdf

Romy Bartels

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
Nürnberg**

Romy Johanna Bartels – Regierungsdirektorin im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Würzburg. Seit 1990 im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, jetzt Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Referatsleiterin in verschiedenen Funktionen. 1998 bis 1999 Referentin im Bundesministerium des Innern. Bis 2003 Leiterin des Referats EU-Recht und -Zusammenarbeit. Seit Mitte 2003 Leiterin des Referats Förderung von Integrationsmaßnahmen für Spätaussiedler und Ausländer.

Gewalt- und Suchtprävention – Beispiele der Integrationsförderung des BAMF

Moderation: Bernd Strauch

1. Überblick über die Situation der jugendlichen Zuwanderer sowie über die Projektförderung des BAMF zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderern.
2. Überblick über die vom BAMF geförderten Integrationsprojekte zur Gewalt- und Suchtprävention sowie die detaillierte Vorstellung von interessanten Projektbeispielen (Best-Practice-Projekten).
3. Überblick über das vom BAMF geförderte Programm „Integration durch Sport“ des Deutschen Olympischen Sportbundes sowie die detaillierte Vorstellung von präventiven Beispielmaßnahmen aus dem Sportbereich.

Brigitte Holz

**Architekten-, Stadtplanerkammer Hessen,
Wiesbaden**

Christoph Kulenkampff

Schader-Stiftung, Wiesbaden



Brigitte Holz (*1954) absolvierte ihr Architektur- und Städtebaustudium von 1972–1980 an der TH Darmstadt sowie als Stipendiatin des DAAD an der ETH Zürich. Heute führt sie gemeinsam mit Prof. Volker Freischlad und Carl Herwarth von Bittenfeld Architektur- und Planungsbüros in Darmstadt, Berlin und Cottbus. Wesentliche Tätigkeitsfelder der Büros sind Architektur, Freiraumgestaltung, Stadtplanung, Stadtforschung, Stadtmanagement u.a. im Bereich ‚Soziale Stadt‘ und Stadtumbau. Frau Holz ist ehrenamtlich im Bund Deutscher Architekten BDA engagiert, Mitglied des Fördervereins Baukultur und für die Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) bereits seit 1996 im Vorstand tätig.



Christoph Kulenkampff (*1947) durchlief sein Jurastudium und Referendariat in Frankfurt a.M., München, Gießen und Darmstadt. Nach beruflicher Tätigkeit als Staatsanwalt, Generalstaatsanwalt des Landes Hessen und Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Inneren und für Europaangelegenheiten arbeitete er als Verbandsdirektor des Südwestdeutschen Wohnungswirtschaftsverbandes e.V. und des Prüfungsverbandes Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen e.V.

Von 2000 bis 2007 leitete er als geschäftsführender Vorstand die Schader-Stiftung. Er ist Mitglied des Hessischen Präventionsrates sowie Leiter des vom Bund, vom Deutschen Städtetag und vom GdW getragenen Projektes ‚Zuwanderer in der Stadt‘, das sich mit Fragen der Integration unter sozialräumlichen Aspekten befasst.

Partizipation – Investition = Prävention

Moderation: Susanne Wolter

Das Wohnquartier wird für immer mehr Menschen – für eine zunehmende Anzahl von Bewohnern und Bewohnerinnen im Rentenalter, für Menschen ohne Arbeit, für Menschen mit Migrationshintergrund sowie Kinder und Jugendliche – zum Lebensmittelpunkt. Dies stellt besondere Anforderungen an benachteiligte Stadtteile. Entscheidungen über das Gelingen sozialer und ethnischer Integration und damit auch von Prävention werden insbesondere in den Stadtquartieren getroffen, die international geprägt sind und eine sozial schwache Struktur aufweisen. Besondere Herausforderungen sind mit Quartieren des ‚Sozialen Wohnungsbaus‘ der 70er Jahre in Stadtrandlagen verbunden, die neben einer benachteiligten Bevölkerungsstruktur vielfältige städtebauliche und funktionale Problemlagen aufweisen. Wesentliche Handlungsansätze zu ihrer Erneuerung liefert u.a. das Bundesländer-Programm ‚Soziale Stadt‘, das eine integrierte Entwicklung der Quartiere verfolgt. Stichworte hierzu sind die Erhöhung der Chancengleichheit der Bewohner/innen durch Partizipation, die Stärkung der lokalen Ökonomie durch Qualifikation, die Verbesserung des Wohnungsangebotes, der Infrastruktur und die Aufwertung des Wohnumfeldes durch Investition.

Paradigma für einen erfolgreich begonnenen Erneuerungsprozess sind die Stadtteile Eberstadt-Süd und Kranichstein in Darmstadt, die eine junge und internationale Bevölkerungsstruktur aufweisen.

Dienstag, 19. Juni

Lydia Halbhuber-Gassner

**Sozialdienst katholischer Frauen,
Landesstelle Bayern**

Sabine Wangel

Sozialdienst kath. Frauen, Nürnberg



Lydia Halbhuber-Gassner, Dipl.Sozialpädagogin (FH), seit 1992 Referentin für Gefährdetenilfe beim Sozialdienst katholischer Frauen, Landesstelle Bayern e.V.; stellvertretende Vorsitzende der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe; Initiatorin des Projektes „Michel“.

Sabine Wangel, Dipl.Sozialpädagogin (FH); seit 2001 in der Straffälligenhilfe des Sozialdienst katholischer Frauen, Nürnberg; im Vorstand der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe.

„Michel“ ein interaktives Präventionsprojekt für Jugendliche

Moderation: Renate Engels

Was haben Jugendliche von heute mit Michel von Lönneberga gemeinsam? Sie schlagen gerne über die Stränge und testen Grenzen aus. In Astrid Lindgrens Romans stellt Michel fest, dass er meist erst an der Reaktion seines Vaters merkt, dass er Unsinn gemacht hat.

Auch die heutigen Jugendlichen merken häufig erst hinterher, welche Reaktionen sie mit einem delinquenten Tun hervorrufen.

„Michel“ setzt genau hier an. Dieses Präventionsprojekt wurde entwickelt, um Kindern und Jugendlichen die Folgen strafbaren Handelns aufzuzeigen und unmittelbar erlebbar zu machen.

Die Jugendlichen erfahren nicht nur, welche Einrichtungen und Organisationen für Sanktionen zuständig sind (Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, Täter-Opfer-Ausgleich, Vertretung der Betreuungsweisung, Jugendgefängnis). Sondern sie erfahren auch dass das eine wesentliche Komponente des Jugendstrafrechts der Erziehungsauftrag ist. Folglich ist die Aufgabe des Jugendstrafrechts auch die Unterstützung bei der oft schwierigen Bewältigung der Pubertät und der damit verbundenen Probleme.

Das Projekt ist eine zeitlich begrenzte, aus verschiedenen Modulen bestehende in sich geschlossene und fast kostenneutrale Maßnahme. Die Anzahl der Module richtet sich danach, wie viele und welche Einrichtungen vor Ort sind und sich am Projekt beteiligen Es kann im schulischen Bereich auch im Rahmen von Projekttagen als auch im außerschulischen Bereich umgesetzt werden.

Über eines der Module, nämlich der Jugendgerichtsverhandlung wurde.

Internetforum

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen
des Internetforums

	Seite
Das Internet als Gegenstand und Instrument kriminologischer Forschung. Moderne Empirie als Basis für Prävention im Netz Dr. Werner Rüter	146
Sexueller Kindesmissbrauch und Internet: Zwischen Prävention und Kriminalität Dr. Christiane Eichenberg	148
Schöne neue Medienwelt Jörn Folster	150
Neue Wege und Neue Medien der Polizeilichen Kriminalprävention Reinhold Hepp	152
Gefährdungen und Belästigungen im Internet reduzieren – Jugendliche für die Auseinander- setzung mit problematischen Inhalten und Kontakten stärken Andreas Link	154

Montag, 18. Juni



Dr. Werner Rüter
Universität Bonn

Von 1966–1971 Studium der Sozialwissenschaften (Soziologie, VWL, FiWi, WiSo-Statistik, P-Recht) an der Universität zu Köln.

Im Sommer 1971 Examen als Diplom-Volkswirt sozialwissenschaftlicher Richtung.

Von 1971–1973 Durchführung des Doktoranden-Studiums auf der Basis eines Graduierten-Stipendiums.

1974 Promotion zum Dr.rer.pol. an der WiSo-Fakultät der Universität zu Köln bei Prof. Dr. René König mit einer theoretischen Arbeit über den „Labeling Approach“ in der Kriminalsoziologie.

1973–1983 wiss. Assistent bei Prof. Dr. Hilde Kaufmann (Kriminologie) an der Juristischen Fakultät der Universität Köln.

Seit 1983 wiss. Angestellter am Kriminologischen Seminar der Universität Bonn (Prof. Dr. Helmut Marquardt/Prof. Dr. Torsten Verrel).

Seit Sommersemester 2003 Lehrauftrag an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn (Empirische Rechtssoziologie/Soziologie der Kriminalität/Internetdelinquenz).

Im Februar 2006 wissenschaftliche Vorbereitung und Leitung eines DFK-Workshops zur Konkretisierung des Forschungs- und Handlungsbedarfs zum Thema „Prävention von Devianz rund um das Internet“.

Das Internet als Gegenstand und Instrument kriminologischer Forschung. Moderne Empirie als Basis für Prävention im Netz

Moderation: Renate Engels

Das Internet hat sich in den letzten Jahren zu einem immer attraktiveren Kommunikationsnetz entwickelt, welches nach aktuellen Umfragen bereits von ca. zwei Dritteln aller Gesellschaftsmitglieder genutzt wird. Mit den enormen technologischen Möglichkeiten bieten sich in der digitalen Kommunikation sehr große, bisher nicht gekannte Chancen, auf der anderen Seite aber auch zwangsläufig gewisse Risiken und Gefahren, die es möglichst einzugrenzen gilt. Hierin liegt ein ganz wichtiger neuer Aufgabenbereich für die gesamtgesellschaftliche Präventionsarbeit, die weit über das (straf-)rechtliche Denken hinausreicht.

Wie in klassischen Deliktsbereichen auch, so gilt es erst recht für den modernen Bereich der Internetdelinquenz, das man einen möglichst rationalen Umgang und eine entsprechend effektive Präventionsarbeit in erster Linie auf der Basis von empirischen Erkenntnissen erreichen kann.

Im vorliegenden Beitrag sollen einige diesbezügliche Erfahrungen und Ergebnisse aus eigenen aktuellen Forschungsprojekten vorgestellt werden, bei denen das Internet einerseits als Gegenstand kriminologischer Forschung anzusehen ist (z.B. Opferbetroffenheiten und Sicherheitsgefühle im Netz, internetspezifische Präventionsvorstellungen und Reaktionswünsche), bei denen andererseits aber auch das Internet als modernes Instrument der empirischen Forschung (vorwiegend im Rahmen von Online-Befragungen) genutzt wird.

Montag, 18. Juni



Dr. Christiane Eichenberg
Universität zu Köln

Dr. phil. Christiane Eichenberg, Diplom-Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin i. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Klinische Psychologie und Psychologische Diagnostik – Klinische Psychologie und Psychotherapie – Universität zu Köln.

Forschungsschwerpunkte: Sozialpsychologische und klinische Aspekte des Internet

Weitere Informationen: www.christianeeichenberg.de

Sexueller Kindesmissbrauch und Internet: Zwischen Prävention und Kriminalität

Moderation: Matthias Hildebrand

Menschen können auf diverse Weisen mit Online-Sexualität konfrontiert werden – von der selbst gewollten und bewusst initiierten Nutzung des Netzes für sexual bezogene Aktivitäten (z.B. Rezeption von Aufklärungs- und Informationsseiten; Meinungs- und Erfahrungsaustausch; Cybersex und Online-Romanzen), über indirekte Konfrontation, beispielsweise durch exzessiven Konsum von Erotika und Pornografie des Partners bis hin zu ungewollter Konfrontation, für die die pädophil motivierte Kontaktaufnahme zu Kindern und Jugendlichen das extremste Beispiel mit weitreichenden Folgen darstellt.

Im folgenden Beitrag wird sich schwerpunktmäßig auf die Betrachtung sexualbezogener Internetaktivitäten aus klinisch-psychologischer Perspektive bezogen und dabei die ungewollte Online-Sexualität fokussiert. Hierbei wird insbesondere auf die sexualisierte Online-Belästigung von Kindern und Jugendlichen eingegangen und demgegenüber das Potenzial des Internet zur allgemeinen Prävention sexuellen Kindesmissbrauchs diskutiert. Konkret werden Fragen aufgegriffen warum und wie pädophil veranlagte Menschen das Internet nutzen und welche Maßnahmen dieses Medium zur Verhinderung und Früherkennung von sexueller Gewalt gegen Kinder insgesamt bieten kann bzw. welche pädagogischen und technischen Möglichkeiten zum Schutz internet-nutzender Kinder und Jugendlicher zur Verfügung stehen.

Dienstag, 19. Juni

Jörn Folster

Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein

Jörn Folster, 38 Jahre.

Leiter der Kinder und Jugendpflege der Gemeinde Rellingen
im Kreis Pinneberg

Leitung des Kriminalpräventiven Rat Rellingen, AG " Kinder,
Jugend und Familie"

Experte für Kinder und Jugendarbeit in der Arbeitsgruppe
JiM (Jugendschutz im Mittelpunkt) des Kreises Pinneberg

Schöne neue Medienwelt

Moderation: Matthias Hildebrand

„Schöne neue Medienwelt“

Schöne neue Welt –Probleme mit den neuen Medien befasst sich mit der Medienwelten unserer Kinder und den damit verbundenen Chancen und Risiken.

In einem Power-Point animierten Vortrag werden die neuen Medien aus jugendschützerischer Sicht beleuchtet und Einblicke in verschiedene Computerspiele gegeben.

Ablauf:

- Computerspiele
- Spielearten, Altersbegrenzungen
- Nutzen und Gefahren
- Worauf sollten Eltern achten?
- Internet
- Wie wird es genutzt?
- Gefahrenquellen für unsere Kinder
- Sicherungssysteme
- Spielarten, Altersbeschränkungen



Reinhold Hepp

**Polizeiliche Kriminalprävention
der Länder und des Bundes,
Stuttgart**

Beruflicher Werdegang

Kriminaloberrat Reinhold Hepp

geb. am 14. Juni 1959 in Stuttgart

1979–1993: versch. Tätigkeiten in Stuttgart im Bereich Schutzpolizei (Streifen- und Polizeirevierdienst) sowie Ermittlungsdienst Wirtschaftskriminalität

1993–1997: Innenministerium Baden-Württemberg, Bereiche Kriminalprävention, Jugendkriminalität und Polizeistatistik

1997–1999: Ausbildung höherer Dienst an der Deutschen Hochschule für Polizei in Münster (DHPol)

1999–2000: Zeitreferent Innenministerium Baden-Württemberg, Bereich Kriminalprävention

seit Mitte 2000: Leiter der Zentralen Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (Aufgabenschwerpunkt: bundesweite Information der Bevölkerung über Kriminalitätsgefährdung und Vorbeugungstipps durch Massenmedien); Dienststelle: Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Mitglied im Programmbeirat des Deutschen Präventionsrates

Neue Wege und Neue Medien der Polizeilichen Kriminalprävention

Darstellung der neuen Kommunikationsstrategien und Medienpartnerschaften des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes im Hinblick auf aktuelle Kampagnen und Projekte des ProPK, wie z.B.:

- kaufen-mit-verstand.de (Kampagne mit bvh und eBay)
- kinder-sicher-im-netz.de (Kampagne mit fsm und T-Com)
- sowie interaktiver Inhalte der eigenen Webseite www.polizei-beratung.de (Jugendschutz-Trainer, Sicherheitskompass, etc...)
- und der Jugend-Webseite des ProPK www.time4teen.de



Andreas Link
jugendschutz.net

Andreas Link, Dipl. Pädagoge

Studium der Erziehungswissenschaften an der Universität Mainz

Pädagogischer Mitarbeiter bei jugendschutz.net seit 2000

stellvertretende Leitung des Bereiches Sex und Gewalt

Jugendschutzsachverständiger des Landes Rheinland-Pfalz bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)

Mitglied für die Prüfgruppen der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM)

Gefährdungen und Belästigungen im Internet reduzieren – Jugendliche für die Auseinandersetzung mit problematischen Inhalten und Kontakten stärken

Moderation: Dr. Rüdiger Wulf

Das Internet übt weiterhin eine große Faszination auf Kinder und Jugendliche aus. Um die Gefahr der Konfrontation mit problematischen Inhalten zu reduzieren, kontrolliert jugendschutz.net kontinuierlich Internetangebote, die für Jugendliche attraktiv sind. Dazu gehören Inhalte aus dem Bereich Sex und Gewalt, aber auch rechtsextreme Websites oder Foren, die Suizid oder Magersucht verherrlichen. jugendschutz.net führt Gespräche mit Anbietern und Betreibern, um sie für den Jugendschutz zu sensibilisieren. Damit Eltern konkrete Hilfestellung bei der Medienerziehung ihrer Kinder bekommen, recherchiert jugendschutz.net empfehlenswerte Kinder- und Jugendangebote im Internet und erarbeitet Tipps für sicheres Verhalten.

Im flüchtigen Medium Internet sind insbesondere Anbieter dazu aufgefordert, Anstrengungen für den Jugendschutz zu unternehmen. Etwa bei der Gestaltung reichweitenstarker Portale, die Kinder und Jugendliche häufig als Sprungchance ins Netz nutzen, ist von den Betreibern besondere Rücksicht auf Kinder und Jugendliche einzufordern. Auch die rasante Entwicklung im Bereich mobiler Internetzugänge birgt neue Jugendschutzprobleme, wenn Kinder immer und überall online sind und die elterliche Kontrolle wesentlich erschwert wird. Mobilfunkbetreiber sind hier in der Pflicht, ihre Schutzmaßnahmen zu erhöhen. Aber vor allem in den flüchtigen Kommunikationsdiensten wie Chats und Messaging reichen Maßnahmen der Anbieter nicht, Kinder und Jugendliche müssen sich hier auch selbst schützen. In verschiedenen Projekten versucht jugendschutz.net, Kinder und Jugendliche in der Abwehr von Übergriffen zu stärken und für die Auseinandersetzung mit problematischen Inhalten vorzubereiten.

Internationales Forum

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen
des Internationalen Forums

	Seite
For Urban Crime Prevention in Sub-Sahara: United Nations Crime Prevention Guidelines at work Dr. Slawomir Redo	158
Why Youth are Essential Partners in Crime Prevention: an International View Dr. Margaret Shaw	160
The multiple Challenges of Youth facing Violence Elizabeth Johnston	162
Developing Effective Crime Prevention Programmes Dr. Sohail Husain	164
Crime Prevention Activities from the Perspective of the German EU-Presidency Otto Bönke	166



Dr. Slawomir Redo

**United Nations Office on Drugs
and Crime UNODC, Head of
Section, Wien**

Guest lecturer/speaker at the United Nations Far East and Asia Institute on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders (Fuchu, Tokyo, Japan); the Raoul Wallenberg Institute, University of Lund, (Lund, Sweden); Swedish Institute of International Affairs, (Stockholm, Sweden); University of Pretoria, (Pretoria, RSA); Harvard University (Cambridge, Mass., U.S.A); John. F. Kennedy University, (Buenos Aires, Argentina); Makarere University, (Kampala, Uganda), University of Tashkent (Uzbekistan), John Jay College of Criminal Justice, City University of New York (USA) and other universities and institutes; Member of the Editorial Board of the Asian Journal of Criminology (SPRINGER, the Netherlands).

Specialization: Technical assistance in the implementation of United Nations criminal justice norms and standards in the context of criminal justice reforms, the control and prevention of organized crime and international legal cooperation; customary law; training of criminal justice officials (workshops, seminars, etc.), urban youth crime prevention. Recent projects: Firearm regulation; computerization of criminal justice administration; assessment of organized crime in Central Asia (Kazakhstan, the Kyrgyz Republic, Tajikistan, Turkmenistan, Uzbekistan); strengthening of criminal justice systems in Central Asia to fight organized crime; international judicial cooperation; South-South crime prevention cooperation. Author of 2 books and over 40 articles, co-editor of 3 books.

For Urban Crime Prevention in Sub-Saharan Africa: United Nations Crime Prevention Guidelines at work

Moderation: Jürgen Mutz

Sub-Saharan Africa experiences the highest proportion of youth and a very radical drop of labour market opportunities for the youth of 15–19 years of age, especially men. It has also the fastest urbanizing rate of all continents. Marginalization, social exclusion and crime create urban insecurity. Consequently, crime is a major constraint on investment, for it contributes to the low investor confidence. In effect, there is the highest rate of capital flight in the world.

In the Sub-Saharan countries, the criminal justice systems are poorly adapted to the rapidly changing urban environment and in most cases unable to respond to the concerns and needs of urban dwellers especially the poor and marginalized, hence unable to contribute to the revitalization of business and community life and to upholding the rule of law.

Various United Nations crime prevention and criminal justice instruments create the strategic framework in which the rule of law and crime prevention should operate. The presentation envisages how through a technical assistance project Sub-Saharan countries may develop urban crime prevention strategies as a part of responsibility of all Governments to create, maintain and promote a context within which relevant institutions and all segments of civil society, including family, school, community and the corporate sector, can better play their part in breaking the intergenerational transmission of poverty and violence.

Montag, 18. Juni



Dr. Margaret Shaw

International Centre for the Prevention of Crime – ICPC, Head of Analysis and Exchange, Montreal

Margaret Shaw PhD is a sociologist and criminologist and Director of Analysis and Exchange at the International Centre for the Prevention of Crime in Montreal, Canada. She has worked in the Research and Planning and Crime Policy Planning Units at the Home Office, England, and at the Department of Sociology & Anthropology at Concordia University, Montréal, Canada, and published widely on prisons, delinquency, women's offending, evaluation, restorative justice, community crime prevention and policing. With ICPC since 1999, she has undertaken a range of reviews and reports on international strategies and practice in crime prevention relating to local government, children and youth, school safety, women's safety, hate crimes, indigenous communities, and with UN HABITAT, on youth participation and urban governance.

Why Youth are Essential Partners in Crime Prevention: an International View

Moderation: Jürgen Mutz

Cities and communities responding to crime and insecurity often see young people as `the problem` or their behaviour as inherently anti-social. There is a long history of interventions which target young offenders already in trouble with the law, and those on the margins of becoming involved in gangs, drugs or minor incivilities.

Many crime prevention initiatives focus on at-risk youth or youth living in areas of disadvantage. While targeting interventions in this way is an important element in a broader youth prevention strategy, projects which incorporate a strong participatory element would appear to have some important advantages. This presentation will review the growing focus on participatory approaches in crime prevention internationally, and discuss some examples of projects and approaches involving the participation of young people in their planning and development.

Elizabeth Johnston

**European Forum for Urban Safety
– EFUS, Deputy Director, Paris**

Elizabeth Johnston is the Deputy Director of the European Forum for Urban Safety (EFUS), where she has worked since 1998. EFUS is a network and think tank gathering more than 300 local authorities: it endeavors to enhance safety policies based on a balance between prevention, repression and solidarity, and to consolidate the role of cities and local representatives in local safety policy partnerships throughout Europe.

She has focused her work on intercity cooperation, lobbying at the European level and study of thematic areas such as at-risk youth, unaccompanied foreign minors, and local partnerships. She was previously Program director at the French American Foundation. She holds a Master in Public Policy with a focus on Urban and Social Development in Europe (U. Marne la Vallée, France) and a Bachelors of Arts in Political Science (Yale University, US). She represents the EFUS in European instances, such as the European Union Crime Prevention Network and serves as an expert for EU programs such as Urbact.

The multiple Challenges of Youth facing Violence

Moderation: Marc Coester

Youth generate violence, but are also the victims of violence from the adult world. Disobedience, identity crisis, even reactive violence to the adult world, are an integral part of adolescence. For this reason, it would be totally ineffective, and even potentially damaging to the balance of society and the respect of democracy for us to limit our reflection surrounding this violence and its prevention with the sole aim of finding solutions for reducing, controlling and eradicating it. In a world where economic relations, work connections and social, inter-generational and authoritative relations have considerably changed, the harmonious evolution of society depends on elementary but essential questions: how much space is the adult community prepared to give to youth? Is it in a position to accommodate them, offering them demanding but caring support? By what means can it encourage the ‚initiatory‘ transition from adolescence to adulthood? What dreams and hopes does the community want to allow? But above all, is the adult community (families, schools, businesses, neighbours, the city...) ready on a daily basis to fulfil its role of education, of authority that is both strict and caring towards it youth, and to not make them shoulder the responsibility for its own failures and shortcomings? What particular challenges face today's youth?



Dr. Sohail Husain

**Analytica Consulting Services Ltd,
Director, Hampshire**

Sohail is Director of Analytica Consulting, a provider of research, training and advisory services in crime prevention, urban renewal and justice reform. He was previously Deputy CEO of Crime Concern, a leading non-profit provider of technical assistance on community safety. From 1976–89 Sohail was Lecturer in Geography at Southampton University and head of its Urban Policy Research Unit.

In the UK Sohail has contributed to government policy and programmes, and was involved in implementation of the 1998 Crime & Disorder Act. Through research and publications he has contributed to our understanding of effective practice in community safety and has been a member of expert groups for the Home Office, Office of the Deputy Prime Minister, Social Exclusion Unit, National Audit Office and Audit Commission. He is an accredited Neighbourhood Renewal Adviser and has worked extensively with the Youth Justice Board, police services, Crime & Disorder Reduction Partnerships and Youth Offending Teams.

Internationally, Sohail has collaborated with UN-Habitat, the UN Office for Drugs & Crime, the International Centre for Crime Prevention and European Forum for Urban Safety. As an accredited Justice Advisor to the UK Department for International Development, he has worked in Romania, Macedonia, Serbia, Kosovo and Bosnia, and undertook a UNDP-funded assignment in Lithuania. He has also provided research, consultancy and training services for the Governments of Canada and New Zealand.

Developing Effective Crime Prevention Programmes

Moderation: Jürgen Mutz

Despite the expanding knowledge base about effective crime prevention practice, resources continue to be wasted through investment in projects and programmes that fail to achieve their intended outcomes. Success depends on adopting a rigorous strategic systematic and professional approach, which incorporates accurate diagnosis, effective planning, successful implementation, performance management, review and evaluation. There are however two main problems. First, many practitioners have few qualifications to do this. Second, such an approach often points towards solutions that conflict with community views about what needs to be done. The challenge is how to build the capacity of crime prevention officials and reconcile research-based evidence with the notion that local citizens know what will work best for them. The provision of timely guidance, training and implementation support are critical to bringing about the desired improvements.

Dienstag, 19. Juni

Otto Bönke

**German Federal Ministry of Justice,
Head of Section, Berlin**

Crime Prevention Activities from the Perspective of the German EU-Presidency

Moderation: Jürgen Mutz

The presentation will give an overview of the major activities in the field of crime prevention during the German Presidency of the EU. It will provide information about events, conferences and developments in European and other international bodies, especially the European Crime Prevention Network (EUCPN).

Furthermore the contribution aims to provide an overview of the responsible state and social institutions working in this field in the Federal Republic of Germany.

Discussion should focus on the questions of whether, and how, European and national bodies should foster crime prevention activities.

DPT-Universität

Inhaltsverzeichnis zu den Vorträgen
der DPT-Universität

	Seite
Jugenduniversität am Montag, 18. Juni 2007	
Horrorvideos, Frust und Killerspiele – der direkte Weg zur Aggression? – Jugendgewalt gestern und heute	170
Prof. Dr. Jürgen Stock	
Wie misst man Gefährlichkeit? Ein Kriminalpsychologe berichtet	172
Prof. Dr. Rudolf Egg	
Elternuniversität am Montag, 18. Juni 2007	
Was schützt Eltern und Jugendliche vor Kriminalität und Medienverwahrlosung?	174
Prof. Dr. Wolfgang Heckmann	
Kinderuniversität am Dienstag, 19. Juni 2007	
„Ach, was muss man oft von bösen Kindern hören oder lesen?“ Wie wird man kriminell und was lässt sich dagegen tun?	176
Prof. Dr. Britta Bannenbergl	
Prof. Dr. Dieter Rössner	
Wieso gibt es das Böse, und müssen wir die Bösen bestrafen?	178
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	

**Prof. Dr. Jüren Stock****Vizepräsident des
Bundeskriminalamtes (BKA),
Wiesbaden**

Geb. 1959 in Wetzlar. Dr. jur. 1978–1987 Kriminalbeamter in Hessen, davon 5 Jahre Rauschgiftfahnder. 1990 Erste, 1995 Zweite juristische Staatsprüfung und Promotion. 1990–1993 Forschungsassistent an der Universität Gießen, Professur für Kriminologie. 1996 Rechtsanwalt, zugelassen am Landgericht Gießen, 1996–1998 Referent im Bundeskriminalamt, Febr. 1998 Ernennung zum Professor und Gründungsrektor der Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt. 1999–2000 Vorsitzender der Konferenz der Rektoren/Präsidenten der Polizei-Fachhochschulen und Sprecher/Leiter der Fachbereiche Polizei der Verwaltungsfachhochschulen sowie stellvertretender Vorsitzender der Konferenz der Rektoren der Fachhochschulen für den öff. Dienst. Nov. 2000 Übertragung der Funktion des Leiters des Kriminalistischen Instituts im Bundeskriminalamt. Nov. 2001 Ernennung zum Abteilungspräsident, seit Sep. 2004 Vizepräsident beim BKA. Europäischer Delegierter im Exekutivkomitee der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation INTERPOL.

Lehrbeauftragter für Kriminologie und Kriminalistik am Fachbereich Rechtswissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitglied des Instituts für Kriminologie an der Universität Gießen, der American Society of Criminology sowie der European Society of Criminology, Vorstandsmitglied der Neuen Kriminologischen Gesellschaft. Vortrags- und Forschungsaufenthalte in den USA und im Mittleren Osten. Träger von Forschungspreisen der Universität Gießen sowie der Polizei-Führungsakademie Münster. Zahlreiche Veröffentlichungen zu kriminologischen, strafverfahrens- und polizeiwissenschaftlichen Themen.

Horrorvideos, Frust und Killerspiele – der direkte Weg zur Aggression? – Jugendgewalt gestern und heute

Die junge Generation wurde wohl zu allen Zeiten als besonders aggressiv, straffällig oder zumindest zu unangemessenem Verhalten neigend dargestellt. Das ist heute nicht anders. Spektakuläre Fälle schwerster Gewalt an Schulen, massive Ausschreitungen in Gruppen und so genannte Intensivtäter, die bereits eine Vielzahl von Delikten verübt haben, werden in den Massenmedien groß herausgestellt. Hinzu kommt heute die Diskussion um die Wirkung von Gewaltspielen. Spätestens seit den 1990er Jahren wird außerdem ein möglicher Zusammenhang zwischen dem häufigen Konsum von Horrorvideos und von Jugendlichen verübten Gewalttaten gesehen. Besorgt sind Lehrer, Eltern und nicht zuletzt die Polizei auch über reale Gewalthandlungen auf dem Pausenhof, die Schüler mit ihrem Handy aufnehmen und verbreiten. All das prägt in der Öffentlichkeit das Bild einer höchst aggressiven und delinquenten Jugend.

Doch neigen junge Menschen heute wirklich stärker zu Gewalttaten als frühere Generationen? Welche Ursachen von Jugendgewalt sind in der Forschung bekannt? Haben sich diese im Laufe der Jahre verändert?

Diesen Fragen wird Prof. Dr. Stock, Vizepräsident beim Bundeskriminalamt und Kriminologe, in seiner Vorlesung nachgehen.

**Prof. Dr. Rudolf Egg****Direktor der Kriminologischen
Zentralstelle e. V., Wiesbaden**

Rudolf Egg (geb. 1948) Dr. phil., Dipl.-Psych., apl. Professor für Psychologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (seit 1990); seit 1997 Direktor der Kriminologischen Zentralstelle Wiesbaden; seit 2004 Vorstandsvorsitzender des Deutschen Forums für Kriminalprävention; Arbeitsschwerpunkte und Veröffentlichungen: Kriminal- und Rechtspsychologie, insbesondere Sexual- und Gewaltdelikte, forensisch-psychologische Begutachtung (Zeugenaussage, Schuldfähigkeit, Kriminalprognose, Tatortanalyse), Methoden und Evaluation der Straftäterbehandlung.

Wie misst man Gefährlichkeit? Ein Kriminalpsychologe berichtet

Immer wieder kommt es vor und kann man lesen, dass eine wegen schwerer Gewalttaten verurteilte Person nach der Entlassung aus dem Gefängnis erneut kriminell wird und anderen Menschen großen Schaden zufügt. Um solche Rückfälle zu verhindern, ist es wichtig, sich möglichst frühzeitig ein Bild von der Gefährlichkeit eines Verurteilten zu machen, damit dieser erst dann entlassen wird, wenn er keine Gefahr mehr für die Allgemeinheit ist. Wie aber kann man Gefährlichkeit feststellen oder gar messen? Die Gefängnisse und Gerichte fragen dazu oft Sachverständige um Rat, meist Psychiater oder Psychologen, die ein so genanntes Prognosegutachten erstellen sollen. In dem Vortrag berichtet ein solcher Kriminalpsychologe aus Wiesbaden über seine Arbeit.

In einem ersten Teil des Vortrages wird gefragt, wie man denn überhaupt Merkmale von Personen bestimmen und miteinander vergleichen, also messen, kann. Im zweiten Teil geht es um die Frage, was „Gefährlichkeit“ bedeutet und wie man z.B. hohe Gefährlichkeit von geringer Gefährlichkeit unterscheiden kann. Danach wird eine bei kriminalpsychologischen Prognosen verwendete Risikokala, also ein Instrument zur Messung von Gefährlichkeit, vorgestellt und durch Beispiele erläutert. Zum Schluss wird diskutiert, ob man gefährliche Menschen verändern kann, ob es also möglich ist, einen Gewalttäter zu behandeln, so dass er nicht mehr gefährlich ist.



Prof. Dr. Wolfgang Heckmann

Jahrgang 1946

seit 1972 Diplom-Psychologe

seit 1971 therapeutische Arbeit mit Drogenabhängigen

1978–1986 Drogenbeauftragter des Landes Berlin

1981/82 Gastprofessor für Entwicklungs-Psychologie und Drogenprobleme in Kassel

seit 1986 sozialwissenschaftliche Gesundheits-Forschung zu Fragen der Morbidität, der Versorgung und der Wirksamkeit von Modellen, Leiter der Abt. AIDS- und Sucht-Forschung am Sozialpädagogischen Institut Berlin

Juni 1987 bis Juli 1993 Leiter des Fachgebietes Psycho-soziale Forschung im AIDS-Zentrum des Bundesgesundheitsamtes

1992/93 Global Program on AIDS, WHO-Regionalbüro Europa, Kopenhagen

seit August 1993 Professor für Sozial-Psychologie an Hochschule Magdeburg-Stendal, beteiligt an Planung und Weiterentwicklung von Strategien im Sozial- und Gesundheitswesen Sachsen-Anhalts (Schwerpunkte: Sozialpsychiatrie, Sucht)

Herausgeber der Reihen „Suchtprobleme in Pädagogik und Therapie“ und „Arbeitsergebnisse aus der Suchtforschung“ Beltz, Weinheim/Basel, Mit-Herausgeber der Reihe „Ergebnisse sozialwissenschaftlicher AIDS-Forschung“, Sigma, Berlin

18.00 – 19.00 Uhr

Forum im Pressehaus
Wiesbaden

**Was schützt Kinder und Jugendliche vor
Kriminalität und Medienverwahrlosung?**

Vorträge



**Professor
Dr. Britta Bannenberg**
Universität Bielefeld



**Professor
Dr. Dieter Rössner**
Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Britta Bannenberg, geb. 1964; Studium der Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen; 1989 1. jur. Staatsexamen; Promotion in Göttingen; 1993 Dissertation zum Thema Täter-Opfer-Ausgleich: Wiedergutmachung in der Strafrechtspraxis; 1994 in Hessen 2. jur. Staatsexamen; 1995–2001 wissenschaftliche Assistentin bei Prof. Dr. Rössner an der Martin-Luther-Universität Halle/Saale und an der Philipps-Universität Marburg; Habilitation im Dezember 2001. Forschungsschwerpunkte neben Korruption: Täter-Opfer-Ausgleich, Gewaltkriminalität, Kriminalprävention. Seit April 2002 Professorin für Kriminologie, Strafverfahrensrecht und Strafrecht an der Universität Bielefeld.

Prof. Dr. Dieter Rössner, 1945, Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen, fast 10-jährige Tätigkeit im baden-württembergischen Justizdienst als Richter, Staatsanwalt und Referent im Justizministerium. Seit 1985 Professur am Institut für Sozialpädagogik an der Universität Lüneburg, danach Professur für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Göttingen, Halle und seit 1997 in Marburg. Mitglied der Arbeitsgruppe Alternativ-Entwurf deutscher, schweizerischer und österreichischer Strafrechtslehrer. Vorsitzender des Landespräventionsrates in Hessen. Forschungsgebiete: Täter-Opfer-Ausgleich und opferbezogene Strafrechtspflege, Gewaltforschung, Vergleichsuntersuchungen zur Persönlichkeit von Straftätern. Empirisch orientierte Kriminalprävention und Wirkungsforschung, (Düsseldorfer Gutachten, Vorurteilskriminalität), Sportstrafrecht.

„Ach, was muss man oft von bösen Kindern hören oder lesen?“ Wie wird man kriminell und was lässt sich dagegen tun?

Was Kriminalität ist, bestimmt im Wesentlichen das Strafgesetzbuch (StGB): Man muss ein verbotenes Verhalten begehen, um bestraft zu werden. Geldstrafen sind sehr häufig, Freiheitsstrafen eher selten. Kinder werden nicht bestraft, Jugendliche ab 14 Jahren unter bestimmten Umständen nach dem Jugendstrafrecht und Erwachsene ab 21 Jahren nach dem Erwachsenenstrafrecht. Bei Jugendlichen gibt es Arbeitsauflagen, Trainingskurse und vielleicht auch einmal einen Segeltörn nach Griechenland. Ist das Strafe? Was soll Strafe? Warum muss man sich an Gesetze halten? Fahren nicht alle mal schwarz und klauen etwas? Sind wir alle kriminell oder gibt es Unterschiede? Was unterscheidet einen Mörder vom Jugendlichen, der Graffiti an Mauern sprüht? Ist ein Mensch böse, wenn er eine Straftat begeht? Was sind eigentlich Straftaten? Worin liegt das Gemeinsame von Gewalt und einer Raserei mit dem Auto? Was kann man dafür, wenn man Eltern hat, die einen misshandeln und man dann am Ende selbst seine Mitschüler verprügelt? Ist Rauchen strafbar? Darf ein Kind Alkohol trinken? Was können wir gegen Gewalt und kriminelle Entwicklungen tun? Warum wir Opfern beistehen müssen. Wie wir Kriminalität verhindern können und was uns das nützt. All dies soll in unserer Vorlesung für alle interessierten Kinder angesprochen werden. Wir freuen uns auf euren Besuch und eure Fragen!



**Professor
Dr. Hans-Jürgen Kerner**
Universität Tübingen

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner ist Hochschullehrer für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Strafprozessrecht an der Universität Tübingen. Vorher lehrte er an den Universitäten Bielefeld, Hamburg und Heidelberg. Er ist Direktor des Instituts für Kriminologie in Tübingen. Zu seinen ständigen Forschungsgebieten gehören Kinder- und Jugenddelinquenz, Kriminalität und Lebenslauf, Organisierte Kriminalität, Kriminalstatistik, Sanktions- und Behandlungsforschung, Kriminalprävention und Evaluation. Er ist u.a. Präsident des DBH-Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, und Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), sowie Ehrenpräsident der Internationalen Gesellschaft für Kriminologie.

Wieso gibt es das Böse, und müssen wir die Bösen bestrafen?

Jedem von uns ist schon „etwas Böses“ geschehen. War das auf einer Reise weit weg von der Heimat? Im Heimatort? Auf der Straße? In der Schule? In der Nachbarschaft? Oder sogar zu Hause? In der Erinnerung daran sagen wir vielleicht: „Das war aber eine ganz böse Sache!“ Möglicherweise sagen wir sogar: „Was war das doch für ein böser Mensch!!“ Schon in der Frühkindheit lernen wir Gut und Böse zu unterscheiden. Nicht immer aber, auch später noch, gelingt die Unterscheidung in konkreten Fällen leicht bzw. glatt. Können auch Tiere Böses tun? Und was uns Menschen betrifft: Kommt das Böse von außen über uns bzw. in uns hinein? Ist es vielleicht von Anfang an in uns allen drin? Ist es etwa grundsätzlich nicht viel anderes als die Ergänzungsseite des Guten? Oder geht es vielmehr, für uns Normale erleichternd, letztlich doch nur darum, dass es wenige „ganz Andere“ gibt, in denen sich das Böse konzentriert und die man nur früh genug entdecken und effektiv kontrollieren muss? Werden die Bösen immer schlimmer, wenn sie keine heftige Strafe zu spüren bekommen? Breitet sich das Böse ungehemmt aus, wenn nicht jedesmal die Strafe der Tat gleich auf dem Fuße folgt? Gibt es sinnvolle und erfolgreiche Wege, anders als durch Strafe mit dem Bösen in der Welt umzugehen? Was halten wir von Reue, Wiedergutmachung und Konfliktausgleich? – Mit solcherart Fragen wird sich die Vorlesung beschäftigen, und die Schülerinnen und Schüler sollen Gelegenheit bekommen, ihre eigene Sicht dazu einzubringen.

Gutachten

**Jugendkriminalität und ihre
Verhinderung zwischen Wahrnehmung
und empirischen Befunden**

Gutachten

**zum 12. Deutscher Präventionstag
am 18. und 19. Juni 2007
in Wiesbaden**

Wiebke Steffen

Gutachten

- 1 „Immer mehr, immer jünger, immer schlimmer“: Jugendkriminalität zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden
 - 1.1 Polizeistatistische Daten und Dunkelfeldbefunde zur Jugendkriminalität in Deutschland
 - 1.1.1 Methodische Vorbemerkung
 - 1.1.2 Kriminalität von und an Jugendlichen im Hell- und Dunkelfeld
 - 1.1.2.1 Art, Ausmaß und Entwicklung der Jugendkriminalität
 - 1.1.2.2 Jugendliche als Opfer von Kriminalität
 - 1.1.2.3 Mädchenkriminalität: Geschlechtsbezogene Unterschiede in der Delinquenzbelastung
 - 1.1.2.4 Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
 - 1.1.2.5 Gewalt an Schulen
 - 1.1.2.6 Risikogruppe „Junge Intensivtäter“
- 2 „Nothing works“: Die Verhinderung von Jugendkriminalität zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden
 - 2.1 Gewalt als Lernchance: Zur Notwendigkeit und zum Nutzen eines altersgerechten Verständnisses von Gewalt
 - 2.2 Gewaltprävention als zielgerichtete Strategie: Zur Notwendigkeit und zum Nutzen eines engen Verständnisses von Kriminal- und Gewaltprävention
 - 2.3 Der aktuelle Stand der Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter: Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahrzehnten Gewaltdebatte
 - 2.4 Herausforderungen an die Kriminal- und Gewaltprävention vor dem Hintergrund der Befunde zur Jugendkriminalität
 - 2.4.1 Prävention der altersspezifischen Jugendkriminalität
 - 2.4.2 Opferarbeit mit Kindern und Jugendlichen
 - 2.4.3 Zielgruppenorientierte Gewaltprävention
 - 2.4.3.1 Jungenspezifische Gewaltprävention
 - 2.4.3.2 Gewaltprävention bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund
 - 2.4.4 Prävention von Gewalt an der Schule
 - 2.4.5 Kriminal- und Gewaltprävention bei jungen Intensivtätern
 - 2.4.6 Aus-, Fort- und Weiterbildung
 - 2.4.7 Qualitätssicherung und Evaluation
- 3 Zusammenfassung und Folgerungen

Klagen über die Jugend gehören offensichtlich zur Menschheitsgeschichte. Seit den ersten schriftlichen Überlieferungen finden sich dafür zahlreiche Belege. Es scheint zur – eher ungunen – pädagogischen Tradition zu gehören, die jeweils nachwachsende Generation für normloser und gewalttätiger zu halten als die vorangegangene – und jetzt urteilende! – Generation¹.

Dieser traditionell sorgenvolle bis verzweifelte, ja ängstliche Blick der Erwachsenen auf die junge Generation lässt sich für die Wahrnehmung in Deutschland auf die Formel bringen: „Immer mehr, immer jünger, immer schlimmer“. Jugendkriminalität und insbesondere Jugendgewalt nähmen dramatisch zu, die Täterinnen und Täter würden immer jünger, Kinder und Jugendliche immer gewalttätiger und brutaler – und: „nothing works“, man könne nichts dagegen tun, könne dieser Kriminalität nicht vorbeugen, könne sie allenfalls mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln repressiv eindämmen.

Allerdings stützt sich diese Wahrnehmung selten auf Fakten und noch seltener auf eigene Erfahrungen, sondern beruht überwiegend auf vermittelter Erfahrung – und die dafür ganz entscheidenden Vermittler sind die (Massen-)Medien. In der **Berichterstattung der Medien** spielt Kriminalität und insbesondere Gewaltkriminalität eine große Rolle – und diese Berichterstattung ist, und das nicht erst seit heute, „keineswegs zur gesellschaftlichen Wirklichkeit strukturreu“.² Die Folgen solcher oft einseitigen und an spektakulären Einzelfällen orientierten Informationen können erheblich sein, wenn man davon ausgeht – was man nach den empirischen Befunden zu diesem Thema kann –, dass sich die Mediennutzung auf die Kriminalitätswahrnehmung, auf Strafbedürfnisse und die Kriminalpolitik auswirkt.³

Dabei ist es nicht zuletzt der so genannte **politisch-publizistische Verstärkerkreislauf**⁴, der (Gewalt-)Kriminalität zum allumfassenden Problem und zur alltäglichen Bedrohung werden lässt:

- Den Aufmerksamkeitsregeln der Medien entsprechend wird vielfach selektiv über Aufsehen erregende, brutale und schockierende Einzelfälle gerade auch der „Jugendgewalt“ berichtet und regelmäßig eine Zunahme dieser Gewalt und wachsende Brutalisierung festgestellt.
- Das löst (kriminal)politische Aktivitäten aus, die in einer Art Zugzwang zu der durch diese dramatisierende Betrachtung ausgelösten öffentlichen Diskussion zu stehen scheinen: „Wenn die Medien über längere Zeit stark ansteigende Zahlen vermelden, und wenn die öffentliche

1 Siehe dazu Heinz 2002 und Steffen 2003.

2 Lamnek 1990, 174. Siehe dazu auch Schubarth 2001 und Heinz 2007.

3 Siehe dazu z. B. Pfeiffer u. a. 2004.

4 Scheerer 1978, 223.

Debatte zudem von spektakulären schweren Straftaten geprägt ist, dann gerät die Politik unter erheblichen Druck, den gesetzlichen Strafrahmen anzuheben und die prozessualen Regeln zur Durchführung von Strafverfahren zu verschärfen.“⁵

- Diese politischen Aktivitäten wiederum sorgen dafür, dass dasselbe Thema über die Politik-Berichterstattung erneut zum Inhalt der Medien wird.

Für die Wirkung dieses Verstärkerkreislaufs gibt es gerade hinsichtlich der öffentlichen Diskussion und politischen Reaktion auf Jugendkriminalität und die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung viele Belege. Im Sinne der Jugend und der Zukunft unserer Gesellschaft ist es deshalb immer wieder notwendig, auf die empirischen Befunde zum Ausmaß, zur Art und Entwicklung der Jugendkriminalität zu verweisen und auf die vielfältigen Möglichkeiten, delinquentem Handeln von Kindern und Jugendlichen wirkungsvoll vorzubeugen – ohne mehr zu strafen und „härter hinzulangen“⁶.

1 „Immer mehr, immer jünger, immer schlimmer“: Jugendkriminalität zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden

An den empirischen Befunden zur Jugendkriminalität – zu nennen sind hier vor allem kriminalstatistische Daten und die Erkenntnisse aus Dunkelfeldstudien – wird deutlich, dass diese Befunde und die an ihnen sichtbar werdenden Entwicklungen durchaus nicht eindeutig in Richtung „immer mehr, immer jünger, immer schlimmer“ gehen. Keineswegs wird „die Jugend“ immer normloser und gewalttätiger – auch wenn strafrechtlich relevantes Verhalten bei jungen Menschen gehäuft auftritt und es junge Täterinnen und Täter gibt, die mit einer Häufigkeit und Intensität auffallen, die in der Tat zu Sorge Anlass geben, auch weil sie sich wohl nicht „von selber wieder auswachsen“.

Die Tatsache, dass junge Menschen statistisch eine höhere Kriminalitätsbelastung aufweisen als Erwachsene, auch und gerade im Bereich der Gewaltdelikte, kann in vielen Ländern seit der Einführung von Kriminalstatistiken, also seit mehr als hundert Jahren beobachtet werden.⁷ Gehäuftes strafrecht-

5 Pfeiffer u. a. 2004, 415.

6 Dass mehr und härtere Strafen nicht den erwarteten Erfolg haben, gehört zum kriminologisch gesicherten Wissen über die begrenzte Wirkung von Strafen und die Tatsache, dass „mehr“ nicht „mehr“ bringt, härtere Strafen keineswegs besser wirken. Insbesondere haben vollzogene Haftstrafen sehr häufig nicht-intendierte und problematische Nebenfolgen für die davon betroffenen Jugendlichen (s. dazu Jehle/Heinz/Sutterer 2003).

7 In der Kriminologie geht man von einer historischen und universellen Gültigkeit dieser Alterskurve der Kriminalitätsbelastung aus; siehe zur sog. „Age-Crime-Debatte“ m. w. N. Mischkowitz 1993; außerdem Heinz 2002 und zuletzt m. w. N. der vom Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium der Jus-

lich relevantes Verhalten junger Menschen ist keineswegs ein neues Phänomen und auch in seiner Struktur und Entwicklung sowie den ursächlichen Faktoren von bemerkenswerter Konstanz:

„Im Alter von etwa 10 bis 12 Jahren beginnt die Quote der überwiegend leichten Normverstöße anzusteigen, erreicht mit 17–18 Jahren ihren Höhepunkt und sinkt nach dem 20. Lebensjahr langsam wieder ab. Dieser Verlauf setzt bei Mädchen etwas früher ein und bewegt sich auf niedrigerem Niveau als bei Jungen ... auch die Dunkelfeldbefunde folgen insgesamt diesem Altersverlauf.

Nach gesicherten Erkenntnissen nationaler wie internationaler Forschung ist delinquentes Verhalten bei jungen Menschen überwiegend episodenhaft. Es bleibt auf einen bestimmten Entwicklungsabschnitt beschränkt, kommt in allen sozialen Schichten vor und ist als im statistischen Sinne „normales“ Phänomen zu bezeichnen. Ursächlich sind zumeist keine gravierenden Störungen oder Erziehungsdefizite. Vielmehr sind zeitweilige Normabweichungen in der Form auch strafbarer Verhaltensweisen als den Adoleszenzprozess begleitende Vorgänge des Normlernens regelmäßig zu erwarten. Aus der Auffälligkeit von Kindern und Jugendlichen kann somit nicht abgeleitet werden, dass diese jungen Menschen auch langfristig delinquent bleiben werden. Bei der überwiegenden Mehrzahl ist gerade dies – auch wenn keine staatliche Intervention erfolgt – nicht der Fall.

Es existieren jedoch auch, freilich erheblich seltener, lange andauernde kriminelle Entwicklungen verbunden mit der gehäuften Begehung auch schwerer Straftaten ... Es kann als gesichert gelten, dass nicht einzelne Faktoren ... hierfür relevant sind. Entscheidend sind die Kumulation von Risikofaktoren und das Fehlen entsprechender, zeitgerecht verfügbarer schützender und abpuffernder Einflussgrößen. Bedeutsam sind zum einen – neben Persönlichkeitsmerkmalen und Temperamentsfaktoren – vor allem Einflüsse der familiären Sozialisation ... sowie Gewalterfahrungen im sozialen Nahraum ... Bedeutsam sind .. aber auch die sozialen Rahmenbedingungen des Aufwachsens ... Ein besonderer Faktor sind ... auch Migrationserfahrungen und damit verbundene Schwierigkeiten der Integration ...“⁸

So die 2006 veröffentlichten Aussagen des Zweiten Periodischen Sicherheitsberichtes der Bundesregierung zu den Formen und Ursachen delinquenten Verhaltens junger Menschen – gleich lautend mit Aussagen zur Jugenddelinquenz,

tiz 2006 herausgegebene Zweite Periodische Sicherheitsbericht. Der 2001 veröffentlichte Erste Periodische Sicherheitsbericht hatte übrigens die „Delinquenz junger Menschen unter besonderer Berücksichtigung der Gewaltkriminalität“ als Schwerpunktthema.

8 Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Kurzfassung, 2006, 57 f.

die so schon vor mehr als 20 und 30 Jahren getroffen worden sind, wie jeder Blick in kriminologische Lehrbücher und Studien zur Jugendkriminalität zeigt.⁹

1.1 Polizeistatistische Daten und Dunkelfeldbefunde zur Jugendkriminalität in Deutschland

1.1.1 Methodische Vorbemerkung

Die wichtigste Quelle für die Beschreibung und Bewertung der Jugendkriminalität ist nach wie vor die Kriminalstatistik und hier vor allem die **Polizeiliche Kriminalstatistik** (PKS). Und das nicht nur deshalb, weil diese Statistik seit Jahrzehnten nach abgestimmten, einheitlichen und vergleichbaren Richtlinien geführt wird,¹⁰ sondern auch wegen ihrer Außenwirkung: Die (in der Regel einmal jährlich) erfolgenden Veröffentlichungen der PKS-Zahlen der Länder und des Bundes bestimmen die öffentliche Diskussion auch der Jugendkriminalität.¹¹

Zur Delinquenz Jugendlicher liegen auch Erhebungen zum **Dunkelfeld** vor. Bekanntlich kommt ja ein erheblicher Anteil der von Jugendlichen begangenen Delikte nicht zur Kenntnis der Polizei und damit auch nicht in das Hellfeld der Polizeilichen Kriminalstatistik (die deshalb auch potenziell strafbares Verhalten nicht überschätzt, sondern eher unterschätzt).¹² Allerdings handelt es sich dabei nicht um nationale Erhebungen und auch nicht um repräsentativ angelegte, Statistik begleitende Studien, sondern um Untersuchungen auf der Ebene von Städten, Landkreisen und – selten – Bundesländern.¹³ Erkenntnisse zum Dunkelfeld eignen sich deshalb vor allem für die Bewertung der kriminalstatistischen Daten, für ihre Ergänzung und Relativierung – und das insbesondere dann, wenn sie wiederholt durchgeführt werden und dadurch auch Aussagen zu Entwicklungen möglich machen.¹⁴

9 Exemplarisch seien Albrecht/Lamnek 1979 und Heinz 2003 genannt.

10 Siehe zur Entwicklung, zur Führung, zu Aussagekraft und -grenzen der Kriminalstatistiken auch Steffen 1993b.

11 Noch mehr tun dies allerdings die Berichte in Medien zu Aufsehen erregenden Straftaten jugendlicher (Gewalt-)Täter, die sich typischerweise nicht an statistischen Daten und Trends orientieren oder auch nur auf diese hinweisen.

12 Die Quote derer, die im Jugendalter wegen selbst begangener Straftaten mit den Strafverfolgungsbehörden in Kontakt kommen, liegt nach den vorliegenden deutschen Studien zwischen 10 % und 30 % (PSB 2006, 369).

13 Auch beziehen sich die vorliegenden Dunkelfeldstudien fast ausschließlich auf die Delinquenz junger Menschen. Täter- bzw. Opferbefragungen von (älteren) Erwachsenen sind die große Ausnahme. Deshalb sind keine Aussagen dazu möglich, ob sich die kriminalstatistische Alterskurve der Kriminalität (s. FN 7) auch im Dunkelfeld zeigt.

14 Wie etwa die wiederholt in mehreren Städten und Landkreisen Deutschlands vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) durchgeführten Schülerbefragungen; siehe

Denn gerade die Beurteilung von Kriminalitätsentwicklungen ist aufgrund der Daten der PKS wegen ihrer Abhängigkeit von der **Anzeigebereitschaft** problematisch und nur begrenzt möglich. Da im Durchschnitt aller Straftaten etwa 90 % aufgrund von privaten Strafanzeigen der Bevölkerung, zumeist der Opfer von Straftaten, zur Kenntnis der Polizei und damit in die PKS gelangen, kann häufig nur vermutet werden, ob hinter Entwicklungen der Kriminalität tatsächliche Zu- oder Abnahmen stehen oder aber Veränderungen der Anzeigebereitschaft (oder auch des polizeilichen Kontrollverhaltens und anderer Einflussfaktoren).

Diese Problematik betrifft auch die Bewertung der polizeilich registrierten Jugendkriminalität: Aus Dunkelfeldstudien gibt es Hinweise darauf, dass sich die Anzeigebereitschaft insbesondere gegenüber jugendtypischen Verhaltensweisen erhöht hat.¹⁵ Die Gründe dafür sind vielfältig: Sei es, dass alterstypisches Verhalten („Schulhofraufereien“) nicht mehr als solches toleriert, sondern bei der Polizei angezeigt wird¹⁶, sei es, dass vermehrt unbeteiligte Dritte verbale und körperliche Streitigkeiten zwischen Jugendlichen oder auch anderes potenziell strafrechtlich relevantes Verhalten der Polizei mitteilen (erleichtert nicht zuletzt durch die weite Verbreitung von Mobiltelefonen), sei es, dass die gerade in den letzten Jahren erheblich zugenommenen Bemühungen um die Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention auch zu veränderten Einstellungen gegenüber potenziell delinquentem Verhalten von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer gestiegenen Aufmerksamkeit, Sensibilität und dann auch Anzeigebereitschaft geführt haben.

1.1.2 Kriminalität von und an Jugendlichen im Hell- und Dunkelfeld

Im Folgenden wird auf die Entwicklung der Jugendkriminalität insgesamt und auf Jugendliche als Opfer eingegangen sowie auf derzeit vor allem diskutierte weitere vier Zusammenhänge: Auf die Mädchenkriminalität bzw. auf geschlechtsbezogene Unterschiede, auf die Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, auf die Gewalt an der Schule und auf die Risikogruppe der Mehrfach- und Intensivtäter.

Auf den Bereich des jugendlichen Rechtsextremismus soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Obwohl die Polizei seit 01.01.2001 ein neues Erfassungssystem für politisch motivierte Kriminalität führt, welches den Kriminalpoli-

dazu zuletzt Baier u. a. 2006. Zur Aussagekraft und Problematik von Dunkelfelderhebungen, insbesondere auch hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Angaben der Befragten, siehe Steffen 1993a.

15 So die Befunde bei Oberwittler/Köllisch 2004; Brettfeld/Wetzels 2003 und zuletzt Baier u. a. 2006.

16 Zur Bedeutung „alltäglicher Gewalt“ unter Kindern für die Entwicklung ihrer sozialen Fähigkeiten siehe Oswald 2005 und DJI-Bericht 2007.

zeilichen Meldedienst in Sachen Staatsschutz (KPMD-S) abgelöst hat und erfreulicherweise nun auch die Taten erfasst, welche nicht die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben (und damit ein Verständnis von Hass- bzw. Vorurteilsverbrechen nahelegen),¹⁷ sind Daten bisher nicht umfassend veröffentlicht. Zwar werden in den Verfassungsschutzberichten die (Gewalt)Straftaten mit extremistischem und antisemitischem sowie fremdenfeindlichem Hintergrund dargestellt (so zeigt sich z. B. ein deutlicher Anstieg der politisch motivierten Kriminalität – rechts mit extremistischen Hintergrund zwischen 2005 und 2006 (15 914 auf 18 142 Taten)¹⁸ und verdeutlicht auch hier die Notwendigkeit der Prävention in diesem Bereich),¹⁹ doch fehlen weiterführende Profile für Täter, Opfer und Taten.

Das Eckjahr des Vergleichszeitraumes ist 2005, da zum Zeitpunkt des Erstellens dieses Gutachtens die PKS-Daten für das Jahr 2006 noch nicht vorlagen. Inzwischen sind sie veröffentlicht worden und bestätigen die bis 2005 festzustellende Entwicklung der Jugendkriminalität: „Die Zahl der Tatverdächtigen im Kindes-, Jugend- und Heranwachsendenalter sind jeweils (wie bei den Erwachsenen) leicht rückläufig. Diese Feststellung gilt für die Gesamtbetrachtung aller Deliktsfelder. Allerdings sind im Bereich der Gewaltkriminalität – wie im letzten Jahr – auch für Jugendliche und Heranwachsende Anstiege zu verzeichnen. Auffällig sind Anstiege im Jahr 2006 insbesondere bei einfachen Körperverletzungsdelikten (Jugendliche: +2,7 %; Heranwachsende: + 4,6 %).“²⁰

1.1.2.1 Art, Ausmaß und Entwicklung der Jugendkriminalität²¹

Ausweislich der Daten der **Polizeilichen Kriminalstatistik** für die Bundesrepublik Deutschland kommt es für die 14- bis unter 18-jährigen **Jugendlichen** (aber auch für die strafun-

17 Vgl. Bannenberg, Britta/Rössner, Dieter/Coester, Marc (2007): Hasskriminalität, extremistische Kriminalität, politisch motivierte Kriminalität und ihre Prävention. In: *Informationes Theologicae Europae. Internationales ökumenisches Jahrbuch für Theologie*. 2007. 14. JG. S. 201–220

18 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2007): *Verfassungsschutzbericht 2006*. Vorabfassung. Berlin. S. 23.

19 Einen Überblick über die Prävention von Vorurteilskriminalität bieten die Ergebnisse der vom Bundesministerium der Justiz und Deutschen Forum für Kriminalprävention eingesetzten Arbeitsgruppe „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere: junge Menschen –“; Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006): *Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität*. Band 1–4. Berlin. Auch erhältlich unter www.kriminalpraevention.de.

20 Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 8. Mai 2007 (www.bmi.bund.de).

21 Die Auswertungen beziehen sich im Schwerpunkt auf die Delinquenz der 14- bis unter 18-Jährigen, da die zum Dunkelfeld vor-

mündigen unter 14-jährigen Kinder und die 18- bis unter 21-jährigen Heranwachsenden)²² seit 1996 zu kontinuierlichen und inzwischen erheblichen **Rückgängen** der Verdächtigenzahlen beim einfachen Diebstahl, auch beim Ladendiebstahl, und beim schweren Diebstahl: Die TVBZ liegen 2005 für die Jugendlichen jeweils unter den Werten von 1993. Seit 1997 sind für die Raubdelikte ebenfalls Abnahmen zu verzeichnen. Auch bei den – bei dieser Altersgruppe ohnehin seltenen – Tötungsdelikten Mord sowie Totschlag und Tötung auf Verlangen²³ zeigen sich rückläufige Tendenzen.

Diesen positiven, in der Öffentlichkeit aber gar nicht recht wahrgenommenen Entwicklungen, stehen allerdings zwischen 1993 und 2005 ebenso kontinuierliche und inzwischen auch erhebliche **Zunahmen** bei einfachen Körperverletzungen (Verdopplung der TVBZ), bei der qualifizierten (gefährlichen und schweren) Körperverletzung (mehr als Verdopplung der TVBZ) und bei den Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen (mehr als Verdopplung der TVBZ)²⁴ gegenüber. Wieder stellt sich die Situation für die Heranwachsenden ähnlich dar.

Erhebliche Zunahmen finden sich für jugendliche (und heranwachsende) Tatverdächtige auch bei den **Drogendelikten**: Eine Verdreifachung der TVBZ zwischen 1993 und 2005 (erfreulicherweise kann für das Jahr 2006 ein deutlicher Rückgang der Tatverdächtigenzahlen bei Rauschgiftdelikten festgestellt werden).

Für das PKS-Erfassungsjahr 2005 lässt sich die **Struktur der Jugendkriminalität** so beschreiben:

- 2005 wurden von der Polizei insgesamt 2,3 Millionen Tatverdächtige ermittelt, 4,5 % mehr als 1996. 12,3 % (284 450 Tatverdächtige) davon waren Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren, 2,4 % mehr als 1996 (277 479).
- Von den 284 450 insgesamt ermittelten jugendlichen Tatverdächtigen wurden 100 196 oder 35,2 % wegen eines einfachen Diebstahls erfasst, davon 63 915 oder 63,8 % wegen eines einfachen Ladendiebstahls; 30 562 oder

liegenden wiederholten Schülerbefragungen vor allem Jugendliche aus dieser Altersgruppe einbezogen haben.

- 22 Die Aussagen gelten nicht nur für die Entwicklung der absoluten Tatverdächtigenzahlen, sondern auch für die der Tatverdächtigenbelastungszahlen – TVBZ = Tatverdächtige pro 100 000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe –, mit denen mögliche Veränderungen in den Bevölkerungszahlen berücksichtigt werden. Siehe dazu auch die Auswertungen im PSB 2006.
- 23 2005: 185 (6,6 %) jugendliche Tatverdächtige bei insgesamt ermittelten 2 820 Tatverdächtigen
- 24 2005: 1 481 (12,1 %) jugendliche Tatverdächtige bei 12 280 insgesamt ermittelten Tatverdächtigen. Siehe zu dieser Entwicklung und ihren Ursachen auch die Befunde bei Elsner/Steffen 2005.

10,7 % wurden wegen eines schweren Diebstahls ermittelt.

Bei den Diebstahlsdelikten stellen Jugendliche mit 130758 Tatverdächtigen ein Fünftel (19,9 %) aller hier ermittelten Tatverdächtigen (654673).

- Mit Raubdelikten wurden 10840 jugendliche Tatverdächtige erfasst; 3,8 % aller jugendlichen und 29,5 % aller (36755) Raub-Tatverdächtigen.
- Mit einfachen Körperverletzungen wurden 35378 jugendliche Tatverdächtige ermittelt, 12,4 % aller jugendlichen und 11,9 % aller (296097) Tatverdächtigen einfacher Körperverletzungen.
- Mit qualifizierten (gefährlichen und schweren) Körperverletzungen wurden 34215 jugendliche Tatverdächtige erfasst, 12 % aller jugendlichen und 20,6 % aller (165805) Tatverdächtigen qualifizierter Körperverletzungen.
- Mit Drogendelikten wurden 30169 jugendliche Tatverdächtige ermittelt, 10,6 % aller jugendlichen und 13,4 % aller (225347) Tatverdächtigen von Drogendelikten.

14- bis 18-jährige Tatverdächtige haben damit Anteile an den insgesamt und auch bei den hier ausgewiesenen Delikten ermittelten Tatverdächtigen, die deutlich über ihrem Anteil an der Bevölkerung von 5 % liegen. Dennoch muss eine Bewertung differenziert erfolgen: Zum einen sind in einigen Bereichen deutliche Rückgänge zu verzeichnen, zum anderen werden auch von den Körperverletzungen, bei denen junge Tatverdächtige relativ hohe – bis zu 20 % – Anteile haben und 2005 deutlich häufiger registriert werden als 1993 bzw. 1996, die weitaus meisten Straftaten von Tätern begangen, die keine Jugendlichen mehr sind, sondern Erwachsene.

Und: Die Befunde aus **Dunkelfeldstudien** gehen nur zum Teil in die gleiche Richtung wie die kriminalstatistischen Daten.²⁵ Während sie die Rückgänge bei den Diebstahlsdelikten und den Raubdelikten und die Zunahme bei den Drogendelikten bestätigen, weichen sie bei den Körperverletzungsdelikten davon ab. Im Dunkelfeld scheint deren Häufigkeit zurückzugehen – bei einer gleichzeitig gestiegenen Anzeigebereitschaft und dadurch auch einer häufigeren Registrierung durch die Polizei und das vor allem bei Delikten von geringerem Schweregrad:²⁶ „Dunkelfeldstudien an verschiedenen Orten sowie bezogen auf verschiedene Zeiträume bieten für

25 Allerdings beziehen sich die vorhandenen wiederholt durchgeführten Dunkelfeldstudien nicht auf einen so langen Vergleichszeitraum wie die kriminalstatistischen Daten; zum Teil werden sie in relativ kurzen Zeitabständen wiederholt; siehe dazu etwa Boers u. a. 2006; Dünkel/Geng 2003; Baier u. a. 2006.

26 Siehe dazu die Befunde bei Elsner/Molnar 2001; Brettfeld/Wetzels 2004 und Baier u. a. 2006.

die These eines Anstiegs der Jugendkriminalität keine empirische Abstützung“.²⁷

Fazit

Die empirischen Befunde widersprechen der Wahrnehmung einer immer häufigeren, immer jüngeren und immer schlimmeren Jugendkriminalität, sie stützen sie zumindest nicht: Insgesamt geht die Registrierungshäufigkeit von Jugendkriminalität eher zurück, deutlich im Bereich der Eigentums- und Raubdelikte. Die kriminalstatistischen Zunahmen im Bereich der Gewalthandlungen zeigen sich nicht im Dunkelfeld und haben ihre Ursache offensichtlich auch in einer Steigerung der Anzeigebereitschaft bei Delikten von geringerem Schweregrad. Eine zunehmende Brutalisierung der Jugendlichen ist im Hellfeld ebenso wenig zu erkennen wie im Dunkelfeld – und auch nicht die Wahrnehmung, die Täter und Täterinnen würden immer jünger.

1.1.2.2 Jugendliche als Opfer von Kriminalität

Jugendliche werden nicht nur zu Tätern, sondern auch zu Opfern von Kriminalität, insbesondere von Gewalttaten. Das zeigen nicht nur die kriminalstatistischen Daten, sondern vor allem auch die Erkenntnisse zum Dunkelfeld. An ihnen wird deutlich, in welchem Ausmaß junge Menschen nicht nur Opfer von Gewalt durch andere Jugendliche werden, sondern, vor allem als Kinder und junge Jugendliche, auch Opfer von Erwachsenen, vor allem ihrer Eltern, im sozialen Nahraum. Es kann als gesichert gelten, dass Kinder und Jugendliche bedeutend häufiger Opfer der Gewalt Erwachsener werden, als dass sie Täter sind – und als sie mit Blick auf die Viktimisierung durch Gleichaltrige im öffentlichen Raum zu Opfern anderer Jugendlicher werden.²⁸ Diese Befunde finden allerdings weit weniger Beachtung und öffentliches Interesse als die zu jungen Gewalttätern.

Schon im Hellfeld der **Opferstatistik**²⁹ sind junge Menschen, die als Opfer von (Gewalt)Straftaten erfasst wurden, verglichen mit ihrem Bevölkerungsanteil noch stärker überrepräsentiert als in der Tatverdächtigenstatistik³⁰: 2005 sind 12,9 % der Opfer zwischen 14 und 18 Jahren alt, fast zwei Drittel (63,4 %) von ihnen sind männlich.

Weibliche Jugendliche werden vor allem Opfer von Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen, männliche Jugendliche

²⁷ PSB 2006, 398.

²⁸ PSB 2006, 362 f.

²⁹ In der Opferstatistik der PKS findet eine Opfererfassung bei ausgewählten Straftatengruppen statt: Straftaten gegen das Leben und gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit.

³⁰ Mit einem Anteil von 12,3 % jugendlichen Tatverdächtigen.

von Körperverletzungen und Raubdelikten – vor allem von solchen, die sich im öffentlichen Raum ereignen.

- 28,8 % aller (14978) Opfer von Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen sind Jugendliche (4318 Opfer), zu über 90 % Mädchen.³¹
- 18,3 % aller (61406) Opfer von Raubdelikten sind Jugendliche (11258 Opfer), zu 88,6 % Jungen.³²
- 15 % aller (173676) Opfer von qualifizierten Körperverletzungen sind Jugendliche (26043 Opfer), zu 74,2 % Jungen.³³
- 13,3 % aller (372139) Opfer von einfachen Körperverletzungen sind Jugendliche (49351 Opfer), zu 65,4 % Jungen.³⁴

Da nur ein Teil der Gewaltopfer die Tat auch bei der Polizei anzeigt – den KFN-Schülerbefragungen zufolge wurde nur jede zehnte Körperverletzung und auch nur jede zehnte sexuelle Belästigung oder Vergewaltigung zur Anzeige gebracht, aber immerhin jede fünfte Raubtat³⁵ – sind in **Dunkelfeldstudien** die Opferzahlen (wie schon die Täterzahlen) noch einmal deutlich größer als im PKS-Hellfeld.

Nach den Ergebnissen der KFN-Schülerbefragungen ist im Jahr 2004 fast jeder fünfte Jugendliche (19 %) Opfer einer **Gewalttat durch andere Jugendliche** geworden. Bezogen auf die gesamte bisherige Lebenszeit berichten 39 % der Jugendlichen davon, mindestens einmal Gewaltopfer geworden zu sein. Am häufigsten durch Körperverletzungen ohne Waffen; sehr viel seltener kommen Körperverletzungen mit Waffen und Raubtaten vor; die Ausnahme bilden Erpressungen und sexuelle Gewalttaten.³⁶ Im Vergleich zu früheren Dunkelfeldbefragungen geht aus den Opferangaben jedoch ein Rückgang der Gewalterlebnisse Jugendlicher hervor – und: es werden von den Opfern wesentlich mehr Delikte zur Anzeige gebracht, gerade auch solche von geringerer Schwere.³⁷

Im Hellfeld wie im Dunkelfeld zeigt sich weiter ein Befund, der noch zuwenig Beachtung in der öffentlichen Diskussion und in den gewaltpräventiven Strategien und Angeboten findet, obwohl er keineswegs neueren Datums ist:³⁸ Der **Täter-Opfer-Statuswechsel**, der für die Gewalt zwischen (männlichen) Jugendlichen typisch ist und bedeutet, dass dieselbe

31 Der Tatverdächtigenanteil der – fast ausschließlich männlichen – Jugendlichen beträgt bei diesen Delikten 12 %.

32 Der Tatverdächtigenanteil der – ebenfalls ganz überwiegend männlichen – Jugendlichen beträgt 29,5 %.

33 Der Tatverdächtigenanteil der – ebenfalls ganz überwiegend männlichen – Jugendlichen beträgt 20,6 %.

34 Der Tatverdächtigenanteil der – ebenfalls überwiegend männlichen – Jugendlichen beträgt 11,9 %.

35 Baier u. a. 2006, 11.

36 Baier/Pfeiffer 2006, 10f.

37 Dünkel/Geng 2003; Pfeiffer/Wetzels 2006.

38 Siehe dazu die Ausführungen bei Schindler 2001.

Person sowohl Täter- wie auch Opfererfahrungen hat. Diese Konstellation findet sich insbesondere bei mehrfach und intensiv auffallenden Jugendlichen. Häufig entscheidet sich erst im Verlauf einer gewalttätigen Interaktion, nicht selten erst bei der Anzeigeerstattung, wer Täter und wer Opfer ist – bzw. so „eingestuft“ und im weiteren Verlauf des Verfahrens behandelt wird.³⁹

Außerdem waren junge Gewalttäter häufig **Opfer von Gewalt in der Familie**: Zwei von fünf Jugendlichen gaben in der KFN-Schülerbefragung an, in der Kindheit Gewalt erlebt zu haben, etwa ein Drittel erfuhr im letzten Jahr elterliche Übergriffe, zumeist leichte Züchtigungen. Aber immerhin 21 % der befragten Schüler/innen wurden in der Kindheit schwer gezüchtigt oder sogar misshandelt. Das Ausmaß innerfamiliärer Gewalt variiert sehr stark zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen: Nichtdeutsche Jugendliche erfahren häufiger Gewalt durch die Eltern, wobei türkische Familien am auffälligsten sind.⁴⁰

Den Studien zufolge weisen die Opfer elterlicher Gewalt deutlich höhere Täterraten auf. Zwar werden bei weitem nicht alle jungen Opfer familiärer Gewalt später selbst gewalttätig⁴¹, doch zeigt sich gerade bei Gewalterfahrungen im familiären Nahraum⁴² „die enge Verknüpfung von Opfererfahrungen und Tathandeln: Vor allem jene jungen Menschen, die als Kinder unzureichend gefördert wurden, hohen Belastungen ausgesetzt waren und selbst Opfer von Gewalt wurden, weisen ein erhöhtes Risiko langfristig krimineller Entwicklung auf. Daher gilt grundsätzlich, dass Kinder und Jugendliche nicht so sehr als Täter, sondern vielmehr als Opfer unserer gestiegenen Aufmerksamkeit und Zuwendung bedürfen.“⁴³

Auch deshalb ist es ein sehr **positiver Befund** der neueren Untersuchungen zu diesem Thema, dass das Ausmaß elterlicher Gewaltanwendung geringer geworden ist. Gewalt wird als Mittel der Erziehung von den Eltern zunehmend abgelehnt,⁴⁴ und die Jugendlichen geben an, seltener von den

39 Siehe dazu auch die Befunde bei Elsner/Molnar 2001.

40 Baier/Pfeiffer 2007, 11.

41 Diese Konstellation gilt ohnehin vor allem für Jungen; Mädchen, die Opfer familiärer Gewalt geworden sind, scheinen eher die Opferrolle zu lernen.

42 Kinder und Jugendliche werden jedoch nicht nur direkte Opfer von Gewalt durch ihre Eltern, sondern auch indirekte Opfer häuslicher Gewalt, also der Gewalt zwischen ihren Eltern. Deren Folgen sind für die Kinder und Jugendlichen erheblich, aber nach wie vor stehen sie als Opfer eher „am Rande der Wahrnehmung“; siehe dazu Kavemann/Kreyssig 2006.

43 PSB 2006, Kurzfassung, 57.

44 Bussmann kommt in diesem Zusammenhang in seinem „Familiengewaltreport“ zu der eher zurückhaltenden Bewertung, dass sich der positive Wandel in den Einstellungen zur Gewaltfreiheit im Erziehungsalltag bislang erst ansatzweise niedergeschlagen habe (2005, 17).

Eltern geschlagen worden zu sein. Diesem Klima einer stärkeren Sensibilisierung für und Ablehnung von Gewalt in der Erziehung entspricht auch die sinkende Akzeptanz von Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung unter Jugendlichen.⁴⁵

1.1.2.3 Mädchenkriminalität: Geschlechtsbezogene Unterschiede in der Delinquenzbelastung

Zu den Wahrnehmungen von Jugendkriminalität zählt nicht nur „immer mehr, immer jünger, immer schlimmer“, sondern auch „immer weiblicher“. Der bis dato in allen kriminologischen Studien immer wieder festgestellte Befund – der allerdings sehr oft gar nicht als ein solcher herausgestellt und in seinen Ursachen und Konsequenzen diskutiert wurde –, dass Kriminalität und insbesondere Gewaltkriminalität ein ganz überwiegend männliches Verhalten ist, trifft anscheinend nicht mehr zu. Glaubt man der Medienberichterstattung, dann sind stehlende und schlagende Mädchen(banden) gewaltig auf dem Vormarsch.

Folgt man allerdings den Hell- und Dunkelfelddaten, dann sind **weibliche Jugendliche nach wie vor deutlich geringer belastet als männliche**. Außerdem geht der Anteil weiblicher Tatverdächtiger an allen Tatverdächtigen mit zunehmendem Alter zurück: Haben 2005 die Mädchen an den unter 14-Jährigen Tatverdächtigen einen Anteil von 29 %, beträgt er bei den Jugendlichen 26,7 % und bei den Heranwachsenden 20,4 %.

Nach den Daten der PKS fallen im **Kindesalter** Mädchen und Jungen mit Ladendiebstählen – der Deliktsart, mit der 2005 44 233 oder fast die Hälfte (42,9 %) der 103 124 insgesamt registrierten unter 14-jährigen Tatverdächtigen erfasst worden sind, in etwa gleich häufig auf (mit 26 114 Jungen und 18 119 Mädchen). Das gilt jedoch nicht für die Registrierung mit Gewaltdelikten: Mit gefährlichen und schweren Körperverletzungen wurden die (6 857) Jungen mehr als viermal so häufig erfasst wie die (1 631) Mädchen, bei den einfachen Körperverletzungen liegt die Relation mit 7 724 Jungen zu 1 933 Mädchen nur etwas niedriger. Mit Raubdelikten werden Jungen sogar um mehr als das sechsfache häufiger als Tatverdächtige registriert (nämlich 1 720 Jungen und 269 Mädchen).

Bei den **14- unter 18-jährigen Jugendlichen** vergrößern sich diese Unterschiede in den Auffälligkeiten weiter: Sind die Registrierungshäufigkeiten beim Ladendiebstahl noch in etwa ausgewogen – 34 429 männliche zu 29 970 weiblichen Jugendlichen –, beträgt der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung

⁴⁵ PSB 2006, 400; Baier u. a. stellen allerdings auch fest, dass die durch Eltern an ihren Kindern verübte Gewalt nicht durchweg gesunken sei. Gerade schwere Formen der Misshandlung kämen 2005 noch genauso häufig vor wie 1998 (2006, 43).

17,8 %, bei der einfachen Körperverletzung 21,8 % und beim Raub 10,7 %. Auch bei den Drogendelikten haben weibliche Jugendliche nur einen Anteil von 14,7 % an allen 14- bis unter 18-jährigen Tatverdächtigen.

Bei den **18- bis unter 21-jährigen Tatverdächtigen** gehen die Anteile der weiblichen Tatverdächtigen weiter zurück, insbesondere bei den Gewalt- und Drogendelikten (auf einen Anteil von 8,8 % bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen, 14,3 % bei den einfachen Körperverletzungen, 5,6 % beim Raub und 10,6 % bei den Drogendelikten).

Und obwohl die Registrierungshäufigkeit mit Gewaltstraftaten in der PKS auch für weibliche Jugendliche zugenommen hat, sind die Unterschiede in den Belastungen (TVBZ) seit 1993 nicht geringer, sondern eher größer geworden.

Die Erklärung dieser geringeren Belastung durch eine „zurückhaltende“ Anzeigebereitschaft gegenüber delinquenten Mädchen wird durch **Dunkelfeldstudien** nicht gestützt: Auch hier findet sich regelmäßig die niedrigere Belastung von Mädchen, vor allem im Gewaltbereich, auch wenn die Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen zum Teil kleiner ausfallen als im Hellfeld. Als mögliche Gründe dafür werden Unterschiede in den Formen der Aggression zwischen den Geschlechtern genannt: Bei weiblichen Jugendlichen fänden sich vermehrt Rufschädigungen und soziale Ausschließungen, im strafrechtlichen Sinne kaum relevante Handlungen, die aber sehr wohl deutliche Folgen für die davon Betroffenen haben könnten. Außerdem wird vermutet, dass bei weiblichen Jugendlichen die sozialen Kompetenzen zur informellen Regelung von Konflikten stärker ausgeprägt seien als bei ihren männlichen Altersgenossen, weshalb sie seltener bei der Polizei angezeigt würden.⁴⁶

Auch die jüngste Schülerbefragung des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) bestätigt die geschlechtsbezogenen Unterschiede: „Entscheidende Unterschiede im Gewaltverhalten gibt es in Bezug auf das Geschlecht ... Während 25 % der Jungen eine Gewalttat begangen haben, gilt das nur für 9 % der Mädchen. Beim Anteil an Mehrfach Täter/innen stehen 6 % bei den Jungen 2 % bei den Mädchen gegenüber. Als Ursachen dieser Geschlechterdifferenz sind im Wesentlichen unterschiedliche Bedingungen des Aufwachsens anzuführen.“⁴⁷

Hell- wie Dunkelfelddaten zu „geschlechtsbezogenen Unterschieden“ in der Delinquenzbelastung weisen also darauf hin, dass es nach wie vor deutliche Zusammenhänge zwischen

46 PSB 2006, 386 und 366 – zwischen diesen beiden Vermutungen ist ein gewisser Widerspruch unübersehbar. Eine sehr differenzierte Analyse zu „gewaltbereiten Mädchen“ findet sich bei Bruhns/Wittmann 2003.

47 Baier u. a. 2006, 12.

gewalttätigem Verhalten und dem Geschlecht „männlich“ gibt – und das insbesondere dann, wenn sich die Jungen an bestimmten Männlichkeitsvorstellungen orientieren.⁴⁸ Dieser Zusammenhang ist durch kriminologische Studien zwar immer wieder bestätigt worden, wird in seinen Konsequenzen aber nur ansatzweise diskutiert und berücksichtigt. Deshalb fehlt es häufig an der erforderlichen Differenzierung, der Anerkennung von Unterschieden in der Biologie, in der Sozialisation, in Weiblichkeits- und Männlichkeitsbildern – und deren Berücksichtigung bei der Reaktion auf Gewaltverhalten durch Mädchen und Jungen. Das gilt auch für die Prävention, die merkwürdig „geschlechtsunspezifisch“ ist: Hier fehlen vor allem jugendspezifische Strategien und Maßnahmen, während es im Rahmen der Mädchenarbeit in der Schule oder der Berufsausbildung inzwischen zahlreiche zielgerichtete Ansätze gibt (etwa Selbstbehauptungskurse u. ä.).⁴⁹

1.1.2.4 Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Obwohl Kriminalstatistiken, Dunkelfeldstudien und andere empirische Befunde seit Jahrzehnten auf eine höhere Belastung von Migranten (vor allem von jungen männlichen) mit Kriminalität hinweisen⁵⁰, gleicht die Diskussion um „Migration und Kriminalität“ derjenigen um „Deutschland ein Einwanderungsland?“ – in beiden Fällen haben Tabuisierungen, Skandalisierungen und Bagatellisierungen auch dazu geführt, dass Probleme verdrängt und Interventionsmaßnahmen nicht so früh wie möglich ergriffen worden sind.

So trat erst zum 1. Januar 2005 das „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“ in Kraft, mit dem grundsätzlich anerkannt wurde, dass Deutschland tatsächlich schon seit langem ein Einwanderungsland ist – 1955 wurde mit Italien das erste „Gastarbeiterabkommen“ geschlossen – und die Integration der Zuwanderer „für uns heute und in Zukunft von zentraler Bedeutung. Zuwanderinnen und Zuwanderern soll eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in Deutschland ermöglicht werden. Im Mittelpunkt aller Bemühungen zur Integration steht daher der Gedanke der Chancengleichheit“.⁵¹

48 Vor allem die KFN-Schülerbefragungen haben die Bedeutung so genannter „gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen“ und der „Kultur der Ehre“ für das Verhalten und die Gewaltbereitschaft männlicher Jugendlicher deutlich gemacht, insbesondere für solche mit einem – türkeistämmigen – Migrationshintergrund (zuletzt Baier u. a. 2006, 15).

49 Siehe dazu Laux/Schäfer 2006.

50 Siehe dazu das umfassende Gutachten von Bannenberg (2003) zum 8. Deutschen Präventionstag.

51 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2006.

Dass Integration und Chancengleichheit nicht für alle Zuwanderer als selbstverständlich gegeben angenommen werden darf, wird nicht zuletzt an der **Kriminalität** von Menschen mit einem Migrationshintergrund deutlich: Wenn Kriminalität als Hinweis auf individuelle und soziale Problemlagen verstanden wird, dann kann die strafrechtlich relevante Auffälligkeit von Menschen mit einem Migrationshintergrund ein Hinweis auf eine misslungene oder zumindest problembehaftete Integration in die Aufnahmegesellschaft sein – und sollte der Anlass sein für eine ebenso sachliche wie sachgerechte Analyse der Probleme und angemessene Reaktionen durch Integrations- und Präventionsmaßnahmen.⁵²

Bis vor kurzem waren nur Aussagen darüber möglich, wie viele Ausländer in Deutschland wohnhaft sind, aber keine dazu, wie viele der in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund haben, da eingebürgerte Migranten – Spätaussiedler, ein großer Teil der hier geborenen Kinder von Ausländern, sonstige eingebürgerte Ausländer – in den entsprechenden Statistiken als Deutsche erfasst werden (so auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik). Erst seit dem 2005 erstmals (!) vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Mikrozensus kann der Anteil von „Personen mit Migrationshintergrund“ in Deutschland quantifiziert werden. Kriterien sind die Staatsangehörigkeit und deren Erwerb, die Geburt im Inland oder Ausland und ggf. zusätzlich der Migrationsstatus der Eltern. Erfasst werden also nicht nur Personen mit eigener Migrationserfahrung. So zählen Deutsche dann zu den Personen mit Migrationshintergrund, wenn sie zwar im Inland geboren sind, aber mindestens ein Elternteil ein Ausländer, Eingebürgerter oder Spätaussiedler ist.

Nach dieser Definition hat fast **ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Deutschlands einen Migrationshintergrund**: 19 % der Bevölkerung (15,3 Millionen) sind Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund, 81 % sind Deutsche ohne Migrationshintergrund. Damit sind sowohl die Zahl aller Personen mit Migrationshintergrund wie auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung mehr als doppelt so hoch wie die bisher bekannten Ausländerzahlen: 7,3 Millionen oder knapp 9 % der Gesamtbevölkerung sind **Ausländer**. Das ist ein seit Jahren stabiler Wert, der allerdings erheblich zwischen den Bundesländern und auch innerhalb der Länder differiert. Während in den neuen Bundesländern nur etwa 1 % bis 2 % der Bevölkerung Ausländer sind, liegt dieser Anteil in westdeutschen Großstädten, etwa in Frankfurt, Stuttgart oder München, um 25 %, bei den jüngeren Altersgruppen sogar über

⁵² So schon Steffen 1992; zuletzt 2006a. Bereits Ende der 1970er-Jahre hat eine der ersten empirischen Untersuchungen zur „Ausländerkriminalität“ auf besonders hohe Tatverdächtigenanteile vor allem türkischer und jugoslawischer männlicher Jugendlicher und deren in vielerlei Hinsicht benachteiligte Lebenssituationen hingewiesen (Albrecht/Pfeiffer 1979).

30 %. In wenigen Jahren werden in diesen Bereichen mindestens 50 % der jungen Einwohner einen Migrationshintergrund haben.

Daten zur **Kriminalität** von Menschen mit einem Migrationshintergrund liefern sowohl die Polizeiliche Kriminalstatistik wie Dunkelfeldstudien. Allerdings sind auf der Ebene der PKS nur Aussagen zu „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ möglich, zu Ausländern ohne deutsche Staatsangehörigkeit (s.o.), in einigen Länderstatistiken über Sondererfassungen auch – eingeschränkt – zu Spätaussiedlern.⁵³ In neueren Dunkelfeldstudien⁵⁴ wird nicht mehr nur der Ausländerstatus, sondern der Migrationshintergrund der Befragten erhoben, so dass hier differenziertere Angaben möglich sind.

Die **Daten der PKS** zeigen, dass Nichtdeutsche häufiger polizeilich registriert werden als Deutsche: 2005 wurden von der Polizei insgesamt 2,3 Millionen Tatverdächtige ermittelt; davon hatten 22,5 % (oder 519573 Personen) keine deutsche Staatsangehörigkeit. Dieser Anteil ist zwar in den letzten Jahren geringer geworden,⁵⁵ liegt aber immer noch deutlich über dem Bevölkerungsanteil der Ausländer von knapp 9 %. Bei diesem Vergleich muss allerdings berücksichtigt werden, dass verschiedene Ausländergruppen, wie Touristen oder sich illegal in Deutschland Aufhaltende, die als Tatverdächtige registriert worden sind, nicht zur Wohnbevölkerung gehören und deshalb auch nicht in den Ausländeranteil eingehen.

Unter den 284 450 im Jahr 2005 insgesamt registrierten **tatverdächtigen Jugendlichen** waren 48 408 oder 17 % nichtdeutsche Jugendliche (1993 lag dieser Anteil bei 27,6 %). Die absoluten Tatverdächtigenzahlen⁵⁶ gehen für die nichtdeutschen

53 Siehe dazu z.B Luff 2000.

54 So in der vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen 2005 in neun Gebieten Westdeutschlands durchgeführten Befragung von über 14 000 Schülern der 9. Jahrgangsstufe (Baier/Pfeiffer 2007).

55 Den höchsten Anteil hatten nichtdeutsche Tatverdächtige 1993 mit 33,6 %; seither ist vor allem die Zuwanderung von Asylbewerbern, (Bürger-)Kriegsflüchtlingen, mit einem Touristenvisum oder illegal Eingereisten deutlich zurückgegangen; nicht zuletzt hat die EU-Osterweiterung diese Entwicklung deutlich beeinflusst.

56 In der PKS für die Bundesrepublik Deutschland wird die TVBZ nur für die deutsche Wohnbevölkerung berechnet: „Reelle Tatverdächtigenbelastungszahlen können für die nichtdeutschen Tatverdächtigen *nicht* errechnet werden, weil in der Einwohnerstatistik die amtlich nicht gemeldeten Ausländer fehlen, die sich hier legal (z. B. als Touristen ...) oder illegal aufhalten. Außerdem sind selbst die Fortschreibungszahlen für die amtlich gemeldete ausländische Wohnbevölkerung äußerst unzuverlässig ...“ (PKS 2005, 99).

In der PKS für den Freistaat Bayern sind TVBZ-Berechnungen auf der Basis von Sonderauswertungen methodisch vertretbar. Dann zeigt sich für die nichtdeutsche Wohnbevölkerung in allen Altersjahren, vor allem aber bei den jüngeren Altersgruppen, eine

Jugendlichen seit 1993 (57 293 Tatverdächtige) mehr oder weniger kontinuierlich zurück, während sie für die deutschen Jugendlichen (1993: 150 651 Tatverdächtige) nach deutlichen Zunahmen bis 1998 (240 400 Tatverdächtige) mit kleineren Schwankungen nach oben und unten in etwa auf dem Niveau von 1998 verbleiben (2005: 236 042 Tatverdächtige).⁵⁷

Über ihrem durchschnittlichen Anteil liegende Anteile an den jeweils insgesamt ermittelten tatverdächtigen Jugendlichen haben die nichtdeutschen Jugendlichen insbesondere bei den **Gewalttaten**:

- Von den 720 wegen Vergewaltigungen/sexuellen Nötigungen erfassten jugendlichen Tatverdächtigen haben 192 oder 26,7 % keine deutsche Staatsangehörigkeit.
- Von den 761 wegen sonstiger sexueller Nötigungen erfassten jugendlichen Tatverdächtigen haben 221 oder 29 % keine deutsche Staatsangehörigkeit.
- Von den 10 840 mit Raubdelikten erfassten jugendlichen Tatverdächtigen haben 3 288 oder 30,3 % keine deutsche Staatsangehörigkeit.
- Von den 34 215 mit qualifizierten Körperverletzungen erfassten jugendlichen Tatverdächtigen haben 7 651 oder 22,4 % keine deutsche Staatsangehörigkeit.
- Von den 35 278 wegen einfacher Körperverletzungen erfassten jugendlichen Tatverdächtigen haben 6 270 oder 17,8 % keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Die höhere Belastung der jungen Nichtdeutschen zeigt sich auch im **Dunkelfeld** – jedenfalls nach den Befunden der KFN-Schülerbefragung 2005.⁵⁸ Der Zweite Periodische Sicherheitsbericht kommt in seiner Bewertung der vorliegenden Befunde noch zu der Aussage: „Die nichtdeutschen Tatverdächtigen weisen soziodemografische Unterschiede ... auf und werden häufiger angezeigt; schon deshalb ist eine erhöhte registrierte Kriminalität zu erwarten. Dagegen bestehen bei selbstberichteter Delinquenz kaum Unterschiede zu Deutschen.“⁵⁹

Schon die bisherigen Schülerbefragungen des KFN konnten – nicht zuletzt wegen des großen Umfanges der Stichprobe – die Gewaltbelastung der nichtdeutschen Jugendlichen nicht nur insgesamt, sondern vor allem auch in einzelnen **ethnischen Gruppen** untersuchen, wohl am differen-

deutlich höhere Belastung mit Tatverdächtigen, insbesondere bei der Gewaltkriminalität (Steffen 2006a).

57 Wieweit diese Zunahmen auch durch junge Zuwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit, aber einem Migrationshintergrund – etwa durch hier geborene Kinder ausländischer Eltern oder durch junge Spätaussiedler – beeinflusst werden, kann mit den Daten der PKS nicht analysiert werden; diese Annahme ist aber vor dem Hintergrund der Befunde der KFN-Schülerbefragung 2005 nicht unplausibel.

58 Baier/Pfeiffer 2007.

59 PSB 2006, 411.

ziertesten von allen vorliegenden Dunkelfeldstudien. Als sehr auffällig hatten sich dabei jeweils die nicht eingebürgerten türkischen, jugoslawischen und südeuropäischen Jugendlichen erwiesen, während Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion nur wenig höher belastet waren als Deutsche: "Vor dem Hintergrund aller genannten Forschungsergebnisse lässt sich für die nachfolgenden Ausführungen annehmen, dass die Gewaltbereitschaft der nichtdeutschen Jugendlichen höher ausfallen sollte als die Gewaltbereitschaft deutscher Jugendlicher ... Eine weitere Studie zu Unterschieden in der Gewaltbelastung deutscher und nichtdeutscher Jugendlicher bräuchte es eigentlich nicht, wenn diese nicht versuchen würde, die Schwächen vorliegender Untersuchungen zumindest teilweise zu beseitigen."⁶⁰

Diese weitere Studie liegt nunmehr mit der KFN-Schülerbefragung 2005 vor. In ihr wurden über 14 000 Jugendliche der neunten Jahrgangsstufe – Durchschnittsalter 15 Jahre – aller Schulformen (mit Ausnahme von Förderschulen und dem Berufsvorbereitungsjahr) zu „Gewalterfahrungen, Schulschwänzen und Medienkonsum“ befragt. Dabei wurde auch die nationale Herkunft bzw. der Migrationshintergrund erfasst. Es ließen sich 80 verschiedene Herkunftsnationalitäten bestimmen; die fünf größten Gruppen sind die türkischen, russischen, jugoslawischen, polnischen und italienischen Jugendlichen.

Im **Ergebnis** zeigt sich, dass „tatsächlich die erhöhte Gewaltbereitschaft ein Problem der nichtdeutschen Jugendlichen ist. Andere delinquente Verhaltensweisen werden von ihnen nur geringfügig häufiger als von deutschen Schülern ausgeführt.“⁶¹

Außerdem begingen die deutschen Gewalttäter im Durchschnitt weniger Taten als nichtdeutsche Gewalttäter: „Nichtdeutsche Jugendliche sind ... gewalttätiger als deutsche Jugendliche.“⁶²

Jugendliche gehörten häufiger zur Gruppe der Gewalttäter, wenn sie

- Hauptschulen bzw. Real-/Gesamtschulen besuchten
- Gewalt legitimierenden Männlichkeitsnormen zustimmten
- ein unbeständiges Temperament hatten
- häufiger gewalthaltige Computerspiele spielten
- Eltern haben, die Gewalt nicht missbilligen
- elterliche Gewalt erleben mussten
- Bekanntschaft mit delinquenten Freunden haben
- selbst Opfer von Gewalt geworden sind
- häufig die Schule schwänzten
- häufig Alkohol konsumierten.

60 Baier/Pfeiffer 2007, 9, 12f. m. w. N.

61 Baier/Pfeiffer 2007, 18.

62 Baier/Pfeiffer 2007, 25.

Die Folgerung der Autoren: "Mehr Bildung, positive Erziehung und Zurückdrängen überkommener Männlichkeitsvorstellungen erscheinen damit als ein effektiver Weg der Prävention von Gewalt, die von nichtdeutschen Jugendlichen ausgeht."⁶³

Fazit

Die Befunde zur Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bestätigen die bisherigen Erkenntnisse, wie sie nicht zuletzt im Gutachten zum 8. Deutschen Präventionstag 2003 aufbereitet worden sind⁶⁴: Männliche Jugendliche mit einem Migrationshintergrund fallen im Hell- wie im Dunkelfeld häufiger mit Gewalttaten auf als deutsche Jugendliche ohne diesen Hintergrund; insbesondere gilt dies für türkeistämmige Jungen.⁶⁵

Auf die entscheidende Ursache für diese höhere Belastung, die **Kumulation von Risikofaktoren** bei männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund – wie familiäre Faktoren, insbesondere Gewalterfahrungen, soziale Benachteiligungen und Belastungen, Schwierigkeiten der Integration, Orientierung an gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und einer Kultur der Ehre – und ihre Konsequenzen gerade für die Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft der „zweiten und dritten Generation“, hat zumindest ein Teil der kriminologischen Forschung seit Jahrzehnten aufmerksam gemacht und entsprechende Interventions- und Integrationsmaßnahmen eingefordert.

Allerdings gab und gibt es auch die Bewertung einiger Kriminologen, die Höherbelastung junger Nichtdeutscher sei ein rein statistisches Phänomen („Artefakt“) und ließe sich sozusagen „wegrechnen“.⁶⁶

63 Baier/Pfeiffer 2007, 41.

64 Bannenberg 2003.

65 Ob und inwieweit diese Aussage auch auf die **jugen Spätaussiedler** zutrifft, wird uneinheitlich gesehen. Während öffentliche Meinung und Praxisberichte von einer deutlichen Auffälligkeit junger männlicher Spätaussiedler (insbesondere der aus Kasachstan zugereisten) vor allem im Gewaltbereich ausgehen, zeichnen „die aus den neueren kriminalstatistischen Analysen und aus Schülerbefragungen gewonnenen Befunde ... ein insgesamt eher beruhigendes Bild (auch) der Kriminalitätslage ... Insgesamt deuten die Befunde darauf hin, dass die Integration der Spätaussiedler, jedenfalls soweit sie sich auf strafrechtlich relevante Verhaltensweisen bezieht, von Anfang an desto besser gelingt, je älter die Betroffenen bei der Zuwanderung nach Deutschland sind, und dass die Mädchen und Frauen ansonsten günstiger abschneiden als die Jungen und Männer sowie schließlich, dass Schüler weniger auffallen als andere Gleichaltrige“ (PSB 2006, 437).

66 So etwa Geißler 1995: kritisch dazu m. w. N. auch Bannenberg 2003.

Es ist daher sehr positiv zu vermerken, dass der Zweite Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung hier zu einer klaren und deutlichen Problembeschreibung kommt, auf die „besonders kritische Lage“ der jungen Generation hinweist, auf ihr Leben zwischen zwei Kulturen, auf das spezifische Spannungsfeld, in dem sie ihre eigene Identität finden und entwickeln müssen – und nicht zuletzt auf die „besondere Bedeutung“ aufmerksam macht, die darin liegt, „ob für die jungen Zuwanderer ihre Aufenthaltsdauer kalkulierbar ist“. Unter den „Kernpunkten“ wird festgehalten:

„Die höhere Belastung mit Straftaten, insbesondere auch mit Gewalttaten, bei Arbeitnehmern, Schülern und Studenten überrascht im Grunde nicht, zumal davon ausgegangen werden muss, dass die ausländische Wohnbevölkerung nach Bildung und Stellung im Beruf sowie Einkommens- und Wohnsituation schlechter gestellt ist als die deutsche und insofern eine höhere Belastung auch mit Gewaltdelikten erwartbar ist ... Beachtenswert ist aber, dass die zweite und dritte Generation, selbst insoweit sie eingebürgert wurde, höhere Belastungen aufweist ... Ganz allgemein weist die zweite und dritte Generation aus Zuwandererfamilien Bildungsdefizite auf, wodurch ihre Lebensperspektiven in ein Ungleichgewicht zu den gesellschaftlichen Erfolgserwartungen geraten ... Spezifische Förderung der Sprachkompetenz, des Zugangs zur Berufsausbildung, vor allem Kompensation der oft fehlenden Unterstützung durch die Eltern gehören zu den gebotenen Integrationshilfen für die zweite und dritte Generation der Zuwanderer.“⁶⁷

1.1.2.5 Gewalt an Schulen

Die Annahme einer offensichtlich unaufhaltsamen Zunahme der Gewalt an unseren Schulen gehört ebenfalls zu den Wahrnehmungen von Jugendkriminalität und Jugendgewalt. Gestützt durch Aufsehen erregende Einzelfälle spektakulärer Gewalttaten wird von einer zunehmenden Gewalt durch Schüler am „Tatort Schule“ ausgegangen.

Auch diese Wahrnehmung widerspricht jedoch den vorliegenden Befunden: Zunehmende physische Gewalt an Schulen lässt sich weder mit kriminalstatistischen oder sonstigen statistischen Daten belegen, noch durch wiederholt durchgeführte Befragungen zum Dunkelfeld.

Soweit die **Polizeilichen Kriminalstatistiken** der Länder entsprechende Auswertungen zulassen – auf der Ebene der Bundesstatistik sind sie nicht möglich – belegen die Daten regelmäßig, dass sich nur ein kleiner Teil der von Jugendlichen begangenen Gewalttaten (und auch anderer Delikte) in der Schule ereignet⁶⁸, dass diese Straftaten in den letzten

67 PSB 2006, 409f., 427f.

68 2005 wurden etwa in Bayern von allen 14- bis 17-jährigen Tatverdächtigen der jeweiligen Straftatengruppe bei Raubdelikten

Jahren auch kaum bis gar nicht zugenommen haben – und auf keinen Fall „dramatisch“ –, sondern dass eher „wellenförmige“ Entwicklungen festzustellen sind.

Die relativ geringe Bedeutung, die der „Tatort Schule“ für Ausmaß und Entwicklung der Jugendgewalt hat, ist umso bemerkenswerter, als Kinder und Jugendliche einen großen – den größten – Teil des Tages hier verbringen.

Gegen diese Befunde wird regelmäßig eingewendet, dass es schon zu mehr Gewalt und vor allem mehr Brutalität an Schulen käme, die Schulen diese Gewalt aber nicht anzeigen würden, um dem „Image“ der Schule nicht zu schaden. Dieses Verhalten mag in Einzelfällen – wenn auch sicherlich nicht solchen brutaler Gewalt – zutreffen. Dass es nicht die Regel ist, belegen die Ergebnisse von wiederholt durchgeführten Befragungen ebenso wie Analysen des Bundesverbandes der Unfallkassen zu – versicherungsrelevanten – Raufunfällen an Schulen.

So zeigen 1994, 1999 und 2004 mit gleichen Erhebungsinstrumenten an repräsentativ ausgewählten Schülern bayerischer Schulen der Jahrgangsstufen 5 bis 13 durchgeführte Befragungen, dass es in diesem Zeitraum nicht zu einer Zunahme physischer Gewalt gekommen ist. Im Gegenteil: Physische Gewalt zwischen Schülern und gegen Sachen nahm ebenso – bis 1999 geringfügig, bis 2004 deutlich – ab wie psychische Gewalt; verbale Aggressionen wurden allerdings häufiger angegeben. Es ließen sich keine Anhaltspunkte dafür finden, dass sich die „Gewaltsituation an Schulen“ generell verschärft haben könnte.⁶⁹

Auch für Mecklenburg-Vorpommern stellt eine 2004 durchgeführte Befragung von Schülern aller Klassenstufen, die mit einer 1997 durchgeführten Erhebung vergleichbar ist, einen deutlichen Rückgang der Gewalt fest. Auffallend war außerdem die erheblich gestiegene Anzeigebereitschaft der Schüler wie der Lehrer.⁷⁰

Noch eine weitere, von einem ganz anderen Ansatz kommende und deshalb besonders interessante Analyse bestätigt diese empirischen Befunde: Die des Bundesverbandes der **Unfallkassen** vom Mai 2005 zu den von den Schulen an die Versicherungsträger gemeldeten „Raufunfällen“ und ihren gesundheitlichen Folgen. Da es relativ unwahrscheinlich ist, dass Schulen versicherungsrelevante Schäden nicht melden, dürfte es sich hier um recht verlässliche Daten handeln.

Dieser Analyse zufolge ist die Zahl der den Versicherungen gemeldeten Schäden aus „Raufunfällen“ von 1993 bis 1995

8,2 %, bei gefährlichen und schweren Körperverletzungen 7,9 %, bei einfachen Körperverletzungen 14,7 % und bei Sachbeschädigungen 7,2 % mit der Tatörtlichkeit Schule angezeigt.

69 Fuchs u. a. 2005

70 Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern/Bornewasser 2004.

zurückgegangen, nahm dann bis 1998 zu und geht seither wieder kontinuierlich zurück – und zwar an allen Schularten (wobei sich die Hauptschule auch hier als die am stärksten gewaltbelastete Schulart erweist). Auch der Anteil der Raufunfälle mit Frakturen an allen gemeldeten Raufunfällen ging zurück. Eine zunehmende Brutalisierung ist also auch aus diesen Daten nicht zu erkennen.⁷¹

Fazit

Entgegen der Wahrnehmung einer „gestiegenen Gewalt an Schulen“ weisen alle empirischen Befunde darauf hin, dass es in den letzten Jahren nicht zu einer allgemeinen Zunahme der körperlichen Gewalt und/oder einer zunehmenden Brutalisierung gekommen ist. Im Gegenteil: Trotz einer zunehmenden Sensibilisierung gegenüber schulischer Gewalt und einer gestiegenen Anzeigebereitschaft sind die Vorfallszahlen eher rückläufig.

Wie in den bisher diskutierten Zusammenhängen, scheinen spektakuläre Einzelfälle und einzelne „Problemschulen“ die mediale und damit auch öffentliche und politische Wahrnehmung zu beeinflussen.

1.1.2.6 Risikogruppe „Junge Intensivtäter“

Bereits zu Beginn des Gutachtens wurde darauf hingewiesen, dass zwar der weitaus größte Teil der Auffälligkeit junger Menschen alterstypisch, allgemein verbreitet („ubiquitär“) sowie vorübergehend („episodisch“) ist, nur zu einem geringen Teil den Instanzen der formellen Sozialkontrolle überhaupt bekannt wird und sich im allgemeinen ohne staatliche Intervention wieder gibt („sich auswächst“), dass „jedoch auch, freilich erheblich seltener, lange andauernde kriminelle Entwicklungen verbunden mit der gehäuften Begehung auch schwerer Straftaten“ existieren.⁷²

Ein kleiner „harter Kern“ von Tatverdächtigen und Verurteilten fällt als „Intensivtäter“ häufig, (auch) mit schwereren Straftaten und über einen längeren Zeitraum auf. Ihre Kriminalität ist nicht ubiquitär, nicht bagatel- und episodisch – allerdings werden auch sie keineswegs immer angezeigt und registriert, sondern selbst ihre Delinquenz kann zu großen Teilen im Dunkelfeld bleiben⁷³. Außerdem muss auch eine Intensivtäterschaft kein lebenslanges Schicksal im Sinne von „einmal Intensivtäter, immer chronisch kriminell“ bedeuten.⁷⁴

Wohl aber weist diese Kriminalität – anders als die alterstypische Jugendkriminalität – regelmäßig auf (erhebliche) so-

71 Bundesverband der Unfallkassen 2005.

72 Siehe zum Folgenden auch Steffen 2004 m. w. N.

73 Besonders eindrucksvoll haben das die Eidgenössische Jugend- und Rekrutenbefragung (Haas 2001) und Wilmers u. a. (2002) belegt.

74 Siehe dazu die Befunde bei Stelly/Thomas 2001, 2003.

ziale und individuelle Defizite und Mängellagen hin: „Während bei der jugendtypischen Delinquenz temporäre Entwicklungsprobleme und Einflüsse der Peer-Gruppe die wichtigsten Ursachen sind, gibt es bei der schwerwiegenden und relativ dauerhaften Form wesentlich mehr Risiken.“⁷⁵

Bei den intensiv und dauerhaft Auffälligen findet sich eine Häufung von Problemen, eine **Kumulation von Risikofaktoren**, etwa hinsichtlich Frühauffälligkeit, Herkunft aus sozioökonomisch belasteten Familien, gestörten Erziehungsverhältnissen, insbesondere durch selbst erlittene oder beobachtete familiäre Gewalt, materielle Notlagen bis hin zu sozialer Randständigkeit und dauerhafter sozialer Ausgrenzung, Schul- und Ausbildungsdefizite u. ä.: „Schwerwiegendes und längerfristiges aggressives und delinquentes Verhalten ergibt sich aber erst dann, wenn etliche der biologischen und sozialen Risiken kumulieren. Im Sinne einer Kettenreaktion werden dann die sozialen Erfahrungen und psychischen Dispositionen kanalisiert und verfestigt. Zugleich verringern sich die normativen, nicht-devianten Entwicklungschancen der Jugendlichen.“⁷⁶

Soweit besteht weit gehende Einigkeit in den kriminologischen Befunden und ihrer Interpretation.⁷⁷ Solche übereinstimmenden Antworten gibt es aber schon auf die Frage nicht mehr, wie groß denn nun dieser „kleine harte Kern“ ist, welche Anteile junge Intensivtäter an allen jungen Delinquenten und deren Delinquenz haben – und ob diese Anteile in den letzten Jahren größer oder kleiner geworden sind bzw. das strafrechtlich relevante Verhalten der Intensivtäter schwerer und problematischer.

Ein Grund dafür liegt auch daran, dass es bislang keine einheitliche und eindeutige, weithin anerkannte kriminologische Definition derer gibt, die als Intensivtäter gelten sollen. Allenfalls liegt ein „gemeinsamer Nenner“ darin, dass es sich um junge Menschen, ganz überwiegend um junge Männer handelt, die eine erhebliche Anzahl von Straftaten über einen längeren Zeitraum verüben (verübt haben).⁷⁸

75 Lösel/Bliesener 2003, 10.

76 Lösel/Bliesener 2003, 10.

77 Siehe dazu auch PSB 2006, 402 ff.

78 Die besten und aussagekräftigsten Erkenntnisse zu Intensivtätern resultieren aus **Kohortenuntersuchungen**, vor allem dann, wenn dabei nicht nur Hellfeld-, sondern auch Dunkelfelddaten berücksichtigt werden. Hierbei wird eine Gruppe von Menschen, die in einem oder mehreren Merkmalen übereinstimmen – beispielsweise Geburtskohorten – über einen längeren Zeitraum („Verlaufs- oder Längsschnittuntersuchungen“) auf ihre delinquente bzw. sozial angepasste Entwicklung hin untersucht. Von besonderem Interesse ist dabei der Verlauf ihrer „kriminellen Karrieren“, insbesondere hinsichtlich Kontinuität und Diskontinuität im Erwachsenenalter.

Problematisch und unbefriedigend sind auch nach wie vor die **prognostischen Möglichkeiten**. Ohne Frage gibt es junge Intensivtäter. Aber es gibt bislang keine auch nur einigermaßen eindeutigen Möglichkeiten, sie möglichst frühzeitig zu erkennen, um dann angemessen und ebenfalls möglichst frühzeitig zu intervenieren und zu reagieren – mit dem Ziel, schon den Beginn einer möglichen „kriminellen Karriere“ zu verhindern.⁷⁹

Zwar lässt sich die relativ kleine Gruppe von „Intensivtätern“ retrospektiv hinsichtlich ihres strafbaren Verhaltens und vor allem ihrer sozio-biografischen Kriterien gut beschreiben – nur eignen sich diese Merkmale und Faktoren nicht oder bestenfalls sehr eingeschränkt zur frühzeitigen Prognose eines „Intensivtäters“ im Einzelfall, „da ein größerer Teil der hochbelasteten Kinder sich als resilient erweist, d.h. trotz widriger Umstände sich gleichwohl positiv entwickelt. Aufgrund von Schutzmechanismen (protektiven Faktoren), die teilweise in schlecht prognostizierbaren Umweltgegebenheiten und deren Veränderung zu lokalisieren sind, realisieren sich die angelegten Risiken bei ihnen langfristig glücklicherweise nicht.“⁸⁰

Da von der kleinen Gruppe der langfristig massiv strafrechtlich auffälligen Personen viele bereits im **Kindesalter** auffällig sind, wären grundsätzlich vor allem frühzeitig einsetzende präventive Angebote und Maßnahmen von entscheidender Bedeutung – doch damit stellt sich dann wieder das Problem der Prognose. Bei einer frühen Begleitung von „Risiko-kindern“ müssten sozusagen „Programme auf Verdacht“ durchgeführt werden – und das ist nicht nur eine Frage der Finanzierbarkeit, sondern auch eine Frage der Zulässigkeit, zumindest dann, wenn diese „Begleitung“ mit Eingriffsmaßnahmen verbunden ist.

Wenn es jedoch nicht um „entwicklungsbegrenzende, in Freiheitsrechte eingreifende Interventionen geht, sondern um gezielte Entwicklungsförderung von Kindern und ihren Familien ... (sind) frühe Prävention und Intervention von entscheidender Bedeutung“.⁸¹ „Durch die Früherkennung von Gefährdungen erhöht sich die Chance, nicht erst zum Zeitpunkt einer akuten Krise zu reagieren, wenn die Folgen bereits gravierend sind ... Psychosozial hochbelastete Familien benötigen langfristige, kontinuierliche Begleitung ... Der Einsatz lohnt sich: Die Wirksamkeit frühpräventiver Programme für Familien mit Risikokonstellationen ist in Langzeitstudien gut belegt“.⁸²

79 Siehe dazu auch Heinz 1996, 347.

80 PSB 2006, 403.

81 PSB 2006, 403

82 Galm 2005, 4f.

Ein Ausbau der Frühprävention wäre auch in Deutschland wichtig; die ersten solcher Präventionsvorhaben wurden in Angriff genommen.⁸³ Sie sollten jedoch besonders sorgfältig konzipiert sein, um negative, insbesondere stigmatisierende Effekte zu vermeiden.

2 „Nothing works“: Die Verhinderung von Jugendkriminalität zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden

Zum traditionell sorgenvollen Blick auf die junge Generation gehört nicht nur die Wahrnehmung einer immer normloseren und gewalttätigeren Jugend, sondern auch der Eindruck, dass man dieser Gewalt nicht vorbeugen, sondern sie allenfalls mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln repressiv eindämmen könne.

Die empirischen Befunde widersprechen jedoch auch diesem Eindruck – weshalb es wichtig ist, bei der Diskussion um Jugendkriminalität und Jugendgewalt auch die vielfältigen Bemühungen und Erfolge darzustellen, Delinquenz im Jugendalter zu vermeiden.⁸⁴

„Anhaltspunkte für eine Brutalisierung junger Menschen sind“ weder den polizeilichen Statistiken noch „den Justizdaten noch den Erkenntnissen aus Dunkelfeldstudien oder den Meldungen an die Unfallversicherer zu entnehmen. Es zeigt sich vielmehr im Gegenteil, dass in zunehmendem Maße auch weniger schwerwiegende Delikte, die nur geringe Schäden und keine gravierenden Verletzungen zur Folge hatten, zur Kenntnis der Polizei gelangen.

*Hintergrund dieser Entwicklungen sind **erheblich gesteigerte Bemühungen um Kriminalprävention bei Jugendlichen und Kindern**, die in den letzten Jahren in Schulen und Stadtteilen auf den Weg gebracht wurden. Diese haben zu einer Veränderung von Einstellungen und Problembewusstsein geführt. Damit einher ging eine erhöhte Tendenz dazu, Normverstöße junger Menschen auch den Strafverfolgungsbehörden zur Kenntnis zu bringen.“⁸⁵*

Eine höchst aktuelle Möglichkeit, sich über diese „gesteigerten Bemühungen um Kriminalprävention bei Jugendlichen und Kindern“ zu informieren, bietet der **Bericht des Deutschen Jugendinstitutes (DJI)** zu Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter, der sich zum Zeit-

83 Siehe dazu m. w. N. PSB 2006, 406 und Galm 2005.

84 Die Darstellung beschränkt sich auf die Strategien, die vorrangig auf die Verhinderung bzw. Verminderung von Gewalt von bzw. unter Kindern und Jugendlichen abzielen; kein Gegenstand dieses Teiles des Gutachtens sind die Strategien, die auf die Verhinderung bzw. Verminderung von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gerichtet sind, die durch Erwachsene verübt wird.

85 PSB 2006, 354.

punkt des Erstellens dieses Gutachtens im Druck befindet.⁸⁶ Er konzentriert sich auf das Gewalthandeln im Jugendalter, also auf das Thema, das wie kein anderes diskutiert wird und auch der zentrale Gegenstand dieses Gutachtens zum 12. Deutschen Präventionstag ist.

Im Mittelpunkt des DJI-Berichtes stehen **Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter**, die den zahlreichen Praxisprojekten, Maßnahmen und Programmen in den wichtigsten Orten des Aufwachsens und bei den im Falle von Gewalt im Kindes- und Jugendalter zuständigen Institutionen zugrunde liegen: Familie, vorschulische Angebote der Kindertagesbetreuung, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Polizei, Justiz. Fast 20 Jahre nach der Einsetzung der „Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“, deren umfangreiche Veröffentlichung⁸⁷ sozusagen als historische Folie dient, unternimmt der Bericht den Versuch, den aktuellen konzeptionellen und methodischen Stand der Fachpraxis zu sichten und zu bilanzieren sowie die sich abzeichnenden politischen und fachlichen Herausforderungen im Bereich der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter zu benennen.

Der DJI-Bericht ist jedoch nicht nur als **Bilanz** – was ist erreicht, wo liegen Herausforderungen und Handlungserfordernisse – von Bedeutung, sondern auch wegen des in ihm vertretenen **Verständnisses von Gewalt und Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter**.

Vor dem Hintergrund einer nicht zu verkennenden problematischen Entwicklung, nämlich einer im Zuge der erheblich gesteigerten Bemühungen um Kriminalprävention und der weitgehenden Akzeptanz präventiver Strategien „geradezu inflationären Erweiterung des Verständnisses von Kriminal- und Gewaltprävention“ mit dem „Risiko einer Entgrenzung der

86 Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.)(2007): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern (im Druck). Seine Entstehung hat der Bericht in einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder vom 26. Juli 2003, in dem eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung aller an der Ächtung von Gewalt und Gewaltverherrlichung beteiligten Einrichtungen und Institutionen gefordert wird. Er wurde unter der Federführung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI in Kooperation mit dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) und der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes erstellt. Einschlägige Expert/innen wurden beauftragt, den aktuellen Stand der Diskussion in den jeweiligen Handlungsfeldern zu beschreiben und Herausforderungen zu benennen. In ihrer Funktion als damalige Vorsitzende der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes war die Autorin dieses Gutachtens an der Erstellung des Berichtes beteiligt.

Auf dem 12. DPT wird Dr. Christian Lüders vom DJI zu diesem Bericht referieren.

87 Schwind/Baumann (Hrsg.) 1990.

Gewalt- und Präventionsbegriffe“ plädiert der Bericht für ein altersgerechtes, kinder- und jugendspezifisches Verständnis von Gewalt und ein enges Verständnis von Gewaltprävention. Forderungen, die von diesem Gutachten nachdrücklich unterstützt werden.⁸⁸

2.1 Gewalt als Lernchance: Zur Notwendigkeit und zum Nutzen eines altersgerechten Verständnisses von Gewalt

Gewalt im Kindes- und Jugendalter kann nur nachhaltig entgegengewirkt werden, wenn man sich mit ihr alters- und situationsangemessen auseinandersetzt. Dazu gehört die Anerkennung der Tatsache, dass Gewalt ein Phänomen aller bekannten Gesellschaften war und ist. Weshalb es auch keine Frage ist, ob es überhaupt Gewalt im Kindes- und Jugendalter gibt bzw. geben darf, sondern nur, wie mit ihr umgegangen werden soll.

Und noch eine andere Tatsache gilt es anzuerkennen: Ungeachtet einer Definition von Gewalt („Gewaltbegriff“)⁸⁹ können dem aktuellen Gewaltgeschehen ganz unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben werden. Das gilt auch und gerade für die Gewalt im Kindes- und Jugendalter: „Was aus der Sicht der Erwachsenen als nicht hinnehmbare Gewalttat aussieht, mag aus der Perspektive der beteiligten Kinder oder Jugendlichen eine normale bzw. akzeptable Form des körperbetonten Ausraufens von Statuspositionen und des Austestens von Grenzen der Fairness oder schlicht als Ausagieren von Lebendigkeit erlebt werden“ – oder aber auch der Ausdruck unterschiedlicher sozialer und kultureller Milieus sein.⁹⁰

„Deshalb gilt insbesondere im Kindes- und Jugendalter, dass es zwar gesellschaftlich anerkannte legitime und illegitime Formen der Gewalt gibt. Diese Grenzen sind jedoch nicht nur fließend, sondern müssen gerade im Kindes- und Jugendalter auch erst erfahren und gelernt werden ... Die bewusste Auseinandersetzung mit Gewalt und Gewalterfahrungen ... stellt einen unverzichtbaren Bestandteil der pädagogischen Praxis mit Kindern und Jugendlichen dar.“⁹¹

Die notwendige alters- und situationsgerechte Auseinandersetzung mit Gewalt im Kindes- und Jugendalter heißt, den Bedingungen und Herausforderungen des Jugendalters als

88 Siehe dazu auch Steffen 2005 und 2006b.

89 Im DJI-Bericht wird Gewalt vorrangig im Sinne eines auf Personen zielgerichteten physisch, psychisch, sozial bzw. materiell schädigenden Handelns von Kindern und Jugendlichen bzw. Kinder und Jugendliche betreffend verstanden.

90 DJI-Bericht 2007. Ein Beispiel dafür ist die Bedeutung „gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen“ und einer „Kultur der Ehre“ für Gewaltbereitschaft und Gewaltbilligung, auf die bereits eingegangen wurde.

91 DJI-Bericht 2007.

Entwicklungsphase gerecht zu werden und **Gewalt (auch) als Chance zum Lernen** zu verstehen – und ggf. auch als Chance für pädagogische Unterstützung.

Gewalt nicht pauschal zu ächten, sondern als Lernchance anzunehmen, bedeutet nicht, sie zu akzeptieren und zu verharmlosen. Wohl aber, **Gewaltprävention in erster Linie erzieherisch und als koproductiven Prozess** zu verstehen: Gewalt kann und muss vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden und eine nachhaltige Gewaltprävention kann nur gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen, mit den Peers sowie mit Eltern, anderen Erziehungspersonen, ggf. dem relevanten sozialen Umfeld der Kinder und Jugendlichen gelingen.⁹²

Die Forderung, Gewalt als Lernchance anzunehmen, ist die konsequente Umsetzung der Erkenntnisse zur Jugendkriminalität: Hier vor allem zu ihrem Charakter als weitgehend altersspezifisches Phänomen, das viel mit den Problemen und Aufgaben zu tun hat, die im Jugendalter, beim Aufwachsen und Heranwachsen bewältigt werden müssen – durch Lernen, auch dadurch, aus Fehlern zu lernen.

Gewalt als Lernchance anzunehmen heißt, die Delinquenz junger Menschen, auch ihr Gewalthandeln, mit „Augenmaß“ zu betrachten und zu beurteilen: Es geht um Verständnis für die alltägliche Gewalt unter jungen Menschen und ihre Funktionen – um ein Verständnis, dass im Zuge der Etablierung der Gewaltprävention und der dadurch bewirkten Aufmerksamkeit, Sensibilität, aber auch Problematisierung und Kriminalisierung gewalthaltiger Handlungen verloren zu gehen droht.

So wichtig es ist, Rohheit und Vandalismus nicht hinzunehmen, jungen Menschen die Grenzen des Erlaubten deutlich zu machen, so wichtig ist auch, mehr Verständnis für gewalthaltige Handlungen zu wecken, wie sie im Alltag von jungen Menschen andauernd vorkommen und ihre Funktionen für die Entwicklung von Kindern zu sehen: „Gute Pädagogik, gute Schulpädagogik eingeschlossen, muss auch wegsehen können, muss den Kindern den Raum lassen, unüberwacht ihre eigenen Erfahrungen zu machen. Die Grenze für dieses Sich-selbst-Überlassen der Kinder ist dort erreicht, wo sie Schaden nehmen könnten.“⁹³

Die an sich positive Weiterentwicklung und Etablierung der Kriminalprävention auch in Handlungsfeldern, die das vorher nicht als ihre Aufgabe gesehen haben – wie etwa die Schule, aber auch die Kinder- und Jugendhilfe –, hat auch negative Effekte. Hierzu gehört vor allem die Vor-Verlagerung dessen, was als sozial unerwünschtes oder möglicherwei-

92 DJI-Bericht 2007.

93 Oswald 2005, 76.

se sogar strafrechtlich relevantes Verhalten eingestuft wird.⁹⁴ Auch hier und nicht nur hinsichtlich der Wahrnehmung von Jugendkriminalität als dramatisch und besorgniserregend, sollte mit Blick auf die Fakten mehr Gelassenheit und Normalität einkehren – und als Kriminalprävention bzw. Gewaltprävention nur das bezeichnet werden, was auch wirklich auf die Verhinderung von Gewalt-Kriminalität gerichtet ist.

2.2 Gewaltprävention als zielgerichtete Strategie: Zur Notwendigkeit und zum Nutzen eines engen Verständnisses von Gewaltprävention

Der Bedeutungsgewinn und die weitgehende Akzeptanz von Kriminal- bzw. Gewaltprävention in vielen Praxisfeldern haben nicht nur positive Seiten, sondern durchaus auch problematische bis negative Wirkungen.

Zu diesen eher negativen Wirkungen gehört die „geradezu inflationäre Erweiterung des Verständnisses von Kriminal- und Gewaltprävention ... Damit geht das Risiko einer Entgrenzung der Gewalt- und der Präventionsbegriffe einher ... Projekte, Maßnahmen und Angebote, die in der Hauptsache andere Zielsetzungen verfolgen, (werden) umetikettiert und (mutieren) zu gewaltpräventiven Maßnahmen, ohne deutlich machen zu können, inwiefern sie nachvollziehbar und zielgerichtet einen Beitrag zur Reduktion von Gewalt im Kindes- und Jugendalter leisten.“⁹⁵

Ein Risiko ist diese Entgrenzung durch „Umetikettierung“ und „Mutation“ von allgemein förderlichen Programmen und Maßnahmen der sozialen (oder primären) Prävention – die etwa familien-, bildungs-, sozial-, arbeitsmarktpolitisch, pädagogisch oder integrativ ausgerichtet sind – zu gewaltpräventiven Programmen deshalb, weil damit eine ganze Generation, nämlich die Heranwachsenden, als potenzielle Täter stigmatisiert, sozusagen einem Generalverdacht ausgesetzt werden. Wenn durch diese Entwicklung – die übrigens nicht zuletzt auch aus Gründen der Bereitschaft zur Finanzierung solcher Projekte erfolgt ist – etwa ganz normale Jugendarbeit zu einer kriminalpräventiven Maßnahme wird oder Schulen nicht mehr als Orte der Pädagogik und des Lernens wahrgenommen werden, ist dies ein Verlust für die Gesellschaft.

94 Ein Indikator dafür ist die zunehmende Anzeigebereitschaft bei Gewalthandlungen geringer Schwere – bei Handlungen, die früher als „nicht zu kriminalisieren“ eingestuft und allenfalls informell sanktioniert worden wären.

Ein Beispiel für die Tendenz, auf jugendtypisches Verhalten nicht (nur) pädagogisch, sondern mit Mitteln des Strafrechts zu reagieren, ist das Vorgehen gegen Schulschwänzen, das in einigen Ländern inzwischen als Ordnungswidrigkeit gilt, die „inzwischen unnachsichtiger bestraft wird als falsches Parken“ (Artikel der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 29. April 2007: „Drakonische Strafen“).

95 DJI-Bericht 2007.

nommen werden, sondern als Orte von Gewalt und Gewaltbereitschaft, dann ist etwas gründlich schiefgelaufen.⁹⁶

Ein Risiko ist diese Entgrenzung aber auch für diese Programme und Maßnahmen selbst: Mit dem Ziel der sozialen (primären) Prävention angelegt, wird eine gewaltpräventive Ausrichtung der Bedeutung dieser Projekte nicht gerecht, engt sie viel zu sehr ein – und kann für ihre Zielgruppen zudem eine diskriminierende Wirkung haben, die Nutzung und Wirkung der Programme beeinträchtigen kann. Ein Beispiel dafür sind die schon oben genannten Projekte der Frühprävention in psychosozial belasteten Familien: So sinnvoll, wirksam und kostengünstig es auch ist, mit Interventionen sehr früh einzusetzen, „die sich gezielt an solche Familien wenden, bei denen eine Häufung von Problemen erkennen lässt, dass die Kinder ohne eine frühe Förderung in massive Probleme geraten würden“,⁹⁷ so problematisch wäre ein direkter Bezug zur Kriminalprävention.⁹⁸

Ohne Frage können Programme mit den Zielen der Frühprävention, der Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern, der Lebens- und Handlungskompetenz von Schülern oder beispielsweise die Durchführung von Sprachkursen im Kindergarten für Kinder und ihre Eltern mit Migrationshintergrund *auch* gewaltpräventive Wirkungen entfalten. Es würde dem Anspruch und der Bedeutung solcher Programme „jedoch nicht gerecht, würde man sie vorrangig auf diesen gewaltpräventiven Aspekt reduzieren“, sie sozusagen für die Zwecke der Gewaltprävention instrumentalisieren.⁹⁹ Für Programme und Maßnahmen der sozialen (primären) Prävention ist Kriminalität ein ungeeigneter Bezugsrahmen.

Der DJI-Bericht spricht sich deshalb für ein enges Verständnis von Gewaltprävention aus und unterscheidet zwischen jenen Strategien, die vorrangig auf die Verhinderung bzw. Verminderung von Gewalt von bzw. unter Kindern und Jugendlichen abzielen und jenen Programmen und Maßnahmen, die im günstigen Fall auch gewaltpräventiv wirken:

„Als gewaltpräventiv können jene Programme, Strategien, Maßnahmen bzw. Projekte verstanden werden, die direkt oder indirekt die Verhinderung bzw. die Reduktion von Gewalt (im Kindes- und Jugendalter) zum Ziel haben ... (Von den) Strategien der Gewaltprävention ... (darf) erwartet wer-

96 Siehe dazu Steffen 2003; Gabriel u. a. 2002; und auch Frehsee 2000,71: „Wie weit sind wir eigentlich gekommen, wenn nicht mehr die Fürsorge für unsere Kinder handlungsleitend ist, sondern die Kontrolle ihres Bedrohungspotentials und die Abwehr der von ihnen ausgehenden Gefahren?“

97 Jungmann u. a. 2007.

98 Siehe dazu auch PSB 2006, 402 ff.

99 DJI-Bericht 2007. Eisner/Ribeaud/Bittel fordern, die Gewaltprävention als Teil einer umfassenden Gesundheitsförderung zu verstehen und nicht als isolierte Aktivität zu betreiben (2006, 9).

den, dass sie in einem begründbaren und nachvollziehbaren Zusammenhang **vorrangig** darauf abzielen, Gewalt im Kindes- und Jugendalter zu verhindern bzw. zu reduzieren – entweder auf der Basis überzeugender empirischer Belege bzw. Erfahrungen oder an Hand von plausiblen theoretischen Annahmen.“

2.3 Der aktuelle Stand der Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter in Deutschland: Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahrzehnten Gewaltdebatte

Der Bericht des Deutschen Jugendinstitutes kommt zu folgender „Zwischenbilanz nach zwei Jahrzehnten Gewaltdebatte“ für die Strategien der Gewaltprävention im Kindes und Jugendalter:¹⁰⁰

- Seit dem Erscheinen der Berichte der so genannten Gewaltkommission vor fast 17 Jahren hat sich in Deutschland die Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter in bemerkenswerter Weise **weiter entwickelt** und **erfolgreich etabliert**. Verbunden mit dieser Erweiterung des Blickes¹⁰¹ waren der gezielte Ausbau und die Weiterentwicklung von gewaltpräventiven Strategien in den verschiedenen Handlungsfeldern. Gewaltprävention ist mittlerweile zu einem weithin selbstverständlichen Bestandteil der alltäglichen Praxis geworden.
- Der überwiegende Teil der in den letzten Jahren entwickelten Strategien lässt sich als **pädagogische Strategien** kennzeichnen. Diese Ausrichtung wird der Tatsache gerecht, dass die Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter es mit Aufwachsenden zu tun hat. Verbunden ist dies vor allem mit der weithin geteilten Überzeugung, dass Gewalt im Kindes- und Jugendalter vorrangig durch **Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb** bewältigt werden kann. Zwar wurden in den letzten Jahren gleichzeitig repressive, kontrollierende und schützende Maßnahmen vorgehalten und in notwendigen Fällen auch eingesetzt. Generell jedoch schwand das Vertrauen, in diesen Altersphasen Gewalt mit Hilfe vor allem strafender Maßnahmen nachhaltig eindämmen zu können.

Diese erzieherische Grundhaltung hat zu einer Realität beigetragen, in der Gewalt von Kindern und Jugendlichen bislang keine dramatische Verschärfung erfahren hat.

¹⁰⁰ Diese Bilanz der derzeit verfügbaren Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter impliziert keine Aussagen über deren Qualität bzw. praktische Bewährung – und auch nicht darüber, ob sie überall in der Republik verfügbar sind bzw. genutzt werden (DJI-Bericht 2007).

¹⁰¹ Etwa auf die rechte Jugendgewalt, auf häusliche und psychische Gewalt, auf „neue“ Formen der Gewalt wie etwa Mobbing.

- Eng verknüpft mit diesem pädagogischen Blick ist eine Position, die Gewalthandeln von Kindern und Jugendlichen nur als einen und nicht als den zentralen Aspekt ihres Verhaltens ansieht. Stattdessen wird der Fokus stärker auf ihre **Kompetenzen, Ressourcen** sowie die **Ausbildung von Schutzfaktoren** gerichtet.
- Ein weiterer wichtiger fachlicher Entwicklungsstrang ist die **stärkere Einbeziehung der jeweiligen sozialen und kulturellen Milieus, der Szenen und Sozialräume**. Dahinter steht die Überlegung, nicht allein das Verhalten von Personen zu verändern, sondern Einfluss auf die Umgebungen zu nehmen, die solches Verhalten begünstigen bzw. reduzieren.
- In Deutschland hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Gewaltprävention eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** ist und deshalb **Kooperation** eine zentrale Voraussetzung für gelingende Gewaltprävention darstellt. Im Laufe der Jahre sind zwischen den unterschiedlichen Organisationen bzw. Institutionen (vor allem Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Schule) und Personen eingefahrene Abgrenzungen und Abneigungen abgebaut worden. Es entstanden neue Formen der Zusammenarbeit und Gremien (etwa kommunale Kriminalpräventive Räte und Runde Tische).
- Die Orientierung am Präventionsgedanken hat nicht nur zu Verlagerungen zwischen den Handlungsfeldern geführt – etwa von der Justiz hin zur Kinder- und Jugendhilfe –, sondern auch zu einer **Vorverlagerung der Aufmerksamkeit**. Stärker als früher wird heute Erziehung zur friedlichen Lösung von Konflikten und der Erwerb entsprechender Kompetenzen auch als eine Aufgabe der Familie, der Kindertagesbetreuung und der Grundschule, der Jugendarbeit, Familienbildung und der Hilfen zur Erziehung betrachtet.
- Wichtige Weiterentwicklungen gab es auch in der **Gesetzgebung**. Zu nennen sind exemplarisch das Gewaltschutzgesetz von 2005 und die legislative Verankerung des Rechts der Kinder auf gewaltfreie Erziehung 2000 sowie die Reform des Jugendschutzgesetzes von 2003.

2.4 Herausforderungen an die Kriminal- und Gewaltprävention vor dem Hintergrund der Befunde zur Jugendkriminalität

Zu Recht weisen der Zweite Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung und der Bericht des Deutschen Jugendinstitutes auf die gerade in den letzten Jahren „erheblich gesteigerten Bemühungen um Kriminalprävention bei Jugendlichen und Kindern“ hin, darauf, dass „sich in Deutschland die Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter in bemerkenswerter Weise weiter entwickelt und erfolgreich etabliert“ hat. Nicht zuletzt ist der Deutsche Präventionstag ein Beleg

für diese positive Entwicklung: Das Ziel dieses nationalen jährlichen Kongresses, das er seit seiner Gründung 1995 verfolgt, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken, darf inzwischen als erreicht gelten.

Trotz dieser Erfolge der Kriminal- und Gewaltprävention gerade im Kindes- und Jugendalter sind Verbesserungen möglich und nötig und es bleiben Herausforderungen und Handlungserfordernisse.

2.4.1 Prävention der altersspezifischen Jugendkriminalität

Gerade die „normale“, alterstypische (Gewalt-)Kriminalität von Kindern und Jugendlichen sollte als **Lernchance** verstanden und mit „Augenmaß“ betrachtet und beurteilt werden. So wichtig es ist, Normverstöße und insbesondere Rohheit und Vandalismus nicht hinzunehmen, jungen Menschen die Grenzen des Erlaubten deutlich zu machen, so wichtig ist es auch, mehr Verständnis für delinquente und gewalthaltige Handlungen zu wecken, wie sie im Alltag von jungen Menschen andauernd vorkommen und ihre Funktionen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu sehen.

Normverstöße, Lernen durch das Ausreizen von Grenzen und aus Fehlern, gehören zum Heranwachsen und sollten zwar der Anlass für eindeutig missbilligende Reaktionen sein – wenn auch keineswegs notwendigerweise mit Mitteln des Strafrechts¹⁰² –, aber nicht der Anlass zu Sorge oder gar Dramatisierung.

Die nicht zuletzt durch die Etablierung der Kriminalprävention bewirkte Vor-Verlagerung der Aufmerksamkeit für „kriminelle“ und insbesondere „gewalthaltige“ Verhaltensweisen junger Menschen sollte nicht (weiter) dazu führen, dass immer mehr und immer häufiger jugendtypische Verhaltensweisen kriminalisiert werden.

Deshalb sollten auch Programme und Maßnahmen der sozialen Prävention, die sich an *alle* Kinder und Jugendlichen richten – etwa mit den Zielen von Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb –, nicht unter der Bezeichnung Kriminal- oder Gewaltprävention durchgeführt werden.

2.4.2 Opferarbeit mit Kindern und Jugendlichen

Die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche häufiger Opfer als Täter von Gewalt sind, ist bisher zu wenig berücksichtigt worden. Gewaltpräventive Strategien im Kindes- und Jugendalter sind überwiegend täterbezogen. Zwar gibt es An-

¹⁰² Die Bedeutung und Wirkung der formellen Sanktionen wird ebenso chronisch überschätzt, wie die Wirkung informeller Sanktionen – durch Eltern, Freunde, Lehrer und ähnliche Bezugspersonen – unterschätzt wird (Steffen 2003).

gebote für die Kinder und Jugendlichen, die Opfer familiärer Gewalt geworden sind,¹⁰³ kaum aber für solche – überwiegend männlichen – Jugendlichen, die Opfer anderer (männlicher) Jugendlicher geworden sind.

Bei der Entwicklung von Strategien für die Opferarbeit mit Kindern und Jugendlichen gilt es vor allem zwei Zusammenhänge zu beachten, die für junge Opfer typisch sind:

Zum einen ist die Tatsache, Opfer zu sein, nach wie vor mit einer doppelten Erniedrigung und Ausgrenzung – durch die Erfahrung der eigenen Verwundbarkeit einerseits und die öffentliche Herabsetzung andererseits – verbunden. Hier bedarf es für die Opfer unterstützender und beratender Angebote. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist dabei, sich mit den Begriffen „Opfer“ und „Loser“ auseinanderzusetzen, die von den Jugendlichen als abwertende und demütigende Schimpfwörter verwandt und verstanden werden.¹⁰⁴

Zum andern gilt es, den gerade im Jugendalter häufigen **Täter-Opfer-Statuswechsel** zu berücksichtigen, die Tatsache, dass dieselbe Person sowohl Täter- als auch Opfererfahrungen hat. Bislang sind die gewaltpräventiven Strategien von einem Dualismus geprägt: Auf der einen Seite die (bösen) Täter, auf der anderen Seite die (armen) Opfer. Tatsächlich sind die Rollen aber nicht selten austauschbar und gerade für jugendliche Gewalttäter ist das Viktimisierungsrisiko hoch. Sollen diese Erkenntnisse im Sinne einer Lernchance fruchtbar gemacht werden, bedeutet dies, sich in vielen Fällen von den eindeutigen Rollenzuweisungen zu verabschieden und komplexere Konstellationen in den Blick zu nehmen.¹⁰⁵

2.4.3 Zielgruppenorientierte Kriminal- und Gewaltprävention

Gewaltprävention sollte stärker **zielgruppenorientiert** erfolgen. Sie richtet sich bisher zu undifferenziert an „alle“ Kinder und Jugendliche. Defizite gibt es insbesondere im Bereich **jungenspezifischer Arbeit** und hier wiederum in der Arbeit mit Jungen, die einen **Migrationshintergrund** haben.

2.4.3.1 Jungenspezifische Gewaltprävention¹⁰⁶

Der Zusammenhang zwischen dem Geschlecht „männlich“ und „gewalttätigem Verhalten“ ist in der Kriminologie weitgehend unbestritten (s.o. 1.1.2.3). In der Kriminalprävention wird diese Erkenntnis allerdings bisher nur ansatzweise be-

103 Auf dem 12. DPT befassen sich zwei Vorträge mit der „Beeinträchtigung des Kindeswohls durch häusliche Gewalt“ bzw. mit dem Thema „Am Rande der Wahrnehmung – Beratung für Kinder bei häuslicher Gewalt“.

104 Laux/Schäfer 2007.

105 DJI-Bericht 2007.

106 Siehe dazu Laux/Schäfer 2006.

rücksichtigt. Obwohl Jungen, die mit Gewalt auffällig werden, zumeist die Hauptzielgruppe der Präventionsprojekte sind, spielen jungenspezifische Ansätze dort kaum eine Rolle. Jungenarbeit muss jedoch „die Attraktivität der Gewalt für Jungen verstehen, um friedliches Verhalten fördern zu können: Warum versuchen manche Jungen immer wieder Probleme durch Gewalt zu lösen? Weshalb sind gewaltfreie Wege der Konfliktlösung ihnen häufig versperrt?“¹⁰⁷

Um mit Jungen gewaltpräventiv arbeiten zu können, müssen diese erst einmal erreicht werden. Allerdings setzen viele Angebote (zu) stark auf **Sprache**, beispielsweise die zahlreichen Schulmediationen, die gerade von Jungen oft nicht angenommen werden. Chancen haben sportliche und **körperorientierte Angebote**, die unter jungendpädagogischer Anleitung auch zum Schutz vor gewalttätigem Verhalten beitragen können.¹⁰⁸

„Nach wie vor gelten fürsorgliche, gefühlsbetonte Verhaltensweisen bei Jungen als ‚weibisch‘ und häufig werden die Jungen von den Jungen selbst abwertend als ‚schwul‘ einsortiert. Seit einigen Jahren ist die Bezeichnung ‚Opfer‘ unter Jungen eine der schlimmsten Beleidigungen ... ‚Richtige Jungen‘ verhalten sich hingegen offensiv, bei Bedarf aggressiv ... Es geht um einen Paradigmenwechsel. Jungen, die nicht dem traditionellen Bild von Männlichkeit entsprechen, sollen stärker als bisher unterstützt werden. Ihre Position ist zu stärken, eine Kultur ‚anderer‘, reflektierter Männlichkeit zu fördern.“¹⁰⁹

2.4.3.2 Gewaltprävention bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund¹¹⁰

Innerhalb der Jungenarbeit kommt der Gewaltprävention bei Jungen mit Migrationshintergrund eine besondere Bedeutung zu: Gewalt und körperliche Stärke haben in unterschiedlichen kulturellen Kontexten verschiedene Bedeutungen. Die Schülerbefragungen haben gezeigt (s.o.), dass die Orientierung vieler junger männlicher Migranten an gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und einer Kultur der Ehre von zentraler Bedeutung für ihre im Vergleich zu Deutschen erheblich höhere Gewaltbereitschaft ist. Auf der Auseinandersetzung mit diesen Normen, auch und gerade im Rahmen des Schulunterrichtes, sollte ein Schwerpunkt zukünftiger Präventionsarbeit liegen.¹¹¹

Wegen der Kumulation von Risikofaktoren und den zahlreichen Belastungen von Jungen mit Migrationshintergrund,

¹⁰⁷ Laux/Schäfer 2006, 16.

¹⁰⁸ Laux/Schäfer 2006, 17.

¹⁰⁹ Laux/Schäfer 2006, 17.

¹¹⁰ Siehe dazu auch die Vorschläge bei Bannenbergs 2003 und Steffen 2006a.

¹¹¹ Baier/Pfeiffer 2007, 47.

sind jedoch einzelne Präventionsmaßnahmen unzureichend. Gerade bei der Gewaltprävention sind **Mehrebenenansätze** und hier vor allem die Einbindung des sozialen Umfeldes von erheblicher Bedeutung. Wichtig ist die Analyse der Situation junger Migranten auf Stadt- und Stadtteilebene, um konkrete, problemorientierte Maßnahmen initiieren zu können. Unbedingte Voraussetzung für eine wirkungsvolle Kriminalprävention bei den einzelnen Gruppierungen junger Migranten ist auch die Einbindung der jeweiligen Migranten-/Ausländergemeinschaften, bei der Entwicklung und Umsetzung von Programmen und Maßnahmen für „ihre“ Jugendlichen.¹¹²

Außerdem ist darauf zu achten, dass sich beim Thema „Migration“ und „Prävention“ die Bereiche „Prävention“ und „Integration“ stark vermischen: Gelingt die Integration, dann sehr häufig auch die Kriminal- und Gewaltprävention.¹¹³ Um Diskriminierungen und Stigmatisierungen zu vermeiden, sollten deshalb primär sozial-integrative Maßnahmen nicht mit dem Etikett und der Zielrichtung „Kriminal- bzw. Gewaltprävention“ durchgeführt werden.

2.4.4 Prävention von Gewalt an der Schule

Kriminal- und Gewaltprävention sind heute in einem Ausmaß an Schulen präsent, das man sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Berichte der Gewaltkommission wohl nicht vorstellen konnte – und vielleicht auch nicht wollte. Dabei richten sich die Strategien allerdings nur zum Teil auf die Gewalt von und an Kindern und Jugendlichen, die sich tatsächlich an der Schule ereignet. Eher häufiger sind die Strategien, die sich der Schule als Ort und Mittel von Prävention „bedienen“. Schließlich verbringen Kinder und Jugendliche einen großen Teil des Tages an der Schule und sind an keinem anderen Ort so gut „erreichbar“ – auch mit Maßnahmen und Konzepten der Kriminal- und Gewaltprävention.

Gerade bei der Gewaltprävention an Schulen sollte darauf geachtet werden, dass auch wirklich nur die Programme und Maßnahmen, die vorrangig darauf gerichtet sind, diese Gewalt zu verhindern bzw. zu verringern, als „gewaltpräventiv“ bezeichnet werden. Dazu zählen die Strategien und Projekte, die sich der Schule „bedienen“ und sich in der Regel unterschiedslos an alle Schüler und Schülerinnen richten, sehr häufig nämlich nicht.

Außerdem besteht im Zuge der Bekämpfung spektakulärer Einzelfälle die Gefahr, dass mit Restriktionen für Schüler und Schülerinnen reagiert wird und die für ihre Entwicklung notwendigen Frei- und Entscheidungsräume unangemessen eingeschränkt werden. Auch hier wäre das schon mehrfach

112 Elsner/Steffen 1998, 227.

113 Siehe dazu auch Bannenbergs 2003, 193.

eingeforderte „Augenmaß“ bei der Kriminal- und Gewaltprävention sehr wichtig

2.4.5 Kriminal- und Gewaltprävention bei jungen Intensivtätern

Eine besondere Herausforderung ist nach wie vor die Gruppe der jungen **Intensivtäter**, sowohl hinsichtlich einer möglichst frühzeitigen Prognose und entsprechender Maßnahmen früher Prävention (allerdings dann nicht mit der Zielrichtung *Gewaltprävention*!) wie auch hinsichtlich des Einsatzes gewaltpräventiver und nicht in erster Linie repressiver Maßnahmen, wenn sich die ungünstigen Entwicklungsverläufe bereits stabilisiert haben.

Da bei diesen jungen Männern die Risikofaktoren in der Regel kumulieren, ist es wenig sinnvoll, die präventiven Bemühungen auf nur einen Faktor – etwa Medienkonsum – zu richten. Regelmäßig sind viele Maßnahmen auf den verschiedensten Ebenen erforderlich. Deshalb sollten Projekte der **Netzwerk-Prävention**, wie sie etwa die „Harter-Kern-Projekte“ in den Niederlanden darstellen, weiter erprobt werden.¹¹⁴

2.4.6 Aus-, Fort- und Weiterbildung

Auch Kriminalprävention muss gelernt werden – deshalb kommt der **Aus-, Fort- und Weiterbildung** der „Präventionsfachkräfte“ in allen Handlungsfeldern der Kriminal- und Gewaltprävention eine zentrale Rolle zu.

Die derzeitige Situation kann jedoch nur als „Mängellage“ beurteilt werden: Es gibt Defizite hinsichtlich einer Grundausbildung in der Kriminalprävention und auch deutlichen Nachholbedarf an einer Arbeitsfelder übergreifenden, spezialisierten Weiterbildung.

Im Rahmen des Beccaria-Programms „Qualität in der Kriminalprävention“¹¹⁵ wird jetzt ein Konzept für die Aus- und Weiterbildung in der Kriminalprävention erarbeitet, das einen weiterbildenden Masterstudiengang für Führungskräfte und ein Trainingsprogramm für Fachkräfte in der Kriminalprävention umfasst.

2.4.7 Qualitätssicherung und Evaluation

Zurzeit liegt kaum empirisch gesichertes Wissen über Wirksamkeiten, über förderliche und hinderliche Bedingungen der gewaltpräventiven Strategien vor. Trotz der erheblichen methodischen Probleme müssen Verfahren der **Qualitätssicherung und Evaluation** entwickelt und eingesetzt werden, um die genannten Anregungen und Herausforderungen sys-

¹¹⁴ Siehe dazu die Ausführungen bei Elsner/Steffen/Stern 1998 und Kleimann/van der Laan 1996.

¹¹⁵ www.beccaria.de

tematisch und erfolgreich zu bewältigen und die gesetzten Ziele dauerhaft zu erreichen.¹¹⁶

3 Zusammenfassung und Folgerungen

- 1 Junge Menschen haben zu allen Zeiten Grenzen überschritten, Sanktionsspielräume ausgetestet, Abenteuer im Rahmen ihrer Möglichkeiten gesucht und bestanden, Anerkennung unter Gleichaltrigen angestrebt.
- 2 Kennzeichnend für diese „altersspezifische“ Jugendkriminalität sind ihre weite Verbreitung („Ubiquität“), ihre Episodenhaftigkeit – für die ganz überwiegende Zahl der Jugendlichen ist das normabweichende Verhalten eine vorübergehende Auffälligkeit im Verlauf ihres Entwicklungs- und Reifungsprozesses –, ihre Nicht-Registrierung – nur ein geringer Teil der Jugenddelinquenz wird den Instanzen der formellen Sozialkontrolle bekannt – und die Spontanbewährung – die weitaus meisten Jugendlichen hören von selbst wieder damit auf, strafbare Handlungen zu begehen. Die jugendtypische Delinquenz hat viel mit temporären Entwicklungsproblemen und Einflüssen der Peer-Gruppe zu tun, aber relativ selten mit gravierenden Störungen oder Erziehungsdefiziten.
- 3 Nur bei einem kleinen Teil der Jugendlichen sind lange andauernde kriminelle Entwicklungen verbunden mit der gehäuften Begehung auch schwerer Straftaten festzustellen. Entwicklungen, die oft schon in der Kindheit beginnen und regelmäßig auf (erhebliche) soziale und individuelle Defizite und Mängellagen hinweisen. Für diese intensiv und dauerhaft auffälligen Jugendlichen sind die Kumulation von Risikofaktoren und das Fehlen entsprechender, zeitgerecht verfügbarer schützender und abpuffernder Einflussgrößen kennzeichnend.
- 4 Die jugendtypischen Verhaltensweisen können laut, störend, lästig, auch beunruhigend sein, insbesondere dann, wenn sie sich, was für sie typisch ist, im öffentlichen Raum ereignen. Sie mögen in Einzelfällen auch länger andauern, gehäuft mit der Begehung schwerer Straftaten verbunden sein und sich nicht „von selbst wieder auswachsen“. Es gibt jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass die Jugendkriminalität zugenommen hätte oder „immer schlimmer“ geworden wäre.
- 5 Im Gegenteil: Insgesamt geht im Hellfeld der Polizeilichen Kriminalstatistik die Jugendkriminalität sogar zurück. Zwar werden von Jugendlichen verübte Gewalttaten deutlich häufiger registriert, doch lässt sich diese Zunahme vor dem Hintergrund der Befunde aus aktuellen Dunkelfeldbefragungen weitgehend mit einer gestiegenen Anzeigebereitschaft insbesondere bei weniger schweren Delikten erklären.

116 Siehe dazu auch Bannenber/Rössner 2002.

- 6 Die Befunde der verfügbaren Jugendstudien bieten keinerlei Anhaltspunkte, die auf Anstiege der Jugendgewalt (und auch nicht anderer Delikte) schließen lassen könnten. Sowohl im Bereich der selbst berichteten Delinquenz als auch bei den Opferangaben finden sich entweder Rückgänge oder allenfalls eine Konstanz der Gewalttaten. Insgesamt sind eher ein Rückgang der Gewaltbereitschaft und eine Zunahme der Missbilligung von Gewalt festzustellen.
- 7 Allerdings weisen die empirischen Befunde auch auf Probleme hin, die aber nicht neueren Datums sind: Auf die höhere Gewaltbelastung männlicher Jugendlicher, insbesondere von solchen mit einem Migrationshintergrund und auf die Risikogruppe der jungen Intensivtäter, in der sich wiederum vor allem männliche Jugendliche, häufig mit Migrationshintergrund befinden.
- 8 Die öffentliche und politische Wahrnehmung einer allgemein immer häufigeren Jugendkriminalität und einer immer brutaleren Jugendgewalt lässt sich mit den vorliegenden empirischen Befunden nicht belegen. Anhaltspunkte für eine Brutalisierung junger Menschen sind weder den Erkenntnissen aus Dunkelfeldstudien, noch den polizeilichen, justiziellen oder anderen Statistiken zu entnehmen. Das gilt auch für die Annahme einer zunehmenden Gewalt von Mädchen oder der Gewalt in der Schule. Ihre Ursachen haben diese Annahmen vor allem in einer Medienberichterstattung, die sich an spektakulären, Aufsehen erregenden Einzelfällen orientiert.
- 9 Hintergrund der positiven Entwicklungen der Jugendkriminalität und der Jugendgewalt sind erheblich gesteigerte Bemühungen um Kriminalprävention bei Kindern und Jugendlichen in der Fachpraxis. Trotz der regelmäßig und insbesondere nach besonders spektakulären Gewalttaten Jugendlicher immer wiederkehrenden Forderungen nach „mehr Strafe“, haben sich in der Praxis die präventiven Strategien durchgesetzt und mit bemerkenswerten Fortschritten etabliert.
- 10 Der überwiegende Teil der in den letzten Jahren entwickelten Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalters lässt sich als pädagogische Strategien kennzeichnen. Diese Ausrichtung wird der Tatsache gerecht, dass die Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter es mit Aufwachsenden zu tun hat. Gewalt im Jugendalter kann vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden. In diesem Sinne sollte gewalttätiges Handeln in der präventiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als Lernchance verstanden werden.
- 11 Diese erzieherische Grundhaltung und die vielfältigen Kooperationen zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern der Fachpraxis – zu nennen sind insbesondere

Familie, Kindertagesbetreuung, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz – im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Verständnisses von Kriminalprävention, haben in Deutschland im Unterschied zu anderen Ländern zu einer Realität beigetragen, in der Gewalt von Kindern und Jugendlichen bislang keine dramatische Verschärfung erfahren hat.

- 12 Im Zuge der erheblich gesteigerten Bemühungen um Kriminalprävention und der weitgehenden Akzeptanz präventiver Strategien ist es jedoch auch zu einer geradezu inflationären Erweiterung des Verständnisses von Kriminal- und Gewaltprävention gekommen – mit dem Risiko einer Entgrenzung der Gewalt- und Präventionsbegriffe. Dringend erforderlich sind ein altersgerechtes, kinder- und jugendspezifisches Verständnis von Gewalt (analog zu den Ausführungen in Punkt 2) und ein enges Verständnis von Gewaltprävention.
- 13 Die Etablierung präventiver Strategien hat zu mehr Aufmerksamkeit und Sensibilität gegenüber (potenziell) gewalthaltigem Verhalten von jungen Menschen geführt – und dadurch auch zu einer Vor-Verlagerung dessen, was als sozial unerwünschtes und möglicherweise sogar strafrechtlich relevantes Verhalten eingestuft wird. Ein Indikator dafür ist die zunehmende Anzeigebereitschaft bei Gewalthandlungen geringerer Schwere. So wichtig es ist, Rohheit und Vandalismus nicht hinzunehmen, jungen Menschen die Grenzen des Erlaubten deutlich zu machen, so wichtig ist es auch, mehr Verständnis für gewalthaltige Handlungen zu wecken, wie sie im Alltag von Kindern und Jugendlichen andauernd vorkommen und ihre Funktionen für die Entwicklung von Kindern zu sehen.
- 14 Um dem Risiko der Entgrenzung der Gewalt- und Präventionsbegriffe entgegenzuwirken, sollten als gewaltpräventiv nur die Strategien, Programme, Maßnahmen und Projekte verstanden werden, die vorrangig darauf abzielen, Gewalt im Kindes- und Jugendalter zu verhindern bzw. zu reduzieren. Nicht aber allgemein förderliche Programme und Maßnahmen der sozialen (primären) Prävention – etwa familien-, bildungs-, sozialpolitisch, pädagogisch oder integrativ ausgerichtete Strategien –, die im günstigen Fall auch gewaltpräventiv wirken können. Eine Bezeichnung als „gewaltpräventiv“ wird der Bedeutung dieser Programme nicht gerecht und kann zu Diskriminierungen und Stigmatisierungen ihrer Zielgruppen als „(potenziell) kriminell“ führen.
- 15 Die Akzeptanz und Etablierung gewaltpräventiver Strategien in der Fachpraxis ergibt insgesamt ein positives Bild. Zwar bestehen noch Anforderungen, etwa hinsichtlich einer verstärkten Zielgruppenorientierung oder der Stärkung der Opferperspektive. Die zentrale Herausfor-

derung dürfte jedoch in erster Linie in der Absicherung und weiteren Fundierung, der Verbreitung und Weiterentwicklung vorhandener Strategien liegen und nicht in der Notwendigkeit, gänzlich neue Ansätze zu entwickeln. Eine zentrale Bedeutung kommt auch der Weiterentwicklung der Kooperationsstrukturen zu, der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten sowie der Qualitätssicherung und Evaluation.

- 16 Eine weitere zentrale Herausforderung dürfte darin liegen, aufgrund der vorliegenden empirischen Befunde zur Jugendkriminalität und ihrer Verhinderung auch zu einer entsprechenden Wahrnehmung in den Medien, der Öffentlichkeit und der Politik zu kommen. Denn nicht zuletzt ist es der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf, der (Jugend-)Kriminalität zum allumfassenden Problem und zu alltäglichen Bedrohung werden lässt – weshalb es immer wieder notwendig ist, auf die Fakten zu verweisen, auf die Abnahme der Kriminalität ebenso wie auf die Zunahme und Erfolge der Kriminalprävention.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Peter-Alexis/Lamnek, Siegfried (1979): *Jugendkriminalität im Zerbild der Statistik*. München.
- Albrecht, Peter-Alexis/Pfeiffer, Christian (1979): *Die Kriminalisierung junger Ausländer*. München.
- Baier Dirk u. a. (2006): *Schülerbefragung 2005: Gewalterfahrungen, Schulschwänzen und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen*. KFN Materialien für die Praxis-Nr. 2. Hannover.
- Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian (2007): *Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen – Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention*. KFN Forschungsberichte Nr. 100. Hannover.
- Bannenber, Britta (2003): *Migration – Kriminalität – Prävention*. Teil I. Gutachten zum 8. Deutschen Präventionstag 28./29. April in Hannover. Kongresskatalog S. 143–210.
- Bannenber, Britta/Rössner, Dieter (2002): *Wirkungsforschung bei der Kriminalprävention*. *forum kriminalprävention* 1/2002, S. 5–8.
- Bannenber, Britta/Rössner, Dieter/Coester, Marc (2007): *Hasskriminalität, extremistische Kriminalität, politisch motivierte Kriminalität und ihre Prävention*. In: *Informationes Theologicae Europae. Internationales ökumenisches Jahrbuch für Theologie*. 2007. 14. JG. S. 201–220
- Boers, Klaus u. a. (2006): *Jugendkriminalität – Keine Zunahme im Dunkelfeld, kaum Unterschiede zwischen Einheimischen und Migranten*. *MSchrKrim* 2006, S 63–87.
- Brettfeld, Karin/Wetzels, Peter (2003): *Soziale Selektivität strafrechtlicher Sozialkontrolle bei Jugendkriminalität? Ergebnisse repräsentativer Dunkelfelderhebungen zur Wahrscheinlichkeit polizeilicher Registrierung delinquenten Jugendlicher*. *Praxis der Rechtspsychologie* 13/2003, S. 226–257.
- Bruhns, Kirsten/Wittmann, Svendy (2003): *Aussagen und Ergebnisse über gewaltbereite Mädchen in Forschung, Praxis und amtlicher Statistik*. *ZJJ* 2/2003, S. 133–140.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge(2006). www.bamf.de.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2005): *Polizeiliche Kriminalstatistik 2005*. Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2001): *Erster Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin.
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006): *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2007): *Verfassungsschutzbericht 2006*. Vorabfassung. Berlin. S. 23.
- Bundesverband der Unfallkassen (Hrsg.)(2005): *Gewalt an Schulen. Ein empirischer Beitrag zum gewaltverursachten Verletzungsgeschehen an Schulen in Deutschland 1993–2003*.München.
- Bussmann, Kai (2005): *Report über die Auswirkungen des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung. Vergleich der Studien von 2001/2002 und 2005. Zusammenfassung für die Homepage des BMJ* (<http://bussmann2.jura.uni-halle.de>).
- Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.)(2007): *Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern* (im Druck).
- Dünkel, Frieder/Geng, B. (2003): *Gewalterfahrungen, gesellschaftliche Orientierungen und Risikofaktoren bei Jugendlichen in der Hansestadt*

Greifswald 1998 – 2002. In: Dünkel, F./Geng, B. (Hrsg.): *Jugendgewalt und Kriminalprävention*. Mönchengladbach, S. 1–55.

Einen Überblick über die Prävention von Vorurteilskriminalität bieten die Ergebnisse der vom Bundesministerium der Justiz und Deutschen Forum für Kriminalprävention eingesetzten Arbeitsgruppe „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere: junge Menschen –“; Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006): *Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität*. Band 1–4. Berlin. Auch erhältlich unter www.kriminalpraevention.de.

Eisner, Manuel/Ribeaud, Denis/Bittel, Stéphanie (2006): *Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik*. Hrsg. Von der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA. Bern-Wabern (www.eka-cfe.ch).

Elsner, Erich/Steffen, Wiebke/Stern, Gerhard (1998): *Kinder- und Jugendkriminalität in München*. München.

Elsner, Erich/Molnar, Hans (2001): *Kriminalität Heranwachsender und Jungerwachsener in München*. München.

Elsner, Erich/Steffen, Wiebke (2005): *Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in Bayern*. München.

Frehsee, Detlev (2000): *Serie Prävention: Fragen an den deutschen Präventionstag*. DVJJ-Journal 1/2000, S. 65–71.

Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Luedtke, Jens/Baur, Nina (2005): *Gewalt an Schulen 1994 – 1999 – 2004*. Wiesbaden.

Gabriel, Gabriele/Holthusen, Bernd/Schäfer, Heiner (2002): *Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität – Eine pädagogische Herausforderung*. *forum kriminalprävention* 2/2002, S. 16–18.

Galm, Beate (2005): *Frühprävention von Gewalt gegen Kinder in psychosozial belasteten Familien*. DJI Bulletin 72 Herbst 2005, S. 4–5.

Geißler, Rainer (1995): *Das gefährliche Gerücht von der Ausländerkriminalität*. Aus *Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Zeitschrift *Das Parlament* vom 25.8.1995, S. 30–39.

Haas, Henriette (2001): *Aggressions et victimisations: une enquête sur les délinquents violents et sexuels non détectés*. Aarau. Switzerland.

Heinz, Wolfgang (1996): *Anstieg der Jugendkriminalität? Die Grenzen des Jugendstrafrechts, die Möglichkeiten der Prävention*. DVJJ-Journal. Heft 4, S. 344–360.

Heinz, Wolfgang (2002): *Kriminologische Variationen über ein Thema von Shakespeare*. In: R. Moos (Hrsg.): *Festschrift für Udo Jesionek*. Graz, S. 103–135.

Heinz, Wolfgang (2003): *Jugendkriminalität in Deutschland. Kriminalstatistische und kriminologische Befunde* (www.uni-konstanz.de).

Heinz, Wolfgang (2007): „Besorgniserregend“, „dramatisch“ ... *Einige aktuelle Daten zur Einordnung und Bewertung der kriminalpolitischen Diskussion*. ZJJ 1/07, S. 65–72.

Höfer, Sven (2000): *Täter-Opfer-Konstellationen – Eine Analyse anhand der polizeilichen Kriminalstatistik*. In: WEISSER RING (Hrsg.): *Kinder und Jugendliche als Täter und Opfer*. Dokumentation des 12. Mainzer Opferforums vom 14./15. Oktober 2000. Mainz 2001, S. 110–124.

Jehle, Jörg-Martin/Heinz, Wolfgang/Sutterer, Peter (2003): *Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine kommentierte Rückfallstatistik*. (Hrsg. Vom Bundesministerium der Justiz, Berlin 2003). Mönchengladbach.

Jungmann, Tanja/Lutz, Peter/Pfeiffer, Maier-Pfeiffer, Anna/Pfeiffer, Christian (2007): *Das Pro Kind-Projekt und seine Begleitforschung* (unveröffentlichtes Manuskript).

- Kavemann, Barbara/Kreyssig, Ulrike (Hrsg.)(2006): *Handbuch Kinder und häusliche Gewalt*. Wiesbaden.
- Kleiman, Mieke/van der Laan, Peter (1996): *Lokale Initiativen bei der Bekämpfung und Prävention von Jugendkriminalität – Eine Skizze der Situation in den Niederlanden*. In: Trenczek, T./Pfeiffer, H. (Hrsg.): *Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel oder Wiederentdeckung alter Weisheiten*. Bonn, S. 154–167.
- Lamnek, Siegfried (1990): *Kriminalitätsberichterstattung in den Massenmedien als Problem*. In: *MschKrim* 73. Jahrgang, Heft 3, S.163–176.
- Lamnek, Siegfried (1998): *Jugendkriminalität. Erscheinungen – Entwicklungen – Erklärungen*. In: *Gegenwartskunde*, Jg. 47 (1998), Heft 3, S. 379–411.
- Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern/Bornewasser, Manfred (2004) (www.polizei.mvnet.de)
- Laux, Viola/Schäfer, Heiner (2006): *Jungenarbeit – ein Defizit, aber unverzichtbar!* *DJI Bulletin* 75. 2/2006, S. 16–17.
- Lösel, Friedrich/Bliesener, Thomas (2003): *Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen*. *Polizei + Forschung* Bd. 20. Hrsg. vom Bundeskriminalamt. München und Neuwied.
- Lüders, Christian (2000): *Ist Prävention gegen Jugendkriminalität möglich? Ansätze und Perspektiven der Jugendhilfe*. *Zentralblatt für Jugendrecht*. 87. Jahrgang. Heft 1/2000, S. 1–9.
- Luff, Johannes (2000): *Kriminalität von Aussiedlern. Polizeiliche Registrierungen als Hinweise auf misslungene Integration?* München.
- Mischkowitz, Robert (1993): *Kriminelle Karrieren und ihr Abbruch. Empirische Ergebnisse einer kriminologischen Langzeituntersuchung als Beitrag zur „Age-Crime-Debatte“*. Bonn.
- Oberwittler, Dieter/Köllisch, Tilman (2004): *Nicht die Jugendgewalt, sondern deren polizeiliche Registrierung hat zugenommen – Ergebnisse einer Vergleichsstudie nach 25 Jahren*. *Neue Kriminalpolitik* 4/2004, S. 144–147.
- Oswald, Hans (2005): *Alltägliche Gewalt unter Kindern und ihre Funktionen*. In: *Berliner Forum Gewaltprävention. Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages*. Berlin, S. 72–76.
- Pfeiffer, Christian u. a. (2004): *Die Medien, das Böse und Wir*. *MschKrim* 87.Jahrgang, Heft 6/2004, S. 415–435.
- Pfeiffer, Christian/Wetzels, Peter (2006): *Kriminalitätsentwicklung und Kriminalpolitik: das Beispiel Jugendgewalt*. In: Feltes, Thomas u.a. (Hrsg.): *Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag*. Heidelberg, S. 1095–1127.
- Scheerer, Sebastian (1978): *Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. Zur Beeinflussung der Massenmedien im Prozess strafrechtlicher Normgenese*
KrimJ 10, Heft 3, S. 223–227.
- Schindler, Volkhard (2001): *Täter-Opfer-Statuswechsel. Zur Struktur des Zusammenhanges zwischen Viktimisierung und delinquentem Verhalten*. Hamburg.
- Schubarth, Wilfried (2001): *Jugendgewalt als Konjunkturthema in den Medien*. *Neue Kriminalpolitik* 3/2001, S. 24–29.
- Schwind, Hans-Dieter/Baumann, Jürgen (Hrsg.)(1990): *Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt*. 4 Bde. Berlin.

Steffen, Wiebke (1992): *Ausländerkriminalität in Bayern. Eine Analyse der von 1983 bis 1990 polizeilich registrierten Kriminalität ausländischer und deutscher Tatverdächtiger*. München.

Steffen, Wiebke (1993a): *Kriminalitätsanalyse I: Dunkelfelderhebungen und Kriminologische Regionalanalysen. Lehr- und Studienbriefe Kriminologie. Nr. 4*. Hilden.

Steffen, Wiebke (1993b): *Kriminalitätsanalyse II: Kriminalstatistiken. Lehr- und Studienbriefe Kriminologie. Nr. 5*. Hilden.

Steffen, Wiebke (2001): *Ausländerkriminalität zwischen Mythos und Realität*. In: G. Albrecht u. a. (Hrsg.): *Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität*. Frankfurt am Main, S. 282–300.

Steffen, Wiebke (2003): *Angst vor Gewalt und Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen. Ist die Jugend ein Sicherheitsrisiko?* In: Marek Fuchs/Jens Luedtke (Hrsg.): *Devianz und andere gesellschaftliche Probleme*. Opladen, S. 13–25.

Steffen, Wiebke (2004): *Junge Intensivtäter – Kriminologische Befunde*. *Bewährungshilfe*. 51. Jahrgang. Heft 1/2004, S. 62–72.

Steffen, Wiebke (2005): *Häufiger kriminell oder häufiger kriminalisiert? Kriminologische Anmerkungen zum polizeilich registrierten Anstieg der Jungengewalt*. In: *Berliner Forum Gewaltprävention. Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages*. Berlin, S. 67–71.

Steffen, Wiebke (2006a): *Kriminalprävention in der Migrationsgesellschaft?! forum kriminalprävention 2/2006*, S. 14–17.

Steffen, Wiebke (2006b): *Kriminalprävention in Deutschland: Eine Erfolgsgeschichte?* In: Feltes, Thomas u.a. (Hrsg.): *Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag*. Heidelberg, S. 1141–1154.

Stelly, Wolfgang/Thomas, Jürgen (2001): *Einmal Verbrecher – immer Verbrecher?* Wiesbaden (in einer geringfügig veränderten Fassung 2005 erneut veröffentlicht in der Reihe *Tübinger Schriften zur Kriminologie*).

Stelly/Wolfgang/Thomas, Jürgen (2003): *Wege aus schwerer Jugenddelinquenz*. *Bewährungshilfe* 1/2003, S. 51–65.

Wilmers, Nicola u.a. (2002): *Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet?* Baden-Baden.



Ausstellung

Infostände

Alphabetische Liste der ausstellenden Institutionen mit Infoständen

Ausstellende Institutionen	Seite
Aktion Schutzbengel	236
Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main	237
Arbeitsgemeinschaft Deutsche Gerichtshilfe e. V. – LAG Hessen	238
arco e. V.	239
Bayerisches Staatsministerium der Justiz	240
Beratungs- und Informationszentrum für Männer und Jungen – BIZeps	241
Bewährungshilfe Stuttgart e. V.	242
Buch Habel GmbH & Co.KG	243
Buddy e. V.	244
Bund für drogenfreie Erziehung e. V.	245
Bund für Soziale Verteidigung e. V.	246
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	247
Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e. V.	248
Bundesinstitut für Berufsbildung	249
Bundespolizeiamt Flughafen Frankfurt am Main	250
Bundespolizeiamt Frankfurt am Main	251
Bundespolizeiamt Pirna	252
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPmM)	253
Bundesverband Jugend und Film e. V.	254
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	255
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb	256
Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.	257

Ausstellende Institutionen	Seite
Christl. Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD)	258
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	259
Der Polizeipräsident in Berlin	260
Deutsche Bahn AG	261
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V.	262
Deutscher Behindertensportverband e. V.	263
Deutscher Caritasverband e. V.	264
Deutscher Ju-Jutsu Verband (DJJV e. V.)	265
Deutsches Jugendinstitut e. V.	266
Deutsches Rotes Kreuz	267
Donna Vita – pädagogisch-therapeutischer Fachhandel	268
DVJJ Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V.	269
Echt & Stark c/o Arbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkt e. V.	270
Europäisches Forum für urbane Sicherheit	271
EVIM Jugendhilfeverbund	272
Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe	273
Fachstelle Gewaltprävention der Landeshauptstadt Düsseldorf	274
Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e. V.	275
gegen-missbrauch e. V.	276
Geschäftsbereich Jugend der Stadt Wolfsburg	277
Gewerkschaft der Polizei	278

Ausstellende Institutionen	Seite
Glen Mills Academie Deutschland e. V.	279
Hessische Landeshauptstadt Wiesbaden und die HA Hessen Agentur GmbH	280
Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS) e. V. – Koordinationsstelle Suchtprävention	281
Hessisches Bereitschaftspolizeipräsidium	282
Hessisches Landeskriminalamt	283
Initiative „Kinder laufen für Kinder“	284
Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e. V.	285
Interministerielle Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes IMA	286
Internationaler Bund (IB)	287
Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt Südpfalz	288
JJ Jugendberatung und Jugendhilfe e. V.	289
Jugendamt Dortmund – Gerichtshilfe	290
Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg	291
JuMed – Team für Jugend und Gesundheit	292
Junge Menschen im Aufwind	293
Justizvollzugsanstalt Wiesbaden	294
„KINDERLEICHT on tour“ – des Bundesernährungs- ministeriums BMELV	295
Kohl-Verlag	296
Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark	297
Kreisausschuss des Odenwaldkreises	298
Kriminalistisches Institut des Bundeskriminalamtes – Technische Kriminalprävention	299

Ausstellende Institutionen	Seite
Kriminalistisches Institut des Bundeskriminalamtes – Verhaltensorientierte Kriminalprävention	300
Kriminalpräventive Gremien der Städte Mainz, Koblenz und Ludwigshafen	301
Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Dresden	302
Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf	303
Kriminaltechnisches Institut des Bundeskriminalamtes	304
Landeshauptstadt Wiesbaden – Amt für Soziale Arbeit	305
Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz	306
Landeskriminalamt Sachsen	307
Landespolizeiamt Schleswig-Holstein	308
Landespräventionsrat Hessen	309
Landespräventionsrat Niedersachsen	310
Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg	311
Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig- Holstein	312
Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg- Vorpommern	313
Landeszusammenschluss für Straffälligenhilfe in Hessen	314
LKA Brandenburg	315
LKA Mecklenburg-Vorpommern	316
M.E.L.I.N.A Inzestkinder/Menschen aus VerGEWALTigung e. V.	317

Ausstellende Institutionen	Seite
Männer gegen MännerGewalt	318
Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz – Leitstelle „Kriminalprävention“	319
MOBOTIX	320
Opferentschädigungsverein Ausgleich e. V. pad e. V.	322
PAG Institut für Psychologie AG Triple P – Deutschland	323
People's Theater e. V.	324
PiT- Hessen	325
Polizeidirektion Traunstein	326
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	327
Polizeipräsidium Mainz	328
Polizeipräsidium Osthessen – SMOG e. V.	329
Polizeipräsidium Stuttgart	330
Polizeipräsidium Westhessen	331
Präventionsrat Rheingau-Taunus-Kreis	332
Regionalkonferenz Frankfurt RheinMain „Sicherheit und Prävention“	333
Ringmaster	334
Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg	335
Schultheater-Studio	336
Seniorpartner in School	337
SiT e. V. : RequiSiT – Theater und Suchtprävention	338
Staatliches Schulamt Weilburg	339

Ausstellende Institutionen	Seite
Staatsanwaltschaft Gera (Jugendstation)	340
Stadt Buxtehude/LKA Niedersachsen	341
Stadt Leipzig, Ordnungsamt	342
Stadtjugendring Wiesbaden e. V.	343
Statistisches Bundesamt	344
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	345
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) - Städtenetzwerk	346
Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	347
TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e. V.	348
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	349
Theaterpädagogisches Zentrum der Emsländischen Landschaft e. V. (TPZ)	350
ÜAG Überbetriebliche Ausbildungsgesellschaft – Berufs- und Arbeitsförderungsgesellschaft gGmbH	351
Universität Erlangen, Institut für Psychologie	352
V AuST! e. V., Verein für Antigewalt- und Soziales Training	353
Verband der Pfälzischen Straffälligenhilfe	354
Verein Kriminalprävention Limburg-Weilburg e. V.	355
Verkehrsverbund Rhein Sieg GmbH	356
WABE-DÔ	357
WEISSER RING e. V.	358
ZORA, Anlauf- und Beratungsstelle	359

Hey!
●
Kippe aus oder raus!!!



Hotline:
0 1805 - 31 31 31
(14 Cent/Min.)

www.rauch-frei.info

rauchfrei!

Volle Dröhnung: Tabakqualm enthält mehr als 4000 chemische Substanzen, von denen hunderte giftig sind, darunter Arsen, Blei, Kohlenmonoxid. Jede Zigarette schadet – auch beim Passivrauchen!

**Besuchen Sie
unseren Infostand!**

BZgA

Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Aktion Schutzbengel

Keiner darf verloren gehen – jungen Menschen Chancen geben

Die Aktion Schutzbengel setzt sich in der Öffentlichkeit für ein besseres Image von allen Kindern und Jugendlichen ein, insbesondere aber von vernachlässigten jungen Menschen. Denn diese treffen in der Öffentlichkeit häufig auf Unverständnis und Ablehnung.

Die Aktion Schutzbengel möchte die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Kinder- und Jugendhilfe ausbauen und die Zusammenarbeit und den Dialog mit Experten und Forschungseinrichtungen fördern.

Darüber hinaus will die Aktion viele weitere Schutzbengel, (Unternehmen, Privatpersonen, Organisationen) für die Belange von Kindern und Jugendlichen gewinnen.

Kontakt:

Aktion Schutzbengel

Rummelsberg 20a

90592 Schwarzenbruck

Telefon: 0 91 28 - 50 27 82

Fax: 0 91 28 - 50 26 69

E-Mail: aktion-schutzbengel@rummelsberger.net

Webseite: www.aktion-schutzbengel.de

Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main

In Frankfurt leben Menschen aus rund 170 Nationen mit weit über 200 Kultur-, Religions- und Sprachtraditionen. Mit einem Ausländeranteil von 24,8 % an der Gesamtbevölkerung liegt Frankfurt an der Spitze im Vergleich deutscher Großstädte. Im Rahmen der erfolgreichen Integrationspolitik der Stadt Frankfurt am Main leistet das im Juli 1989 gegründete Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) einen wichtigen Beitrag für ein friedliches Zusammenleben und Zusammenwachsen der in Frankfurt lebenden unterschiedlichen nationalen, sozialen und kulturellen Bevölkerungsgruppen. Ziel der Arbeit des Amtes ist es, dafür zu sorgen, dass alle Einwohner dieser Stadt, deutsche wie ausländische, gleichberechtigt Möglichkeiten erhalten, sich im beruflichen wie im privaten Lebensbereich entfalten zu können. Das AmkA organisiert eine Vielzahl von Projekten zu den unterschiedlichsten Lebensbereichen, um die Integration ausländischer Einwohner in Frankfurt voranzutreiben. In seiner Projektarbeit kooperiert das AmkA mit vielen Vereinigungen und Organisationen wie Kirchen, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Migrantenvereinen und zahlreichen Privatinitiativen. Zu den Aufgaben des AmkA zählen unter anderem die Beratung bei Integrationsfragen aller Art, die Entwicklung von Integrationsmaßnahmen und -projekten, die Antidiskriminierungsarbeit sowie die Förderung von Toleranz und Verständnis im städtischen Zusammenleben.

Kontakt:

Amt für multikulturelle Angelegenheiten
der Stadt Frankfurt am Main

Lange Str. 25–27

60311 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 - 21 23 87 65

Fax: 0 69 - 21 23 79 46

E-Mail: information.amka@stadt-frankfurt.de

Webseite: www.amka.de

Arbeitsgemeinschaft Deutsche Gerichtshilfe e. V. / LAG Hessen

Strafjustiz im Wandel: Was bietet Gerichtshilfe? Bedeutung und Funktion der Gerichtshilfe für die Strafrechtspflege sowie für Beratungs- und Therapieeinrichtungen. Gerichtshilfe als Clearingstelle bei häuslicher Gewalt: opfer- und täterorientiert.

Das Wiesbadener Kooperationsmodell; eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Gerichtshilfe und Männerberatungsstelle (Therapie als Auflage). Vernetzungsstrukturen (Arbeitskreise/Runde Tische) und die sich daraus ergebenden Chancen bei der Intervention.

Prozessuale Lösungen durch Beteiligung der Gerichtshilfe.

Darstellung der Kooperation mit der Wiesbadener Opferhilfe.

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft Deutsche Gerichtshilfe e. V. /

LAG Hessen

Teutonenstr. 3 A

65187 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 79 23 17

Fax: 06 11 - 79 23 10

E-Mail: gerichtshilfe-hessen@freenet.de

Webseite: www.mann.hilft-sich.de

arco e. V.

arco Wiesbaden steht für Kreativität in Spiel-, Theater- und Erlebnispädagogik. In den Projekten wird Spaß am Lernen vermittelt, auch durch Konflikte hindurch: Spielerische Thematisierung, in Kontakt kommen mit Konflikt und Aggression, Selbst- und Fremdwahrnehmung, Ich-Stärkung und Teambildung im Projekt „Ärger?! Nein danke – wir machen uns stark!“; für Schulklassen und junge Erwachsene. Grundlage sind feinfühlig psychomotorische Übungen, die dem Einzelnen in der Gruppe helfen, sich weiterzuentwickeln. Konflikten standhalten, darüber hinaus „Coolness-Training“ vermittelt praktisch angewandtes Methodentraining für den Alltag für Kids, Racker und junge Erwachsene - gleichzeitig mit Tipps zur weiteren Umsetzung für die begleitenden PädagogInnen. Begleitung von Konfliktgruppen in Schule und anderen Einrichtungen: Arco begleitet in einem Intensivprogramm Ihre Jugendgruppe oder ausgewählte Jugendliche über den Prozess eines Konfliktes hinweg. Die Begleitung hat Trainingscharakter und kann vor Ort oder bei arco stattfinden. Sie beinhaltet eine Transfer-Rückkopplung. Bei allen Projekten kann nach erster Trainingsphase eine zweite mit öffentlicher Aufführung angestrebt werden. Die Mittel können Konflikttheater, andere Theaterformen wie Improvisations- oder Clowntheater, Artistik, Klettern oder Trendsport sein. Transfer-Training für PädagogInnen: Wie arrangiere ich Schlüssel-erlebnisse? Die Methodik nutzt das gezielt aufgebaute feinfühlig Erlebnis als Plattform für die weitere Arbeit.

Kontakt:

arco e. V.

Butterblumenweg 5

65201 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 9 41 05 88

Fax: 06 11 - 7 16 61 35

E-Mail: arco.wiesbaden@t-online.de

Webseite: www.arco-wiesbaden.de

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Für den Vollzug von Jugendstrafe stehen in Bayern die drei Jugendstrafanstalten Laufen-Lebenau, Neuburg-Herrenwörth und Ebrach sowie für weibliche Verurteilte eine Jugendabteilung der Justizvollzugsanstalt Aichach zur Verfügung. Der bayerische Jugendstrafvollzug entspricht bereits seit langem den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Anforderungen. Nach der Entscheidung vom 31. Mai 2006 muss der Jugendstrafvollzug auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die Gesetzgebungskompetenz liegt nunmehr bei den Ländern. Bayern wird deshalb in einem Strafvollzugsgesetz in einem eigenen Teil den Jugendstrafvollzug regeln und damit die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzen.

Nach der Konzeption des Entwurfs eines Bayerischen Strafvollzugsgesetzes ist das wichtigste Anliegen des Jugendstrafvollzugs, dass junge Gefangene durch die Erziehung während des Vollzugs in die Lage versetzt werden, nach der Entlassung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Der Jugendstrafvollzug soll die jungen Gefangenen durch verschiedene Behandlungsansätze, die in der Ausstellung präsentiert werden, „fit für die Zukunft“ machen. Ausbildung und Arbeit, Sozialtherapie, sinnvolle Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher Betätigung sind wichtige Elemente des Jugendstrafvollzugs. Sie können anschauliche Beispiele der Arbeit im Bayerischen Jugendstrafvollzug erleben und sich mit erfahrenen Bediensteten austauschen.

Kontakt:

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Prielmayerstr. 7

80335 München

Telefon: 0 89 - 55 97 - 01

E-Mail: poststelle@stmj.bayern.de

Webseite: www.justiz.bayern.de

Beratungs- und Informationszentrum für Männer und Jungen – BIZeps

Der lange Weg

– Von der Idee zur Realisierung einer Männer- und Jungenberatungsstelle –

Mehrere Jahre lang hat sich ein Arbeitskreis von Fachmännern, der „AK Männer und Gewalt in Beziehungen“, aus dem fachlichen Austausch heraus um die Konzeption, die politische Lobbyarbeit und – mit Erfolg – um die fachliche Realisierung einer Männer- und Jungenberatungsstelle bemüht.

Der „AK Männer und Gewalt in Beziehungen“ wird seine Tätigkeit und die entwickelte Konzeption für eine solche Beratungsstelle vorstellen.

Gleichzeitig wird sich das „Endprodukt“ dieser Bemühungen, das „Beratungs- und Informationszentrum für Männer und Jungen in Wiesbaden – BIZeps“ vorstellen. Das gerade im Entstehen befindliche Zentrum wird seine Angebote und Arbeitsweise präsentieren sowie den Prozess der Entstehung dokumentieren.

Kontakt:

Beratungs- und Informationszentrum
für Männer und Jungen – BIZeps

Adelheidstr. 28

65185 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 6 09 76 06

Fax: 06 11 - 37 00 13

E-Mail: info@bizeps-wiesbaden.de

Bewährungshilfe Stuttgart e. V.

Vereinsgeschichte von 1951 bis 2006

1951 – Der Verein leistet die Bezahlung der ersten Bewährungshelfer bis zu deren Übernahme durch das Land im Jahre 1953.

1967 – Anstellung des ersten Gerichtshelfers beim Verein Bewährungshilfe Stuttgart e.V. Am 1. April 1970 wird die Gerichtshilfe vom Land übernommen.

1978 – Die ersten Wohngruppen mit fünf Plätzen wird eröffnet. Heute stehen 40 Plätze in betreuten Wohngruppen und 29 Plätze im Individualwohnraum zur Verfügung.

1989 – Durch die Bereitstellung eines Opferfonds und Leistung einer Anschubfinanzierung wird der Ausgleich zwischen Täter und Opfer gefördert.

1996 – Die Anlauf- und Beratungsstelle zur Haftvermeidung durch Tilgungsberatung und freie Arbeit „Schwitzen statt Sitzen“ wird eingerichtet.

1998 – Gründung der Psychotherapeutischen Ambulanz zur Behandlung von Sexualstraftätern.

2000 – Zeugenbegleitung im Amts- und Landgerichtsbezirk Stuttgart wird durch Verein betrieben.

2003 – Betreuungsweisungen im Rems-Murr-Kreis.

2004 – Präventionsprojekt „bico“ – ein Projekt zur Vermeidung von Schulausschluss.

2004 – Beteiligung an der Zentralen Schuldnerberatung Stuttgart.

2005 – Gemeinsam mit dem Verein für Jugend- und Bewährungshilfe im Landgerichtsbezirk Tübingen wird das Projekt „Schwitzen statt Sitzen Tübingen“ eingerichtet.

Kontakt:

Bewährungshilfe Stuttgart e. V.

Uhlandstraße 16

70182 Stuttgart

Telefon: 07 11 - 23 98 83

Fax: 07 11 - 2 39 88 50

E-Mail: bayer@sd-stgt.de

Webseite: www.sd-stgt.de

Buch Habel GmbH & Co. KG

Kontakt:

Buch Habel GmbH & Co.KG

Kirchgasse 17 / Luisenstraße 37

65185 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 3 41 57 11

E-Mail: info@wi.buchhabel.de

Webseite: www.buch-habel.de

buddy e. V.

Das von der Vodafone Stiftung ins Leben gerufene Buddy-Projekt ist ein Programm zum Erwerb sozialer Handlungskompetenzen, das sich an Schulen richtet. Gemäß dem Motto „Aufeinander achten. Füreinander da sein. Miteinander lernen.“ stärkt es Kinder und Jugendliche und führt dazu, dass sie Verantwortung für sich und andere übernehmen und Konflikte konstruktiv lösen.

Das Buddy-Projekt wird in Kooperation mit den jeweiligen Kultusministerien landesweit eingeführt, derzeit vor allem in den Klassen 5 bis 10. Für jede Schule erarbeiten speziell ausgebildete Buddy-Trainer gemeinsam mit den Lehrern schul-spezifische Praxisprojekte. Darin übernehmen Schüler z.B. Patenschaften für jüngere Mitschüler, helfen anderen beim Lernen oder setzen sich als Streitschlichter ein.

Das Buddy-Projekt wird in Kooperation mit den jeweiligen Kultusministerien landesweit eingeführt, derzeit vor allem in den Klassen 5 bis 10. Für jede Schule erarbeiten speziell ausgebildete Buddy-Trainer gemeinsam mit den Lehrern schul-spezifische Praxisprojekte. Darin übernehmen Schüler z.B. Patenschaften für jüngere Mitschüler, helfen anderen beim Lernen oder setzen sich als Streitschlichter ein.

Das Buddy-Projekt ist derzeit offizielles Schulprogramm in Berlin, Hessen, Niedersachsen, Thüringen und Ostwestfalen-Lippe und erreicht damit über 950 Schulen.

Kontakt:

buddy e. V.

Benzenbergstr. 2

40219 Düsseldorf

Telefon: 02 11 - 3 03 29 10

Fax: 02 11 - 30 32 91 22

E-Mail: roman.ruediger@buddy-ev.deWebseite: www.buddy-ev.de

Bund für drogenfreie Erziehung e. V.

Der Bund für drogenfreie Erziehung e. V. (BdE) ist eine Arbeitsgemeinschaft, in der PädagogInnen, Eltern, Jugendgruppenleiterinnen und andere zusammenfinden, die an einer aktiven Suchtvorbeugung interessiert sind. Sucht wird von ihnen als eine mögliche Folge ausweichenden Verhaltens verstanden, bei dem sich durch zunehmende Gewöhnung an dieses Verhalten ein Zwang entwickelt hat, ein bestimmtes Mittel (Tabak, Alkohol, Medikamente, illegale Drogen) immer wieder einnehmen oder eine bestimmte Tätigkeit (Essen, Fernsehen, Spielen, Chatten, Arbeiten) ständig wiederholen zu müssen. Suchtvorbeugung muss also ausweichendes Verhalten aufzeigen und Alternativen anbieten, wie auf unangenehme Situationen, Menschen oder Entscheidungen reagiert werden kann, ohne dass sich eine Gewöhnung an das Ausweichen einstellt. Der BdE ist in Zusammenarbeit mit dem Forum Suchtprävention in der Landesstelle gegen die Suchtgefahren in Schleswig-Holstein Träger des Programms »Echter Rausch kommt von innen«, mit dem SchülerInnen der Mittelstufe angesprochen werden. Das Programm umfasst ein fünftägiges Seminar, in dem von ihren MitschülerInnen ausgewählte VertreterInnen sich mit Jugendkultur und Freizeitgestaltung, Suchtmitteln und Traditionen, Süchten und Suchtmittelproblemen, ihrem eigenen Leben beschäftigen. Dabei wird ihnen ermöglicht, die Seminarinhalte in geeigneter Form ihren MitschülerInnen in acht Unterrichtsstunden zu vermitteln. Die aktive Freizeitgestaltung während des Seminars will Rauscherlebnisse vermitteln, die ohne chemische Krücken zustande kommen, denn echter Rausch kommt von innen. Erfahrungen mit der praktischen Umsetzung des Programms wurden in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gesammelt.

Kontakt:

Bund für drogenfreie Erziehung e. V.

Postfach 1422

21496 Geesthacht

Telefon: 0 41 52 - 8 13 42

Fax: 0 41 52 - 8 13 43

E-Mail: flindemann@neuland.com

Webseite: www.drogenfreie-erziehung.de

Bund für Soziale Verteidigung e. V.

Der Bund für Soziale Verteidigung entwickelt, fördert und verbreitet konstruktive und gewaltfreie Konzepte ziviler Konfliktbearbeitung.

Schwerpunkt der Bildungsarbeit in Deutschland ist die Entwicklung und Realisierung von Konzeptionen und Initiativen zur Förderung einer zivilen Konfliktkultur. Hierzu gehört beispielsweise das Projekt „Mobbing – No blame approach“ , dass der BSV mit Förderung von Aktion Mensch seit 2006 durchführt. Ein weiteres Beispiel sind die in 2005 und 2006 durchgeführten bundesweiten Streitschlichtungskongresse, die im ersten Jahr durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wurden. Der Kongress 2007 wird derzeit unter Hochdruck geplant.

Die Bildungsarbeit im Bereich Konstruktiver Konfliktbearbeitung umfasst Workshops und Fortbildungen zu den Themen Zivilcourage, Abbau von Vorurteilen, Mediation, Streitschlichtertrainings für SchülerInnen, Konstruktive Konfliktaustragung für Eltern, Fortbildungen zu konstruktiven Konfliktlösungen im beruflichen Alltag als Weiterbildung für MultiplikatorInnen in pädagogischen und sozialen Berufsfeldern mit integrierten Praxisprojekten, Gewaltprävention und kreative Konfliktbearbeitung in kommunalen Netzwerkstrukturen.

Kontakt:

Bund für Soziale Verteidigung e. V.

Schwarzer Weg 8

32423 Minden

Telefon: 05 71 - 2 94 56

Fax: 05 71 - 2 30 19

E-Mail: info@soziale-verteidigung.de

Webseite: www.soziale-verteidigung.de

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Mit dem Infostand des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird die bundesweite Integrationsarbeit auf dem Sektor der Migrationserstberatung, der Integrationskurse, der gemeinwesenorientierten Projekte und des Deutschen Olympischen Sportbundes durch Auslage von Informationsmaterial wie Flyer, Broschüren, Projektatlanten etc. sowie durch mündliche Informationen präsentiert.

Kontakt:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
Telefon: 09 11 - 9 43 66 00
Fax: 09 11 - 9 43 66 99
E-Mail: romy.bartels@bamf.bund.de
Webseite: www.bamf.de

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e. V.

Die BAG-S ist eine Fachorganisation, die die Hilfen für straffällig gewordene Menschen verbessern und erweitern will sowie überverbandliche Interessen der Straffälligenhilfe auf Bundesebene vertritt. Die Wohlfahrtsverbände und der Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik (DBH) e. V. haben sich in der BAG-S zusammengeschlossen. Die BAG-S wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Die BAG-S trägt dazu bei, die Einrichtungen der Mitgliedsverbände in der Straffälligenhilfe zu beraten, Arbeitsschwerpunkte untereinander abzustimmen und Konzepte weiterzuentwickeln. Sie möchte das öffentliche Bewusstsein für die Aufgaben der Integration und Resozialisierung von Straffälligen fördern. Dazu führt sie Pressegespräche zu aktuellen Themen durch und vertritt die Anliegen der Straffälligenhilfe auf Fachtagungen, Foren und öffentlichen Veranstaltungen.

Die BAG-S engagiert sich sozial- und kriminalpolitisch, um der Diskriminierung und Ausgrenzung Straffälliger entgegenzuwirken und den Beitrag der sozialen Integrationsarbeit der Straffälligenhilfe zur Prävention zu verdeutlichen. Sie sucht die Zusammenarbeit mit allen Organisationen ähnlicher Zielsetzung und setzt sich für alle Belange und Forderungen der Straffälligenhilfe gegenüber Gesetzgebern, Ministerien, Parteien und Verwaltungen ein. Dafür erarbeitet die BAG-S in Facharbeitskreisen und auf bundesweiten Fachtagungen gemeinsame Stellungnahmen, Positionen und Reformvorschläge.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e. V.

Oppelner Str. 130

53119 Bonn

Telefon: 02 28 - 6 68 53 80

Fax: 02 28 - 6 68 53 83

E-Mail: info@bag-straffaelligenhilfe.de

Webseite: www.bag-straffaelligenhilfe.de

Bundesinstitut für Berufsbildung

Von 2001–2006 erprobte das vom BMBF geförderte Programm „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf (BQF-Programm)“ Innovationen in der beruflichen Qualifizierung junger Menschen und bearbeitete Strukturprobleme. Eine einjährige Transferphase trägt diese Arbeiten in die Praxis der berufl. Benachteiligtenförderung weiter. Beim Good Practice Center Benachteiligtenförderung im Bundesinstitut für Berufsbildung wurde die zentrale BQF-Transferstelle eingerichtet. Sie koordiniert die Transferaktivitäten und versucht die Programmergebnisse in den pädagogischen Alltag der Fördermaßnahmen hineinzutragen.

Am Infostand werden das BQF-Programm und drei „good-practice-Beispiele“ vorgestellt: „Berufswegeplanung und Übergangsmangement“, das von INBAS durchgeführt wird, ist aus einem vierjährigen Modellversuch in Kooperation mit der JVA Wiesbaden hervorgegangen. Ein Projekt zur lebenspraktischen und beruflichen Förderung von Jugendlichen ist „InVolve 02“ aus Berlin. Die Projekt-Teilnehmenden werden in künstlerische Projekte (Theater, Atelier, Digital Art) einbezogen; zurzeit bereitet InVolve mit der JVA Wiesbaden eine Theaterwerkstatt vor. Das dritte Projekt, „Jobwärts“ (Koblenz) richtet sich an Menschen, die ihre Suchtmittelabhängigkeit überwinden wollen und den (Wieder-)Einstieg ins berufliche Leben suchen. Jobwärts fördert die Kooperation der an der Rehabilitation Beteiligten und erprobt Instrumente zur Arbeitsmarktvermittlung.

Kontakt:

Bundesinstitut für Berufsbildung
Robert-Schumann-Pl. 3
53175 Bonn

Telefon: 02 28 - 1 07 26 28

Fax: 02 28 - 1 07 28 86

E-Mail: bylinski@bibb.de

Webseite: www.kompetenzen-foerdern.de

Bundespolizeiamt Flughafen Frankfurt am Main

„Check-in and Take-off – Sicherheitshinweise für Flugreisende“ Bundespolizeiamt Flughafen Frankfurt/Main: mit diesem Präventionskonzept soll Flugreisenden das richtige Verhalten im Umgang mit Gegenständen, die für die Luftsicherheit relevant sind, dargestellt werden.

Anhand von Flyern und Plakaten werden Reisende darüber informiert, welche Gegenstände nur im Reisegepäck und welche gar nicht mitgenommen werden dürfen. Darüber hinaus werden im Rahmen einer Ausstellung Gegenstände vorgeführt, die schon mal von Passagieren mitgeführt wurden und von besonderer Bedeutung für die Luftsicherheit sind.

Kontakt:

Bundespolizeiamt Flughafen Frankfurt am Main

Postfach 75 02 64

60532 Frankfurt / Main

Telefon: 0 69 - 34 00 58 21

E-Mail: berthold.stock@polizei.bund.de

Bundespolizeiamt Frankfurt am Main

Das Bundespolizeiamt Frankfurt/Main des Bundespolizeipräsidiums Mitte führt regelmäßig unterschiedliche Projekte im Rahmen der Polizeilichen Kriminalprävention aus den unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Bundespolizei durch. U.a. sollen Kinder auf Gefahren, die sich aus unachtsamem Umgang mit dem Verkehrsmittel Eisenbahn ergeben können, aufmerksam gemacht werden. Weitere Projekte zielen auf die Vorbeugung von Trick- und Taschendiebstahl sowie unerlaubte Gleisüberschreitungen, Maßnahmen im Rahmen des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ durch Sport zur Gewaltprävention runden das Programm ab.

Im Rahmen der Ausstellung sollen die Besucher an einem Informationsstand in diese Arbeit Einblicke erhalten, und dem neben dem Schwerpunktthema die vielfältigen Aufgabenbereiche der Bundespolizei kennenlernen. Dabei wird der Stand im gesamten Zeitraum von Polizeivollzugsbeamten der Bundespolizei betreut, die als Ansprechpartner für jegliche Anfragen aus dem Besucherkreis zur Verfügung stehen.

Kontakt:

Bundespolizeiamt Frankfurt am Main

Homburger Landstr. 375

60433 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 - 34 00 68 10

Fax: 0 69 - 34 00 60 99

E-Mail: uwe.rohland@polizei.bund.deWebseite: www.bundespolizei.de

Bundespolizeiamt Pirna

Vorstellung des Präventionsprojektes „Deutsch-polnischer Detektiv-Club bei der Bundespolizeiinspektion Bad Muskau an einem Infostand.

Erstmals trafen sich 2002 deutsche und polnische Kinder zu einem Detektiv-Camp, um gemeinsam die Osterferien zu verbringen. Diese Ferienaktion wurde durch Pädagogen und Polizeibeamte beider Länder mit gestaltet. Die Kinder haben Wissenswertes zur Polizeiarbeit vermittelt bekommen und waren selbst beteiligt bei der Aufklärung einer angenommenen Straftat. Dieses Ferienerlebnis war Anlass, konzeptionell eine dauerhafte grenzüberschreitende Präventionsarbeit ins Leben zu rufen. Seit 2004 treffen sich deutsche und polnische Kinder regelmäßig im Detektiv-Club und lösen mit richtigen Polizisten aus Deutschland und Polen angenommene „Kriminalfälle“. Dabei steht der Inhalt der Aktion „Tu Was“ im Mittelpunkt des Geschehens. Die Pädagogen aus Leknica und Bad Muskau begleiten die jungen Detektive und helfen manche Sprachbarriere zu überwinden. Anliegen der Projektarbeit ist es, situationsbezogen Kinder vor Gefahren zu schützen, sie aber auch auf diese aufmerksam zu machen und sie zum verantwortungsbewußten Handeln zu veranlassen. Kinder können nicht nur Opfer sondern auch zu Tätern einer strafbaren Handlung werden, deshalb werden ihnen mögliche Konsequenzen für ihr Fehlverhalten aufgezeigt. Soziale Ziele stehen im Vordergrund des Projektes. Zielgruppe sind Kinder von 6–12 Jahren. Freundschaften zwischen Kindern beider Nationen entwickeln sich.

Kontakt:

Bundespolizeiamt Pirna

Rottwerndorfer Straße 22

01796 Pirna

Telefon: 035 01 - 79 58 14

Fax: 035 01 - 78 29 15

E-Mail: petra.ehm@polizei.bund.de

Webseite: www.bundespolizei.de

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)

Gesetzlicher Jugendmedienschutz und Service zur Medien-
erziehung

Aufgaben des Bereichs „Gesetzlicher Jugendmedienschutz“:
Die BPjM entscheidet auf Antrag von Jugendbehörden und
der KJM bzw. auf Anregung von anderen Behörden oder aner-
kannten Trägern der freien Jugendhilfe über die Jugendge-
fährdung von Medien und trägt diese in die Liste der jugend-
gefährdenden Medien ein. Damit unterliegen sie bestimmten
Vertriebs-, Verbreitungs- und Werbebeschränkungen und dür-
fen nur noch Erwachsenen zugänglich gemacht werden.

Aufgaben des Medienkompetenzbereichs:

Schwerpunkt-Aufgabe des Medienkompetenzbereichs der
BPjM ist die Förderung wertorientierter Medienerziehung
sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit in den Bereichen
des Jugendmedienschutzes.

Folgende Angebote richten sich an Eltern, Erziehende,
medienpädagogisch Tätige sowie Kinder und Jugendliche:

- Service-Telefon zur Medienerziehung: 02 28 - 37 66 31
- Medienempfehlungen von Fachleuten
- Umgang mit strittigen Medieninhalten
- Vortragsangebote

www.bundespruefstelle.de bietet umfassende Informationen
zum gesetzlichen und pädagogischen Jugendmedienschutz:
Die Inhalte sollen Eltern stärken, ihre Kinder zu einer verant-
wortungsbewussten Mediennutzung zu erziehen, Pädagoginnen
und Pädagogen unterstützen sowie Kindern und Jugendlichen
durch Informationen und Empfehlungen helfen, im Umgang mit
Medien Risiken zu vermeiden und die Chancen zu nutzen.

Kontakt:

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)

Rochusstr. 10

53123 Bonn

Telefon: 02 28 - 9 62 10 30

Fax: 02 28 - 37 90 14

E-Mail: info@bpjm.bund.de

Webseite: www.bundespruefstelle.de

Bundesverband Jugend und Film e. V.

Bundesverband Jugend und Film e. V., das heißt 40 Jahre Engagement im Interesse junger Filmfreunde. Mit ca. 1 000 Mitgliedern bietet der BJJF eine starke Lobby und umfangreichen Service, um die Organisation kultureller Filmveranstaltungen zu erleichtern.

Zu unseren Mitgliedern zählen Kulturzentren, Schul- und Jugendfilmclubs, Jugendverbände, Volkshochschulen, Pädagogen, Film- und Medienfachleute. Die Kontaktpflege vor Ort gewährleisten die jeweiligen Landesverbände.

Der Filmverleih des BJJF (ca. 400 Filme als DVD und 16mm-Kopien) ermöglicht es Filmclubs, Schulen und anderen Institutionen ein anspruchsvolles, abwechslungsreiches und dabei preisgünstiges Filmprogramm zu präsentieren.

Kontakt:

Bundesverband Jugend und Film e. V.

Kennedyallee 105 a

60596 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 - 6 31 27 23

Fax: 0 69 - 6 31 27 22

E-Mail: mail@BJJF.info

Webseite: www.BJJF.info

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Suchtprävention im Jugendalter

Das Ziel der Kampagne „NA TOLLI“ ist es, Jugendliche über Alkohol und die Risiken eines übermäßigen Alkoholkonsums zu informieren und so den allgemeinen Kenntnisstand über Alkohol zu erhöhen. Dabei wird der Konsum von Alkohol nicht grundsätzlich abgelehnt. Vielmehr zielt die Informationsvermittlung auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol ab und soll zur Reflexion über den eigenen Alkoholkonsum anregen. Ein Hauptbestandteil der „NA-TOLLI“-Jugendkampagne sind die „Peers“. Die geschulten Jugendlichen besuchen vor allem in den Sommermonaten die Strände an der Nord- und Ostsee sowie ausgewählte Events und Jugendveranstaltungen. Mithilfe eines „Wissenstestes“ kommen die Peers mit Jugendlichen zum Thema Alkoholkonsum ins Gespräch.

www.bist-du-staerker-als-alkohol.de

„Rauchfrei“ ist die nationale Dachkampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zur Förderung des Nichtrauchens. Ziel der Kampagne ist es, Nichtraucher/innen vor dem Einstieg in das Rauchen zu bewahren, (Nicht)Raucher/innen vor Passivrauch zu schützen und Raucher/innen beim Aufhören zu unterstützen. Zwei Internetportale bieten speziell für Jugendliche oder Erwachsene ein Online-Ausstiegsprogramm an. Per E-Mail werden die Teilnehmer mit individuellen Tipps auf ihrem Weg zum Nichtrauchen unterstützt.

www.rauch-frei.info (für Jugendliche)

www.rauchfrei-info.de (für Erwachsene)

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Ostmerheimer Straße 220

51109 Köln

Telefon: 0221 - 89 92 0 (Zentrale)

Fax: 0221 - 89 92 300

E-Mail: poststelle@bzga.de

Webseite: www.bzga.de

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Im Zentrum der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb stehen die Stärkung des Bewusstseins für Demokratie und die Förderung politischer Partizipation. Aktuelle und historische Themen greift sie mit Veranstaltungen, Printprodukten, audiovisuellen und Online-Produkten auf. Veranstaltungsformate der bpb sind Tagungen, Kongresse, Festivals, Messen, Ausstellungen, Studienreisen, Wettbewerbe, Kinoseminare und Kulturveranstaltungen sowie Events und Journalistenweiterbildungen. Das breit gefächerte Bildungsangebot der bpb soll Bürgerinnen und Bürger motivieren und befähigen, sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinander zu setzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Aus den Erfahrungen mit diktatorischen Herrschaftsformen in der deutschen Geschichte erwächst für die Bundesrepublik Deutschland die besondere Verantwortung, Werte wie Demokratie, Pluralismus und Toleranz im Bewusstsein der Bevölkerung zu festigen.

Die bpb fördert Partizipation und stärkt die Zivilgesellschaft. Die Prävention und Verhinderung von Gewalt ist in diesem Zusammenhang gleichermaßen Ziel und Grundvoraussetzung der politischen Bildungsarbeit.

Im Rahmen des 12. Deutschen Präventionstages stellt die bpb Publikationen, Aktionen und Online-Angebote aus ihrem Programm zum Thema Gewaltprävention vor.

Kontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung / bpb

Adenauerallee 86

53113 Bonn

Telefon: 0 18 88 - 5 15-2 84

Fax: 0 18 88 - 5 15-2 93

E-Mail: beuting@bpb.de

Webseite: www.bpb.de

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist Opfer von Gewalt – und die zeigt sich in unterschiedlichen Facetten. Von Missachtung bis zu körperlichen Verletzungen, von sexuellem Missbrauch bis zur Vernachlässigung mit all ihren traumatischen Folgen. Dagegen heißt es klare Zeichen zu setzen. Das BÜNDNIS FÜR KINDER unterstützt Projekte in Deutschland, die Gewalt gegen Kinder bereits im Vorfeld verhindern. Zu diesen Projekten gehört beispielsweise Faustlos, ein Projekt, das Kinder nachweislich in ihren sozialen Kompetenzen stärkt. Mit Faustlos lernen Kinder gezielt Praktiken gewaltfreier Konfliktlösung.

Das BÜNDNIS FÜR KINDER will zudem Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen, da starke Eltern und eine verlässlich-liebevolle Eltern-Kind-Bindung die beste Prävention gegen Gewalt und eine gute Basis für eine gesunde psychische und emotionale Entwicklung unserer Kinder darstellen. Daher fördert die Stiftung Projekte wie beispielsweise die Elternkurse „SAFE - Sichere Ausbildung für Eltern“, „FamilienTeam“ und „Starke Eltern - starke Kinder“.

Der Schutz unserer Kinder vor Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb unterstützen BÜNDNIS FÜR KINDER zahlreiche prominente Partner. Getragen wird BÜNDNIS FÜR KINDER hauptsächlich von ehrenamtlichem Engagement ihrer Mitarbeiter und Sponsoren.

Kontakt:

Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.

Winzererstr.9

80797 München

Telefon: 089 - 12 61 12 00

Fax: 089 - 12 61 16 25

E-Mail: info@buendnis-fuer-kinder.de

Webseite: www.buendnis-fuer-kinder.de

Christl. Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD)

Das Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. bietet jährlich 150.000 jungen und erwachsenen Menschen Orientierung und Zukunftschancen. Sie werden von 8000 Mitarbeitenden an über 150 Standorten gefördert, begleitet und ausgebildet. Grundlage ist das christliche Menschenbild mit der Vision „Keiner darf verloren gehen!“. Beispiele unserer Arbeit:

Präventive Arbeit in der Erziehungshilfe

Das CJD Rhein-Main ist im Bereich ambulante Erziehungshilfe sowohl präventiv als auch begleitend tätig. Im Auftrag der örtlichen Jugendämter beraten und begleiten wir Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, ihre Eltern und Lehrkräfte mit den Zielen:

- Teilhabe an schulischer und beruflicher Bildung
- Entwicklungsförderung von Kindern
- Kinderschutz
- Perspektiventwicklung mit Jugendlichen
- Eltern- und Erziehungsberatung

Neue Wege im Strafvollzug – Projekt „Chance“ des CJD Creglingen

Es gibt es viele Jugendliche als Ersttäter, für die aufgrund ihres Alters der Strafvollzug keine angemessene pädagogische Lösung bietet. Auch hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Jugendstrafvollzug neue Anforderungen gesetzt. Wir haben daher vom CJD mit der Justiz BaWü nach Alternativen gesucht und Angebote der Jugendhilfe in der Schnittstelle zur Justiz entwickelt. So erhalten in Creglingen Jugendliche im Strafvollzug in freien Formen eine Chance, ohne Mauer und Stacheldraht, aber mit einer besonderen Pädagogik, sich eine neue Zukunft zu erarbeiten. Der Ansatz greift!

Kontakt:

Christl. Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD)

Teckstraße 23

73061 Ebersbach

Telefon: 0 71 63 - 93 01 74

Fax: 0 71 63 - 93 02 81

E-Mail: klaus.stiller@cjd.de

Webseite: www.cjd.de

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

DBH vertritt mit seinen Projekten und Mitgliedsorganisationen den Ansatz einer humanen Strafrechtspflege, hat zur Entwicklung von Bewährungs-, Gerichtshilfe und Täter-Opfer-Ausgleich beigetragen und tritt für die tertiäre Prävention ein :

- Straffälligen- und Opferhilfe

„Die tertiäre Prävention hat die polizeiliche und strafrechtliche Rückfalleindämmung zum Ziel. Sie reicht vom Täter-Opfer-Ausgleich bzw. Diversion bis zu Strafvollzug und Entlassenenhilfe“ (Hans-Dieter Schwind, 1998)

- Die Bildungsarbeit für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Straffälligen- und Opferhilfe erhöht die Qualität der Betreuung und wird effektivere Methoden stärken, wie z.B. die angemessene Ausübung von Hilfe und Kontrolle der Straffälligen.

- Ehrenamtliche Arbeit steigert die Akzeptanz der Arbeit mit Straffälligen in der Bevölkerung. Ehrenamtliche erfüllen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den straffällig gewordenen Menschen und der sozialen Umwelt.

- Der Ausgleich zwischen Täter und Opfer kann zu mehr Sicherheit und aktiver Beteiligung der Betroffenen führen. Den Bedürfnissen der Opfer von Straftaten kann dadurch größere Bedeutung beigemessen werden.

DBH ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband, der in der Bevölkerung Verständnis für die soziale Strafrechtspflege und Opfer weckt. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt 10 000 Mitgliedern aus der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe zusammengeschlossen.

Präsident: Prof. Hans-Jürgen Kerner

Kontakt:

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht
und Kriminalpolitik

Aachener Str. 1064
50858 Köln

Telefon: 02 21 - 94 86 51 20

Fax: 02 21 - 94 86 51 21

E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Webseite: www.dbh-online.de

Der Polizeipräsident in Berlin

„Einfach sicher“ ist ein integratives Projekt auf erlebnisorientierter Grundlage. Es ist ein Trainingsprogramm zu Gewalt- und Verkehrsprävention und zur Stärkung der sozialen Kompetenzen von Kindern ab 10 Jahren.

Im Spiel können Kinder wichtige Lebenserfahrungen sammeln und gleichzeitig verarbeiten, wobei dies je nach Alter sehr verschieden aussehen kann. Besonders auch das Rollenspiel fordert zum miteinander Sprechen auf. Personen werden in ihrem Handeln und Sprechen nachgeahmt. Spiel und Sprache dienen dabei dem Austausch von Erlebnissen und der Verarbeitung von Erfahrungen.

Hierbei können die Kinder leicht Kontakt miteinander aufnehmen. Kinder mögen Spiele, die ihnen Bewegung erlauben und viel Energie erfordern, denn Kinder lernen mit dem Bauch, mit Händen, Mund und natürlich mit dem Kopf.

Das Ziel des Spiels ist, den Kindern Fundamente zur Gewaltminderung zu vermitteln, ihnen Verhaltenstipps zu geben und dabei ihre soziale Kompetenz zu stärken. Somit ist es möglich den 10–12jährigen auf altersgerechte Art eine Grundlage für eine vollständige Anti-Gewalt-Veranstaltung in der Oberschule zu geben, ohne dieser vorzugreifen.

Kontakt:

Der Polizeipräsident in Berlin

Eberswalder Str. 6–9

10437 Berlin

Telefon: 030 - 46 64 11 50 40

Fax: 030 - 46 64 11 50 99

E-Mail: einfachsicher@web.de

Deutsche Bahn AG

Die Deutsche Bahn ist ein international agierendes Unternehmen, das Respekt und Toleranz als unerlässliche Grundlage für eine nachhaltige und effektive Wirtschaftlichkeit erachtet. Auf dieser Basis übernimmt die Bahn gesellschaftliche Verantwortung. Mit einer Reihe von Projekten und Kooperationen macht sie sich stark für ein respektvolles Miteinander – frei von Diskriminierung und Gewalt.

Unter dem Motto „Hinschauen statt wegschauen“ wurde im Jahr 2000 das Projekt „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ ins Leben gerufen.

Das Projekt umfasst folgende Elemente:

- Seminarmodul im Rahmen der Berufsausbildung
- Jährlicher Aktionswettbewerb und Prämierung der Beiträge
- Wanderausstellung der prämierten Projekte

Zentrale Aktion des Projekts ist ein jährlicher Wettbewerb, der die neuen Auszubildenden motiviert, in ihren Ausbildungsgruppen Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Diskriminierung, aber auch gegen Mobbing im Berufsleben zu initiieren. Auf diesem Weg will die DB ihren Auszubildenden vermitteln, dass gesellschaftliches Engagement bei der Bahn gewünscht ist und wahrgenommen wird.

Bereits 6.500 begeisterte Auszubildende haben seit dem Start am Wettbewerb teilgenommen.

Beim Infostand werden Wettbewerbsbeiträge in Form von Plakaten ausgestellt, die im Rahmen des Projekts „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ eingereicht und ausgezeichnet wurden.

Kontakt:

Deutsche Bahn AG
Potsdamer Platz 2
10785 Berlin

Telefon: 030 - 29 73 33 60

Fax: 030 - 29 73 33 10

E-Mail: semra.celik@bahn.de

Webseite: www.db.de/engagement

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V.

In die Zukunft der Jugend investieren – durch Sport

Die dsj: Jugendverband und Kinder- und Jugendsportorganisation

Auf dem 12. Deutschen Präventionstag präsentiert sich die Deutsche Sportjugend den Besucherinnen und Besuchern mit einem Messestand einschließlich ihres kompakten Publikationsangebots wie z.B. Broschüren, Fachbüchern und audiovisuellen Medien.

Themenschwerpunkte bilden u.a. die Bereiche Qualitätsoffensive im Kinder- und Jugendsport, Dopingprävention im Kinder- und Jugendsport, das gesellschaftlich wichtige Thema „Kinderwelt ist Bewegungswelt“, sowie die Anti-Rassismuserbeit mit dem neuen Projekt „Am Ball bleiben“.

Kontakt:

Deutsche Sportjugend im
Deutschen Olympischen Sportbund e. V.
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69 - 67 00 - 3 35
Fax: 0 69 - 67 02 - 6 91
E-Mail: Becker@dsj.de
Webseite: www.dsj.de

Deutscher Behindertensportverband e. V.

Informationsstand über Sport für Menschen mit Behinderung

Kontakt:

Deutscher Behindertensportverband e. V.

Friedrich-Alfred-Str. 10

47055 Duisburg

Telefon: 02 03 - 71 74 - 1 70

Fax: 02 03 - 71 74 - 1 78

E-Mail: dbs@dbs-npc.de

Webseite: www.dbs-npc.de

Deutscher Caritasverband e. V.

Die Befähigungsinitiative der Caritas in Deutschland

Im Juni 2006 lebten in Deutschland 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren auf Grundsicherungsniveau. Neun Prozent eines Altersjahrgangs erreichen keinen Ausbildungsabschluss und 15 Prozent keinen Schulabschluss. Bei ausländischen Jugendlichen liegen die Zahlen überproportional höher. Der Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen, geringer Bildung und der Zunahme von Arbeitslosigkeit, Armut und Gewaltbereitschaft ist alarmierend.

Unter dem Motto „Mach Dich stark für starke Kinder“ will die Caritas mit der Befähigungsinitiative verstärkt Voraussetzungen dafür schaffen, dass benachteiligte junge Menschen die Chance zu einem selbst verantworteten Leben erhalten. Wir wollen an der Veränderung der Bedingungen mitwirken und jungen Menschen eine Perspektive geben.

Grundlage der Befähigungsinitiative ist die Befähigungsgerechtigkeit. Sie geht davon aus, dass jeder Mensch Fähigkeiten und Talente hat. Diese kann er aber nur entwickeln, wenn Grundbedingungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Schutz vor Diskriminierung und die Möglichkeit der selbstbestimmten Teilhabe gegeben sind. Die Zukunft und die individuelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen darf nicht von ihrer sozialen Herkunft bestimmt sein.

Den Beitrag der Caritas wollen wir anhand zwei konkreter Projekte vorstellen: der Kompetenzagentur aus Freiburg und der Arbeit des Teams der Sozialen Stadt Wiesbaden-Biebrich SüdOst.

Kontakt:

Deutscher Caritasverband e. V.

Karlstr. 40

79104 Freiburg

Telefon: 07 61 - 20 06 68

E-Mail: gabriele.goehring@caritas.de

Webseite: www.befaehigungsinitiative.de

Deutscher Ju-Jutsu Verband (DJJV e. V.)

Ju-Jutsu stellt vor

Das Projekt „Nicht mit Mir“ Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Kids

Das Projekt „Fit und Sicher“ Kooperationsangebot für Schule und Verein

Ju-Jutsu ist mehr als Sport: Ju-Jutsu ist eine der vielseitigsten Sportarten und fördert die harmonische Körperentwicklung. Der Deutsche Ju-Jutsu Verband leistet über die vielfältigen Bewegungsangebote seiner Vereine einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheit seiner Mitglieder.

Ju-Jutsu ist Sicherheit: Die besondere gesellschaftliche Leistung des Ju-Jutsu liegt in der Ausrichtung seiner Übungsformen auf die Selbstverteidigung. Der Verband erbringt hiermit einen unverwechselbaren Beitrag zur Erfüllung des menschlichen Grundbedürfnisses nach Sicherheit und Unersehrtheit.

Ju-Jutsu ist Chancengleichheit: Ju-Jutsu ist wegen seiner defensiven Ausrichtung eine Sportart, die Frauen in besonderer Weise ansprechen kann. Der Deutsche Ju-Jutsu Verband verfolgt dabei ausdrücklich das Prinzip der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen – Gender Mainstreaming. Er reduziert dieses Anliegen nicht auf statistische Paritäten.

Ju-Jutsu ist Modernität: Trotz seines Bemühens um die Bewahrung traditioneller Werte bekennt sich der Deutsche Ju-Jutsu Verband zur Strategie eines permanenten und geplanten Wandels. Er verbindet auf diese Weise Erfahrungen und Erkenntnisse mit Zukunftsorientierung und stellt die Aktualität seiner Angebote sicher.

Kontakt:

Deutscher Ju-Jutsu Verband (DJJV e. V.)

Auf der Hove 2

32791 Lage

Telefon: 0 52 32 / 69 15 22

Fax: 0 52 32 / 69 15 22

E-Mail: mue3020@onlinehome.de

Webseite: www.djvv.de

Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI)

Das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI) ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es beobachtet und analysiert die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie sozialpolitische Interventionen und Jugendhilfemaßnahmen. Im Rahmen dieser Aufgaben werden praxisbegleitende und grundlagenorientierte Studien durchgeführt. Auf der Grundlage seiner Forschungsergebnisse berät das DJI Akteure aus Politik, Praxis und Medien und veranstaltet zahlreiche Tagungen. Die Arbeitsschwerpunkte sind u.a.: Bildung und Lernen, Kindertagesbetreuung, Beobachtung und Evaluation von Leistungen, Strukturen und Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe sowie Prävention von Delinquenz und Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Am Deutschen Präventionstag 2007 sind folgende Projekte vertreten: Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention sammelt und vermittelt Informationen über Konzepte, Handlungsstrategien und Arbeitsformen der Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention. Zielgruppen sind Praxis, Politik und Forschung. Kriminalpräventive Strategien sollen gefördert, Qualitätsstandards ermittelt und Kooperationen unterstützt werden. Das IZKK - Informationszentrum Kindesmisshandlung / Kindesvernachlässigung ist eine interdisziplinäre Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstelle zur Unterstützung der Prävention von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung. Es fördert die Transparenz und produktive Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Feldern.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Nockherstr. 2

81541 München

Telefon: 0 89 - 6 23 06 - 0

Fax: 0 89 - 6 23 06 - 1 62

E-Mail: jugendkriminalitaet@dji.de

Webseite: www.dji.de

Deutsches Rotes Kreuz

An diesem Stand haben die Besucher(innen) die Möglichkeit, sich über die Aktivitäten des DRK-Bundesverbandes im Themenbereich Prävention von Straffälligkeit / Gewaltprävention zu informieren. Dabei werden auch einzelne Pilot- und Modellprojekte vorgestellt. Ansprechpartner(innen) stehen während der gesamten Kongresszeit für Rückfragen sowie zur weiteren Kontaktvertiefung zur Verfügung.

Kontakt:
Deutsches Rotes Kreuz
Carstennstraße 58
12205 Berlin
Telefon: 0 30 - 85 40 43 19
Fax: 0 30 - 85 40 44 68
E-Mail: behnischm@drk.de
Webseite: <http://www.drk.de>

Donna Vita – pädagogisch-therapeutischer Fachhandel

Wir verstehen unsere Arbeit als aktives Handeln gegen Gewalt. Donna Vita ist ein einmaliges Angebot. Seit Gründung sind wir einem pädagogisch-therapeutischen Ansatz verpflichtet, der stärkt, ressourcenorientiert arbeitet und zu einem selbst bestimmten Leben von Mädchen, Jungen, Frauen und Männern beiträgt. Wir verkaufen Bücher und Materialien, die wir mit Fachkompetenz und im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis zusammentragen. Unser Ziel ist es, Wissen und Werte weiterzugeben, die es ermöglichen, Schwächere zu stärken, sie zu schützen und bei Übergriffen zu intervenieren. Vernetzung begreifen wir als Grundvoraussetzung für solche Ziele. Prävention, Intervention und Beratung bei (sexueller) Gewalt gegen Mädchen, Jungen und Frauen sind wesentliche Schwerpunkte. Das Spektrum wurde im Laufe der Jahre erweitert, folgen dabei dem Prinzip, Bücher und Materialien Qualitätsmaßstäben für die pädagogisch-therapeutische Praxis auszuwählen, die bestimmten Prinzipien standhalten, z.B. denen des Bundesverein zur Prävention von sexuellem Missbrauch an Mädchen und Jungen e. V.

Wir fungieren gleichzeitig als Informations- und Schaltstelle zwischen vielen, die in diesem Gebiet arbeiten, knüpfen Kontakte und stellen unser Wissen, unsere Logistik und unsere Verbindungen zur Verfügung für den Bundesverein zur Prävention von sexuellem Missbrauch an Mädchen und Jungen e.V. Es ist dieser fließende Austausch, der Ihnen zu Gute kommt. Fördern Sie diesen Austausch. Rufen Sie uns an, fragen Sie uns. Kaufen Sie bei uns ein. Empfehlen Sie uns weiter. Wir stellen für Seminare oder Tagungen gerne größere Mengen von Katalogen zur Weitergabe zur Verfügung.

Kontakt:

Donna Vita Fachhandel – verlag mebes & noack
in der WISSEN+HANDELN vertriebs gmbh
Steenbeker Weg 151

24106 Kiel

Tel. : 04 31 - 8 88 80 58

Fax : 04 31 - 8 88 80 45

www.donnavita.de / www.mebesundnoack.de

DVJJ Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V.

Die DVJJ ist Deutschlands Fachverband für die Jugendkriminalrechtspflege. Sie fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und den fachlichen Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik.

Die Ursprünge der DVJJ liegen in der Jugendgerichtsbewegung, die sich ab Ende des 19. Jahrhunderts für eine altersadäquate Behandlung von straffälligen Jugendlichen einsetzte und wesentlichen Anteil an der Einführung des Jugendgerichtsgesetzes im Jahre 1923 hatte. Prägend war die von Franz von Liszt begründete „Moderne Schule“. 1909 fand in Berlin der erste Jugendgerichtstag statt. Auf dem 4. Jugendgerichtstag im Jahre 1917 gab sich die Jugendgerichtsbewegung mit der Gründung der DVJJ in Charlottenburg bei Berlin einen organisatorischen Rahmen. Die DVJJ ist Deutschlands Fachverband für die Jugendkriminalrechtspflege. Sie fördert insbesondere die im Jugendstrafverfahren gebotene interdisziplinäre Zusammenarbeit der beteiligten Professionen und fungiert als unabhängiges Beratungsorgan für kriminalpolitische und praxisrelevante Fragestellungen. Durch die Erstellung von Gutachten, Stellungnahmen und die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen übt sie Einfluss auf Praxis und Reform des gesamten Jugendstrafrechts und der angrenzenden Rechtsgebiete aus. Sie hat rund 1 800 Mitgliedern aus allen Berufsgruppen, die mit straffälligen Jugendlichen arbeiten oder am Jugendstrafverfahren mitwirken. Ein weiterer Aktivposten sind die zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Kontakt:

DVJJ Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V.

Lützerodestraße 11

30161 Hannover

Telefon: 05 11 - 3 48 36 40

Fax: 05 11 - 3 18 06 60

E-Mail: info@dvjj.de

Webseite: www.dvjj.de

**Echt & Stark c/o Arbeitsgemeinschaft
Sozialer Brennpunkt e. V.**

Multimediale Präsentation des Wiesbadener interdisziplinären Gewaltpräventionsprojektes Echt&Stark. Darstellung der Ziele und Inhalte der Konzeptbausteine: WenDo Kurse, d.h. Selbstbehauptung und feministische Selbstverteidigung für Mädchen, Konflikttraining für Mädchen, Konflikttraining und Selbstbehauptung für Jungen, sowie Infoveranstaltungen, Elternabende und Fortbildungen für PädagogInnen und Eltern.

Kontakt:**Echt & Stark**

c/o Arbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkt e. V.

Presberger Str. 1

65197 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 42 93 56

Fax: 06 11 - 41 09 43

E-Mail: info@stadtteilarbeitwiesbaden.de

Europäisches Forum für urbane Sicherheit (EFUS)

Das Europäische Forum für urbane Sicherheit (EFUS) ist ein Netzwerk von mehr als 300 Städten aus ganz Europa mit Sitz in Paris. EFUS arbeitet zu allen Fragen der städtischen Unsicherheit und Kriminalprävention, und insbesondere zu Jugend, Polizei, Drogen, Migration und Integration, Gewalt gegen Frauen und Minderheiten.

Es unterstützt den Austausch von Erfahrungen in Projekten und Politik durch Konferenzen, Seminare, EU-Projekte, Publikationen und den direkten Austausch von Wissen zwischen Bürgermeistern, Beschäftigten der lokalen Verwaltung und Bürgerinitiativen. Darüber hinaus bündelt das Forum die Interessen der Städte auf europäischer Ebene und dient als Schnittstelle zwischen Europa und der kommunalen Ebene im Bereich urbaner Sicherheit. Um diese Arbeit effizienter zu gestalten, bietet das Forum Informationen zu seinen Projekten, Fördermöglichkeiten, Seminaren, Publikationen und Best Practices in kommunaler Kriminalprävention, und sucht gleichzeitig deutsche Partner für einen Austausch mit Städten in ganz Europa.

Weitere Informationen finden Sie am EFUS-Info-Stand oder unter: <http://www.urbansecurity.org>

Kontakt:

Europäisches Forum für urbane Sicherheit (EFUS)

Rue Liancourt 38

75014 Paris

Telefon: 00 33 - 1 - 40 64 49 00

Fax: 00 33 - 1 - 40 64 49 10

E-Mail: engel@urbansecurity.org

Webseite: <http://www.urbansecurity.org>

EVIM Jugendhilfeverbund

„Upstairs“ – ein besonderes Projekt für besondere Jugendliche. Der Jugendhilfeverbund EVIM ist eine Einrichtung der Erziehungshilfe mit einem vielfältigen Angebot für Kinder und Jugendliche, deren Versorgung und Erziehung im Elternhaus aus verschiedensten Gründen nicht gewährleistet ist. Im Jugendhilfeverbund EVIM finden Kinder und Jugendliche ein zu Hause auf Dauer oder auf Zeit, oder sie finden Unterstützung, die hilft ihren Lebensort innerhalb der Familie zu stabilisieren und zu erhalten. Manche Jugendliche gehen zu „upstairs“.

Zu „upstairs“ kommen Kinder und Jugendliche, die aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen ihr Vertrauen in die Erwachsenen verloren haben, bindungs- und beziehungslos sind, in keine Schule mehr gehen und keiner Berufsausbildung / -tätigkeit nachgehen, kriminell auffällig sind, Drogen konsumieren, Regeln und Normen missachten, aggressiv, fremdgefährdend, selbstgefährdend sind, orientierungs- und zukunftslos sind, von den Regelangeboten der Jugendhilfe, Jugendberufshilfe und Schule nicht mehr erreicht werden. „upstairs“ steht als niederschwellige Anlaufstelle allen Kindern und Jugendlichen offen, die ganz oder immer wieder auf längere Zeiträume (Tage/Wochen) auf der Straße leben, bzw. die Straße als ihren Lebensmittelpunkt gewählt haben. Jedes Kind/ Jugendlicher und junge Erwachsene (bis 21 Jahre) der Kontakt zu „upstairs“ aufnimmt (als „Selbstmelder“* oder durch das Jugendamt vermittelt) erhält bedingungslos sofort und unbürokratische Hilfe. „upstairs“ wird ausschließlich über Spendengelder finanziert.

Kontakt:

EVIM Jugendhilfeverbund

Jonas-Schmidt-Str. 2

65193 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 58 99 32

E-Mail: gerti.bonn@evim.de

Webseite: [www. Evim.de](http://www.Evim.de)

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe

Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe bietet unter www.jugendhilfeportal.de eine Informations-, Kooperations- und Kommunikationsplattform für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe an. Alle, die sich aus beruflichem oder ehrenamtlichem Interesse, ausbildungsbezogen, mit wissenschaftlichem Hintergrund oder auch nur allgemein interessiert zum Thema Kinder- und Jugendhilfe im Internet bewegen, bekommen hiermit eine strukturierte und bedarfsgerecht recherchierbare Datenbasis an die Hand. Die Spanne an Informationen reicht dabei von einem Verzeichnis einschlägiger Institutionen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene über themenrelevante Dokumente und Materialien, Veranstaltungshinweise und Projektbeschreibungen, aktuellen Nachrichten der Kinder- und Jugendhilfe bis hin zu einem großen Stellenmarkt. Information wird dabei nicht dupliziert, sondern es wird lediglich auf die jeweilige Fundstelle verwiesen. Über Foren und andere interaktive Module wird der Austausch unter Fachkräften über Organisations-, Verbands- oder Berufsgrenzen hinweg angeregt und gefördert.

Kontakt:

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe Godesberger
Allee 142-148
53175 Bonn

Telefon: 02 28 - 9 50 61 16

Fax: 02 28 - 9 50 61 99

E-Mail: starzinger@ijab.de

Webseite: www.jugendhilfeportal.de

Fachstelle Gewaltprävention der Landeshauptstadt Düsseldorf

Gewaltprävention in Jugendhilfe und Schule hat in Düsseldorf bereits seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert. Bereits 1994 fand die erste Sitzung des Kriminalpräventiven Rates statt, der themenspezifische Fachgruppen einrichtete. Seitdem bestand die wesentliche Aufgabenstellung der Fachgruppe „Gegen Gewalt an Schulen“ in der Initiierung von Projekten zur Gewaltprävention sowie in der Förderung der Kooperation aller in diesem Bereich tätigen Institutionen.

Der Jugendhilfeausschuss verabschiedete 1999 ein Aktionsprogramm zur Gewaltprävention sowohl stadtteil- als auch zielgruppenorientiert. Im Auftrag des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses hat die Verwaltung im September 2003 die Fachstelle für Gewaltprävention, ein Kooperationsprojekt des Jugendamtes und des Schulverwaltungsamtes eingerichtet. Eine Verzahnung der Fachstelle für Gewaltprävention mit dem Kriminalpräventivem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf wird insbesondere durch die Fachgruppe „Gegen Gewalt an Schulen“ gewährleistet.

Vorrangige Aufgabe der Fachstelle ist, das von ihr entwickelte Gesamtkonzept zur Gewaltprävention in den Bereichen Jugend und Schule umzusetzen. Der Focus liegt auf der Weiterentwicklung kommunaler Zusammenarbeit um einen Handlungsrahmen für Gewaltminderung und Gewaltvorbeugung herzustellen, dem Aufbau langfristiger Konfliktkompetenz und der Vernetzung aller in diesem Bereich tätigen Institutionen.

Die Fachstelle richtet sich an alle päd. Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe.

Kontakt:

Fachstelle Gewaltprävention
der Landeshauptstadt Düsseldorf
Willi-Becker-Allee 10
40227 Düsseldorf

Telefon: 02 11 - 8 99 37 54

Fax: 02 11 - 8 93 37 54

E-Mail: gewaltpraevention@stadt.duesseldorf.de

Webseite: www.duesseldorf.de

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e. V.

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e. V. plant, unterhält und fördert Einrichtungen und Projekte der Straffälligen- und Bewährungshilfe in verschiedenen hessischen Städten. Grundgedanke der Arbeit ist, dass eine Verbesserung der Lebenssituation straffälliger Menschen ihre Integrationschancen erhöht und damit einen wichtigen Beitrag zur Prävention leistet.

Arbeitsfelder sind:

- Wohnraumversorgung für Haftentlassene und Bewährungshilfeprobanden: 18 Plätze in einem Übergangwohnheim und 4 Plätze im dezentralen stationären Wohnen in Kassel sowie 14 Einzelwohnungen ohne Betreuung in Südhessen.
- Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe: Informationen, Schulung und Fortbildung für Bürger, die ehrenamtlich mit gezielten Aufgaben Probanden der Bewährungshilfe unterstützen.
- Treffpunkt Frankfurt: Freizeitangebot für Menschen, die nicht an kommerziellen und konsumorientierten Freizeitangeboten teilhaben können.
- Theater hinter Gittern: Kulturelle Veranstaltungen in hessischen Vollzugsanstalten.
- Gemeinnützige Arbeit bei der Bewährungshilfe Wiesbaden.
- Verfügungsgelder für die hessischen Bewährungshelfer/-innen.
- Rechtsauskünfte für Probanden der Bewährungshilfe.
- Konflikte lösen ohne Gewalt: Beratung und Training für Männer, die bei häuslichen Problemen gewalttätig werden.
- Öffentlichkeitsarbeit, Fachtagungen und Fachtreffen.

Kontakt:

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e. V.

Neebstraße 3

60385 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 - 45 15 60

Fax: 0 69 - 45 15 70

E-Mail: office@FBH-eV.de

Webseite: www.FBH-eV.de

gegen-missbrauch e. V.

gegen-missbrauch e. V. setzt sich gegen sexuellen Kindesmissbrauch ein. Wir wollen nicht nur eine Plattform für Betroffene bzw. Überlebende von sex. Kindesmissbrauch sein, sondern auch aktiv Hilfe leisten. Beginnend bei Gesprächen, Abbau von Vorurteilen und Ängsten bis hin zu Hilfe bei Krankenkassen, Ämtern, Anwälten, Therapeuten etc.

Darüber hinaus hat es sich der Verein u. a. zum Ziel gesetzt, aufzuklären, Präventivarbeit zu leisten und den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich aktiv gegen sexuellen Kindesmissbrauch zu engagieren. Aus diesem Grunde arbeitet der Verein an verschiedenen Projekten, die auf dem Präventionstag an unserem Infostand vorgestellt werden.

Schon zu lange wird das Thema sexueller Kindesmissbrauch in unserer Gesellschaft tabuisiert. Wir können weiter nach diesem Motto leben: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wir können aber auch beginnen, etwas zu tun.

gegen-missbrauch e. V. will das Schweigen brechen, denn 320 000 missbrauchte Kinder pro Jahr sind 320 000 zu viel.

Kontakt:

gegen-missbrauch e. V.

Am Menzelberg 10

37077 Göttingen

Telefon: 05 51 - 50 06 56 99

Fax: 05 51 - 2 05 48 03

E-Mail: info@gegen-missbrauch.de

Webseite: www.gegen-missbrauch.de

Geschäftsbereich Jugend der Stadt Wolfsburg

OffensivTeam Jugend und Öffentlichkeit

Wir verfolgen einen präventiven Ansatz.

Streetlife versteht sich als offensive Reaktion auf das Phänomen „auffällige Jugendliche“ in Wolfsburg. Das OffensivTeam setzt sich aus Vertretern der Polizeiinspektion Wolfsburg-Helmstedt, 6. Fachkommissariat (Jugendkriminalität) und den städtischen Geschäftsbereichen Jugend / Jugendförderung – sowie Bürgerdienste / Ordnungsamt zusammen und agiert auf der Basis von klaren, zeitnahen Absprachen und Handlungen als koordinierte Vermittlungsinstanz zwischen Jugendlichen, Beschwerdeführern und Öffentlichkeit. Streetlife kommt den betroffenen Parteien wertschätzend entgegen, informiert, zeigt Grenzen auf, interveniert wenn nötig, weckt Verständnis für einander und strebt nach gemeinsamen, langfristig wirkenden Lösungen mit angemessenen Angebots- und Hilfestrukturen.

Über eine Moderation im Sozialraum findet die Auseinandersetzung mit Jugendlichen, beteiligten Institutionen, Kaufmannschaft, Öffentlichkeit und den Beschwerdeführern statt. Diese kommunikative Moderation ist auf Vermittlung ausgerichtet, bei der besonders die Interessen der Jugendlichen wertschätzend vertreten werden. Dies kann direkt vor Ort geschehen oder ggf. mit allen Beteiligten an einem runden Tisch. Darüber hinaus arbeitet das OffensivTeam deeskalierend für einen offenen Umgang mit dem Phänomen „auffällige Jugendliche“ und daran, dass Mitverantwortung auch von Bürgern gewollt ist.

Kontakt:

Geschäftsbereich Jugend der Stadt Wolfsburg

Streetlife Wolfsburg

Dieselstr.18

38446 Wolfsburg

Telefon: 053 61 - 28 15 61 - 64

Fax: 053 61 - 28 15 60

E-Mail: streetlife@stadt.wolfsburg.de

Webseite: www.streetlife-wolfsburg.de

Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei – eine für Alle

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisiert mehr als 171 000 Polizeibeschäftigte – Beamte und Tarifbeschäftigte – und ist damit die mit Abstand größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich.

Sie hat bereits 57 Jahre deutsche Polizeigeschichte mitgeschrieben. Seit ihrer Gründung im Jahre 1950 galt es, Ziele hartnäckig zu erkämpfen, obwohl deren Verwirklichung anfangs fast unerreichbar schien. Wer hätte damals gedacht, dass 1981 ein Zusatzurlaub für Schichtdienstler durchgesetzt werden konnte. Dass 1986 nach hartem politischem Kampf der Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn verwirklicht und somit Schritte gegen die Unterbewertung des mittleren Polizeidienstes eingeleitet wurden. Grosses Aufsehen erregte 1998 die Kampagne der GdP zur Angleichung der Ostgehälter an das Westniveau mit dem Motto „Da fehlt noch was!“.

Aufgrund ihres kompetenten Sachverstands und ihres konsequenten Einsatzes ist die GdP ein gefragter Partner der Politik, der Medien und der Gesellschaft geworden und kann auf negative Entwicklungen wie Zunahme der Gewaltkriminalität, der terroristischer Aktivitäten oder der Internetkriminalität nicht nur aktuell reagieren, sondern auch präventiv davor warnen und tätig werden.

Dem Präventionsgedanken fühlt sich die GdP seit jeher verpflichtet, nicht zuletzt deshalb ist sie Mitglied des „Deutschen Forums für Kriminalprävention“ (DFK) und sieht es als selbstverständlich an, auf dem Deutschen Präventionstag präsent zu sein.

Kontakt:

Gewerkschaft der Polizei
Bundesgeschäftsstelle Berlin

Stromstraße 4

10555 Berlin

Tel.: 0 30 - 3 99 92 11 02

Fax: 0 30 - 3 99 92 12 00

E-mail: JMichelsohn@gdp-online.de

Glen Mills Academie Deutschland e. V.

Über die Jahre ist alles mögliche und unmögliche über die Glen Mills Schools zu lesen gewesen: Boot Camp, Strafinternat, Besserungsanstalt oder angeblicher Drill als Heilmittel – nichts wurde ausgelassen und kaum ein Vorurteil nicht bedient. Unser Schulprogramm für deutsche Kids wird 12 und hat die Kinderschuhe abgelegt. Wir widmen uns ebenso lang wirksamen Präventionsprogrammen, dem Stand der Wirkungsforschung in den USA (insbes. „Blueprints“) und der Bedeutung für die Bundesrepublik und unterhalten zahlreiche internationale Kontakte. Diese ist in den USA besonders im Hinblick auf Kosten-Nutzen-Rechnungen führend, aber in Deutschland nur gering ausgeprägt: Der Glaube statt Wissen, was wirksam ist, ist ungebrochen, Erkenntnisse nicht angewendet. Die Daten der Erstverbüßer-Rückfallstudie des BMJ müssten z.B. zu einem drastischen Rückgang des Jugendarrests führen. Er hat eine der höchsten Rückfallquoten, begünstigt so Kriminalität und unabsehbare soziale Folgekosten. Gerade in Zeiten politisch wählerwirksamer Lancierung „schneller Lösungen“ wie z.B. Boot-Camps als „Allheilmittel“ (obwohl längst international durch – seriöse – Studien, wie Sherman-Report nachgewiesen, dass sie unwirksam sind und Kriminalität noch begünstigen), sind nachgewiesen erfolgversprechende Alternativen angesagt. Dabei ist ein deutsches Glen Mills als präventive Kooperation von Jugendhilfe, Schule und Justiz in Form einer „Schule der Erziehung“ als nachhaltige Intervention für Risikokids anstelle rigider Kurzzeitprogramme aktueller denn je. Intensiv-Normenlernen, schul. und berufl. Intensivförderung, konstruktive Freizeit: Dieser 4er-Pack ist kriminologisch erwiesen ein guter Schutz gegen Risikofaktoren weiteren Abgleitens.

Kontakt:

Glen Mills Academie Deutschland e. V.

Gerichtsstr. 1a

32312 Lübbecke

Telefon: 0 57 41 - 80 90 07

Fax: 0 57 41 - 80 90 08

E-Mail: guder@glenmillsaca.deWebseite: www.glenmillsaca.de

Hessische Landeshauptstadt Wiesbaden und die HA Hessen Agentur GmbH

Der Wiesbaden Tourist Service (WTS) ist Ihr zuverlässiger Partner für touristische Dienstleitungen aller Art. Wir bieten Ihnen einen umfassenden Gästeservice an. Ob Informationen zur Stadt, Stadtrundfahrten, Betriebsbesichtigungen oder die Organisation und Begleitung von Incentive-Veranstaltungen, wir erstellen Ihnen gerne ein individuelles Angebot. Über unser Hotelreservierungssystem sind wir zudem in der Lage sowohl für Individual- und Gruppenreisende als auch für Tagungs- / Kongressveranstalter Hotelunterkünfte zu buchen oder Zimmerkontingente zu verwalten und stehen Ihnen auch bei der Vermittlung der Tagungsmöglichkeiten zur Verfügung. Darüber hinaus übernehmen wir den Kartenvorverkauf für eine Vielzahl von Veranstaltungen und sind somit direkter Partner der Veranstalter. Eine große Auswahl an exklusiven Wiesbaden Souvenirs können ebenfalls über den WTS erworben werden.

Die HA Hessen Agentur GmbH bündelt alle nichtmonetären Aktivitäten der hessischen Wirtschaftsförderung und hat das Ziel, den Standort Hessen zu stärken und durch vielfältige Aktivitäten die Vorteile des Landes bekannt zu machen. Die Abteilung Tourismus- und Kongressmarketing ist verantwortlich für die touristische Bewerbung und Vermarktung des Reisezieles Hessen im In- und Ausland, mit der Konzentration auf die Marktsegmente Aktivurlaub, KulturReiseland, Wellness sowie Tagungsdestination.

www.wiesbaden.de; www.hessen-agentur.de; www.hessen-tourismus.de

Kontakt:

Hessische Landeshauptstadt Wiesbaden
und die HA Hessen Agentur GmbH

Postfach 38 40

65028 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 1 72 97 02

Fax: 06 11 - 1 72 97 99

E-Mail: tourist-service@wiesbaden.de

Webseite: www.wiesbaden.de

Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS) e. V. – Koordinationsstelle Suchtprävention

Die Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS) unterstützt, koordiniert und vernetzt u.a. das landesweite Präventionsnetzwerk der hessischen Fachstellen für Suchtprävention. Ihre Aufgabe besteht dabei in der Koordinierung und Fortbildung der Präventionsfachkräfte sowie in der Weiterentwicklung der Suchtprävention in Hessen. Die Fachkräfte der Fachstellen sind die regionalen Experten in Fragen der Suchtvorbeugung für Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Verwaltung und Betriebe in den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Die Hessische Landesstelle für Suchtfragen ist ein Zusammenschluss der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege. Ihre Arbeit wird aus Mitteln des Hessischen Sozialministeriums finanziert. Als zentrale Ansprechpartnerin für das Thema Suchtprävention in Hessen bietet die Hessische Landesstelle für Suchtfragen kompetente und umfangreiche Leistungen und Angebote.

Am Stand werden zielgruppenspezifische suchtpreventive Projekte vorgestellt, z.B.:

- der Landesweite Wettbewerb „Suchtprävention – Der Impuls“.
- „www.starke-eltern.de“ ein Internetforum zur Suchtvorbeugung für Eltern und Multiplikatoren. Ein Kooperationsprojekt der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen mit der AOK Hessen und den Fachstellen für Suchtprävention.
- „PAPILIO“ ein Programm für Kindergärten zur Vorbeugung gegen die Entwicklung von Sucht und Gewalt.
- „Eigenständig werden“ ein Unterrichtsprogramm für die Klassen 1-4 und weiterführende Schulen.

Kontakt:

Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS) e. V. –
Koordinationsstelle Suchtprävention

Zimmerweg 10

60325 Frankfurt am Main

Telefon: 069-71376777

Fax: 069-71376778

E-Mail: hls@hls-online.org

Webseite: www.hls-online.org und www.starke-eltern.de

Hessisches Bereitschaftspolizei- präsidium

Die Puppenbühne der Polizei Hessen

Die Puppenbühne ist sicherlich kein alltägliches Projekt, das wir Ihnen hier vorstellen möchten. Oberflächlich betrachtet fragen Sie sich sicherlich, was hat die Puppenbühne der Polizei Hessen bei den deutschen Präventionstagen zu suchen? Wer sich jedoch genauer mit der Materie beschäftigt, der kommt sehr schnell zu dem Ergebnis, dass Prävention die originäre Zielrichtung der Puppenbühne ist.

Die Puppenbühne wird wie in anderen Bundesländern auch hauptsächlich in der Verkehrserziehung, zum kleineren Teil aber auch zur Vorbeugung von Straftaten genutzt. Mit diesen wichtigen Aufgaben kann man gar nicht früh genug anfangen. Daher hat die Puppenbühne der Polizei Hessen eine klare Zielgruppe: Kinder im Alter von 4 bis 7 Jahren, also Kinder im Kindergarten und in der ersten Schulklasse.

Die Puppenbühne der Polizei Hessen verfolgt ein klares Ziel: Die Verkehrssicherheit für Kinder weiter zu erhöhen. Wir wollen, dass die Kinder sich sicher im Straßenverkehr bewegen können! Seit nunmehr einem dreiviertel Jahr ist die Puppenbühne der Polizei Hessen, die gemeinsam vom Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium und dem Polizeipräsidium Westhessen betrieben wird, erfolgreich in der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie den angrenzenden Landkreisen tätig.

Im Rahmen des 12. Deutschen Präventionstages heißt es zum ersten Mal Vorhang auf am Montag, 18. Juni 2007 – 12:30 Uhr.

Kontakt:

Hessisches Bereitschaftspolizeipräsidium

Presse & Öffentlichkeitsarbeit

Wiesbadener Str. 99

55252 Mainz-Kastel

Telefon: 0 61 34 - 6 02 - 6 12

Fax: 0 61 34 - 6 02 - 6 19

E-Mail: pressestelle.hbpp@polizei.hessen.de

Webseite: www.polizei.hessen.de

Hessisches Landeskriminalamt

Informationen über das hessische Präventionsprogramm „Kinderkommissar Leon“. Ein aufeinander abgestimmtes Programm zur altersgerechten Vermittlung von verkehrs- und kriminalpräventiven Botschaften. Elemente des Programms sind Hausaufgabenhefte mit Präventionsthemen, welche an alle hessischen Kinder der 3.Jahrgangsstufe verteilt werden. Lehrer- und Elternbriefe, Arbeitsmappen für Lehrkräfte, Plüschtiguren für traumatisierte Kinder, pädagogische Handpuppen und als optischer Mittelpunkt eine 2 Meter große „Leon-Lifefigur“ ergänzen das Programm.

Weiterer Themenschwerpunkt ist der Umgang mit den neuen Medien in Bezug auf die Phänomenbereiche „Happy Slapping“ und „Snuff-Videos“ sowie einem hessischen Modellprojekt aus dem Wetteraukreis „FRITZ“ – Ein interdisziplinär vernetztes Projekt, indem ErzieherInnen ein anwendungsbezogenes und fallbasierendes Verständnis von Prävention und Gesundheitsförderung vermittelt werden soll. Begleitet werden die Themenschwerpunkte von allgemeinen Informationen über aktuelle Projekte in der polizeilichen Jugendarbeit.

Kontakt:

Hessisches Landeskriminalamt
Hölderlinstraße 5
65187 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 83 16 09

Fax: 06 11 - 83 16 05

E-Mail: andreas.arnemann@polizei.hessen.de

Webseite: <http://www.polizei.hessen.de>

Initiative „Kinder laufen für Kinder“

„Kinder laufen für Kinder“ zugunsten UNICEF: Wer sich bewegt, bewegt etwas!

Mit der Initiative „Kinder laufen für Kinder“ fördern die Kultusministerien der Länder die Freude an Bewegung und sozialem Engagement. Anlässlich des Deutschen Präventionstages am 18./19. Juni in Wiesbaden heißt es deshalb: „Wer sich bewegt, bewegt etwas!“ Schulen, Vereine und Kinder zwischen 5 und 14 Jahren sind aufgerufen, sich an diesem Benefizlauf zu beteiligen und Kindern in Entwicklungsländern zu helfen. Ein ca. 1 Km langer Parcours an den Rhein-Main-Hallen Wiesbaden kann beliebig oft gelaufen werden. Pro gelaufenen Kilometer spenden Sponsoren, die sich die Schüler im Vorfeld suchen, einen festgelegten Betrag an UNICEF. In diesem Rahmen wird auch der Kraft Cares AKTIVPASS vorgestellt, der Schüler motivieren soll, sich regelmäßig zu bewegen. Im Schuljahr 2006/07 verteilt Kraft Cares 10 000 AKTIVPÄSSE und spendet für jeden ausgefüllten AKTIVPASS ein Euro an UNICEF. Weitere Informationen finden Sie unter www.kinder-laufen-fuer-kinder.de. „Kinder laufen für Kinder“ gibt es seit 5 Jahren und wird von vielen Sponsoren, allen voran, dem langjährigen Partner Kraft Cares, eine gemeinnützige Initiative von Kraft Foods unterstützt. Seit dem ersten Benefizlauf beteiligten sich über 200 000 Schüler und erliefen eine Spenden-summe von über 2,1 Millionen Euro.

Informationen zu weiteren Ernährungs- und Bewegungsprojekten, sowie Unterrichtsmaterial gibt es am Stand von „Kinder laufen für Kinder“ oder unter www.kraftaktivleb

Kontakt:

Initiative „Kinder laufen für Kinder“

Freischützstr. 75

81927 München

Telefon: 0 89 - 2 18 96 53 60

Fax: 0 89 - 2 18 96 53 89

E-Mail: info@kinder-laufen-fuer-kinder.de

Webseite: www.kinder-laufen-fuer-kinder.de

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e. V.

Die Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e. V. (ISL) besteht seit Sommer 1996 und ist der erste bürgerschaftliche, gemeinnützige Förderverein zur Kriminalitätsverhütung in Baden-Württemberg.

Wesentliche Ziele des Vereins sind:

- Zusammenarbeit mit Personen, Vereinen und Institutionen
- Initiierung und Durchführung von Präventionsprojekten im Landkreis
- Intensive Öffentlichkeitsarbeit
- Auszeichnung und Ehrung von Bürgern, die sich um die Sicherheit im Kreis verdient gemacht haben.
- Sammeln von Spenden zur Finanzierung umfassender Präventionsprojekte

Wir präsentieren am Infostand folgende Präventionsprojekte: Zukunftsinvestition Jugend, z.B.: Klasse 2000, Ladendiebstahl, Streitschlichtung, OhnMacht – ein Film für mehr Zivilcourage, Sport gegen Kriminalität

Weitere Präventionsprojekte, die am Infostand präsentiert werden:

Stalking – Präsentation des Filmes im Filmforum 19. Juni, 9.45 Uhr im Saal 1a.5, Häusliche Gewalt, Seniorenberater, Cool & taff, Power ohne Fäuste, Felli - Hilfe und Schutz für Kinder in Ausnahmesituationen, Schutz vor Gewalt – Frauen- und Mädchenseminar, Verkehrsunfallflucht

Kontakt:

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e. V.

Alter Postplatz 10

71332 Waiblingen

Telefon: 0 71 51 - 9 81 64 66

Fax: 0 71 51 - 9 81 66 02

E-Mail: ulrich.blaschke@ISL-RMK.de

Webseite: www.ISL-RMK.de

Interministerielle Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes IMA

Auf dem Info-Stand der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes (IMA) liegt kostenloses Informationsmaterial zur Mitnahme aus. Angeboten werden Unterlagen mit kriminalpräventivem Bezug, aber auch allgemeines Material zur Arbeit der Bundesressorts.

Die IMA wurde 1996 auf Initiative des Bundesministeriums der Justiz gegründet. Der Informationsstand auf dem 12. DPT wird in diesem Jahr erstmals vom Bundesministerium der Justiz zusammen mit dem Bundesamt für Justiz betreut.

Kontakt:

Interministerielle Arbeitsgruppe

„Kriminalprävention“ des Bundes IMA

Adenauerallee 99–103

53113 Bonn

Telefon: 02 28 - 58 92 17

Fax: 02 28 - 58 83 25

E-Mail: kiermeier-be@bmj.bund.de

Webseite: www.bmj.bund.de

Internationaler Bund (IB)

Der Jugendmigrationsdienst (JMD) des Internationalen Bundes (IB), Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V., unterstützt junge Menschen mit Migrationshintergrund. Er hilft ihnen bei der sprachlichen, schulischen, beruflichen und sozialen Integration in unsere Gesellschaft.

Als Teil der Jugendhilfe wirkt der JMD hin auf Vermeidung bzw. Ausgleich von Benachteiligungen dieser Zielgruppe.

Der JMD kooperiert mit anderen relevanten Diensten und Einrichtungen.

Die Zielgruppen des JMD sind junge Ausländer und junge Aussiedler beiderlei Geschlechts zwischen 12 und 27 Jahren; insbesondere solche, die nicht mehr schulpflichtig sind.

Die Aufgaben des JMD sind

- Die individuelle Integrationsförderung (Individueller Integrationsplan, sozialpädagogische Begleitung vor, während und nach dem Integrationskurs, Schullaufbahnberatung und Berufswegeplanung etc.)
- Gruppenangebote (ergänzender Sprachunterricht, Computerkurse, Sportangebote, interkulturelle Treffpunkte, Orientierungshilfen im Bildungs- und Ausbildungssystem u.a.)
- Mitarbeit in Netzwerken für junge Menschen.

Internationaler Bund (IB)

Freier Träger der Jugend-, Sozial- u. Bildungsarbeit e. V.
Jugendmigrationsdienst (JMD)

Kontakt:

Internationaler Bund (IB)

Blücherstr. 12–14

65195 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 4 09 08 - 0

Fax: 06 11 - 4 09 08 - 20

E-Mail: JMD-Wiesbaden@internationaler-bund.de

Webseite: www.internationaler-bund.de

Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt Südpfalz

Die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt Südpfalz ist nach einer nun 11-jährigen Entwicklung eine feste Institution im Landgerichtsbezirk Landau. 1996 richtete die Staatsanwaltschaft Landau das Projekt „häusliche Gewalt“ ein. Seit dem Jahr 2000 besteht bei der Staatsanwaltschaft Landau ein Sonderdezernat „Gewalt in engen sozialen Beziehungen“. Grundsätzlich wird bei Vorgängen von „häuslicher Gewalt“ von Seiten der Staatsanwaltschaft die Gerichtshilfe eingeschaltet. Dies geschieht unabhängig davon ob ein Strafverfolgungsinteresse vorliegt oder nicht.

Im Verlauf der weiteren Projektentwicklung stellte sich heraus, dass eine ausschließliche Fokussierung auf das Opfer oder den Täter nicht den praktischen Erfordernissen entspricht, da in den meisten Fällen die Partnerschaft weiteren Bestand hat. So gehört die Opfer- und die Täterarbeit in getrennt voneinander geführten Abteilungen zum festen Bestandteil der Interventionskette.

Kontakt:

Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt Südpfalz
Nordring 15c
76829 Landau

Telefon: 0 63 41 - 38 19 22 oder 38 19 13

Fax: 0 63 41 - 38 19 29

E-Mail: haeuslichegewaltld@web.de

Webseite: www.haeusliche-gewalt-landau.de

JJ Jugendberatung und Jugendhilfe e. V.

„Es gibt Wichtigeres im Leben als Suchtprävention!“

Es erwartet Sie ein Infostand OHNE viel Informationen und MIT viel Anregungen zum Nachdenken und Mitreden... denn in der Suchtprävention geht es nicht um äußerliche Information, sondern um verinnerlichtes Tun und Handeln. D.h. wer stark für das Leben ist, ist auch stark gegen Sucht und Drogen!

Die Fachstellen für Suchtprävention des Trägers „JJ-Jugendberatung und Jugendhilfe e. V. Frankfurt“ stellen ihre Haltung und ihre Arbeitsbereiche mit einem unkonventionellen Motto vor: Was ist wichtig im Leben? Wie wichtig ist unsere Arbeit in der Suchtprävention? Lässt sich das Leben und Suchtprävention lebensnah vereinbaren?

Eine Bodenzeitung zum Mitmachen, eine gemütliche Gesprächsecke mit Sitzgelegenheiten und Broschüren für die, die es doch genauer wissen wollen, geben Ihnen die Möglichkeit, das Thema für sich persönlich und für Ihr Arbeitsumfeld zu entdecken.

Kontakt:

JJ Jugendberatung und Jugendhilfe e. V.

Taunusstraße 33

60329 Frankfurt

Telefon: 0 69 - 7 43 48 00

Fax: 0 69 - 74 34 80 71

E-Mail: jj-ev@jj-ev.de

Webseite: www.drogenberatung-jj.de

Jugendamt Dortmund – Gerichtshilfe

Jugendhilfe und Graffiti

Am Infostand werden die neuesten Bilder der größten legalen Mauer (1000m) in Dortmund gezeigt. Sie wurde im September unter Beteiligung von ca. 150 Sprayern freigegeben und wird seitdem heftig diskutiert. Es ist die dritte legale Fläche in Dortmund.

Wir sind an einem Erfahrungsaustausch interessiert.

Daneben informieren wir über Schadenswiedergutmachungsprojekte und Workshops mit jungen Sprayern.

Infomaterial über den Graffitiverein Dortmund steht zur Verfügung.

Infos auch über www.graffiti-verein-dortmund.de

Kontakt:

Jugendamt Dortmund – Gerichtshilfe

Ostwall 64

44122 Dortmund

Telefon: 02 31 - 50 - 2 34 51

Fax: 02 31 - 50 - 2 65 12

E-Mail: wpatra@stadtdo.de

Webseite: www.graffiti-verein-dortmund.de

Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg

Das Trainingscamp Lothar Kannenberg ist eine private, gemeinnützige Jugendhilfeeinrichtung. Männlichen Jugendlichen im Alter von 14-18 Jahren, die auf ihre sozialen Defizite mit gewalttätigem, delinquentem und süchtigem Verhalten reagieren, wird im Trainingscamp Lothar Kannenberg ein klarer und geschützter Rahmen geboten.

Die vollstationäre Betreuung mit gruppen- und erlebnispädagogischem Ansatz sowie die Erziehung durch Sport gibt den Jugendlichen Hilfestellung und Struktur. Der hohe Anspruch unserer Arbeit kann nur in einer Atmosphäre gelebt werden, in der sich Jugendliche und Erwachsene wohl fühlen. Konsequenz ist ebenso wichtig wie Liebe, Wärme und Geborgenheit.

Ziel ist, den Jugendlichen eine positive, autonome Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Der Leitspruch des Trainingscamps: Wir schaffen es!

Kontakt:

Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg
Zur Helle 20

34474 Diemelstadt-Rhoden

Telefon: 0 56 94 - 9 91 20 - 0

Fax: 0 56 94 - 9 91 20 - 20

E-Mail: Info@durchboxen.de

Webseite: www.durchboxen.de

JuMed – Team für Jugend und Gesundheit

Der Jugendgesundheitstag (JGT) – Ein erfolgreiches Konzept zur Gesundheitsförderung am Setting Schule stellt sich vor.

Der JGT versteht sich als Prozess, der ein regionales, interdisziplinäres Netzwerk der Gesundheitsanbieter und Schulen zur Förderung der Gesundheit und des Gesundheitsbewusstseins von Jugendlichen schafft. Das Projekt fand unter anderem schon in Berlin, Osnabrück, München, Minden, Hannover und Celle mit Erfolg statt.

Der JGT verfolgt drei Ziele:

Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren, die in der Zielregion (z.B. in einem Sozialen Brennpunkt) von Gesundheitsanbietern u.U. nicht erreicht werden, sollen mit dem Thema Gesundheit in Kontakt gebracht werden.

Die Schulen in der Zielregion sollen sich für das Thema Gesundheit öffnen und werden dabei von einem Netzwerk der umliegenden Gesundheitsanbieter auf ihrem Weg zur „gesundheitsfördernden Schule“ unterstützt.

Der Jugendgesundheitstag trägt zu einer Vernetzung der Gesundheitspartner mit den Schulen und zu einer Stärkung der interdisziplinären Kooperation bei.

JuMed stellt das Projekt vor und bietet kompetente Beratung und Unterstützung für potenzielle Veranstalter wie Gesundheitsämter, Schulen oder andere Organisationen.

Viele weitere Informationen unter <http://www.jugendgesundheitstag.de>

Kontakt:

JuMed – Team für Jugend und Gesundheit

Feldbrandstr. 8

65207 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 1 73 36 01

E-Mail: team@jumed.de

Webseite: www.jugendgesundheitstag.de

Junge Menschen im Aufwind

Projektarbeit der Bewährungshilfe Speyer unter der Trägerschaft des eingetragenen Vereins „Soziale Alternativen in der Bewährungshilfe Speyer“, Mitglied im paritätischen Wohlfahrtsverband.

Drei Projekte werden vorgestellt:

1. Arbeitsprojekt Junge Menschen im Aufwind (JuMA)
2. Sport in der Bewährungshilfe
3. ehrenamtliche Bewährungshelfer

Ausführliche Projektbeschreibung liegt auf CD vor.

Kontakt:

Junge Menschen im Aufwind
Ludwigstraße 13
67346 Speyer

Telefon: 0 62 32 - 29 23 05

Fax: 0 62 32 - 53 96 44

E-Mail: christiane.schneider@juma-speyer.de

Webseite: www.juma-speyer.de

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Die JVA bildet, unterstützt vom Hessischen Ministerium der Justiz, eine Kooperation mit ArJus, dem Institut INBAS, der JVA Rockenberg und der Frauenanstalt Ffm III .

Bezug nehmend auf das Motto „Starke Jugend-Starke Zukunft“ informiert die JVA Wiesbaden über:

- Vollzugsplanung und Gestaltung von der Behandlungsuntersuchung(HAMET, MIVEA) bis zu differenzierten Maßnahmen im Sinne „Stärken fördern!“ mit einer Anbindung an das Übergangsmanagement im Sinne der „Rückfallprävention“.
- Arbeit als „Stärkende Maßnahme“ , auch hier in Verbindung mit dem Ziel der Rückfallprävention und der Verbindung zum Arbeitsmarkt mittels des Übergangsmanagements.
- Schule unter dem Gesichtspunkt der Schaffung und Verbesserung der Ausbildungseignung und der Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, aber auch der Beteiligung an Prävention durch kulturelle und soziale Bildung.
- Vorstellung weiterer präventiver Maßnahmen durch Hinweise auf die externen Partner und ehrenamtlichen Helfer: z.B. Förderverein Holzstraße e. V.
- Begehbare Musterzelle!

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Holzstr.29

65197 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 41 41 26

Fax: 06 11 - 41 41 41

E-Mail: poststelle@jva-wiesbaden.justiz.hessen.de

„KINDERLEICHT on tour“ des Bundesernährungsministeriums BMELV

„KINDERLEICHT on tour!“ macht Ernährung und Bewegung zum lebendigen Thema

Sport ist langweilig und Schokolade ein prima Pausenbrot! Kinder, die davon überzeugt sind, haben oft ein Problem mit ihrer Fitness und manchmal auch mit ihrer Kleidergröße. Um die Verbreitung von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen zu stoppen, macht sich das Bundesernährungsministerium u.a. mit der Kampagne „Besser essen. Mehr bewegen. KINDERLEICHT“ für die Prävention stark. Im Rahmen von „KINDERLEICHT Regio“ entwickeln und erproben 24 lokale Netzwerke vielfältige Ansätze, um einen gesunden Lebensstil bei Kindern zu fördern. Das Modul „KINDERLEICHT on tour!“ ist mobil und kümmert sich bei der mehrjährigen Städtetour der Gesundheitsinitiative „Deutschland bewegt sich!“ um das Thema Ernährung: Im Sommer 2007 werden rund 20 Städte zu Schauplätzen großer Wochenend-Events, bei denen der KINDERLEICHT-Aktionspavillon zu einem einfallreichen Infotainment-Programm einlädt. Für eine breite Streuung und nachhaltige Implementierung greift ein Rahmenprogramm von der DGE, den Verbraucherzentralen und weiteren Partnern die Inhalte Ernährung und Bewegung vor und nach dem Marktplatz-Event auf: mit Fortbildungen für den Kita- und Schulbereich, Lehrerworkshops und Aktionen für Schüler. Die Jugendkampagne Talking Food begleitet die Städtetour im Internet und mit der Aktion „Werde Talking Food-Scout“.

Kontakt:

„KINDERLEICHT on tour“ des
Bundesernährungsministeriums BMELV

Friedrich-Ebert-Str.3

53177 Bonn

Telefon: 02 28 - 8 49 91 25

Fax: 02 11 - 8 28 08 59

E-Mail: kinderleicht-on-tour@web.de

Webseite: www.kinder-leicht.net

Kohl-Verlag

Seit vielen Jahren hat der Kohl-Verlag humorvolle Lehr- und Lernmittel für alle Altersstufen und Schularten zu bieten. Dabei sind die Kopiervorlagen sowohl in der Freiarbeit als auch im Regelunterricht einsetzbar. Zu den Klassikern des Sortimentes zählen z.B. das Lesetraining, Lernwerkstätten oder das beliebte und bewährte Mathe zum Schmunzeln. Die originelle Gestaltung und das durchdachte Konzept der Arbeitsblätter wirken überzeugend und haben sich in der Praxis bewährt. Fast alle Fachbereiche werden durch abwechslungsreiche Titel abgedeckt.

Kontakt:
Kohl-Verlag
Postfach 7128
50150 Kerpen-Buir
Telefon: 22 75 - 33 16 10 (-11)
Fax: 22 75 - 331 6 12
E-Mail: Info@kohlverlag.de
Webseite: www.kohlverlag.de

Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark

Der kommunale Präventionsrat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters erstellt Konzepte zur Verhinderung von Kriminalität in Rödermark und koordiniert Programme zur Kriminalprävention mit den im Präventionsrat vertretenen Organisationen, Vereinen und kundigen Bürgern.

Wir informieren über folgende Projekte anhand von Displays, Filmclips und Broschüren:

1. Fünf Jahre Frühwarnsystem „Ringmaster“ in Rödermark – Erfolge und Erfahrungen
2. Präventionsarbeit von Anfang an: Eltern Neugeborener, Krabbelgruppen, Kindergarten und Schule.
3. Präventive Jugendarbeit, z.B. Aufenthaltsplätze für Jugendliche
4. Umfrage bei allen Bürgern zur subjektiven Sicherheitslage in Rödermark in Zusammenarbeit mit dem Verein „Bürger für Sicherheit in Rödermark e. V.“
5. Bürgerengagement für Sicherheit in Rödermark (Ehrenamt)

Kontakt:

Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark
Konrad-Adenauer-Str. 4–8
63322 Rödermark

Telefon: 0 60 74 - 91 18 30

Fax: 0 60 74 - 91 18 88

E-Mail: oa18@roedermark.de

Webseite: www.roedermark.de

Kreisausschuss des Odenwaldkreises

„Kids gegen Gewalt – wir üben dafür“

Gewaltpräventionsprojekt an Schulen im Odenwaldkreis

Unter dem Eindruck einer wachsenden Zahl von Auffälligkeiten bei Kindern in und außerhalb der Schule, wurde 1999 nach intensiven Gesprächen zwischen Jugendgerichtshilfe Odenwaldkreis und Polizeidirektion Erbach nach Ansätzen gesucht, in diesem Sektor präventiv zu arbeiten. Ziel war es, in erster Linie eine Sensibilisierung der Schüler und Lehrer für das Thema „Gewalt“ zu erreichen, damit sie sich über das „soziale Klima“ an ihrer Schule Gedanken machen und gemeinsame Ziele entwickeln.

Im Jahr 2000 startete das Projekt „Kids gegen Gewalt“ an odenwälder Schulen. Um unser Angebot flächendeckend durchführen und für die Schulen feste Ansprechpartner anbieten zu können, haben wir 2 Projektteams gebildet. Sie bestehen aus je einer Mitarbeiterin der Jugendgerichtshilfe und einem Polizeibeamten. Um die persönliche Kontinuität zu gewährleisten, bleibt die Zuordnung der Schulen zum jeweiligen Team konstant. Pro Jahr können wir an 8 Schulen im Odenwald ca. 1 200 Schüler/innen erreichen.

Ziele unseres Konzepts:

Schüler und Lehrer für Formen von Gewalt sensibilisieren; Konfliktwahrnehmung üben; Deeskalationsstrategien erproben; Einfühlungsvermögen entwickeln; Gemeinsamkeiten entdecken; Verantwortung für sich selbst übernehmen und sich mitteilen; Klassensituationen besprechen

Kontakt:

Kreisausschuss des Odenwaldkreises

Michelstädter Str. 12

64711 Erbach/Odenwald

Telefon: 0 60 62 - 7 03 05

Fax: 0 60 62 - 7 04 01

E-Mail: m.walther@odenwaldkreis.de

Kriminalistisches Institut des Bundeskriminalamtes – Technische Kriminalprävention

Die Forschungs- und Beratungsstelle Kriminalprävention im Kriminalistischen Institut des BKA zeigt einige Exponate aus den bisher durchgeführten Biometrieprojekten. Am Stand werden Geräte zur Fingerabdruck-, Handvenen- und Iriserkennung vorgeführt und deren Funktionsweise erklärt. Das BKA untersucht seit einigen Jahren biometrische Verfahren hinsichtlich ihrer Eignung für kriminalpolizeiliche Zwecke.

Kontakt:
Bundeskriminalamt
Thaerstraße 11
65173 Wiesbaden
Telefon: 06 11 - 1 44 41
E-Mail: ki16@bka.bund.de
Webseite: www.bka.de

Kriminalistisches Institut des Bundeskriminalamtes – Verhaltensorientierte Kriminalprävention

Innerhalb der Gruppe „Kriminalistisch- kriminologische Forschung und Beratung“ (KI 1) des Bundeskriminalamtes befasst sich der Fachbereich KI 16 „Forschungs- und Beratungsstelle Kriminalprävention“ (KI 16) u.a. mit der verhaltensorientierten Kriminalprävention. Arbeitsfelder sind der „Wissenschaftliche Informationsdienst Kriminalprävention“ („Infopool Prävention“, <http://infodok.bka.de>), die „Gremienarbeit“ (Mitgliedschaft des Bundeskriminalamtes in der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) und der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention (PL PK) und „Präventionsbezogene Schwerpunktthemen“ (U.a. Evaluationen/Standards in der Kriminalprävention, Internet, Kinder- und Jugenddelinquenz)“.

Kontakt:

Bundeskriminalamt Wiesbaden -KI16-

Thaerstraße 11

65193 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 55 - 0

E-Mail: KI16@bka.bund.de

Webseite: www.bka.de

Kriminalpräventive Gremien der Städte Mainz, Koblenz und Ludwigshafen

Auf 90 Kommunen ist die Zahl der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz, die ein kriminalpräventives Gremium ins Leben gerufen haben, bislang angewachsen. Ein Ziel wird es weiterhin bleiben, ein flächendeckendes Netz von „Krimiräten“ in Rheinland-Pfalz zu installieren.

Die Städte Mainz, Koblenz und Ludwigshafen präsentieren an einem gemeinsamen Stand die Projekte und Initiativen ihrer kriminalpräventiven Räte:

Kontakte:

Kommunaler Präventivrat der Stadt Mainz
Büro des Oberbürgermeisters
Rathaus, Zimmer 242
55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 - 12 25 44
Mail: Alexandra.Barth@stadt.mainz.de

Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“, Koblenz
Geschäftsstelle Ordnungsamt Koblenz
Ludwig-Erhard-Straße 3
56073 Koblenz
Tel.: 02 61 - 1 29 44 60
Mail: marcus.uhrmacher@stadt.koblenz.de

Rat für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen
Dezernat Soziales, Integration und Sport
Europaplatz 1
67059 Ludwigshafen
Tel: 06 21 - 5 04 27 07
Mail: Angelika.Stock@ludwigshafen.de

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Dresden

Der Kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Dresden stellt sich mit 2 seiner Kooperationspartner, der Jugendgerichtshilfe des Jugendamtes der Landeshauptstadt Dresden sowie des Fachdienstes Prävention der Polizeidirektion Dresden, vor.

Kontakt:

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden

Telefon: 03 51 - 4 88 20 33

Fax: 03 51 - 4 88 23 92

E-Mail: [Geschaeftsbereich-Ordnung-Sicherheit@
Dresden.de](mailto:Geschaeftsbereich-Ordnung-Sicherheit@Dresden.de)

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

Seit der Einrichtung eines Kriminalpräventiven Rates (KPR) im Jahr 1994 bestand in Düsseldorf Einvernehmen, dass die ressortübergreifende Vernetzung und die Beteiligung von Bürgerschaft und anderen Kooperationspartnern eine wesentliche Grundlage kommunaler Kriminalprävention darstellt. Im Bereich der Arbeit für und mit Kindern und Jugendlichen ist diese Vernetzung beispielhaft u.a. mit dem „DJ-Team“ und der JVA-Vernetzungsgruppe gelungen, die sich gemeinsam mit dem KPR am Infostand präsentieren.

Das „DJ-Team“ steht für das Düsseldorfer Jugendschutzkonzept des Ordnungsamtes. Das Konzept basiert auf den geltenden Jugendschutzbestimmungen und richtet sich sowohl an die zu schützende Zielgruppe, als auch an Eltern, Lehrer und Gewerbetreibende und setzt den Schwerpunkt auf den „gewerblichen“ Jugendschutz. Die enge Verzahnung aller mit dem Thema befassten Stellen zu einem handlungsfähigen Netzwerk ist sichergestellt.

Mit Unterstützung des KPR wurde 2003 eine Vernetzungsgruppe gegründet, an der neben städtischen Ämtern, Polizei und Fachbereichen der JVA, kirchliche und soziale Institutionen und Vertreter aus den Düsseldorfer Ratsfraktionen beteiligt sind. Zu den wesentlichen Aufgaben der Vernetzungsgruppe gehört die frühzeitige und umfassende Betreuung während und nach der Haftzeit. Dies prognostiziert eine deutliche Verminderung der Rückfallquote bei den Inhaftierten, die nach ihrer Entlassung häufig in Düsseldorf bleiben.

Kontakt:

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
c/o Büro Beigeordneter Leonhardt
40200 Düsseldorf

Telefon: 02 11 - 8 99 69 61

Fax: 02 11 - 8 92 90 03

E-Mail: kriminalpraevention@stadt.duesseldorf.de

Kriminaltechnisches Institut des Bundeskriminalamtes

Das Kriminaltechnische Institut des Bundeskriminalamtes präsentiert seine Aufgaben anhand zweier ausgewählter Themenfelder in denen kriminaltechnische Arbeit mit präventiver Zielrichtung betrieben wird.

Der Fachbereich Explosivstoffe, Sprengvorrichtungen, Elektronik erläutert die Möglichkeiten zur Detektion und Identifikation von Sprengstoffen. Dies wird mit einem typischen Sprengstoffdetektionsgerät an einem Beispiel unter Einbindung der Besucher demonstriert. Zusätzlich werden Beispiele aus der kriminaltechnischen Arbeit im Zusammenhang mit Sprengstoffen gezeigt.

Die Fachgruppe Urkunden im Kriminaltechnischen Institut des BKA zeigt Beispiele aus Ihren Projekten zur Entwicklung von Präventionstechniken im Dokumentenbereich. Es wird das Sicherheitskonzept und die Funktionsweise elektronischer Pässe mit darin gespeicherten biometrischen Merkmalen demonstriert und die Bund-Länder-Bilddatenbank über echte und gefälschte Ausweisdokumente und Stempel vorgeführt.

Kontakt:

Kriminaltechnisches Institut des Bundeskriminalamtes

Thaerstraße 11

65173 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 55 - 0

E-Mail: info@bka.de

Webseite: www.bka.de

Landeshauptstadt Wiesbaden – Amt für Soziale Arbeit

Unter dem Slogan BILDUNG IST UNSERE STÄRKSTE WAFFE. Nelson Mandela. greift das Amt sein fachliches Schwerpunktthema 2006/07 auf:

Bildung heißt: immer eine Chance haben – auch „bildungsferne“ Kinder und Jugendliche.

Verschiedene internationale, nationale und kommunale Studien und Berichte (z.B. PISA, Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden) machen deutlich, dass sich soziale Kommunalpolitik viel stärker als bislang schon mit Bildung und Bildungschancen beschäftigen muss.

Daher hat das Amt das Programm entwickelt, die Kompetenzen und Bildungsergebnisse von solchen Kindern und Jugendlichen zu verbessern, die bisher Bildung als Privileg anderer begreifen. Dies schließt sowohl die frühkindliche Erziehung, als auch die Elternbildung mit ein.

Mit dem Fokus auf d. Schwerpunktthema des 12. DPT konzentriert sich die Präsentation auf Jugendliche. Unter diesem Aspekt präsentieren die Abteilungen Jugendarbeit, Bezirkssozialarbeit und Schulsozialarbeit gem. von ihnen selbst durchgeführte bzw. finanzierte Angebote und Leistungen. Die medienpädagogisch aufbereitete Präsentation bietet den Besuchern die einfache Möglichkeit, sich interaktiv anschaulich und schnell zu informieren.

Die drei Abteilungen arbeiten auch kontinuierlich in der AG Prävention des Wiesbadener Präventionsrats u. seinen Unterarbeitsgruppen mit. Sie sind zugleich dem Arbeitskreis „Dialog Jugendhilfe und Polizei“, einem Gremium aus Vertreter/-innen des Amtes und der Wiesbadener Polizei, angeschlossen.

Kontakt:

Landeshauptstadt Wiesbaden – Amt für Soziale Arbeit
Kurt-Schumacher-Ring 2
65195 Wiesbaden

Telefon: 0611-312566

Fax: 0611-313998

E-Mail: daniela.schaedler@wiesbaden.de

Webseite: www.wiesbaden.de

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

easi ist ein Kunstwort: Erlebnis für Kinder und Jugendliche, die für Ihre Entwicklung Räume für Erfahren und Erproben benötigen; Aktion und Spaß bei einem Markt der Möglichkeiten zum aktiven Kennenlernen; Information zu den Problembereichen Sucht und Gewalt.

Mit easi bietet das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz Kommunen, Institutionen und Organisationen des Landes ein interessantes Veranstaltungspaket: einen Markt der Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler der Orientierungsstufe (5. und 6. Klassen) sowie verschiedene Informationsveranstaltungen für Erziehungsverantwortliche und Multiplikatoren. Sucht-/ Drogen- und Gewaltprävention sind die Themen. Der jugendlichen Zielgruppe werden vielfältige Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung in ihrem Lebensumfeld vorgestellt.

easi gelingt immer dann, wenn alle Schulen, die Gemeinde und möglichst viele Vereine und Organisationen das Konzept aufnehmen und zu ihrer eigenen Sache machen. In zahlreichen Städten und Gemeinden ist easi zu einem festen Punkt im Jahresablauf geworden. Die Nachfrage steigt kontinuierlich. Im Jahre 2003 wurde eine easi-Veranstaltung beispielhaft evaluiert. Der Bericht ist unter www.polizei.rlp.de/ Vorbeugung als pdf-Datei eingestellt.

Am Infostand wird die Möglichkeit angeboten, praktische Erfahrungen und Umsetzungsmöglichkeiten für den eigenen Bereich zu besprechen.

Kontakt:
Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Valenciaplatz 1-7
55118 Mainz
E-Mail: lka.dez45@polizei.rlp.de

Landeskriminalamt Sachsen

Präsentation von sächsischen Präventionsprojekten

Im Vordergrund der diesjährigen sächsischen Präsentation steht der vom Sächsischen Staatsministerium des Innern ausgelobte Präventionspreis zum Wettbewerbsthema: „Präventionsprojekte im Rahmen der Zusammenarbeit von Polizei und Schulen“. Das Motto gliedert sich hervorragend in den 12. DPT ein.

Es beteiligten sich alle Polizeidienststellen des Freistaates Sachsen und diese reichten insgesamt 23 Projekte ein.

Die sächsische Polizei präsentiert hier Projekte die auf dem Präventionsforum „Schule und Polizei“ 2006 in Leipzig mit dem Präventionspreis ausgezeichnet wurden.

- „Schule der Toleranz“ – ein Projekt der Polizeidirektion und des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Leipzig
- „Von Piccoloflöte bis Tuba“ – ein Projekt der LPD ZD Sachsen,
- „Aufgepasst – Kinder unterwegs“ – ein Projekt des Polizeireviers Schönfeld-Weißig der PD Dresden
- „Starke Kinder“ – ein Projekt des Polizeireviers Görlitz der PD Oberlausitz-Niederschlesien
- „Mit Grips gegen Gewalt“ – ein Projekt des Fachdienstes Prävention der PD Westsachsen
- „Interaktive Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Lehrpersonal und Polizei im Bereich der Drogen- und Gewaltprävention“ ein Projekt des Fachdienstes Prävention der PD Chemnitz-Erzgebirge

Kontakt:

Landeskriminalamt Sachsen

Neuländerstr. 60

01129 Dresden

Telefon: 03 51 - 8 55 - 0

Fax: 03 51 - 8 55 - 20 66

E-Mail: lka@polizei.sachsen.de

Webseite: www.polizei.sachsen.de

Landespolizeiamt Schleswig-Holstein

„Alles im Griff“ – Ein Konzept zur Gewaltprävention für Kinder und Jugendliche ab 11 Jahre –

Thema: Gefahren beim Umgang mit Böllern und anderen Explosivstoffen

Kontakt:

Landespolizeiamt Schleswig-Holstein

Mühlenweg 166

24116 Kiel

Telefon: 04 31 - 1 60 - 6 55 55

Fax: 04 31 - 1 60 - 6 14 19

E-Mail: Kiel.lpa141@polizei.landsh.de

Webseite: www.polizei.schleswig-holstein.de

Landespräventionsrat Hessen

Die Ausstellung soll einen Hinweis auf die Tätigkeit des Landespräventionsrates Hessen und insbesondere einen Einblick in die Arbeit seiner neun Arbeitsgruppen („Gewalt und Minderheiten“, „Gewalt im häuslichen Bereich“, „Prävention für ältere Menschen“, „Jugendkriminalität“, „Ladendiebstahl“, „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“, „Bekämpfung illegaler Graffiti“, „Neue Technologien“ und „Vernachlässigung von Kindern“) geben. Zudem wird sich die im Februar 2006 im Justizministerium eingerichtete Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt präsentieren. Die Vorsitzenden der einzelnen Arbeitsgruppen sowie die Leiterin der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt werden zu unterschiedlichen Zeiten zu Gesprächen am Stand zur Verfügung stehen. Ferner wird Gelegenheit sein, Informationen zur Tätigkeit der „Stiftung Resozialisierungsfonds für Straffällige“ zu erhalten, deren Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich Schuldenregulierung ehemals Straffälliger – als zentraler Bestandteil der Rückfallprävention – angesiedelt ist.

Kontakt:

Landespräventionsrat Hessen

Luisenstraße 13

65185 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 32 27 09

Fax: 06 11 - 32 26 19

E-Mail: dagmar.paulmichl@hmdj.hessen.deWebseite: www.landespraeventionsrat.hessen.de

Landespräventionsrat Niedersachsen

„Besser ist es, den Verbrechen vorzubeugen als sie zu bestrafen.“ Dieses Zitat von Cesare Beccaria (1738–1974) gilt als Maxime für eine ganzheitliche Denk- und Haltungseinstellung in der präventiven Arbeit des Landespräventionsrates Niedersachsen.

Der Landespräventionsrat Niedersachsen versteht seine Arbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur von staatlichen Stellen und von einzelnen, sondern von vielen gesellschaftlichen Kräften geleistet werden muss. Es ist daher sein Selbstverständnis, alle mit Kriminalprävention befassten Gruppen an dieser Aufgabe zu beteiligen. Im Landespräventionsrat Niedersachsen sind rund 250 Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen, dazu gehören kommunale Präventionsgremien und Fördervereine, landesweit tätige nichtsstaatliche Organisationen sowie Ministerien des Landes.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen

Am Waterlooplatz 5 A

30169 Hannover

Telefon: 05 11 - 1 20 - 52 56

Fax: 05 11 - 1 20 - 52 72

E-Mail: michael.hoff@mj.niedersachsen.de

Webseite: www.lpr.niedersachsen.de

Landespräventionsrat Sicherheits- offensive Brandenburg

Der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg (LPR) wurde am 21. März 2000 gegründet.

Der LPR will durch sein Wirken zur Weiterentwicklung der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention beitragen. Deshalb verknüpft und koordiniert er die personellen, institutionellen und materiellen Möglichkeiten staatlicher, gesellschaftlicher und privater Organisationen sowie das Engagement der Bürger miteinander.

Die Aufgaben des LPR sind u.a. die Politikberatung; die Zusammenführung von Personen und Institutionen aus unterschiedlichsten Bereichen und Aufgabenfeldern, die zur Kriminalprävention beitragen können; die Unterstützung der kommunalen Räte der Kriminalitätsverhütung; die Entwicklung, Unterstützung und Durchführung von Präventionsmaßnahmen; die Erarbeitung und Veröffentlichung von Publikationen zur Kriminalprävention sowie die Erforschung von Kriminalitätsursachen.

Der LPR wird durch den Vorstand nach außen vertreten. Dieser besteht aus dem Minister des Innern als Vorsitzendem, der Ministerin der Justiz, dem Minister für Bildung, Jugend und Sport und der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie. Das Plenum des LPR setzt sich derzeit aus 92 staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Einrichtungen, Organisationen, Vereinigungen und Verbänden zusammen.

Im LPR wirken bei der Umsetzung der Aufgaben die Arbeitsgruppen Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz/Jugend-schutz; Drogenkriminalität; Kommunale Netzwerke und Opfer-schutz/Opferhilfe.

Kontakt:

Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13

14467 Potsdam

Telefon: 03 31 - 8 66 24 82

Fax: 03 31 - 8 66 28 60

E-Mail: lpr@mi.brandenburg.de

Webseite: www.landespraeventionsrat.brandenburg.de

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein

Um die gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln, gemeinsame Konzepte und Projekte zur Reduzierung von Kriminalitätsursachen zu entwickeln und auf kommunaler Ebene für diese Idee zu werben, wurde im Oktober 1990 in Schleswig-Holstein – erstmals in Deutschland – der Rat für Kriminalitätsverhütung (Landes-Rat) gegründet.

Mittlerweile gibt es in über 90 schleswig-holsteinischen Städten und Gemeinden kommunale kriminalpräventive Räte. Gemeinsam sollen Bedingungen geschaffen werden, in denen Anreize zur Kriminalitätsbegehung verringert, die Hemmschwelle, Mitmenschen Schaden zuzufügen, erhöht, das Rechtsbewusstsein und die Bereitschaft der Menschen für einander einzutreten, gestärkt werden. Eine wichtige Aufgabe des Landes-Rates ist darüber hinaus die Politikberatung, die sich auch in den kriminalpräventiven Konzepten widerspiegelt, die von Arbeitsgruppen des Landes-Rates konzipiert worden sind (siehe www.kriminalpraevention-sh.de).

Kontakt:

Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 04 31 - 9 88 31 56

Fax: 04 31 - 9 88 31 04

E-Mail: rfk-sh@im.landsh.de

Webseite: www.kriminalpraevention-sh.de

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK) wurde 1994 gegründet, um die staatlichen und nichtstaatlichen Aktivitäten im vorbeugenden Kampf gegen die Kriminalität landesweit zu koordinieren und zu vernetzen. Durch ihre aktive Mitwirkung in einem der Gremien des Landesrates bzw. ihre Teilnahme an kriminalpräventiven Projekten werden z.Z. mehr als 90 Behörden, Einrichtungen, Organisationen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Kirchen, Medien und Einzelpersonen als Mitglieder des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung gezählt.

Der LfK sieht seine Aufgaben vor allem darin,

- gesamtgesellschaftlichen Sachverstand und Initiativen zu bündeln,
- Vorschläge und Empfehlungen für die Landesregierung zu erarbeiten (Politikberatung),
- den Aufbau und die Tätigkeit der kommunalen Präventionsräte zu unterstützen,
- lokale Präventionsprojekte zu fördern und
- die länderübergreifende Zusammenarbeit auszubauen.

Gremien des LfK sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand, der Beirat, z.Z. acht Arbeitsgruppen sowie die Geschäftsstelle.

Vorsitzender des LfK ist Innenminister Lorenz Caffier.

Der Infostand gibt einen Überblick über Struktur, Aufgaben, Arbeitsweise und Ergebnisse des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung MV.

Kontakt:

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung

Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 1

19048 Schwerin

Telefon: 03 85 - 5 88 24 60

Fax: 03 85 - 5 88 24 87

E-Mail: lfk@kriminalpraevention-mv.de

Webseite: www.kriminalpraevention-mv.de

Landeszusammenschluss für Straffälligenhilfe in Hessen

Der Landeszusammenschluss für Straffälligenhilfe in Hessen dient dem Ziel der Wiedereingliederung von straffällig gewordenen Menschen.

Er ist ein Netzwerk von Einrichtungen und Vereinigungen der Sozialarbeit aus dem Bereich der Haftentlassenenhilfe, der Bewährungshilfe, des Justizvollzugs.

Er bietet ein Forum zu Erfahrungsaustausch und gegenseitiger Anregung, zur Meinungsbildung und zur Vorbereitung von Lösungsvorschlägen zu den Problemlagen inhaftierter Menschen.

Sein Auftrag ist auch die gezielte Information der Öffentlichkeit.

Kontakt:

Landeszusammenschluss für Straffälligenhilfe in Hessen
Arnsburgerstr. 58a

60385 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 - 9 45 05 20

Fax: 0 69 - 94 50 52 52

E-Mail: kontakt@lz-hessen.de

Webseite: www.lz-hessen.de

LKA Brandenburg

Dargestellt werden soll das Präventionsangebot der Polizei des Landes Brandenburg.

Insbesondere eigene Präventionsmaterialien, wie die DVD-Reihe „Hast Du noch was vor?“, ein Hausaufgabenheft mit Präventionsinhalten, eine Broschüre zum Rechtsextremismus und der Internetauftritt des LKA BB sollen im Zentrum des Auftritts stehen.

Kontakt:

LKA Brandenburg

Tramper Chaussee 1

16225 Eberswalde

Telefon: 033 34 - 3 88 - 23 92

Fax: 033 34 - 3 88 - 26 09

E-Mail: praevention01.lkaew@olizei.brandenburg.de

LKA Mecklenburg-Vorpommern

Vorgestellt werden soll der Schulwettbewerb „ Wir in Mecklenburg-Vorpommern, fit und sicher in die Zukunft“. Hierbei handelt es sich um ein Schulprojekt, das auf 10 Jahre angelegt ist und von vier Partnern (LSB, AOK, LKA MV und ANTENNE) initiiert wird. Das Projekt befindet sich im 6.Jahr und wird durch die Uni Greifswald evaluiert.

Kontakt:

LKA Mecklenburg-Vorpommern

Rentgendorfer Str. 09

19067 Rampe

Telefon: 0 38 66 - 64 61 23

Fax: 0 38 66 - 64 61 02

E-Mail: fit-und-sicher@lka-mv.de

M.E.L.I.N.A Inzestkinder/Menschen aus VerGEWALTigung e. V.

M.E.L.I.N.A Inzestkinder/Menschen aus VerGEWALTigung e. V. ist ein gemeinnützig anerkannter Verein, der sich für Inzestopfer und die Rechte deren daraus geborener Kinder einsetzt. Die Arbeit basiert auf der UN-Kinderrechtskonvention. Der Verein feierte sein zehnjähriges Bestehen.

Kontakt:

M.E.L.I.N.A Inzestkinder/Menschen
aus VerGEWALTigung e. V.

Paul-Lincke-Straße 28

70195 Stuttgart

Telefon: 07 11 - 3 58 05 71

Fax: 07 11 - 3 58 05 72

E-Mail: Melina.eV@t-online.de

Webseite: www.melinaev.de

Männer gegen MännerGewalt®

Beratungstellen Männer gegen MännerGewalt®. Wir bieten seit 1988 Gewaltberatung nach dem Hamburger Modell (GHM®) an: Beratung von gewalttätigen Männern in über 25 Einrichtungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, präventive Gewaltpädagogik mit gewalttätigen Jungen und Elterncoaching.

www.gewaltberatung-hamburg.org

Das Institut für Gewaltberatung bietet Beratung zu folgenden Themen an: Gewalt in Partnerschaft, Beruf und Alltag. Gewalt mit und unter Jugendlichen. Information für Fachleute und interessierte Bürger.

www.gewaltberatung-berlin.de

Kontakt:

Männer gegen MännerGewalt

Lindenstrasse 27

20099 Hamburg

Telefon: 0 40 - 2 20 12 77

Fax: 0 40 - 22 12 60

E-Mail: hamburg@gewaltberatung.org

Webseite: www.gewaltberatung-hamburg.org

Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz – Leitstelle „Kriminalprävention“

Seit nunmehr 10 Jahren fördert die Leitstelle „Kriminalprävention“ beim Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz den gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Kriminalprävention. Sie initiiert, koordiniert und unterstützt ungezählte Projekte und Initiativen auf Landes- und Kommunalebene.

Als Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Rheinland-Pfalz und des Fördervereins „Kriminalprävention in Rheinland-Pfalz e.V.“ bietet die Leitstelle eine wichtige Servicefunktion für die rheinland-pfälzische Präventionsarbeit.

Kontakt:

Ministerium des Innern und für Sport des Landes
Rheinland-Pfalz – Leitstelle „Kriminalprävention“

Wallstraße 3
55122 Mainz

Telefon: 0 61 31 - 16 37 08

E-Mail: stefanie.adam@ism.polizei.rlp.de

MOBOTIX

MOBOTIX entwickelte 1999 die erste wetterfeste Webcam mit digitalen Bildsensoren und integriertem PC und beeinflusste damit entscheidend die Zukunft der Video-Überwachung. So ist MOBOTIX bislang der einzige Hersteller, der hochauflösendes und flüssiges Video mit 960 anstatt der üblichen 288 Zeilen und mit Ton speichern kann. Die neue Technologie ist leistungsfähiger und hat entscheidende Vorteile: sie ist kostengünstiger als die traditionelle CCTV-Technik und multifunktionaler aufgrund des integrierten Rechners und Netzwerk-Anschlusses.

Der Einsatz hochauflösender Kameras erlaubt vor allem die Speicherung aussagefähigerer und beweiskräftigerer Bilder als üblich. Eine MOBOTIX-Kamera zeichnet rund 12-mal mehr Details auf als 95 % aller bestehenden Video-Anlagen weltweit. In den meisten Fällen ersetzt eine MOBOTIX-Kamera mehrere Standard-Systeme. Die hohe Detailauflösung mindert die Anzahl der Kameras und minimiert durch eine reduzierte Leitungsverlegung und Notstrom-Versorgung sowie durch weniger Aufzeichnungsgeräte auch erheblich die Systemkosten.

Die robusten glasfaserverstärkten Gehäuse, der breite Einsatztemperaturbereich von -30° bis $+60^{\circ}$ C ohne Lüftung oder Heizung sowie der Verzicht auf mechanisch bewegte Teile begründe die hohe Zuverlässigkeit der MOBOTIX-Kameras unter allen Umgebungsbedingungen.

MOBOTIX-Kameras eignen sich für große Anlagen wie auch wegen der integrierten Ereignis-, Speicher-, Alarm- und Telefoniefunktionen für kleinere geschäftliche und private Anwendungen.

Kontakt:

MOBOTIX

Luxemburger Str. 6

67657 Kaiserslautern

Telefon: 01 63 - 30 33 - 1 20

Fax: 06 31 - 30 33 - 1 90

E-Mail: ulrich.doerr@mobotix.com

Webseite: www.mobotix.de

Opferentschädigungsverein Ausgleich e. V.

Der Verein Ausgleich hat sich zum Ziel gesetzt, Opfern aus Straftaten auch dann zu einer Befriedigung ihrer materiellen Ansprüche zu verhelfen, wenn die Straftäter nicht zahlungsfähig sind. Zu diesem Zweck sammelt der Verein Geldbußenzuweisungen, die zur Schadenswiedergutmachung eingesetzt werden. Den nicht zahlungsfähigen Straftätern wird durch die Gerichte im LG-Bezirk Göttingen oder durch die StA gemeinnützige Arbeit zur Schadenswiedergutmachung nach dem Umrechnungsschlüssel 1 Stunde Arbeit = 8 € Schadenswiedergutmachung auferlegt. Sie leisten entsprechende Arbeitsstunden in gemeinnützigen Einrichtungen. Nach Erledigung dieser Stunden erfolgt durch den Verein aus Vereinsmitteln eine Schadenszahlung an die Opfer. Der Verein besteht seit 10 Jahren und hat mittlerweile über 300 000 € Schadenszahlungen geleistet. Diese Gelder hätten die Geschädigten sonst nicht erhalten oder mühselig und oftmals erfolglos zivilrechtlich Beitreiben müssen. Für die Täter erhält durch diese Kombination mit Schadenswiedergutmachung die oftmals als sinnentleert erlebte gemeinnützige Arbeit eine neue Qualität (aktive Schadenswiedergutmachung durch eigene Arbeit, Auseinandersetzung mit den Folgen der Tat, Aufwertung der Opfer).

Kontakt:

Opferentschädigungsverein Ausgleich e. V.

Reinhäuser Landstr. 10

37083 Göttingen

Telefon: 05 51 - 4 03 11 81

Fax: 05 51 - 5 07 63 26

E-Mail: ReinhardKoch@lg-goe.niedersachsen.de

pad e. V.

Der pad e. V. ist beim 12. DPT vertreten durch das Projekt Schadenswiedergutmachung/Opferfonds-Graffiti, das seit 1996 erfolgreich jugendliche bzw. heranwachsende Ersttäter im Alter von 14–21 Jahren aus dem urbanen Großraum Berlin und Brandenburg, die nachweislich Sachbeschädigungen in Form von Graffiti, Scratchen, Edding und anderen Arten des Vandalismus im Bereich des öffentlichen Personalverkehr sowie bei anderen Unternehmen begangen haben, betreut.

Kontakt:
pad e. V.
Ahrenshooper Str. 7
13051 Berlin
Telefon: 030-9200025
Fax: 030-9245219
E-Mail: gsw@padev.de
Webseite: www.padev.de

PAG Institut für Psychologie AG Triple P – Deutschland

Triple P (Positiv Parenting Programm) ist ein wissenschaftlich fundierter und präventiv ausgerichteter Ansatz mit dem Ziel, die elterliche Beziehungs- und Erziehungskompetenz zu stärken, um so die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern sowie die Prävalenz und Inzidenz von emotionalen und Verhaltensauffälligkeiten zu reduzieren.

Das Programm zeigt Eltern Wege auf, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern, sie dabei zu unterstützen, die altersspezifischen Anforderungen zu meistern sowie auf kindliches Verhalten konstruktiv und nicht verletzend zu reagieren. Der Mehr-Ebenenansatz umfasst verschiedene Angebote in unterschiedlichen Modalitäten (Einzelkontakte, Gruppenangebote, Selbsthilfematerialien). Triple P gibt es für Eltern von Kindern bis 12 Jahren und für Eltern von Jugendlichen. Triple P verfolgt dabei durchgängig das Prinzip der Suffizienz (Prinzip der minimalen Intervention), d.h. Eltern sollen genau soviel Unterstützung erhalten, wie sie benötigen, um eine gesunde Entwicklung ihres Kindes fördern zu können. Die Selbstregulation elterlicher Kompetenzen ist ein zentrales Konzept des Ansatzes. Der multidisziplinäre und gemeindenahere Fokus ermöglicht eine große Breitenwirksamkeit und erlaubt niedrigschwellige, nicht stigmatisierende Angebote überall dort zu machen, wo Eltern sich mit ihren Fragen zur Erziehung hinwenden. Die Wirksamkeit des Mehr-Ebenenansatzes und seiner Bestandteile wurde in mehr als hundert Studien nachgewiesen.

Kontakt:

PAG Institut für Psychologie AG Triple P – Deutschland

Nordstraße 22

48149 Muenster

Telefon: 02 51 - 51 89 41

Fax: 02 51 - 20 07 92 00

E-Mail: info@triplep.de

Webseite: www.triplep.de

People's Theater e. V.

VEREINSGRÜNDUNG: 2001. JUGENDPROJEKTE: über 250. PEOPLE'S THEATER SHOWS: über 2000. SCHIRMHERREN: Offenbacher OB Horst Schneider, Landrat des Kreises Offenbach Peter Walter. Der gemeinnützige Verein People's Theater aus Stadt und Kreis Offenbach hat sich zum Ziel gesetzt, Selbst- und Sozialkompetenzen bei Jugendlichen und Kindern zu fördern und somit in Schulen schwerpunktmäßig Gewaltprävention zu betreiben sowie Integrationsprozesse anzustoßen. Ein wesentliches Element ist die People's Theater Show, die mit Hilfe von Talkshow- und Theaterelementen auf unterhaltsame Weise Konflikte behandelt, mit dem Ziel gemeinsam mit dem Publikum positive Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Projekte des Vereins werden von ca. 15 Jugendlichen im Alter von 18–25 Jahren durchgeführt, die ein Jahr ihres Lebens ehrenamtlich in den Dienst der Gesellschaft stellen und vollzeitlich im Verein arbeiten. Lediglich Kost und Logis werden vom Verein übernommen. AUSZEICHNUNGEN: 2007 Dr. Ippen Stiftungspreis „Integration an Schulen“; 2006 Bundessieger vom soz. Ideenwettbewerb „startsocial“ aus 560 Teilnehmern unter Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin Angela Merkel; 2006 Integrationspreis der Stadt Offenbach; 2005 „Bündnis für Demokratie & Toleranz gegen Extremismus und Gewalt“ – Eine Initiative der Bundesregierung; 2004 „Kreativ für Toleranz – Victor Klemperer Preis“ (Otto Schilly); 2004 Auszeichnung durch Bundeskanzler Gerhard Schröder im Rahmen von „Start Social“.

Kontakt:

People's Theater e. V.

Offenthaler Str. 75

63128 Dieteznbach

Telefon: 0 60 74 - 3 01 40 41

Fax: 0 60 74 - 3 01 40 49

E-Mail: info@peoples-theater.de

Webseite: www.peoples-theater.de

PiT-Hessen

PiT-Hessen ist das Gewaltpräventionsprogramm der Hessischen Landesregierung im Netzwerk gegen Gewalt und basiert ausschließlich auf Gewaltlosigkeit. Es macht die Kooperation von Schule, Polizei und Jugendhilfe zur Grundlage seines Handelns und verfolgt folgende drei Ziele:

- Teambildung von Schule, Polizei und Jugendhilfe
- Trainings mit Schülerinnen und Schülern
- Impulse für die Personal-, Organisations- und Konzeptentwicklung insbesondere in der Schule geben

Drei Jahre wurde in Frankfurt am Main und Offenbach die Praxistauglichkeit von PiT-Hessen in einem Modellprojekt erprobt und evaluiert. Ab Sommer 2007 geht PiT-Hessen in die Fläche. 23 neue Teams beginnen.

Hinweis auf das Schwerpunktthema am 19.6. um 14 Uhr im Saal 12c

Kontakt:
PiT-Hessen
Maximilianstr. 5
60385 Frankfurt am Main
Telefon: 01 77 - 3 27 66 59
E-Mail: d.friedrichs@pit-hessen.de
Webseite: www.pit-hessen.de

Polizeidirektion Traunstein

Vorgestellt wird das neu entwickelte und wissenschaftlich evaluierte Mal- und Geschichtenbuch der Polizeidirektion Traunstein zur Kriminalprävention Zielgruppe: Kinder im Vorschulalter (Kindergarten ca. 6 Jahre) bis einschließlich dritte Klasse Grundschule (ca. 10 Jahre). In dem Heft, durch das ein kleiner Polizist führt, wird in sehr gefälligen Comiczeichnungen, die Kinder und Erwachsene ansprechen, in 9 verschiedenen Geschichten, die insgesamt ein Ganzes geben, folgende Thematik angesprochen:

- Gefährliche Fundsachen
- Gute Freunde können auch anders sein (Integration)
- Die Mutprobe (Eigentum)
- Gewalt
- Erpressung
- Nein sagen (Sexualdelikte, nicht mit Fremden mitgehen)
- Das gute und das schlechte Geheimnis
- Sich von schlechtem Umgang trennen
- Die große Chance – ein Neubeginn, zu viel Medienkonsum

Ergänzt wird das Ganze durch ein Brettspiel im Innenteil des Heftes, das die Geschichten aufgreift, sowie pädagogische Tipps für Eltern und Erzieher zur Verwendung des Heftes, Spiele ohne Strom und nicht allein, Adressen für Eltern zur Hilfestellung in Erziehungsfragen und einem Bastelbogen für ein Polizeiauto. Die wissenschaftliche Evaluation (Diplomarbeit) fiel sehr positiv aus. Das Heft wird im Bereich der PD Traunstein flächendeckend von den Jugendbeamten der Polizei im Rahmen eines Unterrichts verteilt. An dem Heft haben verschiedene Institutionen mitgewirkt.

Kontakt:

Polizeidirektion Traunstein

Eugen-Rosner-Str. 2

83278 Traunstein

Telefon: 0 86 63 - 88 17 31

Fax: 0 86 63 - 88 17 19

E-Mail: traunstein.pd.praevention@polizei.bayern.de

Webseite: polizei.bayern.de

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) dient der Polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit mit kriminalpräventiver Ausrichtung. Wir unterstützen mit Medien, Maßnahmen und Konzepten die Polizeidienststellen bei ihren Aufgaben der polizeilichen und gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention. Dies trägt der Erkenntnis Rechnung, dass Kriminalität überwiegend örtlich entsteht und erlebt wird und deshalb Kriminalprävention mit zielgerichteter Projektarbeit auf kommunaler Ebene auch besonders wirksam betrieben werden kann. Durch die Zielgruppen- und Bedarforientierung des ProPK soll erreicht werden, dass sich Bürger und Polizeibeamte verstärkt um eigene Beiträge zur Kriminalitätsvorbeugung bemühen. Das ProPK richtet sich strategisch an der Überlegung aus, dass der enge Schulterschluss zwischen Bürger und Polizei in Form einer Sicherheitspartnerschaft Grundvoraussetzung jeder vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung ist. Deshalb fordert das ProPK den Bürger zum aktiven Dialog mit seiner Polizei auf und stellt den Service für den Bürger als zentralen Leitgedanken in den Mittelpunkt seiner Kommunikationsarbeit.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
(ProPK)

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

Telefon: 07 11 - 54 01 20 62

Fax: 07 11 - 2 26 80 00

E-Mail: info@polizei-beratung.de

Webseite: www.polizei-beratung.de

Polizeipräsidium Mainz

Präsentation des neuen „BeratungsZentrum Polizei“ in der Mainzer Innenstadt.

Kontakt:
Polizeipräsidium Mainz
BeratungsZentrum Polizei
Fuststraße 4
55116 Mainz
E-Mail: beratungszentrum.mainz@polizei.rlp.de

Polizeipräsidium Osthessen SMOG e. V.

Schule machen ohne Gewalt (SMOG) ist ein Konzept des Polizeipräsidiums Osthessen in enger Kooperation mit dem Förderverein SMOG e. V., um durch repressive und präventive Maßnahmen dem Phänomen der Jugendkriminalität wirksam zu begegnen. SMOG hat sich zur Aufgabe gemacht, Netzwerke in der Prävention und in der Intervention zu errichten, weiter zu entwickeln und zu unterstützen. Durch intensive Präventionsarbeit, insbesondere durch Schulungs- und Informationsveranstaltungen für Eltern und Lehrerkollegien, Vortragstätigkeit anlässlich pädagogischer Tage zum Thema „Gewalt- und Suchtprävention“, Seminarangeboten (Antigewalttrainings, Seminare zum Erkennen und richtigen Verhalten in Angst machenden Situationen, Buslotsen- sowie Streitschlichtertrainings) sowie der flächendeckenden Einführung des Gewaltpräventionsprojektes „faustlos“ in Kindergärten und Grundschulen soll wirksam Vorsorge geleistet werden.

Durch Maßnahmen der Intervention soll unter Beteiligung der Betroffenen, der Eltern, Lehrer, der Schulpsychologen, des Jugendamtes, der Jugendgerichtshilfe und der Polizei ein gesamtgesellschaftlicher Konsens erreicht werden. Dabei bilden die Schaltung einer SMOG-line (geroutete Telefondirektverbindung zu ausgebildeten Jugendsachbearbeitern) und die durch den Verein betriebene Öffentlichkeitsarbeit wesentliche Elemente.

Schule machen ohne Gewalt e. V.
Schlossbergweg 4, 36286 Neuenstein
www.smogline.de, kontakt@smogline.de
Tel.: 0 66 77 - 91 82 11

Kontakt:
Polizeipräsidium Osthessen
Severingstr. 1-7
36041 Fulda
Telefon: 06 61 - 1 05 20 25
Fax: 06 61 - 1 05 20 07
E-Mail: karl-heinz.hofmann3@polizei.hessen.de
Webseite: www.smogline.de

Polizeipräsidium Stuttgart

1999 begann das Modellprojekt „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart die behördenübergreifende Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt/Jugendgerichtshilfe und Amtsgericht unter einem Dach, um das Strafverfahren im Bereich der Jugendkriminalität durch zeitnahe, abgestimmte und parallele Abwicklung zu optimieren. Durch Schaffung von mehr Transparenz im innerbehördlichen Bereich, aber vor allem gegenüber den jungen Tätern, wurde eine effizientere und effektivere Fallbearbeitung möglich. Wissenschaftliche Begleiter stellten in einer „integrierten Kriminalitätsstatistik“ fest, dass die Verfahrenszeiten mehr als halbiert werden konnten. In enger Zusammenarbeit mit den Schulen und der Sozialarbeit vor Ort werden bereits an der Schwelle zur Delinquenz präventive Maßnahmen getroffen und gemeinsame Projekte entwickelt. Zentral gilt für alle Institutionen das Wohnortprinzip, die Parallelbefassung und die Regionalisierung. Aus den Erfahrungen der Projektarbeit profitierten bundes-/europa- und weltweit viele Besucher aus Polizei, Justiz, Sozialarbeit und Politik. In verschiedenen deutschen Städten wurden ähnliche Strukturen eingerichtet. Im vorliegenden Gesamtprojekt-/Praxis- und Werkstattbericht werden die Zusammenarbeitsstrukturen und Entwicklungen reflektiert. Seit Mai 2006 ist das Haus des Jugendrechts in einem Kooperationsvertrag festgeschrieben. Seit Januar 2005 gelten Wohnortprinzip, Parallelbefassung und Regionalisierung in Baden-Württemberg landesweit.

Kontakt:

Polizeipräsidium Stuttgart – Dez. 1.4
Krefelder Strasse 11
70376 Stuttgart
Telefon: 07 11 - 89 90 55 50
Fax: 07 11 - 89 90 55 99
E-Mail: rainer.rudat@pps.bwl.de
Webseite: www.polizei-stuttgart.de

Polizeipräsidium Westhessen

Die Behörde präsentiert sich gemeinsam mit dem Hessischen Landeskriminalamt, der Hessischen Polizei und dem Bereitschaftspolizeipräsidium auf einem Stand.

PP Westhessen präsentiert Präventionsmodelle mit Informationsständen, Vorführungen und Rollenspielen

Lehrerausbildung, Teen-Court, Cool-sein, Cool-bleiben!

AG Jaguar des PP Westhessen (in Verbindung mit ähnlichen Organisationseinheiten anderer Polizeibehörden, so z.B. AGGAS (Arbeitsgruppe Gewalttäter an Schulen) beim PP Osthessen, AG Smog (Schule machen ohne Gewalt) beim PP Mittelhessen

Polizeipuppenbühne (gemeinsam mit dem Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium)

Kontakt:

Polizeipräsidium Westhessen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Konrad-Adenauer-Ring 51

Telefon: 06 11 - 3 45 - 10 40

Fax: 06 11 - 3 45 - 10 50

E-Mail: pressestelle-ppwh@polizei.hessen.de

Webseite: www.polizei.hessen.de

Präventionsrat Rheingau-Taunus-Kreis

Prävention im RTK (Rheingau-Taunus-Kreis)

Im Stand des Rheingau-Taunus-Kreises präsentieren sich die örtlichen Präventionsräte im Rheingau-Taunus-Kreis. Unser Ziel ist die vernetzte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Präventionsräten in einem Flächenkreis, der Kreisverwaltung und der Polizei.

Teilnehmen werden: Präventionsrat Aarbergen, Präventionsrat Idstein (Idsteiner Land), Präventionsrat Oberer Rheingau, Präventionsrat Oestrich-Winkel, Präventionsrat Taunusstein, Runder Tisch Bad Schwalbach und Heidenrod, Arbeitskreis Häusliche Gewalt Rheingau-Taunus sowie der Rheingau-Taunus-Kreis.

Die einzelnen Lokalen Initiativen werden Ihre Arbeit in Form von Informationsmaterial sowie Präsentationen darstellen.

Kontakt:

Präventionsrat Rheingau-Taunus-Kreis
Heimbacher Str. 7
65307 Bad Schwalbach
Telefon: 0 61 24 - 51 03 96
Fax: 0 61 24 - 51 02 51
E-Mail: Harald.Gabel@rheingau-taunus.de
Webseite: www.rheingau-taunus.de

Regionalkonferenz Frankfurt RheinMain „Sicherheit und Prävention“

27 Städte und Landkreise der Rhein /Main-Region von Aschaffenburg bis Mainz arbeiten seit März 2004 auf dem Gebiet der Sicherheit und Kriminalprävention in der Regionalkonferenz Frankfurt RheinMain „Sicherheit und Prävention“ zusammen. Mit dieser Regionalkonferenz sollten keine neuen bürokratischen Fachebenen eingerichtet werden, sondern eine flexible an der Praxis orientierte Zusammenarbeit entstehen, bei der alle Beteiligten durch Ressourcenbündelung oder Erfahrungs- und Informationsaustausch profitieren. In erster Linie ist dabei an den Austausch lokaler Projekte gedacht.

Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, sich durch Themenbeiträge in der Konferenz einzubringen. Die Konferenzergebnisse werden dokumentiert und allen zur Verfügung gestellt. Zwischen den Konferenzen werden Neuigkeiten und Termine über einen E-mail-Newsletter kommuniziert. Die Leitung der Konferenz obliegt Landrat Peter Walter, die Geschäftsführung den Städten Frankfurt a.M. und Mainz.

Projektbeispiele und Grundsatzarbeiten der Konferenz:
Erfahrungsaustausch und Voraussetzungen für eine Videoüberwachung an Schulen; Vorgehensmöglichkeiten gegen Spiele mit Waffennachbildungen („Paintball“); Programm gegen den Verkauf von Alkopops an Kinder und Jugendliche; Eckdatenpapier Graffiti

www.kriminalpraevention-rhein-main.de

Kontakt:

Präventionsrat Frankfurt am Main

Kurt-Schumacher-Straße 45

60313 Frankfurt am Main

Telefon: 0 60 - 21 23 54 43

Fax: 0 69 - 21 23 14 55

E-Mail: praeventionsrat@stadt-frankfurt.de

Webseite: www.gewalt-sehen-helfen.de

Ringmaster

Frühwarnsystem für den Bürger

Kontakt:

Ringmaster

Robert-Bosch-Straße 35

63225 Langen

Telefon: 0 61 30 - 2 70 67 07

Fax: 0 61 30 - 2 70 67 07

E-Mail: ringmaster@ringmaster.de

Webseite: www.ringmaster.de

Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg

Das Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg ist ein freies, professionelles Theater mit Schwerpunkt im präventiven Kinder- und Jugendtheaterbereich unter der Leitung von Thomas Flocken. Die Produktionen des Schauspielkollektivs werden bundesweit, mobil, vor allem an Schulen gespielt.

Die Arbeit des Schauspielkollektiv richtet sich auch an ein Theater unerfahrenes Publikum, besonders im sozialen Brennpunkt.

Das Schauspielkollektiv begeistert sein junges Publikum durch schauspielerische Qualität und Authentizität, nicht zuletzt weil die Stücke des Schauspielkollektiv ohne pädagogischen Zeigefinger auskommen. Aufgrund dieser Akzeptanz von Seiten der Jugendlichen sind die Stücke mehr als ein Öffner für Präventionsthemen. Das Schauspielkollektiv spielt u.a. auch zur kulturellen Belebung benachteiligter Stadtteile oder an Theatern.

Begleitet wird die Arbeit des Ensembles von einem Team aus Sozial- und Theaterpädagogen.

Stücke:

- „Flasche leer“ von Thilo Reffert zum Thema Alkoholmissbrauch
- „Escape“ von Rainer Lewandowski zum Thema Mobbing, Gewalt, Amok
- „Der Mutman“ von Maren Felix zum Thema Angst, Gewalt, Zivilcourage
- „Alles blau“ Tim Staffel zum Thema Partydrogen
- „Hunger, der Killer in mir“ zum Thema Essstörung
- Theaterpädagogische Angebote

Kontakt:

Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg

Waagestr. 1b

21335 Lüneburg

Telefon: 0 41 31 - 98 98 75

E-Mail: schauspielkollektiv@arcor.de

Webseite: www.schauspielkollektiv.de

Schultheater-Studio

Das Schultheater-Studio Frankfurt arbeitet seit 10 Jahren im gewalt- und suchtpreventiven Bereich mit theaterpädagogischer Methodik und möchte die Möglichkeit der Präsentation von Dokumentationen, Infobroschüren und Gesprächen durch den Infostand nutzen, um mit Interessierten und dem Fachpublikum ins Gespräch zu kommen. Da unsere Zielgruppe hessischen Schulen, Kindern und Jugendlichen, sowie Lehrern und Eltern sind, und wir im kreativ-bildenden Bereich tätig sind, sind wir sehr an dem diesjährigen Motto des 12. Deutschen Präventionstages interessiert. Denn die künstlerische-theatrale Auseinandersetzung mit bestimmten Themen in Bezug auf das Individuum aber auch auf die Gruppe, setzt immer ein Reflexionsmoment voraus und stärkt in diesem Sinne das Selbstbewußtsein der Spieler. Wir freuen uns auf einen regen Austausch und interessante Begegnungen.

Leitung des Präventionsbereich: Katharina Fertsch-Röver und Nina Natzke

Kontakt:
Schultheater-Studio
Hammarskjöldring 17 a
60439 Frankfurt
Telefon: 0 69 - 2 12 - 3 20 44
Fax: 0 69 - 2 12 - 3 20 70
E-Mail: mail@schultheater.de
Webseite: www.schultheater.de

Seniorenpartner in School

Seniorpartner in School e. V. – SiS

Die heutige Jugend braucht das Engagement der älteren Generation, ihre Lebenserfahrung und ihre Kompetenz.

Medation als Konfliktlösungsmodell wirkt nachweislich gewaltpräventiv.

Diese beiden Tatsachen führten Frau Christiane Richter, Berlin, dazu, Seniorpartner in School zu konzipieren.

Die Idee von Frau Richter, SeniorInnen nach den Richtlinien des Bundesverbandes für Mediation zu SchulmediatorInnen ausbilden zu lassen, beinhaltet die wichtige Aufgabe – generationenübergreifende – Unterstützung für Kinder im konkreten Konflikt und präventive Lerneffekte für den Umgang mit Streit, zu verbinden.

Mediation versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe, d.h. die vorhandenen Fähigkeiten der Schüler werden gestärkt und gefördert. Das empathische Verhalten der SeniorInnen hilft ihnen, konfliktfähig zu werden und eine für sie passende Lösung zu finden. SeniorInnen sind stundenweise – ehrenamtlich – an Schulen tätig und bieten Ihre Zeit, Geduld und Zuwendung an.

Inzwischen ist SiS nicht nur in Berlin erfolgreich, sondern in 7 weiteren Bundesländern.

Ausführliche Informationen zur Tätigkeit von Seniorpartner in School finden Sie im Internet unter: www.seniorpartnerinschool.de.

Gerne können Sie Ihre Fragen auch an die unten genannte Geschäftsstelle richten.

Kontakt:

Seniorpartner in School e. V. NRW

Am Steinbruch 23

40822 Mettmann

Telefon: 0 21 04 - 23 49 91

E-Mail: seniorpartner.nrw@t-online.de

Webseite: www.seniorpartnerinschool.de

SiT e. V. : RequiSiT – Theater und Suchtprävention

1995 hat die SiT* ein innovatives Projekt für Suchtprävention gegründet, das sich RequiSiT nennt. Es handelt sich dabei um ein Theaterprojekt, dessen Mitglieder ehemals Drogenabhängige sind und die Techniken des Improvisationstheaters (auf der Grundlage des Theatersports nach Keith Johnstone) mit kompetenten und authentischen Fachgesprächen zum Thema Sucht und Abhängigkeit verbinden. RequiSiT führt tagtäglich Suchtpräventionsveranstaltungen an Schulen und Unternehmen durch und ist im Laufe der Jahre zu einem festen Bestandteil der schulischen Suchtpräventionsarbeit insbesondere in Hessen geworden.

Hier die Angebote von RequiSiT auf einen Blick:
halbtägige Veranstaltungen in Schulen und Unternehmen;
Elternabende; Lehrerfortbildungen (akkreditiert vom IQ Hessen); Workshops mit Jugendlichen und/oder Erwachsenen; ca. halbjährige Modellprojekte für Schulen; öffentliche Theaterauftritte; Theaterauftritte zu besonderen Anlässen.

Wir bieten an unserem Stand – neben persönlichen Gesprächen, der Präsentation einer CD-Rom und Informationsmaterialien – auch kleine Theatereinheiten an, um Ihnen einen ganz persönlichen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen. Schauen Sie mal vorbei – es lohnt sich! Die SiT – Selbsthilfe im Taunus e. V. bietet Arbeitssuchenden, Jugendlichen und ehemals Drogenabhängigen seit 1984 Hilfe zur sozialen wie beruflichen Integration durch qualifizierende Beschäftigung, Ausbildung, Schulung und berufliche Vermittlung u. a. durch gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung. Besuchen Sie unsere Homepage: www.sit-taunus.de

Kontakt:

SiT e. V.: RequiSiT – Theater und Suchtprävention

Feldstrasse 1

65719 Hofheim

Telefon: 0 61 92 - 2 06 02 11

Fax: 0 61 92 - 2 06 02 35

E-Mail: n.staeger@sit-taunus.de

Webseite: www.sit-taunus.de

Staatliches Schulamt Weilburg

Die Koordinierungsstelle Gewaltprävention im Staatlichen Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg blickt auf mehr als 10 Jahre Präventionsarbeit zurück. Sie hat bisher u.a. 5 Modellversuche zur Gewaltprävention sowie ein EU-Projekt zur Verbesserung des Schule-Elternhaus-Verhältnisses durchgeführt und ist mit zahlreichen wissenschaftlich begleiteten Präventionskonzepten in Hessen, Deutschland und Europa hervor getreten. Ihr vielfältiges Angebot an Medien findet Interessenten im eigenen Land, in Luxemburg, Österreich und in der Schweiz. Stolz ist die Koordinierungsstelle auf die inzwischen hessenweit geschaltete Trouble-Line und AGGAS, die in Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis ins Leben gerufen worden sind.

Aus der Koordinierungsstelle Gewaltprävention sind auch der Verein „Verantwortung statt Gewalt e. V.“ sowie die gleichnamige Bürgerstiftung hervor gegangen.

Im Internet ist die Koordinierungsstelle unter www.verantwortung.de sowie www.partners-in-education.com vertreten. Ein Besuch am Stand lohnt sich!

Kontakt:

Staatliches Schulamt Weilburg

Frankfurter Straße 20–22

35781 Weilburg

Telefon: 0 64 71 - 3 28 - 2 45

Fax: 0 64 71 - 3 28 - 2 75

E-Mail: k.schulz@wlb.ssa.hessen.de

Webseite: www.verantwortung.de

Staatsanwaltschaft Gera (Jugendstation)

Präsentation der Jugendstation Gera (Modellprojekt in Thüringen seit September 2000); Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe; Vorteile des Arbeitsablaufs in der Jugendstation; statistische Erhebungen zur Delinquenz von Jugendlichen und Heranwachsenden und den strafrechtlichen Reaktionen; Öffentlichkeitsarbeit und sonstige präventive Maßnahmen.

Kontakt:

Staatsanwaltschaft Gera (Jugendstation)

Weg der Freundschaft 10

07546 Gera

Telefon: 03 65 - 7 73 55 51

Fax: 03 65 - 7 73 55 49

E-Mail: k.gloeck@sta-g.thueringen.de

Stadt Buxtehude / LKA Niedersachsen

Gewalt an Schulen ist präsent und hat hohe Ausmaße angenommen. An vielen Einrichtungen wird versucht, diesem Trend mit engagierten Einzelbemühungen zu begegnen, allerdings müssen die Beteiligten vielfach feststellen, dass die gewünschte nachhaltige Präventionswirkung nicht eingetreten ist.

Das Präventionsprogramm PaC „Prävention als Chance – Schulbezogene Gewaltprävention im Verbund“ greift aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zur dringend erforderlichen nachhaltigen Wirkung von Präventionsprogrammen auf.

PaC hat erprobte und etablierte Angebote verschiedener Anbieter inhaltlich und methodisch aufeinander abgestimmt und richtet sich an einen lokalen Verbund aus Kindertageseinrichtungen, Grund- und weiterführenden Schulen sowie an örtliche Träger der Jugendhilfe.

Soziale Kompetenzen sollen gefördert und gestärkt werden, das Klassen- und Schulklima wird verbessert. Gleichzeitig werden Reduzierungen von Regelverletzungen sowie von Sachschäden und Verletzungen angestrebt und darüber hinaus die fortwährende Implementierung von Gewaltprävention an Schulen und Kindertageseinrichtungen erreicht.

Mit der Stadt Buxtehude konnte ein Standort von richtungsweisender Größe für PaC gewonnen werden; sämtliche Bildungseinrichtungen der Stadt beteiligen sich an dem Programm.

Mit dem Infostand soll die umfangreiche Arbeit an dem Projekt dokumentiert werden.

Kontakt:

Stadt Buxtehude

Breite Straße 6

21614 Buxtehude

Telefon: 0 41 61 - 50 12 03

Fax: 0 41 61 - 50 13 39

E-Mail: fachbereich2@stadt.buxtehude.de

Stadt Leipzig, Ordnungsamt

Die Stadt Leipzig wird sich als Gastgeber des Deutschen Präventionstages 2008 präsentieren. Neben der Stadt Leipzig wird der Kriminalpräventive Rat der Stadt Leipzig vorgestellt (Struktur sowie Projekte).

Kontakt:
Stadt Leipzig, Ordnungsamt
Prager Straße 20
04103 Leipzig
Telefon: 03 41 - 1 23 88 52
Fax: 03 41 - 1 23 88 54
E-Mail: anja.richter@leipzig.de
Webseite: www.leipzig.de

Stadtjugendring Wiesbaden e. V.

Informationen zur Arbeit der im Stadtjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände in Wiesbaden, speziell unter dem Aspekt der präventiven Jugendarbeit. Kooperation mit der AG Partizipation des Jugendhilfeausschusses der Landeshauptstadt Wiesbaden – Präsentation einzelner Projekte aus der präventiven Arbeit.

Kontakt:
Stadtjugendring Wiesbaden e. V.
Gartenfeldstr. 59
65189 Wiesbaden
Telefon: 06 11 - 30 04 08
Fax: 06 11 - 37 24 79
E-Mail: sjr.wi@t-online.de
Webseite: www.sjr-wiesbaden.de

Statistisches Bundesamt

Das Statistische Bundesamt, einer der größten Informationsdienstleister in Deutschland, beabsichtigt zusammen mit dem Statistischen Landesamt Hessen den Kongressteilnehmern und anderen Besuchern der Ausstellung statistische Informationen zur Situation der Bevölkerung in Deutschland anzubieten, wobei hier der Schwerpunkt auf Daten zur Jugend in allen Ausprägungen liegen soll. Dies geschieht durch Print- und elektronische Medien, die durch kompetente Personen am Stand präsentiert und vermittelt werden können.

Hinzu kommt, dass wir Fragen zum Datenangebot der amtlichen Statistik vor Ort direkt am Stand beantworten können.

Kontakt:
Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden
Telefon: 06 11- 7 51
Fax: 06 11 - 75 33 30
Webseite: www.destatis.de

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz (IMK) als gemeinnützige Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zugebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und möchte dazu beitragen, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Gotlindestraße 91, Haus 41

10365 Berlin

Telefon: 030 - 55 13 37 03

Fax: 030 - 55 13 37 05

E-Mail: dfk@kriminalpraevention.de

Webseite: www.kriminalpraevention.de

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) – Städtenetzwerk

Arbeitskreis „Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit“ im Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK)

Der Arbeitskreis, in dem Präventionsverantwortliche der Städte Chemnitz, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt, Koblenz, Lübeck, Leipzig, Ludwigshafen, Potsdam und Stuttgart unter Moderation des DFK-Vorstandsmitglieds und Beigeordneten der Landeshauptstadt Düsseldorf, Werner Leonhardt, vernetzt sind, wurde im September 2001 gegründet.

Zielsetzung ist der ständige Informationsaustausch über aktuelle Kriminalitätsentwicklungen, das Sicherheitsgefühl beeinflussende Trends und aktuelle Präventionsansätze.

Es gilt aus den Präventionsprojekten anderer zu lernen, Ressourcen wirtschaftlich einzusetzen, gemeinsame Probleme zu analysieren, Lösungen zu entwickeln und diese zügig und mit möglichst hoher Erfolgsgarantie umzusetzen.

Das DFK bietet die Plattform für den Informationsaustausch und ist, um den Anschluss an die europäische Ebene sicherzustellen, dem Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) mit Sitz in Paris beigetreten.

In dem beim DFK erschienenen Leitfaden „Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement“ sind die jeweiligen Erfahrungen und Empfehlungen der Städtepartner – ergänzt durch eine Sekundäranalyse der aktuellen Fachliteratur – anschaulich erörtert und zu abstrakten Gelingens- und Gestaltungsparametern und verdichtet worden.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) –
Städtenetzwerk

Gotlindestraße 91

10365 Berlin

Telefon: 030 - 55 13 37 03

Fax: 030 - 55 13 37 05

E-Mail: dfk@kriminalpraevention.de

Webseite: www.kriminalpraevention.de

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Präsentationsstand zur Arbeit der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen besteht als Stiftung des Landes seit Herbst 2001. Sie unterhält in jedem der 11 Landgerichtsbezirke ein Opferhilfebüro, das jeweils mit einer/einem hauptamtlichen Sozialarbeiter/in besetzt ist. Die Bedürfnisse von Opfern von Straftaten gehen weit über das Strafverfahren und sozialrechtliche Ansprüche hinaus. Sie umfassen z.B. die Sicherheit vor weiteren Straftaten, die Bewältigung des aus der Tat resultierenden Traumas, den Ausgleich des erlittenen Schadens, den Beistand bei der Wiederherstellung der Würde des Opfers und die Gewissheit, autonom entscheiden zu können, welche Unterstützung es braucht.

Die Hilfeleistung (Beratung, Begleitung oder finanzielle Unterstützung) erfolgt in enger Zusammenarbeit mit anderen freien Trägern der Opferhilfe sowie mit Hilfe von Polizei, Sozialbehörden, Jugendämtern, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sowie Therapeutinnen und Therapeuten. Zentraler Kooperationspartner ist der WEISSE RING. Die Beratung und Begleitung steht im Vordergrund. Nur in etwa 25 % der Fälle wird auch finanzielle Unterstützung gewährt. Dafür wurden im Jahr 2006 rund 250 000,- € aufgewendet.

Vorstand der Stiftung ist das Niedersächsische Justizministerium, die Geschäftsführung wird von der Generalstaatsanwaltschaft Celle wahrgenommen.

Die Arbeit wird im Wesentlichen durch Bußgelder finanziert.

Kontakt:

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Schlossplatz 2

29221 Celle

Telefon: 0 51 41 - 20 66 04

Fax: 0 51 41 - 20 65 34

E-Mail: Rolf.Naujok@gsta-ce.niedersachsen.de

Webseite: www.opferhilfe.niedersachsen.de

TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e. V.

TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e. V. ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation, die seit 25 Jahren in Deutschland gegen Gewalt an Frauen und Mädchen arbeitet.

Präventionsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Wir bieten Fortbildungen für verschiedene Behörden oder LehrerInnen an, halten Vorträge und haben Präventionsmaterial entwickelt.

Zum Thema Zwangsheirat und weibliche Genitalverstümmelung haben wir Unterrichtsmaterialien für Schulen erarbeitet. Zum Thema häusliche Gewalt wurde von uns ein Jugendmusical konzipiert, das beispielsweise an Schulen aufgeführt werden kann.

Kontakt:

TERRE DES FEMMES-Menschenrechte für die Frau e. V.

Konrad-Adenauer-Straße 40

72072 Tübingen

Telefon: 070 71 - 797 30

Fax: 070 71 - 79 73 22

E-Mail: ehrverbrechen@frauenrechte.de

Webseite: www.frauenrechte.de

theaterpädagogische werkstatt gGmbH Anna Pallas

Mit der theaterpädagogischen werkstatt gGmbH Osnabrück
von Zuschauern zu Mitdenkern

Interaktion – zentrales Moment unserer Arbeit

Theater ist unser Weg in die Herzen junger Menschen. In ihren Alltag, zu ihren Sorgen und Fragen. Wir schreiben Stücke, in denen Kinder sich wiedererkennen – ohne sich dabei moralisch bewertet zu fühlen. So wollen wir ihren Blick schärfen für Dinge, die um sie herum oder gar ihnen selbst passieren, die sie aber nur unterschwellig wahrnehmen oder nicht einordnen können. Wir wollen ihnen Ansprechpartner sein für Tabuthemen, mit denen sie sich sonst vielleicht allein gelassen fühlen. Und wir wollen Kindern den Impuls geben, sich als wertvolles Selbst wahrzunehmen.

Dafür braucht es mehr als ein Spiel vor aufmerksamem Publikum. Zentrales Moment unserer Arbeit ist deshalb die Interaktion. Die passiert, wenn ein Schauspieler aus der Szene aussteigt und sich als er selbst an die Zuschauer wendet. Wir wollen mit den Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten und sie beim Lernprozess begleiten und sie Lösungsstrategien entwickeln können, die zu ihrem Leben passen.

Es sind ernste Themen wie sexuelle Gewalt, Sucht, Rechtsradikalismus, mit denen wir unsere Zuschauer konfrontieren. Das bedeutet aber nicht, dass die Kinder und Jugendlichen unseren Veranstaltungen mit Grabesmiene folgen müssen. Im Gegenteil. Humor ist eine Kraftquelle. Wir lachen gerne, und wir sehen unser Publikum gerne lachen – weil wir wissen, dass Lachen befreit.

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt gGmbH Anna Pallas

Lange Straße 15/17

49080 Osnabrück

Telefon: 05 41 - 6 00 26 70

Fax: 05 41 - 6 00 26 74

E-Mail: kontakt@tpw-osnabrueck.de

Webseite: www.tpw-osnabrueck.de

Theaterpädagogisches Zentrum der Emsländischen Landschaft e. V. (TPZ)

Das Theaterpädagogische Zentrum der Emsländischen Landschaft e. V. (TPZ) ist die größte und älteste Fachakademie für Theater-, Tanz-, Spiel- und Zirkuspädagogik in Deutschland.

ALLE MACHEN. Ein Multimediamoklauf zum Thema „Gewalt und Amoklauf an Schulen“ ist eine Produktion von W13, dem Kinder- und Jugendtheaterensemble des TPZ.

W13 bietet themenorientiertes und erlebnisreiches Theater für unterschiedliche Altersgruppen und steht für experimentelle, innovative Theaterarbeit. „ALLE MACHEN.“ zeigt in schnellen, harten Schnitten und einer Mischung aus Bewegungstheater und Klang-, Text- und Multimediacollagen Fragmente der Sozialisierung eines jungen Amokläufers, dessen schleichende Isolierung in eine Parallelwelt und die akribischen Vorbereitungen der Tat. „ALLE MACHEN.“ stigmatisiert nicht, sondern fragt nach persönlichen Handlungsmotiven und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die eine solche Gewalttat begünstigen. Pädagogisches Begleitmaterial zur Vor- bzw. Nachbereitung in der Klasse wird zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Dichte der Inszenierung empfehlen wir – über das nachbereitende Gespräch hinaus – unsere praktische theaterpädagogische Einheit von 90 Minuten zum Thema. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, einen ganzen Themen-Vormittag mit Aufführung, Diskussion und theaterpädagogischer Themen-Arbeit zu buchen. ALLE MACHEN. kann in Schulen und Theatern gespielt werden.

Info und Buchung: TPZ Lingen, Tel.: 05 91 - 9 16 63 10 – E-Mail: info@tpz-lingen.de

Kontakt:

Theaterpädagogisches Zentrum der
Emsländische Landschaft e. V. (TPZ)

Universitätsplatz 5–6

49808 Lingen (Ems)

Telefon: 05 91 - 91 66 30

Fax: 05 91 - 9 16 63 63

E-Mail: myraschulte@tpz-lingen.de

Webseite: www.tpz-lingen.de

ÜAG gGmbH: Überbetriebliche Ausbildungsgesellschaft

Die Überbetriebliche Ausbildungsgesellschaft wurde am 20. Mai 1994 gegründet. Die ÜAG Jena gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft der Stadt Jena zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen und Erwachsenen. Unser Konzept sieht die praxisnahe Bildung und Beschäftigung sowie die stetige Neuausrichtung am Arbeitsmarkt vor. Wir bieten im Bereich Bildung umfangreiche Angebote im Rahmen der Berufsvorbereitung, der beruflichen Erstausbildung und der Weiterbildung an. Unsere Berufs- und Arbeitsfelder sind Bau, Elektronik, Farbe/Raumgestaltung, Gartenbau, Gesundheit & Soziales, Hauswirtschaft, Hotel- und Gaststättengewerbe, Holz, Kosmetik & Körperpflege, Medien/Informatik, Metall, Verkauf und Wirtschaft & Verwaltung. Wir sind seit 2003 durch den TÜV Thüringen nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziertes Unternehmen. Anbieter von Beruflicher Weiterbildung müssen sich auf der Basis der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit erlassenen Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZVV) durch fachkundige Stellen begutachten lassen. Seit Dezember 2005 verfügt die Gesellschaft über dieses Zertifikat und erhielt damit die Zulassung für Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung nach dem Recht der Arbeitsförderung. Durch das Netzwerk Berufliche Bildung Thüringen der IHK Ostthüringen zu Gera erhielten wir im Dezember 2005 das Qualitätssiegel, welches ein hohes Qualitätsniveau in der beruflichen Bildung testiert.

Kontakt:

ÜAG gGmbH

Ilmstraße 1

07743 Jena

Telefon: 036 41 - 80 66 00

Fax: 036 41 - 80 67 77

E-Mail: marc.holland@ueag-jena.de

Webseite: www.ueag-jena.de

Universität Erlangen, Institut für Psychologie

EFFEKT (Entwicklungsförderung in Familien: Eltern- und Kindertraining):

EFFEKT besteht aus einem Elternkurs zur Förderung der Erziehungskompetenz und einem spielerischen Kinderkurs zur Förderung der sozialen Kompetenz. Der Elternkurs stellt Tipps bei Erziehungsproblemen bereit und setzt sich u.a. damit auseinander, wie Eltern das Selbstvertrauen ihres Kindes stärken können, Aufforderungen effektiv gestaltet und klare Regeln erklärt werden können. Im Kinderkurs lernen Kinder Gefühle bei sich selbst und anderen wahrzunehmen, Gründe für das Verhalten anderer zu erkennen und Folgen des eigenen Verhaltens einzuschätzen. Die Kurse können sowohl einzeln als auch in Kombination angewendet werden.

Mit diesen Kursen kann die soziale Entwicklung der Kinder unterstützt werden. Zudem können Schwierigkeiten im Verhalten und in der Erziehung verhindert werden. Dies haben wissenschaftliche Untersuchungen der Universität Erlangen-Nürnberg bestätigt.

Kontakt:

Universität Erlangen, Institut für Psychologie

Bismarckstr. 1

91054 Erlangen

Telefon: 091 31 - 8 52 27 95

Fax: 091 31 - 8 52 26 46

E-Mail: antje.klindworth@psy.phil.uni-erlangen.de

Webseite: www.effekt-training.de

VAuST! e. V., Verein für Antigewalt- und Soziales Training

VAuST! ist ein Pool pädagogischer Fachleute mit den Arbeitsschwerpunkten in der Gewaltprävention. Wir gehen die Themen Gewaltprävention sowie Gewaltbereite Kinder, Jugendliche und Erwachsene aktiv an und zeigen mit unseren Trainings und Kursen Möglichkeiten der Veränderung. Mit dem Blick auf ihre Ressourcen, erarbeiten wir mit jungen Menschen Wege, um ihr Selbstbewusstsein zu festigen, Konflikte konstruktiv zu gestalten, die eigenen Grenzen und die Grenzen anderer zu wahren und in gewaltbesetzten Situationen adäquat zu reagieren. Eltern, ehrenamtlich und professionell Handelnde wollen wir stärken, in ihrer Erziehungsarbeit kompetent und mutig mit konfliktreichen und gewalttätigen Verhaltensmustern umzugehen.

Ausführliche Informationen erhalten Sie unter www.vaust.org oder fordern Sie unsere Mappe mit unseren Kursangeboten kostenlos an.

Kontakt:

VAuST! e. V., Verein für Antigewalt- und Soziales Training
Johannisberger Str. 6
65197 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 89 05 98 74

Fax: 06 11 - 89 05 98 74

E-Mail: info@vaust.org

Webseite: www.vaust.org

Verband der Pfälzischen Straffälligenhilfe

Die Tätigkeit des (1957 als Verein gegründeten) Verbandes erstreckt sich über die ganze Pfalz Sitz des Verbandes ist Zweibrücken. Nach der Vereinssatzung ist ein Hauptziel der Tätigkeit die Förderung von Praxis und Reform sozialer Strafrechtspflege insbesondere die Verbesserung der Eingliederung und Wiedereingliederung straffälliger Menschen.

Mit dem Ziel: mehr Verantwortung aber auch mehr Kompetenz dorthin, wo die Arbeit geleistet wird, wurde 2001 der Weg zu vier Regional(Bezirks)vereinen geebnet, die in eigener Regie und Verantwortung die bis dato zentral verwaltete Arbeit weiterführten.

Diese vier Regionalvereine orientieren sich in ihrer Zuständigkeit am Pfälzischen Oberlandesgericht und den ihm zugeordneten 4 Landgerichtsbezirken (Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Zweibrücken).

Wesentliche Aufgabe des Verbandes ist die Unterstützung der Regionalvereine, Angebote zur Weiterbildung zu fördern, Fachinformationen/tagungen zu ermöglichen und die Regional (Bezirks)vereine in der gemeinsamen Zielsetzung zu unterstützen. Er arbeitet zudem eng mit dem Justizministerium zusammen und vertritt die Bezirksvereine in überregionalen Verbänden (DBH, DPWV, u.a.).

Ansprechpartner: Anton Bauer, Geschäftsführender Vorstand

Kontakt:

Verband der Pfälzischen Straffälligenhilfe

Landauer Str. 43

66482 Zweibrücken

Tel.: 063 31 - 1 30 53

E-Mail: anton.bauer@vpfs.de

Webseite: www.vpfs.de

Verein Kriminalprävention Limburg-Weilburg e. V.

Dargestellt werden aus dem Bereich Suchtprophylaxe in Kindertageseinrichtungen die mehrjährig angelegte Fortbildungsreihe „Perspektivenwechsel“ am Beispiel der Kindertagesstätte in 35794 Mengerskirchen-Winkels (Power-Point-Präsentation mit Ansprechpartner).

Zur Suchtprophylaxe an Schulen werden die speziell entwickelten Themenfolder „What about Haschisch“ und „Ecstasy & Co.“ vorgestellt und auf Wunsch auch ausgegeben (Ansprechpartner vor Ort).

Am Beispiel einer speziell präparierten Schaufensterpuppe werden Gefühle und Befindlichkeiten junger Menschen sichtbar gemacht und können diskutiert werden.

Zur Abrundung der Präventionsmaßnahmen im Kinder- und Jugendbereich wird auch die Opferhilfe Limburg-Weilburg ihre Arbeit darstellen.

Kontakt:

Verein Kriminalprävention Limburg-Weilburg e. V.

Offheimer Weg 44

65549 Limburg an der Lahn

Telefon: 0 64 31 - 9 14 02 40

Fax: 0 64 31 - 9 14 02 09

E-Mail: Bruno.Reuscher@polizei.hessen.de

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Der Infostand stellt das Netzwerk „Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Verkehrsverbund Rhein-Sieg“ vor. Seit der Gründung im Jahre 2005 haben sich in diesem Netzwerk 30 Städte und Gemeinden sowie vier Kreise zusammengeschlossen. Ziel ist die Reduzierung der Zahl der Unfälle insbesondere mit Kindern, Jugendlichen und Senioren bei gleichzeitiger Förderung der sicheren und eigenständigen Mobilität.

Grundlage ist das Verkehrssicherheitsprogramm 2004 des Landes Nordrhein-Westfalen. Auf der kommunalen Ebene ist in den Mitgliedskommunen und -kreisen eine verwaltungsinterne Vernetzung der mit Verkehrssicherheitsfragen befassten Abteilungen initiiert worden. In die kommunale Arbeit eingebunden sind auch die externen Partner der Verkehrssicherheitsarbeit: Polizei, Schulen und freie Träger.

Das Netzwerk lebt von der aktiven Beteiligung und dem Engagement aller Beteiligten und versteht das Thema Verkehrssicherheit als persönliche Herausforderung. Das Projekt ist im September 2006 mit dem „Deutschen Förderpreis Kriminalprävention 2006“ der Stiftung Kriminalprävention in Münster ausgezeichnet worden.

Kontakt:

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Krebsgasse 5–11

50667 Köln

Telefon: 02 21 - 2 08 08 - 7 30

Fax: 02 21 - 2 08 08 - 7 99

E-Mail: Theo.Jansen@vrsinfo.de

Webseite: www.vrsinfo.de

WABE-DÔ

Wir, das WABE-DÔ Team, arbeiten und engagieren uns, mit unserem Konzept „Budô - Der gewaltfreie Weg ; Kampfkunst als Präventionsmethode gegen Gewaltverhalten“ in der Gewaltprävention. Die Kampfkunst und deren Philosophie werden als pädagogisches Medium genutzt, soziale Kompetenzen dadurch gefördert und Strategien zur konstruktiven Konfliktfähigkeit und zur Vermeidung von Gewalt vermittelt.

Das Angebot richtet sich an gewaltbereite Kinder und Jugendliche an öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. Schulen.

Kampfkunst ist eine effektive Methode der primären Prävention, um im Vorfeld Eskalation und Gewalt zu verhindern und den „richtigen“ Umgang mit den Techniken zu lehren. Ebenso eignet sich die Kampfkunst zum sog. „Täter-Opfer-Ausgleich“. Hier arbeiten und üben, unter bestimmten Voraussetzungen, Täter und Opfer zusammen. Die Förderung von sozialem Verhalten und die Entwicklung der eigenen Person stehen hier im Vordergrund.

Ein weiterer positiver Nebeneffekt ist, dass die Teilnehmer mit einer neuen, oftmals unbekanntem Kultur in Berührung kommen.

Weitere Inhalte unseres Konzeptes sind u.a.:

Disziplin, Respekt, Konzentration, Aufmerksamkeit, Stärkung eigener Ressourcen, Stärkung des Selbstwertgefühls, Stärkung des Selbstbewußtseins, Teamfähigkeit fördern, Fairness, Beziehungsfähigkeit stärken, Umgang mit Emotionen, Denkalternativen geben, Wertevermittlung, Grenzen setzen, Abbau von Vorurteilen, Abbau von Aggressionen und Spannungen, Spaß erleben.

Kontakt:

WABE-DÔ

Magdeburgstr. 10 b

65510 Idstein

Telefon: 0 61 26 - 57 02 75

E-Mail: eric.beuschel@wabedo.de

Webseite: www.intralife-akademie.de

WEISSER RING e. V.

Kriminalitätsprävention ist wichtiges Satzungsziel des WEISSEN RINGS. Der WEISSE RING tritt seit über 30 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen ein. Als gemeinnütziger Verein macht er sich öffentlich für die Interessen der Betroffenen stark. Doch neben der Opferbetreuung hat der Verein auch die Kriminalitätsprävention als Satzungsziel. Mit den Aktionen „Kraft gegen Gewalt“ sowie „Mediate“ versucht der WEISSE RING auf die Entwicklung im Bereich Jugendkriminalität einzugehen. Daher ist es folgerichtig, dass der WEISSE RING sich auch beim Deutschen Präventionstag engagiert.

Mehr als 3 000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit rund 420 Außenstellen zur Seite, leisten menschlichen Beistand und persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen. Bedürftige Opfer werden auch finanziell unterstützt, um die erste Not zu überbrücken. Dafür hat der WEISSE RING bisher mehr als 136 Mio. € bereit gestellt. Weitere 31 Mio € fließen in die Kriminalitätsvorbeugung.

Der WEISSE RING zählt ca. 60 000 Mitglieder und finanziert sich ausschließlich durch Spenden, Nachlässe und Erbschaften sowie Zuweisungen von Geldbußen.

Bundesweites Info-Telefon: 0 18 03 - 34 34 34
Spendenkonto 34 34 34, Deutsche Bank Mainz,
BLZ 550 700 40

Kontakt:
WEISSER RING e. V.
Weberstraße 16
55130 Mainz
Telefon: 0 61 31 - 83 03 - 0
Fax: 0 61 31 - 83 03 - 45
E-Mail: info@weisser-ring.de

ZORA, Anlauf- und Beratungsstelle

Die Anlauf- und Beratungsstelle ZORA ist die Einrichtung in Wiesbaden, die für Mädchen und junge Frauen in Krisen- und Konfliktsituationen Unterstützungsangebote bereithält. 12 bis 29-Jährigen aller Nationalitäten und Kulturen steht kompetente Beratung täglich in der Innenstadt zur Verfügung. Bei Bedarf werden sie von den Mitarbeiterinnen zu Ämtern und Praxen begleitet oder zu Fachberatungsstellen weitervermittelt.

Bei ZORA können sich die Mädchen und jungen Frauen in geschützten Räumen aufhalten, kochen, essen und trinken, sich pflegen, Wäsche waschen und trocknen, eine Postadresse nutzen und persönliche Dinge deponieren.

Der Offene Treff, Prävention und Streetwork, sowie „Soziale Begleitung“ für junge Volljährige sind weitere Schwerpunkte in der Sozialen Arbeit bei ZORA.

Das ZORA-Team besteht aus 5 Dipl.-Sozialarbeiterinnen und -pädagoginnen in Teilzeitstellen und einer Fundraiserin (freie Mitarbeiterin von WORLD VISION Deutschland e. V.).

Das Besondere von ZORA

- niedrighschwelliges pädagogisches Konzept
- schnelle und unbürokratische Unterstützungsangebote in Krisen und Konfliktsituationen
- keine Zugangsvoraussetzungen und bürokratische Hürden
- die Mitarbeiterinnen behandeln die Informationen der Mädchen und jungen Frauen anonym, vertraulich und akzeptierend
- Bereitstellung von Schutz- und Schonraum, Grundversorgung

Kontakt:

ZORA, Anlauf- und Beratungsstelle

Adolfstraße 5

65185 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 9 10 14 13

Fax: 06 11 - 3 08 31 01

E-Mail: info@zoratreff.de

Webseite: www.zoratreff.de

Inhaltsverzeichnis zu den Posterpräsentationen

	Seite
AG sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung (asw) e.V. an der Universität Trier	362
Bündnis „Rote-Bunte-Karte“ c/o axent	363
Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahn- pflege e. V.	364
INBAS – Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik I	365
INBAS – Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik II	366
IPSE	367
JVA Rosdorf	368
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen und Stiftung Pro Kind	369
Landespräventionsrat Niedersachsen	370
Landkreis Ostprignitz – Ruppin/Polizeipräsidium Potsdam	371
Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)	372
MISTEL/SPI Forschung	373
Polizeipräsident in Berlin	374
Polizeipräsidium Bonn	375
Powerbreak e.V.	376
Präventionsrat Frankfurt am Main	377
Psychiatrisches Zentrum Nordbaden I	378
Psychiatrisches Zentrum Nordbaden II	379
SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen.	380
Universität Erlangen-Nürnberg	381
Universität Tübingen	382
Verein Programm Klasse2000 e.V.	383

AG sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung (asw) e. V. an der Universität Trier

Inszenierte Gewalt – „Happy slapping“ als Phänomen jugendlicher Gewalt. Befunde aus einem laufenden Forschungsprojekt

Aus England kommend bezeichnet der Begriff „Happy slapping“ eine Form von Gewalt Jugendlicher. Gruppen greifen dabei anscheinend wahllos andere Jugendliche oder auch erwachsene Personen an und verprügeln diese. Die Szenen werden per Mobiltelefon gefilmt und dann in das Internet gestellt oder an Bekannte und Freunde verteilt.

Im Forschungsprojekt erfolgt anhand qualitativer Methoden (Analyse von Clips, Experteninterviews in London/UK und in der Region Trier/BRD, Leitfadeninterviews mit jugendlichen Tätern und Opfern) eine explorative Annäherung an filmisch festgehaltene Gewalthandlungen unter Jugendlichen. Untersucht wird sowohl die Täter- als auch Opferperspektive, wobei der Schwerpunkt auf den jugendlichen Tätern liegt.

Ziel des Forschungsprojektes ist eine Typologie möglicher Erscheinungsformen, die die Bandbreite filmisch festgehaltener Gewalthandlungen unter Jugendlichen hinsichtlich der unterschiedlichen Gewaltinteraktionen, der Täter-Opfer-Struktur und der Motivation abbildet.

Das Projekt ist am 01.09.2006 gestartet und wird von der Nikolaus Koch Stiftung Trier finanziert.

Kontakt:

AG sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung
(asw) e. V. an der Universität Trier

Telefon: 06 51 - 2 01 46 84

Fax: 06 51 - 2 01 47 38

E-Mail: hilgersj@uni-trier.de

Webseite: www.asw-trier.de/inszenierte-gewalt

Bündnis „Rote-Bunte-Karte“ c/o axent

Die „Rote-Bunte-Karte“ ist ein bremisch/niedersächsisches Bündnis mit 19 Unterstützern aus verschiedenen Einrichtungen, Organisationen und Betrieben. Zentrales Medium des Projektes sind die Freecards „Rote Karte gegen Rechts“ und die „Bunte-Karte für Freiheit“.

Ziel und Zweck ist die bundesweite Verbreitung eines plakativen Mediums für ein breites öffentliches Bekenntnis gegen Rechtsextremismus. Ein Medium, das für die vielen engagierten Initiativen, Einrichtungen und Einzelpersonen Träger ihrer/unserer gemeinsamen Botschaft sein kann. Ein Medium, das darüber hinaus zeigt: „Ich bin damit nicht allein!“ und insbesondere jungen Leuten Impulse geben kann, ihre eigenen Vorstellungen von Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit zu artikulieren. Dazu akquirieren wir Unterstützer/Sponsoren für den Druck und die kostenlose Verteilung von Postkarten, Plakaten sowie Aufklebern. Desweiteren bieten wir Workshops für Jugendliche, in denen diesen ein Forum geboten wird, ihre Haltung gegen Rechtsextremismus und ihre Vorstellungen eines demokratischen, freiheitliches Miteinanders zu artikulieren und der Öffentlichkeit (z.B. in Form von Kartenmotiven) zu präsentieren. Seit April 2005 haben wir jeweils 60.000 Postkarten, 3.000 Plakate, 30.000 Aufkleber sowie 1.000 Plakate von Jugendlichen bei Aktionen und Veranstaltungen in Niedersachsen/Bremen und weit darüber hinaus verteilt.

Kontakt:

Bündnis „Rote-Bunte-Karte“ c/o axent

Goebenstraße 8

28209 Bremen

Telefon: 04 21 - 1 65 03 50

Fax: 04 21 - 1 65 03 51

E-Mail: info@axentesetzen.de

Webseite: www.rote-bunte-karte.de

Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege e. V. (DAJ)

„be-küssed“ – Eine Initiative der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege e. V.

Grundlage für die Kommunikations-Initiative sind Ergebnisse der 4. bundesweiten DAJ-Studie zur Mundgesundheit von Kindern/Jugendlichen in Deutschland. Zeigte sich bei den 12-Jährigen im Verlauf von 10 Jahren ein Kariesrückgang von 60 % und ein Abfall des DMFT-Index (Kennzeichnung kariöser, fehlender, gefüllter Zähne) von 2,44 auf 0,98, so war bei den 15-Jährigen (2004 erstmalig als Zielgruppe i. d. Studie vertreten) ein Anstieg des Index auf 2,05 zu verzeichnen. Die Ergebnisse gaben Anlass, für die Zielgruppe der 13- bis 16-Jährigen einen speziellen Akzent in der Kommunikation zu setzen.

Mit Anzeigen in Schülerzeitungen, Plakaten, Flyer, Postkarte, Vokabelheft und einer Webpräsenz startete die Kampagne 2006 in Kooperation mit den Prophylaxeangeboten für Schulen durch die Landes- und regionalen Arbeitsgemeinschaften für Jugendzahnpflege mit dem Slogan „be-küssed!“. Das positiv provozierende Motto soll die Jugendlichen dafür begeistern, für sich selbst und ihre Zähne etwas zu tun. „be-küssed!“ erinnert die Teens daran, dass sie es sind, die in zwischenmenschlichen Situationen „Zähne zeigen“ müssen.

Herzstück der Kampagne ist die Internetseite www.be.kuessed.de. Hier finden Jugendliche Informationen rund um die Mundgesundheit sowie Fun-Faktoren wie Gewinnspiel und Wettbewerb.

Verschiedene Evaluationsmaßnahmen finden z. Z. statt.

Kontakt:

Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege e. V.
(DAJ)

Von-Sandt-Str. 9
53225 Bonn

Telefon: 02 28 - 69 46 77

Fax: 02 28 - 69 46 79

E-Mail: goepel@daj.de

Webseite: www.daj.de und www..be-kuessed.de

INBAS – Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Transferprojekt: Bundesweites Netzwerk/Kooperationspartner
Das Transferprojekt „Berufswegeplanung und Übergangsmangement“ ist das Ergebnis eines 4-jährigen Modellversuchs in der JVA Wiesbaden. INBAS (Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt-, und Sozialpolitik) hat in Kooperation mit der JVA Wiesbaden ein ganzheitliches Diagnose-, Qualifizierungs- und Reintegrationsprogramm für junge Strafgefangene eingeführt.

Kontakt:
INBAS – Institut für berufliche Bildung,
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
Telefon: 0 69 - 2 72 24 52
Fax: 0 69 - 2 72 24 30
E-Mail: petran@inbas.com
Webseite: www.inbas.com

INBAS – Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Im Rahmen des Modellversuchs entwickelte Instrumentarien und Produkte

Die im Rahmen des Modellversuchs entwickelten Instrumentarien und Produkte werden in der Transferphase bundesweit vorgestellt. Das Modellprojekt ist Teil des BQF-Programms des BMBF „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ und orientiert sich an Stärken, Ressourcen und Potentialen der Jugendlichen.

Kontakt:

INBAS – Institut für berufliche Bildung,
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Telefon: 0 69 - 2 72 24 52

Fax: 0 69 - 2 72 24 30

E-Mail: petran@inbas.com

Webseite: <http://www.inbas.com>

IPSE

Wirkt die schulbezogene Gewaltprävention? – Erste Ergebnisse des Projektes PaC-Schulbezogene Gewaltprävention im Verbund

Das Landeskriminalamt Niedersachsen in seiner Funktion als Zentralstelle für Polizeiliche Kriminalprävention und der Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover (GUV), als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung, der nicht nur Unfälle in der Schule entschädigt sondern gleichzeitig versucht, durch präventive Maßnahmen gewaltverursachende Körperverletzungen zu verhüten, haben 2002 gemeinsam eine Konzeption für eine umfassende und nachhaltige Gewaltprävention erarbeitet.

Entstanden ist das Projekt PaC – Prävention als Chance, das in verschiedenen Bausteinen schulbezogene Gewaltprävention im Verbund umsetzt und sich mit diesem Gesamtpaket an die Bildungseinrichtungen Grundschule, weiterführende Schule und Kindertageseinrichtungen richtet.

Mit der Evaluation des Projektes am ersten von drei Projektstandorten – Hannover Bemerode/Kronsberg – wurde das Institut IPSE beauftragt. Es handelt sich hierbei um ein Vorher-Nachher-Design. Schulklima, Klassenklima und Fragebatterien zum Thema erlebte Gewalt wurden für Lehrer und Schüler an Projektschulen und Vergleichsschulen erhoben.

Erste Projektergebnisse werden vorgestellt. Ergänzt werden diese durch die Entwicklung der Daten der Polizei Niedersachsen über Gewalt an Schulen im gesamten Projektzeitraum und durch die Auswertung der Datenbank des GUV über Schulunfälle, die auf Gewalt zurückzuführen sind.

Kontakt:

IPSE

Wiesenstr.29

32105 Bad Salzuflen

Telefon: 0 52 22 - 4 03 41

Fax: 0 52 22 - 4 03 52

E-Mail: info@ipse-nrw.de

Webseite: www.ipse-nrw.de

JVA Rosdorf

Für jugendliche Erstverbüßer mit einer Strafzeit von maximal 3,5 Jahren ist in Niedersachsen der offene Jugendvollzug Göttingen zuständig. Die Eignungsfeststellung erfolgt in der Aufnahme des offenen Jugendvollzugs.

Arbeitsschwerpunkte sind Leben und Lernen in differenzierten Wohngruppen, Bildung und Ausbildung intern und extern, Freizeiterziehung und Sport sowie Querschnittsaufgaben wie soziales Training oder Schuldenberatung.

Fördern und Fordern im offenen Jugendvollzug bedeutet Pflicht zur aktiven Mitarbeit, Erlernen und Erweitern von Fertigkeiten für ein Leben in Legalität, Auseinandersetzung mit Taten, Schuld und Verantwortung und Beziehungsarbeit.

§91 Abs.3 JGG:“ Um das angestrebte Erziehungsziel zu erreichen, kann der Vollzug aufgelockert werden und in geeigneten Fällen weitgehend in freien Formen durchgeführt werden.“

BASIS, ein Projekt des offenen Jugendvollzugs trainiert in einem gestuften Behandlungssystem die Entlassungssituation ein und erstellt ein individuelles Netzwerk, durch das ein Ineinandergreifen der an der Eingliederung beteiligten Einrichtungen und Behörden herbeigeführt wird. Die Projektteilnehmer werden über den Entlassungszeitpunkt hinaus begleitet. Starre Zuständigkeiten werden aufgehoben und kompensiert und damit sachorientierte Zusammenarbeit verbessert, um Rückfall zu vermeiden. BASIS wurde 2005 mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention ausgezeichnet.

Kontakt:

JVA Rosdorf

Rosdorfer Weg 76

37081 Göttingen

Telefon: 05 51 - 5 07 27 55

Fax: 05 51 - 5 07 27 68

E-Mail: christine.stolze@jva-ros.niedersachsen.de

Webseite: www.jva-rosdorf.de

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen und Stiftung Pro Kind

Pro Kind – Modellprojekt und Evaluation

Am 1.11.2006 hat in den fünf niedersächsischen Städten Braunschweig, Celle, Göttingen, Hannover und Wolfsburg sowie im Landkreis Celle das Präventionsprojekt „Pro Kind“ seine Arbeit begonnen. Anfang Januar 2007 sind als weitere Projektstandorte Bremen und Bremerhaven hinzugekommen. Zielgruppe des Modellversuches sind Frauen, die zum ersten Mal schwanger sind und sich in einer schwierigen Lebenslage befinden. Alle Teilnehmerinnen nehmen an der Begleitforschung teil, die Hälfte zusätzlich am Hausbesuchsprogramm. Die Familienbegleiterinnen – Hebammen und Sozialpädagoginnen – besuchen diese Frauen zuhause ab der 12. Schwangerschaftswoche bis das Kind zwei Jahre alt ist. Das Konzept basiert auf dem bewährten amerikanischen Nurse-family-partnership-Programm. Ziele des Projektes sind die gesundheitliche Prävention, die Förderung der kindlichen Entwicklung, die Unterstützung der Mütter bei der Erziehung und Lebensplanung sowie die Kostenersparnis bei den öffentlichen Kassen. Träger ist die Stiftung „Pro Kind“. Geldgeber sind die AOK Niedersachsen, das Bundesfamilienministerium, das Niedersächsische Sozialministerium, die Robert Bosch Stiftung, die PSD Bank Braunschweig, die Klosterkammer Hannover und die beteiligten Kommunen. Die Kosten der Forschung, die beim Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen und der Uni Hannover angesiedelt ist, haben die TUI Stiftung, die Dürr-Stiftung Hamburg, die Günter Reimann-Dubbers Stiftung und das Bundesfamilienministerium übernommen.

Kontakt:

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen und Stiftung Pro Kind
Adolfstr. 7
30169 Hannover
Telefon: 05 11 - 76 17 00 91
Fax: 05 11 - 76 17 00 90
E-Mail: info@stiftung-pro-kind.de
Webseite: www.stiftung-pro-kind.de

Landespräventionsrat Niedersachsen

Qualität durch Qualifizierung: Das Beccaria-Center

Qualität und Qualifizierung sind die großen Themen des Beccaria-Programms. Das Beccaria-Programm besteht aus zwei aufeinander folgenden EU-Projekten. Beide Projekte realisiert(e) der Landespräventionsrat Niedersachsen in Kooperation mit transnationalen Partnern. Das übergreifende Ziel lautet: Mehr Klasse statt Masse, Qualität statt Quantität. Zu diesem Zweck sind tools entwickelt worden, wie z.B. die Beccaria-Standards. Die Standards unterstützen bei der täglichen Präventionsarbeit. Sie sind eine Anleitung, um systematisch vorzugehen, damit ein Projekt erfolgreich funktioniert. Denn, Erfolg ist messbar und zahlt sich aus, wenn Projektinitiatoren von Anfang an strukturiert vorgehen. Die Bereitstellung von tools allein reicht jedoch nicht aus. Keine Qualität ohne Qualifizierung. Hierfür braucht es einer umfassenden Wissensvermittlung aller Akteure. Wissensvermittlung ist daher auch Gegenstand des laufenden Projekts, in dem es um Aus- und Weiterbildung in der Kriminalprävention geht. Aufgabe ist es, ein bedarfs- und nachfrageorientiertes Weiterbildungsangebot für Kriminalpräventionsfachkräfte zu entwickeln.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen

Am Waterlooplatz 5 A

30169 Hannover

Telefon: 05 11 - 1 20 52 61

Fax: 05 11 - 1 20 52 72

E-Mail: anja.meyer@mj.niedersachsen.de

Webseite: www.beccaria.de

Landkreis Ostprignitz – Ruppin/ Polizeipräsidium Potsdam

Nach Landkreis Ostprignitz – Ruppin / Polizeipräsidium Potsdam haltiger Ansatz des Landkreises zur Zurückdrängung von Gewalt an Kindergärten und Schulen

Analytische Überlegungen im Landkreis lenkten den Focus auf das Phänomen Gewalt an der Schule mit dem Zusammenhang: Gelingt es den Gewaltkreislauf möglichst frühzeitig zu unterbrechen, sinkt die Jugendgewalt in den Kommunen. So wird als Gesamtstrategie in der Kommunalen Kriminalitätsverhütung als Pilotprojekt im Land Brandenburg die Umsetzung je eines evaluierten Mehrebenenprogramms für die Schulen und Kindergärten verfolgt. An Schulen wird die Antibullyingsstrategie von Olweus favorisiert. Für die angestrebte flächendeckende Umsetzung werden eine Prozessmatrix sowie Qualitätsmerkmale für jedes einzelne Element der Mehrebenenprogramme als auch flankierender Elemente ausführlich beschrieben. Als Elemente im Olweusprogramm seien dazu eine „Situationserhebung“ und ein „Standardisiertes Verfahren zur Intervention“ beispielhaft ebenso angeführt, wie als flankierende Elemente an den Schulen z.B. Module „Rechtssicherheit für Pädagogen – Rechtsbewußtsein für Schüler“, „Eltertraining“ (für fast erwachsene Schüler) und das „Zusammenwirken zur Veränderung des Schulumfeldes.“ Der Übergang zwischen Kita und Grundschule findet dabei gesonderte Berücksichtigung. Im engen Zusammenwirken mit dem Staatlichen Schulamt Perleberg, zuständig auch für die Landkreise Prignitz und Oberhavel, sind seit Frühjahr 2006 in den drei Kreisen inzwischen eine große Anzahl Schulen mit der Umsetzung der Antibullyingsstrategie unter Anleitung des gebildeten interdisziplinären Prozessteams befasst.

Kontakt:

Landkreis Ostprignitz - Ruppin/Polizeipräsidium Potsdam
Virchowstr. 14–16

16816 Neuruppin

Telefon: 0 33 91 - 6 88 - 33 34

Fax: 0 33 91 - 6 88 - 33 35

E-Mail: ramona.raeder@o-p-r.de

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)

Modellprojekt SeM – Sekundäre Suchtprävention für spätausgesiedelte junge Menschen in Münster

Die Projektidee (Projektförderung: BAMF, Durchführung in Münster: 2004 – März 2007) ist vor folgenden Hintergründen entstanden: Riskant konsumierende junge Menschen werden von der Jugend- und Suchthilfe kaum erfasst, dies liegt insbesondere an fehlenden Konzepten. Die Prävention verfolgte bisher eher primärpräventive Ansätze, um Jugendliche vor Drogenkonsum zu schützen. Übermäßiger Suchtmittel- und Drogengebrauch liegt in der Zielgruppe aber bereits vor. Da die jugendlichen Aussiedler oft noch nicht abhängig sind, bieten auch die existierenden Angebote der Drogenhilfe einen nur unzureichenden Ansatzpunkt für sekundärpräventive Maßnahmen. In Kooperation mit dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien sowie der Drogenhilfe Münster setzten die Aktivitäten des Projektes dort an, wo sich junge Aussiedler aufhalten: Auf den Strassen, Park- oder Spielplätzen der ausgewählten Stadtteilen. Die Jugendliche wurden von den Streetworker erfasst, begleitet und zur Teilnahme an den Risikokompetenztrainings ermutigt. Im Sinne eines Mehrebenenansatzes wurden neben den riskant konsumierenden Jugendlichen auch deren Eltern und Angehörige sowie Key Persons (Schlüsselpersonen) geschult. Hier wurden die Methode „Homeparty“ für die Eltern und Angehörige und die Methode „MOVE“ Motivierende Kurzintervention bei konsumierenden Jugendlichen, gewählt.

Zur nachhaltigen Umsetzung der erarbeiteten Konzepte und Methoden auch in anderen Kommunen und Regionen wurde ein Manual erstellt.

Kontakt:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)

Warendorfer Str. 25

48133 Münster

Telefon: 02 51 - 5 91 53 84

Fax: 02 51 - 5 91 54 99

E-Mail: ludmilla.dickmann@lwl.org

Webseite: www.lwl.org

MISTEL/SPI Forschung

PEER-Projekt an Fahrschulen – „PEER-Drive Clean!“

Seit dem Jahr 2000 gegen StudentenInnen der HS Magdeburg-Stendal, die selber auch noch FahranfängerInnen sind, in Fahrschulen und arbeiten in eine speziellen Unterrichtsstunde mit FahrschülerInnen zum Thema „Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“. Diese studentische Initiative zur Peer-Education ist in Sachsen-Anhalt erfolgreich gewesen. Der Ansatz wird bereits in mehreren Bundesländern und mit dem Titel „PEER-Drive Clean!“ neben Deutschland in neun weiteren europäischen Staaten angewendet.

Kontakt:

MISTEL/SPI Forschung

Olvenstedter Straße 25a

39108 Magdeburg

Telefon: 03 91 - 8 86 46 07

Fax: 03 91 - 8 86 42 85

E-Mail: mistel@sgw.hs-magdeburg.de

Polizeipräsident in Berlin

„Einfach sicher“ ist ein integratives Projekt auf erlebnisorientierter Grundlage. Es ist ein Trainingsprogramm zu Gewalt- und Verkehrsprävention und zur Stärkung der sozialen Kompetenzen von Kindern ab 10 Jahren.

Im Spiel können Kinder wichtige Lebenserfahrungen sammeln und gleichzeitig verarbeiten, wobei dies je nach Alter sehr verschieden aussehen kann. Besonders auch das Rollenspiel fordert zum miteinander Sprechen auf. Personen werden in ihrem Handeln und Sprechen nachgeahmt. Spiel und Sprache dienen dabei dem Austausch von Erlebnissen und der Verarbeitung von Erfahrungen.

Hierbei können die Kinder leicht Kontakt miteinander aufnehmen. Kinder mögen Spiele, die ihnen Bewegung erlauben und viel Energie erfordern, denn Kinder lernen mit dem Bauch, mit Händen, Mund und natürlich mit dem Kopf.

Das Ziel des Spiels ist, den Kindern Fundamente zur Gewaltminderung zu vermitteln, ihnen Verhaltenstipps zu geben und dabei ihre soziale Kompetenz zu stärken. Somit ist es möglich den 10 - 12jährigen auf altersgerechte Art eine Grundlage für eine vollständige Anti-Gewalt-Veranstaltung in der Oberschule zu geben, ohne dieser vorzugreifen.

Kontakt:

Der Polizeipräsident in Berlin

Eberswalder Str 6-9

10437 Berlin

Telefon: 030-4664 115 040

Fax: 030-4664 115 099

E-Mail: einfachsicher@web.de

Polizeipräsidium Bonn

„Cool unterwegs“ in Bus und Bahn

„Cool unterwegs“ ist ein Netzwerkprojekt zur Kriminalprävention, Verkehrssicherheitsarbeit und Unfallverhütung. Kooperationspartner sind die Bonner Polizei, die Stadtwerke Bonn und der Malteser Hilfsdienst. Künftig wird sich die Bundespolizei mit einem eigenen Aktionstag in das Projekt einbringen. Die Deutsche Bahn AG bereitet eine Beteiligung mit einem Medienbaustein vor. Das Projekt richtet sich an die 8. und 9. Jahrgangsstufe in weiterführenden Schulen. Der sichere Schulweg mit Bus und Bahn und das eigene Verhalten stehen im Mittelpunkt. Erarbeiten, Wahrnehmen, Erleben und Vorbild sein für Jüngere sind zentrale Elemente in der Arbeit mit Schülern. Die Begegnung zwischen Fahrpersonal und Schülern verbessert dabei das Verständnis füreinander. Unfälle, Sachbeschädigungen und Konfliktsituationen werden durch die Kooperationspartner behandelt. Hinterfragen eigenen Verhaltens und das Wissen um die Folgen sind dabei wichtige Elemente des Projektes. An einem Aktionstag im Betriebshof der Stadtwerke Bonn wird an vier Stationen das sichere Verhalten in und an Bussen und Bahnen, bei Unglücks- und Verkehrsunfällen beleuchtet und Erste-Hilfe-Ratschläge gegeben. In der Werkstatt können die Schüler selbst Hand anlegen und Schmierereien beseitigen. In Schulveranstaltungen lernen sich Eltern, Schüler und Projektverantwortliche persönlich kennen. Dabei werden Projektinhalte vorgestellt und Anregungen aufgenommen. Bisher haben ca. 600 Schülerinnen und Schüler am Projekt teilgenommen.

Kontakt:

Polizeipräsidium Bonn
Königswinterer Straße 500
53227 Bonn

Telefon: 02 28 - 15 48 62

Fax: 02 28 - 15 12 30

E-Mail: k-vorbeugung@bonn.polizei.nrw.de

Webseite: www.polizei-bonn.de

Powerbreak e. V.

„Korrekt Kochen!“ – Ernährungserziehung für Jugendliche

Das Projekt „Korrekt Kochen!“ bietet Ernährungserziehung für Jugendliche in Schulen und Jugendeinrichtungen. Es werden Kompetenzen im Bereich ausgewogene Ernährung vermittelt; dazu gehören die Themen Einkaufen, Kochen, Esskultur und Körperwissen. Mit seinem primärpräventiven Ansatz will das Projekt dazu beitragen, Fehlernährungen bei Heranwachsenden zu verhindern. Das Projekt wurde von Fachleuten aus der Ernährungswissenschaft und Pädagogik entwickelt.

Aufklärungskampagnen zur „gesunden Ernährung“ erreichen Jugendliche häufig nicht, das gilt umso mehr für sozial benachteiligte Jugendliche. Das Projekt vermittelt Alltagskompetenzen, es ist handlungsorientiert und zielgruppengemäß. Es basiert auf einem Peer Education-Ansatz, d.h. Berufsfachschüler/innen aus dem Bereich Hauswirtschaft, Ernährung oder Gastronomie leiten die Kochworkshops an. Das Vorbild der jungen „Köche“ motiviert die Teilnehmer/innen zu einer Veränderung ihres Essverhaltens. Dabei werden gleichzeitig die Schüler/innen der Berufsfachschule in ihrem Selbstvertrauen und in ihren sozialen Kompetenzen gefördert. Gemeinsam lernen jugendliche Leiter/innen und Teilnehmer/innen der Kochworkshops Teamarbeit und Rücksichtnahme.

Das Projekt bietet auch eine berufliche Orientierung für die jugendlichen Teilnehmer/innen. Es eignet sich insbesondere zur Ernährungserziehung sozial benachteiligter junger Menschen.

Kontakt:

Powerbreak e. V.

Holzhausenstrasse 22

60322 Frankfurt

Telefon: 0 69 - 63 14 60 13

Fax: 0 69 - 63 14 60 21

E-Mail: info@powerbreak.de

Webseite: www.powerbreak.de

Präventionsrat Frankfurt am Main

Wenn wir einander beistehen, wird die Gewalt alleine dastehen
– Ein Plakat zur Kampagne „GEWALT-SEHEN-HELFEN“

Es handelt sich um das zentrale Plakat der Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“. Die Kampagne wurde 1997 von dem Frankfurter Präventionsrat ins Leben gerufen, um einer immer größer werdenden „Unkultur des Wegschauens“ entgegenzuwirken und für mehr Zivilcourage zu werben.

Auf der linken Seite des Plakats solidarisieren sich die Menschen. Sie bleiben stehen, schauen hin und halten zusammen. Durch diese eindrucksvolle gemeinsame Demonstration wird der Gewalttäter – dargestellt durch die rote Spielfigur am rechten Plakatrand – isoliert und von seinem Vorhaben abgebracht.

Bei der Plakatkonzeption wurden bewusst anonymisierte Spielfiguren ausgewählt und auf die Darstellung von Personen oder konkreten Szenarien verzichtet, da das Wegschauphänomen und die Kampagne jeden angehen und jeder sich angesprochen fühlen soll.

Obwohl oder gerade weil das Plakat sich mehrerer Abstraktionen bedient (Spielfiguren als Menschen, die rote Farbe als Symbol für Gefahr oder Gewalt) erfasst der Betrachter sofort die Situation: Viele halten zusammen gegen einen, der eine Gefahr darstellt. Und das ist auch schon die Kernbotschaft des Plakats: Wenn wir einander beistehen, also wenn wir hinschauen, wenn etwas passiert und wenn wir uns solidarisieren, haben der oder die Täter keine Chance, ihre Tat umzusetzen!

Kontakt:

Präventionsrat Frankfurt am Main

Kurt-Schumacher-Straße 45

60313 Frankfurt am Main

Telefon: 0 60 - 21 23 54 43

Fax: 0 69 - 21 23 14 55

E-Mail: praeventionsrat@stadt-frankfurt.de

Webseite: www.gewalt-sehen-helfen.de

Psychiatrisches Zentrum Nordbaden

Infantizid in der frühen Mutterschaft – sind Kinder jugendlicher Mütter besonders gefährdet?

Die Tötung eines Kindes durch seine Eltern ist ein komplexes Phänomen, das in zahlreichen Kulturen und zu verschiedenen Zeiten beschrieben wurde. Kinder < 1 Jahr haben das höchste Risiko, getötet zu werden. Formen des Infantizids in der Postpartalzeit sind der altruistische Infantizid, der erweiterte Suizid, die Mißhandlung mit Todesfolge und der Neonatizid. Säuglinge werden vorwiegend von ihren Müttern getötet. Untersuchungen zeigen, dass bei diesen Müttern die Prävalenz psychischer Erkrankungen hoch ist. Depression ist die häufigste postpartale psychische Erkrankung und kann zu einer vitalen Gefährdung für Mutter und Kind führen. Bei depressiven wie auch psychotischen Störungen steht inhaltlich das Neugeborene und die Mutterschaftskonstellation im Zentrum der Symptomatik. Der motivationale Zusammenhang zwischen postpartaler Depression und Infantizid wird allgemein über die Psychopathologie der Mutter erklärt. Die Beziehung der postpartal erkrankten Mutter zu ihrem Kind ist bisher kaum thematisiert. Soziodemographische Merkmale der filizidalen Mütter werden in bezug zu den Formen der Kindestötung dargestellt, typische Risikokonstellationen beschrieben und Ansätze zur Prävention abgeleitet. In einer Kasuistik soll die Qualität einer mütterlichen Bindungsstörung im Kontext einer postpartalen Depression und das daraus resultierende letale Risiko für das Kind dargestellt werden.

Kontakt:

Psychiatrisches Zentrum Nordbaden

Heidelberger Str. 1a

76709 Wiesloch

Telefon: 0 62 22 - 55 - 12 11

Fax: 0 62 22 - 55 - 18 43

E-Mail: christiane.hornstein@pzn-wiesloch.de

Webseite: www.mutter-kind-behandlung.de

Psychiatrisches Zentrum Nordbaden

Beurteilung der Erziehungsfähigkeit in der frühen Kindheit im Kontext psychischer Erkrankungen der Mütter

Psychische Erkrankungen der Eltern als Risikofaktor für die kindliche Entwicklung. Elterliche Kompetenzen sind bei psychiatrisch kranken Eltern oft eingeschränkt. Postpartale psychische Erkrankungen stellen die Erziehungsfähigkeit oft schon in den ersten Monaten nach Geburt in Frage.

Der stationäre Aufenthalt einer Mutter mit ihrem Baby bietet die Möglichkeit der interdisziplinären Beobachtung über mehreren Wochen. Verbunden mit unterstützenden therapeutischen Interventionen können Ressourcen wie auch Grenzen der Erziehungsfähigkeit und prognoserelevante Veränderungen und Kriterien festgestellt werden. In der Mutter-Kind Einheit am Psychiatrischen Zentrum Nordbaden wurden 153 postpartal erkrankte Frauen behandelt: 50 % war an affektiven, 34% an psychotischen und ca. 1/6 an anderen psychiatrischen Störungen erkrankt. Aufgrund unserer Beurteilung konnten die meisten Kinder (82 %) weiterhin bei ihren Müttern verbleiben, bei 1/7 befürworteten wir professionelle Unterstützung und bei 6 % gaben wir die Empfehlung einer Trennung.

Relevante Kriterien: Mangel an Mitarbeit, schwerwiegende psychosozialen Risiken, unzureichende Medikamentencompliance, keine Krankheitseinsicht, Komorbidität, gestörte Interaktionen sowie Schweregrad und Chronizität der Erkrankung.

Die Behandlung in einer Mutter-Kind Einheit bietet eine gute Grundlage zur Beurteilung der Erziehungsfähigkeit.

Kontakt:

Psychiatrisches Zentrum Nordbaden

Heidelberger Straße 1a

76709 Kronau

Telefon: 0 62 22 - 55 - 12 11

Fax: 0 62 22 - 55 - 18 43

E-Mail: christiane.hornstein@zn-wiesloch.de

Webseite: www.mutter-kind-behandlung.de

SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen.

10 Goldene Regeln für die PC-Nutzung

Es sind die Eltern, die in Sachen PC Nachhilfeunterricht brauchen. Während ihre Kinder mit Leichtigkeit durchs Netz surfen und sich immer schnellere Rechner wünschen, holen die Eltern nur langsam auf. Trotzdem können sie die Kinder beim Umgang mit dem PC unterstützen. Wie?

SCHAU HIN! mit den zehn goldenen Regeln.

Kontakt:

SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen.

An der Alster 48

20099 Hamburg

Telefon: 040-28 40 35-16

E-Mail: thomas.koehler@schau-hin.info

Webseite: www.schau-hin.info

Universität Erlangen-Nürnberg

Universelle und selektive Prävention: Die Komponenten des Eltern- und Kindertrainings EFFEKT

Mit „EFFEKT: Entwicklungsförderung in Familien: Eltern- und Kindertraining“ wird ein Präventionsprogramm vorgestellt, das im Rahmen der Erlangen-Nürnberger Entwicklungs- und Präventionsstudie (Lösel, Beelmann, Jaurisch, Koglin & Stemmler, 2005; Lösel, Beelmann, Stemmler & Jaurisch, 2006) entwickelt und evaluiert wurde. Die dort realisierten universellen Maßnahmen zur Prävention dissozialen Verhaltens in Form eines Kindergartentrainings, eines Schultrainings und eines Elterntrainings wurden unterdessen um verschiedene Komponenten auf die gezielte Prävention ausgeweitet: eine Adaptation für Kinder mit Migrationshintergrund, für Kinder depressiver Mütter sowie für Diplomatenkinder. Darüber hinaus wird das Elterntraining europaweit umgesetzt und mit Hilfe eines virtuellen Netzwerkes besonders niedrigschwellig angeboten.

Die bisherigen Ergebnisse sprechen für eine gelungene Implementierung des EFFEKT-Präventionsprogramms und lassen darüber hinaus auf eine hohe Akzeptanz der Intervention bei den Teilnehmern schließen. Hinsichtlich der Wirksamkeit zeigte sich, dass die in EFFEKT enthaltenen Trainings nachweisbare Effekte auf das Verhalten der Kinder haben. Die Trainingsgruppen schnitten in allen Bereichen besser ab als die Kontrollgruppen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Maßnahmen sowohl universell als auch selektiv eingesetzt werden können.

Kontakt:

Universität Erlangen-Nürnberg

Bismarckstr. 1

91054 Erlangen

Telefon: 0 91 31 - 8 52 60 90

Fax: 0 91 31 - 8 52 26 46

E-Mail: stefanie.jaurisch@psy.phil.uni-erlangen.de

Universität Tübingen

Frühe Erziehung, psychische Probleme und abweichendes Verhalten bei unterschiedlichen Jugendgruppen

Im Rahmen eines Projektes des Instituts für Kriminologie geht es um den Zusammenhang zwischen unterschiedlich erlebten elterlichen Erziehungsstilen im Kindes- und frühen Jugendalter, Religiosität und problematischen Verhaltensweisen. Als empirische Basis dienen Daten einer Befragung von rund 2700 jungen Menschen im Alter zwischen 13 und 21 Jahren. Zeitraum der Erhebung war Frühjahr 2003 bis Sommer 2004. Um gezielt ein problematisches Klientel zu erreichen, wurden neben zwei Jugendstrafvollzugsanstalten in Ost- und Westdeutschland auch Schulen aus dem städtischen Milieu in Baden-Württemberg ausgewählt, die einerseits ein besonders hohes Konfliktpotential aufweisen und andererseits einen sehr hohen Migrantenanteil haben (über 90 %). Als Vergleichsgruppen wurden Schüler an Gymnasien und Studierende der Sozialpädagogik an Fachhochschulen befragt. Im Sample lassen sich 74 unterschiedliche Nationen ermitteln, die beiden größten Gruppen stammen aus der Türkei und den Nachfolgestaaten der ehem. UDSSR.

Kontakt:

Universität Tübingen
Institut für Kriminologie
Sand 7

72076 Tübingen

Telefon: 0 70 71 - 97 20 26

Fax: 0 70 71 - 29 51 04

E-Mail: melanie.wegel@uni-tuebingen.de

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Klasse2000 – Gesundheitsförderung, Gewaltvorbeugung und Suchtvorbeugung in der Grundschule

Klasse2000 ist das bundesweit größte Programm zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule. Es begleitet Kinder kontinuierlich von der 1. bis zur 4. Klasse. Seit 1991 haben über 400 000 Kinder bei Klasse2000 mitgemacht. Das Programm trainiert handlungsorientiert und interaktiv Gesundheits- und Lebenskompetenzen. Es gibt außerdem Impulse für die begleitende Elternarbeit und Schulentwicklung.

Klasse2000 basiert auf der Prämisse, dass die beste Vorbeugung eine gelungene Persönlichkeitsentwicklung ist. Auf dieser Basis fördert das Programm die Körperwahrnehmung der Kinder, ihre positive Einstellung zur Gesundheit, gesunde Ernährung und Bewegung, soziale Kompetenzen und Selbstwertgefühl sowie einen kritischen Umgang mit Tabak und Alkohol. Pro Schuljahr führen die Lehrkräfte ca. 12 Klasse2000-Unterrichtsstunden durch, für die sie ausgearbeitetes Material erhalten. Zwei bis drei weitere Unterrichtseinheiten gestalten speziell geschulte Klasse2000-Gesundheitsförderer. Die Kinder sind von diesen Stunden begeistert und entwickeln eine starke Motivation, an den Klasse2000-Themen weiter zu arbeiten und zu festen Bestandteilen des Schulalltags zu machen.

Das Programm wird auf der Basis einer kontinuierlichen Prozessevaluation und neuer wissenschaftlicher Ergebnisse laufend überarbeitet und aktualisiert. Finanziert wird Klasse2000 über Spenden, meist in Form von Patenschaften für einzelne Klassen (240 € pro Klasse und Schuljahr).

Kontakt:

Verein Programm Klasse2000 e. V.

Feldgasse 37

90489 Nürnberg

Telefon: 09 11 - 89 12 10

Fax: 09 11 - 8 91 21 30

E-Mail: info@klasse2000.de

Webseite: www.klasse2000.de

Inhaltsverzeichnis der ausstellenden Institutionen mit Sonderausstellungen

	Seite
Deutscher Kinderschutzbund Regionalverband Rheingau e. V.	386
Frauenhaus Norderstedt	387
HUjA e. V. – Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser	388
Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen	389
Landeshauptstadt Wiesbaden	390
Landeskriminalamt Niedersachsen	391
Waage Hannover	392
WEISSER RING e. V. – Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“	393

Deutscher Kinderschutzbund Regionalverband Rheingau e. V.

21 Plakate zum Thema „Gewaltdarstellungen und Pornographie in Internet und Handy“

Im Rahmen seiner Präventionsarbeit hat sich der Deutsche Kinderschutzbund Rheingau e.V. im Herbst 2006 gegen „Gewaltdarstellungen und Pornographie in Internet und Handy“ gerichtet. Auf Initiative des Kinderschutzbundes haben 20 SchülerInnen eines Kunst LK der Jahrgangsstufe 12 sich inhaltlich mit diesem Thema auseinandergesetzt, ihre Gedanken und Gefühle kreativ umgesetzt und Plakate hierzu gestaltet. 4 von diesen Arbeiten wurden in einer hohen Auflage gedruckt und Rheingau weit plakatiert. Zur selben Zeit hatte der Kinderschutzbund Rheingau für alle Schulen und pädagog. Einrichtungen in der Region eine Fortbildungsveranstaltung mit Herrn Prof. Dr. Aufenanger vom Medienpädagogischen Institut der Universität Mainz und einem Mitarbeiter von Jugendschutz.net in Mainz organisiert, ebenso wie eine Informationsveranstaltung mit dem Landesjugendkoordinator des Hessischen Landeskriminalamtes stattgefunden hat. Ziel der Initiative ist es gewesen, auf das Thema und seine Problematik aufmerksam zu machen und Eltern, Erziehende und Interessierte darüber zu informieren. Durch gezielte Einbindung von Verantwortungsträgern in verschiedensten Funktionen sollten Multiplikatoren für die Initiative und ihr Thema gewonnen werden. Schließlich ging es sehr konkret auch darum, Pädagogen, Sozialarbeiter u.a. in ihrer Medienkompetenz zu stärken. Das Engagement des Deutschen Kinderschutzbund Rheingau wurde mit dem Präventionspreis 2006 des Rheingau-Taunus-Kreises gewürdigt.

Kontakt:

Deutscher Kinderschutzbund Regionalverband Rheingau e. V.
Neustraße 5

65366 Geisenheim / Rheingau

Telefon: 0 67 22 - 55 15

E-Mail: risch@kinderschutzbund-rheingau.de

Webseite: www.kinderschutzbund-rheingau.de

Frauenhaus Norderstedt

HERZ-SCHLAG

Interaktive Wander-Ausstellung zum Thema „Häusliche Gewalt“ konzipiert und erarbeitet von Mitarbeiterinnen des Frauenhauses Norderstedt im Rahmen der pädagogischen Gruppenarbeit in Zusammenarbeit mit Frauen und Kindern, die im Frauenhaus leben - besondere Führungen für SchülerInnen (und LehrerInnen) ab 9. Klasse, Präventionsangebot in Form von vorbereitenden Unterrichtseinheiten für Schulen (alle Schulformen), MultiplikatorInnenschulungen.

Kontakt:

Frauenhaus Norderstedt

Postfach 3570

22828 Norderstedt

Telefon: 0 40 - 5 29 66 77

Fax: 0 40 - 5 24 64 82

E-Mail: frauenhaus.norderstedt@web.de

Webseite: www.fhfv-norderstedt.de

HUjA e.V. – Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser

Interaktive Präsentation mit Botschaften junger Inhaftierter der JVA Wiesbaden

„Knast trotz Jugendhilfe“ ist ein Partizipationsprojekt von HUjA e.V. (Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser), in dem Arnd Richter, Mitglied im Wiesbadener Jugendhilfeausschuss und seiner AG Partizipation, die Erfahrungen der Inhaftierten mit ihren Lebenswegen in's Gefängnis als einen Wert für eine präventive Jugendhilfe nutzt. In Einzelgesprächen und Gruppenarbeit erstellt er mit interessierten Inhaftierten individuelle Botschaften an die Jugendhilfe und Jugendpolitik, die der beteiligte Inhaftierte mit seiner Erfahrung begründet. Die Inhaftierten geben die Inhalte, Arnd Richter bearbeitet mit ihnen die sprachliche und bildnerische Gestaltung der Botschaften. Sie werden im Jugendhilfeausschuß zur Kenntnis gegeben und auch an den jährlich stattfindenden Tagen der Jugend im Wiesbadener Rathaus ausgestellt. Die Inhaftierten ergänzen sie dafür mit speziellen Empfehlungen an Schüler, die das Rathaus besuchen. Die Schüler antworten darauf schriftlich – zur Freude der Inhaftierten! Diese Gelegenheit ist für Jung und Alt auch in dieser Sonderausstellung gegeben mit Botschaften und Empfehlungen jetzt inhaftierter, männlicher Straftäter.

Das Projekt wurde unter dem Titel „Dialogische Entwicklungen mit jungen Inhaftierten, Schülern, alten Menschen und Kommunalpolitikern in Wiesbaden“ von der AGJ mit dem Deutschen Kinder – und Jugendhilfepreis 2006 (Hermine Albers Preis), Kategorie Praxispreis, ausgezeichnet.

Kontakt:

HUjA e.V. – Hilfe und Unterstützung junger Arbeitsloser

Mainzer Str. 97

65189 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 52 33 49

Fax: 06 11 - 52 33 49

E-Mail: Arnd.U.R.Richter@web.de

Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen

Bauen Sie einen Hoffnungsträger aus einem Kinderspielhaus
Brief eines missbrauchten Kindes an seine Mutter, eingefräst
in die Bretter eines Holz-Spielhauses, abgedruckt auf Kin-
derbettmatratzen

Installation von Georg Schweitzer, Karlsruhe

Während die Tat im Brief an die Mutter nur kurz erwähnt wird, spiegelt der Kommunikationsversuch großen Mut und Hoffnung wider. Das Kind will in eine intakte Welt zurück. Die Behausung, eine Rückzugsmöglichkeit, ist in dieser Installation dargestellt im Kontext zu einem Gemälde von Caspar David Friedrich „Das Eismeer (Die gescheiterte Hoffnung)“. Das Holzhaus übernimmt die Rolle des kleinen schwarzen Bootes, ein Hausboot. Im Haus selbst erkennt man die Illustration von „Rotkäppchen und der Wolf“. Der Wolf auf der Rückseite der Tat und das Rotkäppchen auf der Rückseite der idealisierten, illusionären Familienidylle. Die Matratzen, auf denen der gesamte Brief + die Illustration abgedruckt sind, übernehmen die Position der Eisschollen des Gemäldes.

Kontakt:

Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch
an Kindern und Jugendlichen

Poststraße 18

56427 Siershahn

Telefon: 0 26 23 - 68 39

Fax: 0 26 23 - 68 39

E-Mail: johannesheibel@t-online.de

Webseite: www.schutzbaer-bulli.de

Landeshauptstadt Wiesbaden

Projektausstellung „Häusliche Gewalt“

Diese Ausstellung will auf niedrigschwellige Art auf Formen häuslicher Gewalt aufmerksam machen und auf Hilfemöglichkeiten zur Überwindung verweisen.

Hier steht nicht die Frage der Schuldzuweisung im Vordergrund, sondern weist auf, dass Menschen in ihren Beziehungen durch persönliche Defizite ebenso wie durch strukturelle Belastungen an ihre Grenzen geraten.

In einer „3-Zimmer-Wohnung“ können die Besucherinnen und Besucher auf Entdeckungsreise gehen und auf dem zweiten Blick noch etwas anderes erkennen.

Kontakt:

Landeshauptstadt Wiesbaden
Präventionsrat – Geschäftsstelle –
65029 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 31 25 50

Fax: 06 11 - 31 39 37

E-Mail: praeventionsrat@wiesbaden.de

Webseite: www.wiesbaden.de

Landeskriminalamt Niedersachsen, Zentralstelle Polizeiliche Prävention und Jugendsachen

Gegen Gewalt in Paarbeziehungen

Die aus drei Teilen bestehende Ausstellung „Gegen Gewalt in Paarbeziehungen“ des LKA Niedersachsen widmet sich neben den Bereichen der Phänomenbeschreibung und den Möglichkeiten der Intervention in Fällen häuslicher Gewalt (in Anlehnung an den Aktionsplan des Landes Niedersachsen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich) insbesondere der Prävention von Gewalt in Intimbeziehungen. In diesem dritten Ausstellungsteil wird auf zwei einander ergänzende Aspekte der Prävention abgestellt: Zum einen auf die Unterstützung von Kindern misshandelter Mütter, um durch zielgerichtete Intervention eine intergenerationale Weitergabe von in der Familie gelernten Täter- oder Opferrollen zu vermindern, zum anderen auf den Bereich der Gewalt in Teenagerbeziehungen, u.a. dem sog. date rape: sexuelle Gewalt-handlungen in ersten Verabredungen. Internationale Studien zeigen, dass sich schon in den ersten Liebesbeziehungen von Jugendlichen Gewalt-, Macht- und Kontrollstrukturen oder Opferhaltungen ausbilden können, die Wegbereiter für im Erwachsenenalter gelebte, von häuslicher Gewalt geprägte Paarbeziehungen sein können.

Die Ausstellung wird an Netzwerke gegen häusliche Gewalt verliehen und versteht sich als Initialzündung für Projekte zu diesem Thema. Insbesondere die Einbindung weiterführender Schulen in diese Projekte dient der Sensibilisierung von Jungen und Mädchen für Gewaltstrukturen in ihren Partnerschaften und soll ihnen helfen, gleichberechtigte Beziehungen zu leben.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen, Zentralstelle Polizeiliche
Prävention und Jugendsachen

Schützenstraße 25

30161 Hannover

Telefon: 05 11 - 2 62 62 32 03

Fax: 05 11 - 2 62 62 32 50

E-Mail: praevention@lka.polizei.niedersachsen.de

Webseite: www.lka.niedersachsen.de

Waage Hannover

Bilder zu dem Thema „Häusliche Gewalt“

Kontakt:
Waage Hannover
Telefon: 05 11 - 3 88 35 58
Fax: 05 11 - 3 48 25 86
E-Mail: c.richter@t-online.de
Webseite: waage-hannover.de

WEISSER RING e.V.

Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ – WEISSER RING e.V.

Der Gedanke „Lieber heute Jugendfreizeitstätten einrichten als morgen Jugendstrafanstalten bauen“ steht Pate bei der bundesweiten Präventionskampagne des WEISSEN RINGS, in der es darum geht, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung aufzuzeigen. Die Errichtung stationärer oder mobiler Streetball-Anlagen an Schulen, Rampen und Hockeystadien für Inline-Skater sowie die Einrichtung von Fitness-Räumen sind nur drei Beispiele dafür, wie die Aktion vor Ort bereits umgesetzt werden konnte. Bekannte Sportler, die die Aktion unterstützen, wollen bei Kindern und Jugendlichen für einen gewaltpräventiven Weg werben. Es ist wichtig, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung anzubieten. Defizite gerade in diesem Bereich spiegeln sich u.a. in einem deutlichen Anstieg der Jugendkriminalität wider. Vielerorts fehlen jedoch Angebote und Perspektiven, um auch ohne Aggression und Gewalt Probleme bewältigen zu können und Frustrationen abzubauen. Genau hier setzt die Initiative des Weißen Rings an. Die bundesweite Aktion „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“ des WEISSEN RINGS bietet engagierten Sponsoren ebenso wie Schulen und Jugendeinrichtungen den Rahmen für die praktische Umsetzung einer der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben: Jungen Menschen müssen mehr Chancen und Wege einer sinnvollen Freizeitgestaltung eröffnet werden, um damit zugleich kriminellen Handeln wirksam vorzubeugen.

Kontakt:
WEISSER RING e.V.
Weberstr. 16
55130 Mainz
Telefon: 0 61 31 - 83 03 - 0
Fax: 0 61 31 - 83 03 - 45
E-Mail: info@weisser-ring.de
Webseite: www.weisser-ring.de

Inhaltsverzeichnis der ausstellenden Institutionen mit Infomobilen

	Seite
Bundespolizeiamt Halle	396
Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen	397
Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge	398
Polizeipräsidium Bonn – Cool unterwegs – Bus der SWB und PolizeiMobil	399

Bundespolizeiamt Halle

Das Infomobil des Bundespolizeiambtes Halle ist seit Ende April 2005 für Einsätze im Rahmen der polizeilichen Kriminalprävention und der Öffentlichkeitsarbeit verfügbar.

Dieses modern gestaltete Fahrzeug wird seither in Sachsen-Anhalt, Sachsen (Regierungsbezirk Leipzig) und Thüringen eingesetzt. Es ist so ausgestattet, dass ein ganzjähriger Beratungsservice zur polizeilichen Kriminalprävention, unter anderem zur Bekämpfung des Taschendiebstahls und Unfallverhütung auf Bahnanlagen, angeboten werden kann.

Bei Veranstaltungen unter dem Motto „Sport zur Gewaltprävention – im Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ wird der Fahrradparcours der Bundespolizeiabteilung Duderstadt eingesetzt. Im Rahmen dieser Sportveranstaltungen dient das Infomobil als Informations- und Auswertungsstelle. Es kann weiterhin als Pressestelle und als mobile Ergänzung zum Befehlskraftwagen eingesetzt werden.

Kontakt:

Bundespolizeiamt Halle

Merseburger Str. 196

06110 Halle / Saale

Telefon: 03 45 - 1 31 97 16

Fax: 03 45 - 6 85 93 95

E-Mail: bpolikb.halle.praev@polizei.bund.de

Webseite: www.bundespolizei.de

Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen

Infomobil der Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen e. V.

Kontakt:

Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen

Poststraße 18

56427 Siershahn

Telefon: 0 26 23 - 68 39

Fax: 0 26 23 - 68 39

E-Mail: johannesheibel@t-online.de

Webseite: www.schutzbaer-bulli.de

Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge

Präventionsmobil der PD Chemnitz-Erzgebirge

Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik wurden im Jahr 2005 Gespräche geführt, wie die Zusammenarbeit intensiviert werden kann. Es entstand die Idee, ein gemeinsames Projekt im Rahmen eines INTERREG III A-Projektes zu entwickeln.

Im Januar 2006 wurde ein entsprechender Antrag mit dem Projekttitel „Entwicklung der grenzüberschreitenden Verkehrsunfallverhütung, Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung in den Zielgruppen Kinder, Jugendliche und Erwachsene, insbesondere Senioren“ gestellt und in der Folge positiv beschieden.

Im Ergebnis dessen entstand das Präventionsmobil der PD Chemnitz-Erzgebirge, welches durch seine technische Ausstattung erlaubt, mehrere kleine und/oder eine große Veranstaltung in Räumen und im Freien nebeneinander gleichzeitig durchzuführen.

Das Fahrzeug wird zunächst vordringlich in der Euroregion Erzgebirge auf deutschem und tschechischem Territorium mit den Themen

- Schulische Verkehrserziehung
 - Seniorenselbstschutzprogramm
 - Schulische Großveranstaltung mit Präventionshintergrund (Projektstage)
- zum Einsatz gebracht.

Kontakt:

Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge

Hartmannstr. 24

09113 Chemnitz

Telefon: 03 71 - 4 99 - 0

Fax: 03 71 - 4 99 - 20 06

E-Mail: lka@polizei.sachsen.de

Webseite: www.polizei.sachsen.de

Polizeipräsidium Bonn

Seit 2005 verfügt das Polizeipräsidium Bonn über das „PolizeiMobil“. Dieses Fahrzeug kann als rollende Wache, wie anlässlich des jährlichen Bonner Weihnachtsmarktes oder auch als Beratungsfahrzeug des Kommissariates Vorbeugung oder für die Bezirksdienste eingesetzt werden.

Zusammen mit dem PolizeiMobil wird anlässlich des 12. DPT der SWB-Bus, der mit Projektarbeiten zum Thema „Coll unterwegs“ gestaltet wurde vorgestellt.

Kontakt:
Polizeipräsidium Bonn
Königswinterer Straße 500
53227 Bonn
Telefon: 02 28 - 15 48 62
Fax: 02 28 - 15 12 30
E-Mail: k-vorbeugung@bonn.polizei.nrw.de
Webseite: www.polizei-bonn.de

Werkstatt

Dialogforum

Moderation: Burkhard Bösterling

Wir wollen in diesem Dialogforum Ihre Ideen, Kompetenzen, Sichtweisen und Erfahrungen so zusammenführen und so miteinander verbinden, dass neue, attraktive, vielleicht auch überraschende und kreative Lösungen entstehen können: Ideen und Lösungen, die das Bewährte in Ihrer Arbeit stärken und mit Neuem verbinden können.

Das Dialogforum wird als Großgruppenveranstaltung im World Café Format gestaltet. Das „World Café“ ist ein sehr einfaches und klares Verfahren, um Gruppen von 12 bis zu mehreren hundert Menschen in einen tiefgehenden Dialog über ihre zentralen Fragen zu bringen. Das „World Café“ ist ein Ort der Begegnung und des Dialogs. Es ist besonders geeignet, das Wissen und die Ideen der Menschen zu vernetzen und einen kreativen Dialog zu ermöglichen.

Termine:

World Café 1 – Montag, 18. Juni 2007 – 15:00 bis 17:00 Uhr
– Halle 1

Was macht unsere Kinder stark?

World Café 2 – Dienstag, 19. Juni 2007 – 10:00 bis 12:00 Uhr
– Halle 1

Wie sieht die Stadt der Prävention aus?

Filmforum

	Seite
Bayerischer Gemeindeunfallversicherungsverband	404
Jugendpflege der Stadt Aßlar	405
Otmar Hitzelberger I	406
Otmar Hitzelberger II	407
Polizeidirektion Waiblingen und Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e. V.	408
Polizeiinspektion Schwerin	409
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes	410
Stadt Karlsruhe	411
STUMM-FILM Dr. Rolf Stumm Medien GmbH zusammen mit Triple P Deutschland	412
Verein Programm Klasse2000 e.V.	413

Bayerischer Gemeindeunfallversicherungsverband

„Nicht wegschauen! Was tun bei Mobbing?“

Der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband/die Bayerische Landesunfallkasse realisierten in Zusammenarbeit mit der Unfallkasse München, anschub.de und dem Bayerischen Kultusministerium ein Filmprojekt mit dem Titel „Nicht wegschauen! – Was tun bei Mobbing?“ (Idee: Katja Seßlen) zum Thema „Gewaltprävention an Schulen“. Für die Produktion konnte das FWU (Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht) in München gewonnen werden. (Kamera und Regie: Frau Mechthild Gaßner). Im September 2006 fanden die Dreharbeiten für den fünfzehnminütigen Kurzfilm in Berlin statt. Der Film wird als DVD mit Arbeitsaufgaben (teilweise in russischer und türkischer Sprache) für verschiedene Unterrichtsfächer (5.–9.Klasse) an den Schulen in Bayern ab März 2007 kostenlos verbreitet.

Zum Inhalt:

Ein Schüler beobachtet Mobbing in seiner Schule und versucht dies auf ungewöhnliche Weise aufzudecken. Der Film ist mit Rap-Musik unterlegt, die die einzelnen Szenen kommentiert.

Die Arbeitsblätter für den Deutsch-, Religions- oder Ethik-Unterricht lassen die Schüler/innen selbstständig Handlungsalternativen entwickeln und bewerten. Mobbing hat viele Gesichter und Ausdrucksformen, aber auch ganz unterschiedliche Auswirkungen. Deshalb bietet die DVD keine „Musterlösung“; sondern Diskussionsstoff und Informationsmaterial in der beigelegten Handreichung für die Lehrkraft.

Kontakt:

Bayerischer Gemeindeunfallversicherungsverband
Ungererstr. 71
80805 München
Telefon: 0 89 - 36 09 34 81
Fax: 0 89 - 36 09 33 49
E-Mail: katja.sesslen@bayerguvv.de
Webseite: www.bayerguvv.de

Jugendpflege der Stadt Aßlar

„Der Skin und der Türke“

Zwei Freunde im Hinterland der Gewalt, Dokumentarfilm (3sat 1999)

Seine meist wehrlosen Opfer mißhandelte der 18-jährige Sebastian vorzugsweise mit Springerstiefeln und einer Motorradkette. Ein Richter gibt ihm eine allerletzte Chance und schickt ihn zu einem Anti-Gewalttraining der Jugendpflege in Mittelhessen. Hier trifft Sebastian auf den türkischen Ex-Schläger Erkan aus einer Gang hartgesottener Drogenhändler. Im Laufe des Trainings geraten die Klischees der beiden Jugendlichen von „Skins“ und „Türken“ ins Wanken – und die Gemeinsamkeiten und Abgründe ihrer Gewalttäter-Biografien werden deutlich. Moderiert werden Zusammenreffen und Training durch den Ex-Polizisten und Stadtjugendpfleger Karl-Heinz, der fest daran glaubt, dass man auch in einer Kleinstadt eine Gegenwelt zu Hass und Gewalt aufbauen kann.

Der Film beobachtet die beiden Heranwachsenden über einen Zeitraum von etwa 1,5 Jahren. So ist sehr gut möglich, die Entwicklung, die die beiden nehmen zu beobachten.

Kontakt:

Jugendpflege der Stadt Aßlar
Hauptstrasse 8
35614 Aßlar

Telefon: 0 64 41 - 8 03 56

Fax: 0 64 41 - 21 02 43

E-Mail: sames@jugendpflege-asslar.de

Webseite: www.asslar.de

Otmar Hitzelberger

„Übergangsmanagement I + II“

4 Jugendliche Strafgefangene in der JVA Wiesbaden werden über ein Jahr in der Haft und bei ihren ersten Schritten in der Freiheit filmisch begleitet. Übergangsmanagement ist der Versuch jugendliche Strafgefangene nach der Haftentlassung zu unterstützen, zu begleiten oder nur als Ansprechpartner da zu sein. Der Film versucht Mentoren zu gewinnen und portraitiert 4 Jugendliche.

Kontakt:

Otmar Hitzelberger

Zum Steg 3

61169 Friedberg

Telefon: 01 73 - 6 66 09 21

E-Mail: info@otmar-hitzelberger.de

Webseite: www.otmar-hitzelberger.de

Otmar Hitzelberger

„Kompetenzagenturen“

16 Kompetenzagenturen versuchen bundesweit, Jugendliche mit einer Perspektive aufzufangen, wieder gesellschaftlich zu integrieren. Die Arbeit von 3 Kompetenzagenturen steht bei dem Film im Vordergrund. In Schwerin, Bonn, Artern Thüringen. Jugendliche berichten über ihre Situation und Sozialpädagogen erklären die Wichtigkeit dieser Einrichtung. Die Ministerin für Familie-Senioren-Frauen und Jugend hat zwei Statements über die Wichtigkeit abgegeben.

Kontakt:
Otmar Hitzelberger
Zum Steg 3
61169 Friedberg
Telefon: 01 73 - 6 66 09 21
E-Mail: info@otmar-hitzelberger.de
Webseite: www.otmar-hitzelberger.de

**Polizeidirektion Waiblingen und Initiative
Sicherer Landkreis Rems-Murr e. V.****„Stalking“**

Im Rahmen der polizeilichen Konzeption der Polizeidirektion Waiblingen zur Bekämpfung von Stalking wurde gemeinsam mit der Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. und der Filmakademie Ludwigsburg der Film „Stalking – geht uns alle an“ (Länge: 28 Minuten) erstellt, der drei typische Stalkingfälle („Der flüchtige Bekannte“, „Verschmähte Verehrerin“ und „Der Ex-Partner“) zeigt. Durch den Film und das Begleitheft sollen die Polizeibeamten hinsichtlich dem Phänomen Stalking sensibilisiert und in die Lage versetzt werden, die Vorgaben aus der Konzeption konsequent umzusetzen, die Belange des Opfers zu berücksichtigen und die rechtlichen Möglichkeiten, insbesondere unter der Beachtung des neuen § 238 StGB: Nachstellung, auszuschöpfen. Mit Genehmigung des Innenministeriums Baden-Württemberg und der Unterstützung des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg wurde der Film zusammen mit einer Handreichung für die einschreitenden Polizeibeamten im März 2007 landesweit an alle Polizeidienststellen verteilt. Das Medienpaket (Film und Begleitheft) eignet sich auch für Fortbildungszwecke außerhalb der Polizei, z.B. Justiz, Kommunen, Beratungseinrichtungen. Externe Stellen können das Medienpaket gegen eine Schutzgebühr von 10,- Euro bei der Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. (Email: info@isl-rmk.de) anfordern.

Kontakt:

Polizeidirektion Waiblingen und Initiative
Sicherer Landkreis Rems-Murr e. V.
Alter Postplatz 20 bzw. Alter Postplatz 10
71332 Waiblingen

Telefon: 071 51 - 950 - 2 10 bzw. 071 51 - 981 64 66
Fax: 071 51 - 50 28 59 72 bzw. 071 51 - 981 66 02
E-Mail: praevention@pdwn.bwl.de
Webseite: www.haus-der-praevention.de
bzw. www.isl-rmk.de

Polizeiinspektion Schwerin

„Wer hilft mir?“

Tom und Max gehen in die 4. Klasse, sie sind Freunde.

Tom ist nicht so gut in der Schule, seine Eltern sind beruflich ständig unterwegs und nehmen an seinem Leben nicht teil. Oft muss er sich um familiäre Sachen selbst kümmern – Geld ist immer da, seine Eltern jedoch nicht.

Max bringt ein sehr gutes Zeugnis mit nach Hause. Seine Eltern sind häufig betrunken und ungerecht – Schläge.

In den Ferien: zerkratzte Autos, eingeworfene Scheiben – Anzeigen bei der Polizei.

Max kommt in eine Wohngruppe, weil der Vater ihn nicht mehr sehen will. Trennung von Tom – Max findet neue Freunde.

Tom macht weiter, wie bisher, jahrelang – die Eltern merken nichts. Er hat Geld und neue Freunde und Tom sagt, wo es lang geht. Graffiti, Diebstahl, Raub einfach nur, weil es cool ist.

Polizeiliche Ermittlungen – Festnahme – Warten auf die Gerichtsverhandlung.

Und Max?

Schule mit guten Ergebnissen abgeschlossen – Ausbildungsvertrag in der Tasche. Seit der 4. Klasse keine Straftaten mehr begangen.

Kontakt:

Polizeiinspektion Schwerin

Graf-Yorck-Str. 6

19061 Schwerin

Telefon: 03 85 - 20 70 22 41

Fax: 03 85 - 20 70 22 00

E-Mail: kbsschwerin@t-online.de

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

„Migranten als Opfer und Täter“

Die Prävention von Gewalt zählt zu den Handlungsschwerpunkten der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Dazu wurden bereits zahlreiche Medien in deutscher Sprache entwickelt und produziert. Mit einem neuen Informationsangebot für Migranten erweitert die Polizeiliche Kriminalprävention nun ihr Programm – so z.B. mit der Kampagne „Hand in Hand – Gegen Gewalt! Für die Zukunft unserer Kinder“. Ihr Ziel: die Förderung der gewaltfreien Erziehung in türkeistämmigen Migrantenfamilien. Denn Erziehung basiert auf Liebe und Zuneigung – und einer klaren Orientierung. Dazu gehören auch Regeln und Grenzen. Doch Gewalt darf dabei keine Rolle spielen. Sie ist kein Mittel guter Erziehung oder um Probleme zu lösen. Denn Gewalt erzeugt Gewalt. Wer in seiner Kindheit geschlagen oder misshandelt wurde, wird auch selbst häufiger gewalttätig als jemand ohne derartige Erfahrungen.

Ein wichtiger Baustein dieser Kampagne sind Fernsehspots mit Prominenten aus der türkischen Community in Deutschland. Zu ihnen zählen:

- der Fußballer Nuri Sahin,
- die Moderatorin Nazan Eckes und
- der Unternehmer und Europaabgeordnete Vural Öger.

Sie engagieren sich für die Kampagne und treten damit für die gewaltfreie Erziehung ein. Und sie tun dies nicht alleine, sondern mit einem Familienangehörigen. Unterstützt wird die Kampagne zudem von namhaften türkischen Organisationen. Ausgestrahlt werden die Fernsehspots vom türkischen Fernsehsender Kanal D.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

Telefon: 07 11 - 54 01 20 62

Fax: 07 11 - 2 26 80 00

E-Mail: info@polizei-beratung.de

Webseite: www.polizei-beratung.de

Stadt Karlsruhe

„Ein Tag wie jeder andere?“ –

Ein Präventionsfilm zum Thema Selbstverletzung und Risikoverhalten

Mit dem Film „Ein Tag wie jeder andere?“; liegt der erste Präventionsfilm für Jugendgruppen und Schulen ab Klasse 6 zum Thema Selbstverletzung und Risikoverhalten im Jugendalter vor.

Der Film zeigt Ausschnitte aus dem Leben von Kindern und Jugendlichen, verschiedene Problemkonstellationen sowie selbstverletzende und risikoreiche Verhaltensweisen. Der Film endet damit, dass die Hauptperson Ben seine Schwester anspricht und gemeinsam mit ihr nach Lösungen sucht. Obwohl der Film mit sehr geringen Ressourcen und fast ausschließlich von Nichtprofessionellen und mit Laienschauspielern und -spielerinnen produziert wurde, zeigt er einige sehr eindrückliche und zum Teil schockierende Szenen. Dazu gehören realitätsnah dargestellte Selbstverletzungen (‘Schnip-peln’, Ausdrücken von Zigaretten in der Handinnenfläche) und Konfliktsituationen zwischen Mutter und Vater sowie Vater und Kindern. Der Film kann beispielsweise im Rahmen einer längeren Unterrichtseinheit von mindestens 90 Minuten oder während eines Projekttages gezeigt werden. Die Durchführung gliedert sich in drei Schritte:

1. Vorbereitung mit den Verantwortlichen
2. Eigentliche Filmveranstaltung: Einführung, Filmvorführung, Filmnachbereitung, Hilfsangebote
3. Vertiefung einzelner Themen, z. B. im Unterricht

Nach der Vorführung des Films werden Möglichkeiten des Einsatzes und bisherige Erfahrungen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (u.a. im Rahmen von Schule, Ausbildung, Jugendhilfe) vorgestellt.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe

Kaiserstr. 99

76133 Karlsruhe

Telefon: 07 21 - 1 33 51 14

Fax: 07 21 - 1 33 51 39

E-Mail: susanne.heynen@sjb.karlsruhe.de

Webseite: www.karlsruhe.de/jugend/kinderbuero

**STUMM-FILM Dr. Rolf Stumm
Medien GmbH zusammen mit Triple P
Deutschland****„ElternTreff – Liebend gern erziehen.“**

„ElternTreffpunkt: Liebend gern erziehen“

„Julia, leg das sofort wieder hin; „Mamaaa, Tobi hat mein Auto kaputtgemacht!“; „Sandra, hör auf, mit dem Essen zu spielen“. Alle Eltern wissen: ein Kind aufzuziehen ist eine schöne und beglückende Aufgabe. Doch die Erziehung von Kindern kann auch anstrengend und frustrierend sein – zumal Eltern mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe fast immer allein gelassen werden. Dabei mangelt es nicht an guten Ratschlägen. Im Gegenteil! Das Problem ist eher: Wie soll man sich zurechtfinden in einem verwirrenden Überangebot von Ratgebern, Leitfäden, Strategien und angeblich sicheren Erfolgsmodellen? Ein besonders Erfolg versprechender Ansatz ist das in Australien entwickelte TripleP Konzept. Die Kunst der „Positiven Erziehung“ besteht darin, die Eltern-Kind-Beziehung zu stärken, ein gutes Vorbild zu sein, erwünschtes Verhalten gezielt zu verstärken und das unbeabsichtigte Verstärken von negativem Verhalten zu vermeiden. Die empirisch abgesicherten Erziehungsansätze von TripleP bilden die wissenschaftliche Grundlage für die Sendung. Gute Erziehung ist erlernbar! Eine Studie aus Neuseeland hat gezeigt, dass eine Verbreitung der TripleP-Tipps über das Fernsehen, also ohne direkten persönlichen Kontakt zwischen Beratern und Familien, zu einer deutlichen Verbesserung des Erziehungsverhaltens in den Familien führt. Dieses Potential zur Unterstützung der Eltern wird in Deutschland bisher nicht seriös genutzt.

Kontakt:

STUMM-FILM Dr. Rolf Stumm Medien GmbH zusammen
mit Triple P Deutschland

Martin-Luther-Str. 55

71636 Ludwigsburg

Telefon: 071 41 - 6 88 91 70

Fax: 071 41 - 6 88 91 71

E-Mail: weissenhorn@stummfilm.de

Webseite: www.stummfilm.de

Verein Programm Klasse2000 e.V.

„Klasse2000 – Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule“

Klasse2000 ist das bundesweit größte Programm zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule. Es begleitet Kinder von der 1. bis zur 4. Klasse.

Seit 1991 haben über 400.000 Kinder aus allen Bundesländern bei Klasse2000 mitgemacht. Handlungsorientiert und interaktiv trainiert das Programm Gesundheits- und Lebenskompetenzen. Es gibt außerdem Impulse für die begleitende Elternarbeit und Schulentwicklung.

Der Film gibt Einblicke in die Unterrichtsmodule, die von Lehrern und externen Gesundheitsförderern durchgeführt werden. Szenen aus ersten bis vierten Klassen lassen die Zuschauer Klasse2000 miterleben. Verschiedene O-Töne von Eltern, Lehrern, Gesundheitsförderern und weiteren Beteiligten geben Erfahrungen und Meinungen an die Zuschauer weiter. Die Ziele und das Konzept von Klasse2000 werden ebenso aufgezeigt wie der Ablauf, die Finanzierung durch Patenschaften und die Wirkungen des Programms.

Kontakt:
Verein Programm Klasse2000 e.V.
Feldgasse 37
90489 Nürnberg
Telefon: 09 11 - 89 12 10
Fax: 09 11 - 8 91 21 30
E-Mail: info@klasse2000.de

Bühne

	Seite
arco-Forum Wiesbaden	416
Berliner deutsch-russisches Tschechow-Theater des Kulturrings in Berlin e. V.	417
Bundespolizeipräsidium Süd	418
Gemeinschaftszentrum Klarenthal	419
Helene-Lange-Schule	420
IV. Bereitschaftspolizeiabteilung	421
Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg	422
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	423

arco-Forum Wiesbaden

„Schaukasten Konflikttheater“ – Zielpunkt Analyse: Gewalt im Blickpunkt

Die arco-Jugendtheatergruppe spielt Forumtheater-Szenen in unterschiedlichen Facetten zu den Themen Konflikt und Gewalt. Die Szenen sind von den Jugendlichen selbst erarbeitet worden. Darin wird Gewalt in niedriger Intensität – wenn sie noch am Entstehen ist – aber auch, wenn es schon fast zu spät zum Eingreifen ist, gezeigt. Das Publikum wird eingeladen, über Ansätze zu diskutieren und selbst Facetten und Nuancen von Lösungen zu zeigen. Mit dem Entwickler des Forumtheaters, dem brasilianischen Theatermacher Augusto Boal, arbeitet arco seit Jahren zusammen und hat seine Methoden weiterentwickelt. Die arco-Jugendtheatergruppe möchte zeigen, dass Demokratie üben Spaß macht. Und so ernst das Thema auch ist, bleibt der Spaß am Handeln nicht auf der Strecke. Die Jugendtheatergruppe trifft sich einmal wöchentlich donnerstags von 18–20 Uhr. Die Methode des Forumtheaters kann auch Projektauftritt oder -ziel für Schulen sein. Arco führt Theaterprojekte auch mit europäischen Jugendlichen im Ausland durch. Und eine generationsübergreifende Theaterarbeit wird derzeit aufgebaut.

Kontakt:

arco-Forum Wiesbaden

Butterblumenweg 5

65201 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 9 41 05 88

Fax: 06 11 - 7 16 61 35

E-Mail: arco.wiesbaden@t-online.de

Webseite: www.arco-wiesbaden.de

Berliner deutsch-russisches Tschechow-Theater des Kulturrings in Berlin e. V.

„Hinter die Linie zurück“ –

Alltagssituationen von drei Jugendlichen mit familiären Problemen, die Grenzen überschreiten und dabei in eine gefährliche Situation rutschen.

Alina und Jaqueline sind beste Freundinnen. Beide haben Schwierigkeiten mit ihren Eltern. Jaquelines Vater betrügt seine Frau und die Zuflucht zum Alkohol und die Passivität ihrer Mutter macht Jaqueline wütend. Im Kleinen rebelliert sie gegen die Bedrohung, die von der Geliebten des Vaters für ihre Familie ausgeht. Alina dagegen lebt mit ihrer Mutter allein; hinter deren liberalem Verhalten gegenüber der Tochter verbirgt sich, ein in der Vergangenheit begründetes, schlechtes Gewissen. Als Jaqueline einen Jungen namens Kevin kennen lernt, der eine Waffe besitzt und unter dem neuen Freund seiner Mutter zu leiden hat, finden die latenten Agressionen der Jugendlichen eine unerwartete Möglichkeit, sich zu entladen. Die Alltagsszenen von drei Jugendlichen zeigen die Geschehnisse innerhalb der Familien, Freundschaften, Zerwürfnisse, Hoffnungen und Sprachlosigkeit.

Regie. Sven Zankl

Projektkonzeption und -leitung: Dr. Alena Gawron

Es ist ein gemeinsames Projekt des Kulturrings in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion 6 in Berlin, der Jugendstrafanstalt (offener Vollzug) und Schulen. Der Kulturring in Berlin e.V. versteht sich als Teil der soziokulturellen Kultur- und Kunstszene, der allen offen steht, die mit ihm zusammen für ein kulturvolles Miteinander und für kulturelle Vielfalt eintreten.

Wir bedanken uns bei der Quartiersagentur Marzahn Nordwest für die finanzielle Unterstützung des Projekts aus dem Programm Soziale Stadt.

Kontakt:

Berliner deutsch-russisches Tschechow-Theater des Kulturrings in Berlin e. V.

Märkische Allee 410, 12689 Berlin

Telefon: 0 30 - 5 64 02 63

Fax: 0 30 - 54 98 88 73

E-Mail: nordost@kulturring.org

Webseite: www.kulturring.org

Bundespolizeipräsidium Süd

„Marsis Zugerlebnisse“ Neues Präventionskonzept der Bundespolizei München

Die Bundespolizei richtet ihre Präventionsarbeit insbesondere auf den bahnpolizeilichen Aufgabenbereich aus. Ein Hauptanliegen ist es, in Schulen und Kindergärten Verhaltenstipps durch Polizeibeamte zu geben, um Unfälle mit Kindern im Umgang mit dem Verkehrsmittel Eisenbahn zu vermeiden.

Im vergangenen Jahr kam es allein im Bereich des Bundespolizeiamtes München zu 250 Vorfällen mit Fehlverhalten im/am Gleisbereich.

Vor über zwei Jahren begann die Bundespolizei München mit den Vorbereitungen zu einem neuen, bundesweit einmaligen, Präventionstheater. Mit dem Projekt namens „Marsi“ werden neue Wege gegangen, um Kinder aufzuklären und hinsichtlich Gefahren zu sensibilisieren.

Das in 5 Szenen gegliederte Theaterstück vermittelt Gefahrensituationen auf den Gleisen, an Bahnübergängen sowie auf dem Bahnsteig und zeigt richtiges Verhalten auf. Dieses geschieht durch drei Charaktere nämlich Marsi (vom Mars), Tonibär und einem Polizisten. Mittels mobiler Licht- und Ton-technik sowie einer aufwendigen Kulisse werden die Gefahrensituationen realitätsnah dargestellt, um einen bleibenden Eindruck zu erwecken. Im Anschluss bekommen alle Schüler entsprechende Broschüren damit das Erlernte gemeinsam mit den Lehrern vertieft werden kann.

Zielgruppe sind die 3./4. Klassen, anlassbezogen könnten jedoch auch die 1./2. Klassen berücksichtigt werden.

Kontakt:

Bundespolizeipräsidium Süd

Infanteriestr. 6

80797 München

Telefon: 0 89 - 1 21 49 13 03

E-Mail: markus.jost@polizei.bund.de

Webseite: <http://www.bundespolizei.de>

Gemeinschaftszentrum Klarenthal

„Rap-Guys“

Die Gründung der „Rap Guys“ geht auf das Frühjahr 2005 zurück. Da trafen sich die 6 Jugendlichen Amine, Gentrit, Kevin, Marvin, Riad und Thiemo im Gemeinschaftszentrum Klarenthal, um an einem Musikworkshop im Rahmen des außerschulischen Bildungsangebotes des Amtes für Soziale Arbeit Wiesbaden teilzunehmen. Gelernt wurde der musikalische Umgang mit Computern. Mittlerweile sind die „Rap Guys“ ein festes Team, das bereits mehrfach öffentlich aufgetreten ist und sich dabei einen Namen gemacht hat. Aktuell arbeiten die Jungs mit ihren Betreuern Frank u. Wolfgang an ihrem ersten Album u. treffen sich dazu jeden Donnerstag im Gemeinschaftszentrum.

Gruppe wie Betreuer sind fest davon überzeugt: Rap spricht die Kreativität junger Menschen an. Ob es der musikalische Ausdruck von Emotionen ist oder die Auseinandersetzung mit der eigenen Gefühlswelt – Melodie u. Rhythmus treiben an. Die Texte selber sind an der eigenen Lebenswelt orientiert, spiegeln Gedanken und Gefühle wider. Und weil die Gruppe im Vordergrund steht, werden vielfältige Kompetenzen gestärkt: aufeinander zugehen, voneinander lernen, kritikfähig zu sein, Kompromisse zu schließen u. gem. Verantwortung zu tragen. So können Zugehörigkeitsgefühle, Sicherheit u. Vertrauen entstehen.

Auffällige Jugendliche zeigen im Verlauf weniger Aggressionen bzw. lernen anders mit diesen umzugehen. Gefühle der Unzufriedenheit u. Hilflosigkeit können nicht nur ihren Ausdruck, sondern auch ihre Be- und Verarbeitung finden.

Kontakt:
Gemeinschaftszentrum Klarenthal
Goerdeler Str. 49
65197 Wiesbaden
Telefon: 06 11 - 31 70 55
Fax: 06 11 - 31 49 52
E-Mail: gmz.klarenthal@n-cc.de
Webseite: www.rapguys.de

Helene-Lange-Schule

„SLAM – oder die Kunst wieder aufzustehen“ – Ein selbst erarbeitetes Stück von Schülerinnen und Schülern der Helene-Lange-Schule über Schicksale Jugendlicher

Kunstprojekte im Bereich Theater gehören an der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden zum Schulalltag. Doch dieses Mal sollte es ganz anders laufen, das Theaterstück ganz anders aussehen als üblich. Kein Reclamheftchen mit vor gefassten Text eines Autors durfte im Mittelpunkt der Arbeit der Klasse 9A stehen. „Wir wollen ein Stück selbst schreiben, Theater spielen über unser Leben!“ Nun haben die Akteure sicherlich ein spannendes Leben, angereichert durch einen lebendigen Schulalltag und zahlreiche Projekte im Vorfeld: da war die Begegnung, der Dialog mit jugendlichen Strafgefangenen der Jugendvollzugsanstalt (JVA) in Wiesbaden, Sommer 2006, im Rahmen des ‚Tag der Jugend im Rathaus‘. „Wir wollten auf der Bühne lieben, stressen, aggro sein, batteln, dissen, chillen, schmellen, rippen, rappen, rocken, hoppen“. Zu diesem ‚Meltingpot‘ der Anregungen und Ideen kam dann noch die Begegnung mit der Sondereinheit der Wiesbadener Polizei, der AG Jaguar, die in den Schulen präventiv gegen Jugendkriminalität tätig ist und von spannenden, bedrohlichen und gefährlichen Fallgeschichten aus Wiesbaden berichten kann. S.L.A.M. – ODER DIE KUNST WIEDER AUFZUSTEHEN erzählt Geschichten von jungen Menschen aus Wiesbaden, oder irgendeiner anderen Stadt, an einem Tag und einer Nacht und dem nächsten Morgen, an ganz unterschiedlichen Orten, mal zuhause, mal auf der Straße, vor der eigenen, leider verschlossenen Wohnungstür, in der Disco oder im Bandkeller, gegen Ende des Stückes im Gerichtssaal.

Kontakt:

Helene-Lange-Schule
Langenbeckstraße 6–18
65189 Wiesbaden

Telefon: 06 11 - 31 36 70

Fax: 06 11 - 31 39 42

E-Mail: info@helene-lange-schule.de

Webseite: www.helene-lange-schule.de

IV. Bereitschaftspolizeiabteilung

Verkehrsunfallprävention „Junge Fahrer und ihre Mitfahrer“

Projekt: „Die letzte Sekunde deines Lebens“

Projektbeschreibung:

Bei diesem Projekt handelt es sich um ein integratives Präventionskonzept, das sowohl Aspekte der Verkehrssicherheit als auch der Kriminalprävention Rechnung trägt.

Die Bereitschaftspolizei in Kassel geht seit 4 Jahren einen neuen Weg, um die jungen Autofahrer und ihre Mitfahrer zu einer umsichtigeren und vor allem gefahrenbewußteren Fahrweise anzuhalten.

Die Gruppe der jungen Autofahrer im Alter von 18–25 bereitet der Polizei nach wie vor großes Kopfzerbrechen. Gerade die jungen Führerscheinbesitzer sind überproportional häufig Verursacher schwerster Verkehrsunfälle mit Toten und Schwerverletzten. Appelle, Kontrollen und bisherige Aufklärungsaktionen herkömmlicher Art haben bislang nicht ausreichend geholfen, die Zahl dieser Unfälle spürbar zu senken. In unserer selbst erstellten Präsentation, werden junge Verkehrsteilnehmer in anschaulicher Weise durch Unfallbilder, Film und Musikbeiträgen (auch begleitend mit einer Polizeirockband) über die Gefahren im Strassenverkehr, die sich aus dem Konsum von Alkohol, Drogen und der damit einhergehenden riskanten Fahrweise ergeben, aufzuklären. Mit dieser sehr bewegenden Präsentation, die emotionalisierend und dadurch eine noch größere Dialogbereitschaft bei den jungen Autofahrern/Mitfahrern erzielt, wurden ausgesprochen gute Erfahrungen gemacht. Kaum jemand konnte sich der Faszination der VA entziehen.

Kontakt:

IV. Bereitschaftspolizeiabteilung

Frankfurter Str. 365

34134 Kassel

Telefon: 05 61 - 48 06 - 3 61

Fax: 05 61 - 48 06 - 3 99

E-Mail: Juergen.Hildenbeutel@polizei.hessen.de

Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg

„Flasche leer“

Suchtprävention

Theater im Klassenzimmer – Flasche leer von Thilo Reffert

Der Schauspieler David Aschinger soll das Stück „Flasche leer“ spielen. Es soll die Geschichte von Knut, dem Alkoholiker erzählen. Als einziges Requisit eine Plastikflasche voll Whisky. Aschinger versichert, dass er bald anfängt zu spielen, kommt aber immer wieder auf seine eigenen Erfahrungen mit Alkohol zu sprechen. Er erzählt teils von Knut, teils von sich die Geschichte einer sich immer rasanter entwickelnder Trinker – Karriere. Bald wird klar, dass er das Stück nie spielen wird, dass wir bereits mittendrin sind. „Flasche leer“ zeigt die Lebenslügen und Verdrängungsmechanismen eines Süchtigen und zwingt den Zuschauer Stellung zu beziehen. Durch hohe Authentizität wirkt das Stück emotionalisierend und wird so zum Öffner für das Thema, lässt den Schülern aber durch humorvolle Stellen genügend Raum zum Luftholen.

Dauer: 45 Minuten, geeignet für alle Schulformen, Klasse 6–12 (unter bestimmten Voraussetzungen sind auch Vorstellungen auf der Bühne möglich). Im Anschluss findet ein Publikumsgespräch zum Thema Alkohol statt.

David Aschinger: Thomas Flocken

Regie: Julia v. Thoen

Pädagogik: Dipl. Sozpäd. Madlen Gardow

Das Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg ist ein freies professionelles Theater mit Schwerpunkt im präventiven Kinder- und Jugendtheaterbereich. Die Stücke des Schauspielkollektiv werden mobil, vor allem an Schulen gespielt. Buchbar bundesweit.

Kontakt:

Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg

Waagestr. 1b

21335 Lüneburg

Telefon: 0 41 31 - 98 98 75

Fax: 0 32 - 1 53 95 04 05 48

E-Mail: schauspielkollektiv@arcor.de

Webseite: www.schauspielkollektiv.de

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

„Rechts-radical chic sie weg!“ –

Ein Theaterstück gegen rechte Gewalt

Theaterstück gegen rechte Gewalt
(für vier Schauspieler) von Jens Pallas

Schirmherr: Matthias Sammer, Sportdirektor DFB

Geschichte:

Ein Junge, zuhause, in der Schule, auf dem Bolzplatz, auf dem Weg dorthin, in seiner Freizeit, allein gelassen, isoliert, seinen Ängsten überlassen. Er ist verliebt. Sie ist „anders“. Und nun? Er lässt sich von einer rechtsradikalen Gruppe anwerben, dort scheint er endlich einen „anerkannten“ Platz für sich gefunden zu haben. Die Familie – egal. Alkohol, Spaß, rechte Musik, Draufhauen – und sich endlich überlegen fühlen. Doch – was ist mit seiner Liebe? Er muss sich entscheiden. Sein innerer Kampf ist auch sein äußerer Kampf. Er revoltiert. Allerdings – sich gegen die Gruppe zu entscheiden, scheint unmöglich. Mitgehungen – mitgefangen. Was tun? Wie stark ist er wirklich? Zweifel. Nun richtet sich die Gewalt gegen ihn selbst.

Zielgruppe: Kids ab 13 Jahre.

Ablauf: Zwei Termine in der Schule, jeweils eineinhalb Stunden lang, mit maximal zwei Klassen pro Vorstellung.

Form:

Weniger lösungsorientiert als aufklärerisch. Erster Termin in der Schule: Die Kids werden zu Beginn im Foyer von einem Rechten ‚angeworben‘ nach außen hin sehr solide, sehr integer; dann wird im Aufführungsraum die Geschichte eines Angeworbenen gespielt. Zweiter Termin in der Schule: Interaktion über das Gesehene; zudem werden, als (improvisierte) Reaktion auf die Interaktion, zusätzliche Szenen gespielt.

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Lange Str. 15/17

49080 Osnabrück

Telefon: 05 41 - 6 00 26 70

Fax: 05 41 - 6 00 26 74

E-Mail: kontakt@tpw-osnabrueck.de

Webseite: www.tpw-osnabrueck.de

NOTIZEN



Merke:

Zu viel Alkohol macht dich sicher nicht zum Star des Abends.

BZgA
Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

www.bist-du-staerker-als-alkohol.de | Beratung 02 21-89 20 31

BZgA
Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

**Besuchen Sie
unseren Infostand!**

12. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Der DEUTSCHE PRÄVENTIONSTAG lebt von der guten Zusammenarbeit vieler Menschen und Institutionen

Gastgebende Veranstaltungspartner



Ständige Veranstaltungspartner



gefördert vom



Kooperationspartner



Sponsoren



Wir danken der NASPA Stiftung für die Unterstützung des 12. DEUTSCHEN PRÄVENTIONSTAGES